

Verfassungsschutzbericht 2004



Freistaat  **Sachsen**

Staatsministerium des Innern
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Verteilerhinweis:

Diese Informationsbroschüre wird vom Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen im Rahmen seiner Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf das vorliegende Informationsmaterial nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl das Informationsmaterial dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben. Ein Weiterverkauf ist unzulässig.

Vorwort

Das Berichtsjahr des vorliegenden Verfassungsschutzberichtes war besonders geprägt von den Ergebnissen, die Rechtsextremisten bei den Kommunalwahlen, der Europa- und der Landtagswahl im Freistaat Sachsen erzielt haben. Neben dem erstmaligen Einzug einer rechtsextremistischen Partei in den Sächsischen Landtag seit der Wiedergründung des Freistaates Sachsen im Jahr 1990 gelang es Rechtsextremisten, die Anzahl ihrer kommunalen Mandate zu erhöhen. Dieses Wahlergebnis bedeutet eine Bewährungsprobe aller demokratischen Kräfte.

Es muss eine offensive thematische Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Positionen erfolgen. Genauso wie Rechtsextremisten Sachsen als Modellland auserkoren haben, sollte Sachsen Vorreiter bei der geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sein. Hier stehen jedoch nicht nur staatliche Einrichtungen in der Pflicht; die gesamte Bevölkerung ist gefordert. Auch wenn sich bereits viele Bürgerinnen und Bürger in gesellschaftlichen Institutionen, Vereinen und anderen Zusammenschlüssen engagieren, so hoffe ich, dass sich noch mehr Mitstreiter finden, die sich aktiv und friedlich für Demokratie und gegen Extremismus einsetzen.

Trotz der derzeit im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung stehenden Aktivitäten von Rechtsextremisten verliert der sächsische Verfassungsschutz die von Links- und Ausländerextremisten sowie von Aktivitäten der Spionage und der Organisierten Kriminalität ausgehenden Gefahren nicht aus den Augen. Im Gegenteil: Auch diese verfassungsfeindlichen und unsere Sicherheit gefährdenden Bestrebungen werden von unserem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen weiterhin intensiv beobachtet.

So hat die in den vergangenen Jahren themenlose so genannte autonome Szene auf Grund der von Rechtsextremisten erzielten Wahlergebnisse den „Antifaschismuskampf“ wieder als Themenfeld für sich entdeckt. Diese so genannten „Autonomen“ befürworten dabei grundsätzlich die Anwendung von Gewalt gegen mutmaßliche oder tatsächliche Rechtsextremisten sowie gegen staatliche Einrichtungen.

Auch die weltweite Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus hat sich im vergangenen Jahr nicht verringert. Vor allem der Anschlag islamistischer Terroristen am 11. März 2004 in Madrid hat gezeigt, dass auch in Europa von einer erhöhten Gefährdungslage ausgegangen werden muss. Auch wenn es derzeit keine konkreten Hinweise auf Anschläge in Deutschland gibt, ist unser Land mittlerweile nicht mehr nur Vorbereitungs- und Rückzugsraum, sondern kann auch Operationsraum und Anschlagort sein oder werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LfV Sachsen leisten einen wichtigen Beitrag für den Erhalt unserer freiheitlichen Demokratie und zur Inneren Sicherheit. Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes ermöglichen oftmals erst ein Tätigwerden der Polizei und anderer Behörden. Für die geleistete Arbeit danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LfV Sachsen herzlich.



Dr. Thomas de Maizière
Sächsischer Staatsminister des Innern

Inhaltsverzeichnis

Definitionen	4
Verfassungsschutz auf einen Blick	7
Rechtsextremismus	
Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der rechtsextremistischen Bestrebungen	12
Überblick in Zahlen	14
Entwicklungstendenzen im Rechtsextremismus	17
Rechtsextremistische Szenen	22
Rechtsextremistische Parteien	
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)	35
DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)	46
DIE REPUBLIKANER (REP)	49
Sonstige rechtsextremistische Bestrebungen	
JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN (JLO)	52
Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste (Auswahl)	54
Rechtsextremistische Publikationen und solche, in denen Rechtsextremisten publizieren	55
Linksextremismus	
Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der linksextremistischen Bestrebungen	57
Überblick in Zahlen	58
Entwicklungstendenzen im Linksextremismus	61
Autonome	63
Marxistisch-Leninistische Bestrebungen	
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-OST)	73
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)	74
Linksextremistische Strömungen in der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	75
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (KPF der PDS)	76
Trotzkismus	77
Linksextremistische Publikationen und solche, in denen Linksextremisten publizieren	78
Ausländerextremismus	
Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der ausländerextremistischen Bestrebungen	80
Überblick in Zahlen	81
Entwicklungstendenzen im Ausländerextremismus	82
Islamischer Extremismus / islamistischer Terrorismus	82

Kurdischer Extremismus	
VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA-GEL)	85
Iranischer Extremismus	
VOLKSMODJAHEDIN IRAN - ORGANISATION (MEK)	92
NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN (NWRI)	92
ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN (API)	93
Publikationen ausländerextremistischer Organisationen	94

SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)	96
Publikationen der SCIENTOLOGY-ORGANISATION	97

Spionageabwehr im Freistaat Sachsen

.....	98
-------	----

Politisch motivierte Kriminalität

.....	102
-------	-----

Hintergrund

Beteiligung von Extremisten an Wahlen im Freistaat Sachsen im Jahr 2004	104
---	-----

Gesetzesanhang

.....	112
-------	-----

Stichwortverzeichnis

.....	122
-------	-----

Abkürzungsverzeichnis

.....	130
-------	-----

Ortsverzeichnis

.....	133
-------	-----

Hinweis:

Vereinzelte Textdopplungen sind beabsichtigt, um auch dem „eiligen“ Leser, der sich auf die Lektüre einzelner Abschnitte beschränken muss, eine möglichst umfassende Information zu bieten.

Definitionen

Im Folgenden werden einige Fachbegriffe näher erläutert.

Bestrebungen

Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzes sind in § 3 Abs. 1 Sächsisches Verfassungsschutzgesetz (SächsVSG) definiert. Danach sind dies vor allem ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen (einzelner Personen) in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.

Der Begriff geht davon aus, dass die verfassungsfeindliche Aktivität grundsätzlich über einen Personenzusammenschluss, d. h. eine Organisation, verfolgt wird. Regelmäßig steht der Begriff daher für das Zusammenwirken von Personen in einer verfassungsfeindlichen Organisation und deren Unterstützung. Das Gesetz trägt damit dem Umstand Rechnung, dass eine verfassungsfeindliche Aktivität in der Regel erst durch das Zusammenwirken mehrerer Personen eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes darstellt (§ 3 Abs. 1 SächsVSG).

Das Verhalten von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss tätig sind, sieht das Verfassungsschutzgesetz nur dann als Bestrebung an, wenn dieses auf Gewalt ausgerichtet oder in seiner Wirkungsweise geeignet ist, ein im Verfassungsschutzgesetz genanntes Schutzgut (z. B. die freiheitliche demokratische Grundordnung) erheblich zu beschädigen.

Mitgliederzahlen / Teilnehmerzahlen

Die im Bericht genannten Mitglieder- und Teilnehmerzahlen sind größtenteils Schätzungen.

Politisch motivierte Kriminalität

Der Politisch motivierten Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie

- den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung

politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,

- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben,
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- gegen eine Person gerichtet sind und die Tathandlung mit ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder ihrem äußeren Erscheinungsbild, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrem gesellschaftlichen Status im Kausalzusammenhang steht, bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.

Darüber hinaus werden Tatbestände erfasst, weil sie Staatsschutzdelikte sind, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann. Darunter zählen beispielsweise:

- Friedensverrat und Hochverrat (§§ 80-83 Strafgesetzbuch [StGB]),
- Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates (§§ 84-91 StGB),
- Landesverrat (§§ 94-100a StGB),
- Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a StGB)¹.

Politisch motivierte Gewaltkriminalität

Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist der Teil der Politisch motivierten Kriminalität, der eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Hier- von werden folgende Deliktsbereiche umfasst:

- Tötungsdelikte,
- Körperverletzungen,
- Brand- und Sprengstoffdelikte,
- Landfriedensbruch,
- Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn-, und Straßenverkehr,
- Freiheitsberaubung,
- Raub,
- Erpressung,
- Widerstandsdelikte,
- Sexualdelikte.

¹ Der Inhalt des Strafgesetzbuches kann im Internet abgerufen werden: www.bundesrecht.juris.de/bundesrecht/stgb/index.html.

Terrorismus

Terroristische Delikte werden ebenfalls als Politisch motivierte Kriminalität erfasst. Die Definition des Begriffes „Terrorismus“ ergibt sich aus der gesetzlichen Fassung des Straftatbestandes „Bildung terroristischer Vereinigungen“ (§ 129 a StGB). Als Terrorismus werden schwerwiegende politisch motivierte Gewaltdelikte (so genannte Katalogtaten des § 129 a StGB) angesehen, die im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes planmäßig begangen werden, in der Regel durch arbeitsteilig organisierte und verdeckt operierende Gruppen. Terroristische Straftaten durch ausländische Gruppierungen mit eigenständiger Teilorganisation in der Bundesrepublik Deutschland, z. B. islamische Extremisten (Islamisten), sind von der Definition umfasst. Nach der Vorschrift des § 129 b StGB sind darüber hinaus entsprechende Aktivitäten in oder für terroristische Vereinigungen in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sowie unter bestimmten Bedingungen auch im sonstigen Ausland, strafbar.

Themenfelder

Themenfelder der Politisch motivierten Kriminalität wurden bundeseinheitlich vereinbart. Ausgehend von den Umständen der Tat werden nach dem vorgesehenen Definitionssystem die Taten zunächst einem Themenfeld zugeordnet. Eine phänomenologische Zuordnung erfolgt danach auf Grund ggf. weiterer Informationen zur Tat bzw. zum Täter.

Phänomenbereiche

Politisch motivierte Kriminalität rechts

Diesem Bereich werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer äußerst „rechten“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss.

Insbesondere sind Taten dazu zu rechnen, wenn Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

Politisch motivierte Kriminalität links

Diesem Bereich werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer äußerst „linken“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss.

Insbesondere sind Taten dazu zu rechnen, wenn Bezüge zu Autonomie, Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

Politisch motivierte Ausländerkriminalität

Diesem Bereich werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat oder der Erkenntnisse über den Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie darauf gerichtet sind

- Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder
- aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland

zu beeinflussen.

Straftaten der Politisch motivierten Ausländerkriminalität können auch durch deutsche Staatsangehörige begangen werden.

Straftaten mit extremistischem Hintergrund / Extremistische Kriminalität

Diesem Bereich sind Straftaten zuzuordnen, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, d. h. darauf zielen, einen der folgenden Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,

- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Organisierte Kriminalität

Unter Organisierter Kriminalität ist gemäß § 3 Abs. 3 SächsVSG² die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten zu verstehen, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden

1. unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
2. unter Drohung mit oder Anwendung von Gewalt oder
3. unter Einflussnahme auf Politik, öffentliche Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

Verfassungsschutz auf einen Blick

Welche Aufgaben hat das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen?

Die Aufgaben des LfV Sachsen sind in dem Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen (SächsVSG)³ geregelt. Das LfV Sachsen ist demnach gesetzlich beauftragt, politisch motivierten Extremismus und Terrorismus, einschließlich solcher Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind, sowie Spionage und Organisierte Kriminalität zu beobachten. Zu diesem Zweck sammelt und wertet es Informationen über die nachfolgend beschriebenen Bereiche aus.

- Extremistische Bestrebungen

Eine Bestrebung ist extremistisch, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung, also die obersten Werte der Verfassungsordnung und die Grundsätze, die unsere Demokratie überhaupt erst funktionieren lassen, beeinträchtigt oder beseitigt werden soll. Verfassungsschutz ist somit Schutz des Kernbestandes der Verfassungsordnung. Das Sächsische Verfassungsschutzgesetz listet die obersten Verfassungsgrundsätze in § 3 Absatz 2 auf (siehe Gesetzesanhang). Bestrebungen dieser Art gehen insbesondere von rechts- und linksextremistischen Gruppierungen aus.

Ausländerextremistische Bestrebungen werden vom LfV Sachsen dann beobachtet, wenn durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet sind.

Zudem beobachtet das LfV Sachsen Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind.

- Spionageabwehr

Die Spionageabwehr hat die Aufgabe, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten von Nachrichtendiensten fremder Staaten in der

Bundesrepublik Deutschland zu erkennen und aufzuklären.

- Fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der seinerzeitigen Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR
- Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität

Neben diesen Aufgaben nimmt das LfV Sachsen so genannte Mitwirkungsaufgaben wahr. Es ist u. a. beteiligt an:

- Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die auf Grund ihrer Tätigkeit als Geheimnisträger eingestuft werden sollen,
- der Durchführung von technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen.

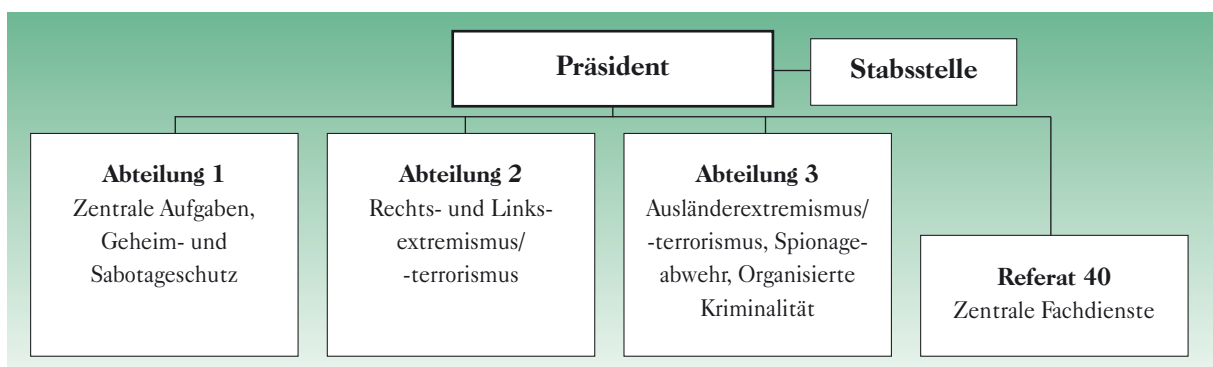
Ebenso wird das LfV Sachsen auf Ersuchen beteiligt bei:

- der Überprüfung von Personen, die sich um die Einstellung im öffentlichen Dienst bewerben, sowie bei der Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wenn der Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
- ausländer-, luftverkehrs- und atomrechtlichen Entscheidungen,
- der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern.

Wie ist das LfV Sachsen organisiert?

Das LfV Sachsen wurde am 3. November 1992 durch die Sächsische Staatsregierung im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern errichtet.

Zum 31. Dezember 2004 hatte das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 209 Mitarbeiter. Die Organisation stellt sich wie folgt dar:



³ Siehe Gesetzesanhang.

Verfassungsschutz und Polizei

Der Verfassungsschutz ist in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich als Beobachtungsbehörde eingerichtet. Er soll frühzeitig, wenn erforderlich mit nachrichtendienstlichen Mitteln, Informationen über extremistische Bestrebungen, Spionagetätigkeiten und – in einigen Bundesländern, darunter auch im Freistaat Sachsen – Strukturen und Aktivitäten der organisierten Kriminalität sammeln. Hierdurch sollen Gefahren rechtzeitig erkannt werden. Die Beobachtung setzt dabei nicht voraus, dass diese Bestrebungen gewalttätig sind oder sonst gegen Strafgesetze verstoßen.

Zwangsbefugnisse, wie sie der Polizei zustehen, hat der Verfassungsschutz nicht. Er darf weder Personen festnehmen, durchsuchen, vorladen, vernehmen noch Wohnungen durchsuchen oder Gegenstände beschlagnehmen. Er darf auch keine Verbote oder Auflagen aussprechen.

Dieses Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz ist in der Sächsischen Verfassung wie auch im Sächsischen Verfassungsschutzgesetz verankert.

Wie sammelt der Verfassungsschutz seine Informationen?

Der Verfassungsschutz sammelt seine Informationen überwiegend aus für jedermann zugänglichen Quellen. Soweit es ausreichend ist, um Planungen und Ziele von einschlägigen Bestrebungen feststellen zu können, wertet der Verfassungsschutz u. a. Parteiprogramme, Publikationen, Flugblätter und Internetseiten, die Reden von Funktionären und anderes öffentliches Material aus. Außerdem besucht er deren öffentliche Veranstaltungen und holt Informationen von anderen Behörden ein.

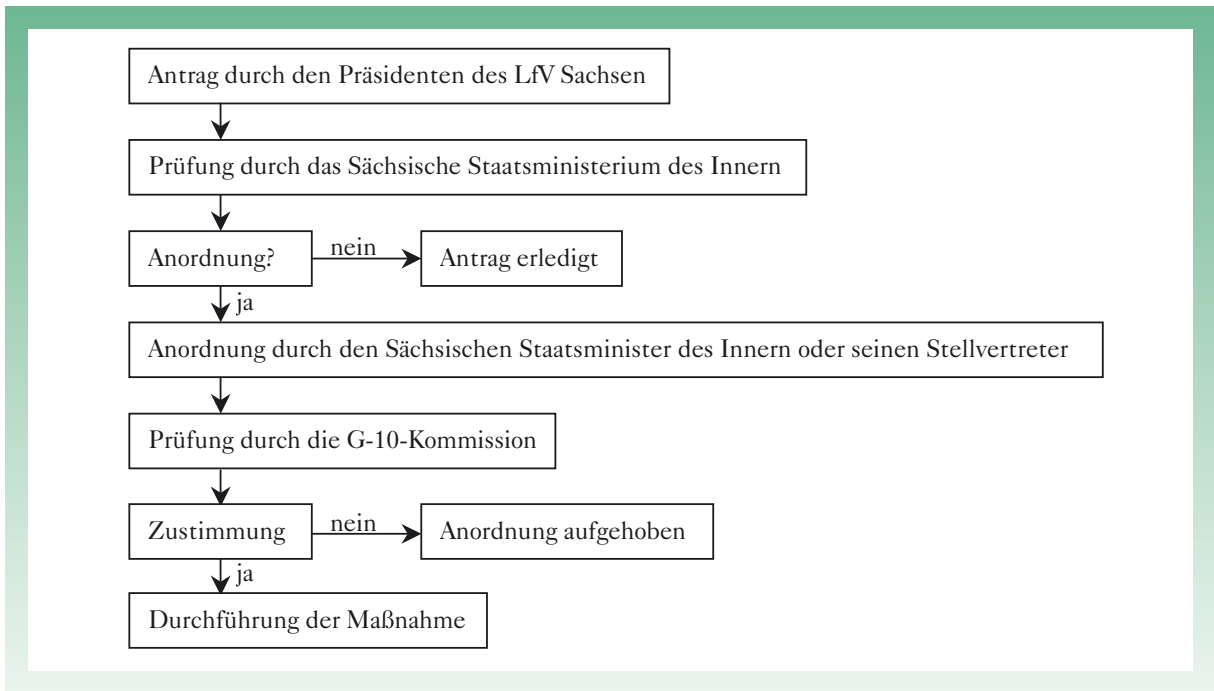
Bei im Verborgenen stattfindenden Aktivitäten kommt der Verfassungsschutz allein mit den Mitteln der offenen Beschaffung nicht an die benötigten Informationen. Wenn diese Mittel erschöpft sind, ist er deshalb gesetzlich ermächtigt, so genannte nachrichtendienstliche Mittel bei der Informationsgewinnung einzusetzen. Dabei ist er an enge rechtliche Regelungen und an die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit gebunden. Darüber hinaus unterliegt der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel im Freistaat Sachsen einer regelmäßigen parlamentarischen Kontrolle.

Zu den nachrichtendienstlichen Mitteln zählen die nachfolgend aufgeführten Methoden:

- der Einsatz von Vertrauensleuten (V-Leuten), Informanten und Gewährspersonen, d. h. von Personen, die für den Verfassungsschutz Informationen aus verfassungsfeindlichen Organisationen beschaffen oder logistische bzw. sonstige Hilfe leisten, ohne ihre Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu erkennen zu geben,
- die Observation, d. h. das verdeckte Beobachten von Personen und Objekten,
- die Nutzung von Tarnmitteln, mit denen verborgen werden soll, dass der Verfassungsschutz beobachtet, wie z. B. Tarnkennzeichen,
- die Anwendung technischer Hilfsmittel wie Bild- und Tonaufzeichnungen,
- die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs sowie
- die Wohnraumüberwachung.

Die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs ist ein massiver Eingriff in die Grundrechte. Diese Maßnahme ist deshalb in einem besonderen Gesetz geregelt, dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel-10-Gesetz – G 10)⁴. Demnach dürfen Telefongespräche nur mitgehört und aufgezeichnet, Briefe nur geöffnet und gelesen werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass bestimmte schwere Straftaten, wie z. B. Betätigung in einer terroristischen Vereinigung, Hoch-/Landesverrat oder geheimdienstliche Agententätigkeit, geplant oder begangen werden bzw. wurden. Das Gesetz beschreibt die Voraussetzungen für einen solchen Eingriff detailliert und stellt den Verfassungsschutz unter eine besonders strenge Kontrolle. Der Präsident des LfV Sachsen muss einen entsprechenden Antrag beim Sächsischen Staatsministerium des Innern stellen, das die Rechtmäßigkeit des Antrags prüft. Nur der Staatsminister des Innern oder sein Stellvertreter kann einen Eingriff in die Grundrechte nach Art. 10 Grundgesetz anordnen. Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die vom Sächsischen Landtag gewählte G-10-Kommission über die angeordneten Beschränkungsmaßnahmen. Diese prüft nochmals und entscheidet über Zulässigkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen. Hält die Kommission eine Überwachung für zulässig, gilt die Anordnung für höchstens drei Monate. Eine Verlängerung bedarf ebenfalls der Zustimmung der Kommission. Hält die Kommission eine Überwachung hingegen für unzulässig oder für nicht mehr notwendig, darf sie nicht eingeleitet oder fortgesetzt werden.

⁴ Das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz im Freistaat Sachsen sind auf der Homepage des LfV Sachsen unter www.sachsen.de/verfassungsschutz abrufbar.



Die Wohnraumüberwachung⁵ durchläuft ein vergleichbares Verfahren. Anders als bei einer Maßnahme nach dem Artikel-10-Gesetz – G 10 ist für sie allerdings eine richterliche Anordnung erforderlich. Eine Wohnraumüberwachung unterliegt materiell den gleichen rechtlichen Voraussetzungen wie eine Maßnahme nach dem Artikel-10-Gesetz – G 10. Außerdem kann das LfV Sachsen unter engen rechtlichen Voraussetzungen Wohnraumüberwachungen im Bereich der Organisierten Kriminalität dann durchführen, wenn – so der Gesetzestext – der Einsatz zur Abwehr dringender Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende fremde Sach- und Vermögenswerte erforderlich ist.

Sowohl bei der Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs als auch bei der Wohnraumüberwachung muss die Erforschung des Sachverhaltes auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert sein.

Was geschieht mit den Informationen, die das LfV Sachsen sammelt?

Die Informationen, die der Verfassungsschutz auf Grund seines gesetzlichen Auftrages sammelt, werden analysiert, d. h. sie werden gesichtet, geprüft und bewertet. Die gewonnenen Erkenntnisse sind Grundlage für die Berichterstattung des LfV Sachsen gegenüber:

- dem Sächsischen Staatsministerium des Innern,

- anderen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder,
- dem Militärischen Abschirmdienst (MAD), der die Aufgaben des Verfassungsschutzes auf dem Gebiet der Bundeswehr wahrnimmt und dem Bundesnachrichtendienst (BND), der Auslandsaufklärung betreibt,
- Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften und Polizei),
- Behörden, die die Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung benötigen (z. B. für Versammlungsverbote),
- der Öffentlichkeit.

Die Informationen des Verfassungsschutzes werden vor allem benötigt

- zur Einschätzung der Sicherheitslage,
- zur Verhinderung bzw. Verfolgung von durch Extremisten, Spione und der Organisierten Kriminalität begangene Straftaten,
- zur Vorbereitung von Vereins- oder Parteiverboten,
- zur Information der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Aktivitäten.

Welche Maßnahmen führt das LfV Sachsen im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit durch?

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen und Tätigkeiten gehört

⁵ Vgl. § 5 Abs. 4-10 SächsVSG; siehe Gesetzesanhang.

zu den gesetzlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes. Damit leistet er einen wichtigen Präventionsbeitrag, der die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Extremismus fördert. Denn nur informierte Bürgerinnen und Bürger können sich aktiv für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Die breite Öffentlichkeitsarbeit des LfV Sachsen umfasst deshalb vielfältige Maßnahmen, die für Interessenten kostenfrei sind. Dazu zählen:

- die Durchführung von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

In Vorträgen und öffentlichen Diskussionsrunden informiert das LfV Sachsen – auch in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen wie z. B. der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung – über politischen Extremismus allgemein und speziell über dessen Erscheinungsformen im Freistaat Sachsen sowie über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes.

Im Berichtsjahr wurden solche Veranstaltungen vor allem an Schulen, Einrichtungen der politischen Bildung, der Verwaltung, der Justiz und der Bundeswehr durchgeführt.

- die Information kommunaler Verantwortungsträger

In Beratungsgesprächen informiert das LfV Sachsen kommunale Entscheidungsträger über regionale extremistische Bestrebungen und Aktivitäten, damit Gegenstrategien entwickelt werden können.

- die Präsentation der Wanderausstellung „Frei sein, frei bleiben! In guter Verfassung – Demokratie gegen Extremismus“

Die multimediale Ausstellung zum Rechts- und Linksextremismus richtet sich vor allem an Jugendliche. Aber auch Lehrer und Erzieher sowie alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind Zielgruppen.

Im Berichtsjahr wurde die Ausstellung u. a. im Sächsischen Landtag, an kommunalen Einrichtungen sowie vorwiegend an Schulen gezeigt.

- die Herausgabe von Broschüren

Die präventive Aufklärung der Öffentlichkeit über den Extremismus erfolgt auch durch die Herausgabe entsprechender Publikationen. Im Berichtsjahr wurden rund 14.000 Publikationen (teilweise über das Internet) zu Themen des Verfassungsschutzes kostenfrei verteilt. Dazu gehörten u. a.: Verfassungsschutzberichte, die Kurzbroschüre „Verfassungsschutz im Blickpunkt“, die Broschüren „18, 88 und Blut und Ehre – Rechtsextremistische Skinheads im Freistaat Sachsen“ sowie „Mit Hakenkreuz und Totenkopf – Wie sich Rechtsextre-



misten zu erkennen geben“, die sich schwerpunktmäßig mit Erscheinungsformen des Rechtsextremismus auseinandersetzen, die Publikation „Autonome Szene im Freistaat Sachsen“ sowie Begleitflyer und CD-ROMs zur Ausstellung „Frei sein. Frei bleiben! In guter Verfassung – Demokratie gegen Extremismus“.

- die Internetpräsentation

Das Web-Angebot des LfV Sachsen unter der Adresse <http://www.sachsen.de/verfassungsschutz/> beinhaltet Informationen über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sowie Mitteilungen zu aktuellen Sachverhalten aus den Beobachtungsfeldern. Querverweise ermöglichen die Verbindung zu Homepages anderer Verfassungsschutzbehörden. Außerdem können vom LfV Sachsen herausgegebene Broschüren heruntergeladen oder online bestellt werden. Zudem besteht die Möglichkeit, per E-Mail verfassungsschutz@lfo.smi.sachsen.de Kontakt mit dem LfV Sachsen aufzunehmen. Im Berichtsjahr wurden etwa 12.000 Zugriffe auf die Homepage des LfV Sachsen registriert.

- eine intensive Pressearbeit

Informationen über extremistische Bestrebungen erfolgen auch über die Medien. Im Berichtsjahr wurden an das LfV Sachsen 224 Presseanfragen gestellt. Ca. 85 % der Anfragen betrafen dabei Themen des Rechtsextremismus.

Wer kontrolliert das LfV Sachsen und welche Rechte haben Betroffene?

Das LfV Sachsen unterliegt vielfältigen und umfangreichen Kontrollen durch:

- das Sächsische Staatsministerium des Innern (SMI)
Als Fachaufsichtsbehörde kontrolliert es die Recht- und Zweckmäßigkeit der Aufgabenwahrnehmung durch das LfV Sachsen. Als Dienstaufsichtsbehörde wacht es zudem über den ordnungsgemäßen Dienstbetrieb.
- die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) des Sächsischen Landtages
Sie kontrolliert die Sächsische Staatsregierung hinsichtlich der Aufsicht des SMI über das LfV Sachsen und hinsichtlich dessen Tätigkeit. Die Sächsische Verfassung schreibt eine solche besondere Kontrolle insbesondere beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel vor.
- die G-10 Kommission des Sächsischen Landtages
Diese Kommission prüft die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Maßnahmen nach dem Artikel-10-Gesetz – G 10, d. h. Maßnahmen der Post- und Telekommunikationsüberwachung.
- den Sächsischen Datenschutzbeauftragten
Er kontrolliert die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz. Er prüft, ob das LfV Sachsen personenbezogene Daten rechtmäßig erhebt und verarbeitet.
Jede Bürgerin und jeder Bürger kann sich an den Datenschutzbeauftragten wenden, wenn er der Ansicht ist, das LfV Sachsen habe bei der Erhebung und Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten seine Rechte verletzt.
- den Sächsischen Rechnungshof
Er kontrolliert die Verwendung der Haushaltsmittel des LfV Sachsen.
- die Gerichte
Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht, gegen Maßnahmen des LfV Sachsen bei Gericht zu klagen, wenn sie oder er geltend macht, in ihren oder seinen Rechten verletzt zu sein. Außerdem prüft ein Gericht die Zulässigkeit von Wohnraumüberwachungsmaßnahmen.
- die Öffentlichkeit
Durch die Medienberichterstattung wird die Tätigkeit des LfV Sachsen der Öffentlichkeit und damit auch ihrer Kontrolle zugänglich gemacht.

Rechtsextremismus

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der rechtsextremistischen Bestrebungen

Rechtsextremisten lehnen wesentliche Grundelemente unserer Verfassungsordnung ab – auch wenn sie in öffentlichen Äußerungen aus taktischen Gründen vorgeben, auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen.

Anstelle einer freiheitlichen Demokratie mit Freiheitsrechten für den Einzelnen wollen sie eine Gesellschaftsordnung, die im Ergebnis eine totalitäre Diktatur mit nationalistischen und rassistischen Vorzeichen darstellt. Dem zugrunde liegt die Vorstellung von einer „Volksgemeinschaft“, der sich das Individuum unterzuordnen hat.

Die verfassungsfeindlichen Ziele erkennt man u. a.:

- am Willen, die Freiheitsrechte des Einzelnen abzuschaffen und eine völkische Gemeinschaft zu errichten

Für Rechtsextremisten ist die Nation eine Gemeinschaft unter völkischen Gesichtspunkten: „Nur wer deutsches Blut in seinen Adern fließen hat, kann für uns Deutscher sein“⁶.

Die eigene Nation wird dabei als absolutes Gut angesehen, dem sich sowohl andere Nationen und Völker als auch die – in der Verfassung garantierten – Rechte des Einzelnen unterzuordnen haben: „An allen Stellen, an denen Einzelinteressen mit Gemeinschaftsinteressen kollidieren, haben diese zu Gunsten des Erhaltes der Gemeinschaft zurückzutreten“⁷.

- an aggressiver Fremdenfeindlichkeit, die sich auch in Rassismus und Antisemitismus ausdrückt

Rechtsextremisten bewerten die eigene Rasse als höherwertig. Nach ihrer Vorstellung soll das deutsche Volk vor „rassisch minderwertigen“ Ausländern und vor einer „Überfremdung“ und „Völkervermischung“ bewahrt werden: eines „der wichtigsten biologischen Grundprinzipien (...) [ist] das der Erhaltung der Art.“⁸

In einem Staat nach Vorstellung von Rechtsextremisten würden Menschen nichtdeutscher Herkunft ausgegrenzt. Dies widerspräche der in unserer Verfassung garantierten Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Zudem verkehrte sich das Menschenbild des Grundgesetzes ins Gegenteil: Die Würde des Menschen, die bedingungs- und voraussetzungslos jedem Menschen eigen ist, wäre von der biologisch-genetischen Teilhabe an der Volksgemeinschaft abhängig.

Rechtsextremismus ist auch geprägt von Antisemitismus. So bezeichnete z. B. der NPD-Funktionär und jetzige Landtagsabgeordnete Jürgen GANSEL den verstorbenen jüdischen Philosophen Theodor W. Adorno als „Giftpilz“ und dessen Kritische Theorie als „Giftfraß an den inneren Organen und am Gehirn des deutschen Volkskörpers“.⁹

- an der fehlenden Distanz zum Nationalsozialismus des Dritten Reiches

Sie reicht von Verharmlosung bis Verherrlichung des Nationalsozialismus. So glorifizieren Rechtsextremisten nicht nur Nationalsozialisten aus dieser Zeit (z. B. den ehemaligen Stellvertreter Adolf Hitlers Rudolf Heß), sondern lehnen sich zum Teil eng an die Sprache und Programmatik dieser Zeit an.

So äußerte z. B. der jetzige NPD-Landtagsabgeordnete Holger APFEL: „Nichts und niemand wird uns abbringen im Kampf ums Reich. Unser Kampf ist erst dann zu Ende, wenn Deutschland wieder frei ist. Seien wir uns des hohen Blutzolls bewusst, den unsere Väter und Großväter im Kampf um Deutschland geleistet haben. Nehmen wir uns ein Vorbild. Kämpfen wir wie sie. Nichts für uns, aber alles für Deutschland.“¹⁰ Der Ausspruch „Alles für Deutschland“ war eine Parole der SA im Dritten Reich.

- am Verächtlichmachen von Verantwortungsträgern und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates

Rechtsextremisten bezeichnen den demokratischen Rechtsstaat häufig abwertend als „System“. Zudem werden demokratische Parteien des Öfteren als „Parteienkartell“, „Systemparteien“ bzw. „Lizenzparteien“ diskriminiert. Demokratische Politiker werden in der NATIONAL-ZEITUNG/DEUTSCHE WOCHENZEITUNG, dem Organ

⁶ Aus einer Rede von Holger APFEL, stellvertretender Bundesvorsitzender der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und seit September 2004 sächsischer Landtagsabgeordneter, am 1. Mai 2001 in Dresden. Trotzdem, dass die Aussage bereits mehrere Jahre zurückliegt, ist sie für die NPD nach wie vor inhaltlich-programmatisch aktuell.

⁷ Wahlprogramm der NPD zur Bundestagswahl 2002, S. 77.

⁸ NPD-Schulungsheft WEG UND ZIEL, Januar – März 2000, S. 7.

⁹ DEUTSCHE STIMME, August 2004, S. 16.

¹⁰ In einer Rede anlässlich einer vom NPD-Landesverband organisierten Demonstration gegen die Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ am 8. Juni 2002 in Leipzig.

der DEUTSCHEN VOLKSUNION, regelmäßig als „Handlanger fremder Mächte“ verunglimpft, die eine „Entdeutschung Deutschlands“ betreiben würden. Holger APFEL äußerte in der DEUTSCHEN STIMME vom Dezember 2003, dass nur die Stimmabgabe für die Nationaldemokraten die „längst notwendige, schallende Ohrfeige für das von Korruption, Parteienwillkür, Dekadenz und Klüngelwirtschaft geprägte Altparteienkartell“ bedeute.

- an revisionistischen Ansichten

Sie sind ein wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen. Revisionismus ist eine Form rechtsextremistischer Agitation mit dem Ziel, die Zeit des Nationalsozialismus zu beschönigen. So wird versucht, den Völkermord im Dritten Reich sowie Kriegsverbrechen und die Kriegsschuld Deutschlands zu leugnen bzw. zu relativieren. Revisionistische Ansichten werden u. a. in zahlreichen rechtsextremistischen Publikationen verbreitet.

So ruft z. B. die NPD auf ihrer Internetseite zur Unterstützung des in Belgien am 26. November verhafteten Holocaustleugners Siegfried VERBEKE auf und bittet um Spenden für einen „optimalen juristischen Schutz“ für den „Herausgeber und Stifter“ der revisionistischen Stiftung VRIJ HISTORISH ONDERZOEK (VHO). Die VHO entwickelte sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zum wichtigsten Verbreiter holocaustleugnender Schriften in Europa.

Im Einzelnen untergliedern sich rechtsextremistische Bestrebungen in:

- rechtsextremistische Parteien,
- rechtsextremistische Szenen, insbesondere rechtsextremistische Skinheads und Kameradschaften, sowie
- neonationalsozialistische Gruppierungen.

Die rechtsextremistischen Parteien versuchen in ihrer politischen Agitation – trotz öffentlicher Bekenntnisse zum Grundgesetz – wesentliche Grundprinzipien des freiheitlichen demokratischen Staates zu beeinträchtigen oder zu beseitigen. Der demokratische Rechtsstaat sowie seine Repräsentanten und Einrichtungen werden diffamiert, um das Vertrauen in die demokratische Staatsform zu untergraben. In ihrer Propaganda sind übersteigerter, den Gedanken der Völkerverständigung missachtender Nationalismus und menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit enthalten. Ausländer werden als minderwertig, kriminell, faul, schmarotzend und betrügerisch dargestellt.

Rechtsextremistische Parteien greifen für die Verbreitung ihrer verfassungsfeindlichen Propaganda oft soziale und wirtschaftliche Themen auf. In der Kritik an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen werden dabei zum Teil sozialistische Thesen unter nationalistischem Vorzeichen übernommen.

Die rechtsextremistischen Szenen sind kein homogenes Gebilde, sondern ein Sammelbecken unterschiedlicher Gruppierungen. Zu ihnen gehören rechtsextremistische Skinheads, Kameradschaften und rechtsextremistisch motivierte Gewalttäter.

Die rechtsextremistischen Skinheads grenzen sich durch ihre politische Einstellung von anderen Jugendlichen ab. Ihre Weltanschauung ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- extreme Fremdenfeindlichkeit,
- sehr stark ausgeprägter Rassismus und Antisemitismus sowie
- Verherrlichung von Elementen des Nationalsozialismus, insbesondere seiner Führungspersonen und Symbole. Verbreitet ist z. B. die „Schwarze Sonne“, ein altes heidnisches Symbol, das von den Nationalsozialisten als Fußbodenmosaik in der Wewelsburg, der Ordensburg der SS, verwendet wurde. Teilweise werden auch germanische Symbole verwendet – z. B. das Abzeichen mit dem Hammer des germanischen Gottes Thor – und Riten, wie z. B. Sonnenwendfeiern, aufgegriffen.

Eine Einordnung als Skinhead lediglich nach dem äußeren Erscheinungsbild ist nicht mehr möglich, seit das früher skinheadtypische Aussehen – kurz geschorene Haare, Bomberjacke und Kampfstiefel mit weißen Schnürsenkeln – unter Jugendlichen teilweise zur Mode geworden ist.

Die Skinheadkameradschaften sind subkulturell ausgerichtet sowie von Spontaneität und Aktionismus geprägt. Sie besitzen kein gefestigtes neonationalsozialistisches Weltbild. Hauptsächlich rechtsextremistisch disponierte Jugendliche aus dem Skinhead-Milieu fühlen sich zu solchen oft lockeren Strukturen und Kleingruppen – in der Regel zwischen 10 und 20 Personen – hingezogen.

Ihre Aktivitäten konzentrieren sich hauptsächlich auf die Teilnahme an Skinheadkonzerten oder Demonstrationen. Obwohl die Gruppen zum Teil kurzlebig sind, gehen von rechtsextremistischen Skinheads und von durch diese Subkultur beeinflussten anderen Jugendlichen auf Grund ihrer Gewaltbereitschaft Gefahren aus, da sie häufig an Straftaten mit rechtsextremistischem, insbesondere fremdenfeindlichem Hintergrund beteiligt sind.

Die neonationalsozialistischen Gruppierungen, zu denen auch einzelne Kameradschaften gehören, orien-

tieren sich an einem totalitären, nationalistischen und rassistischen Führerstaat mit einer Einheitspartei nach dem Vorbild des Dritten Reiches. Ihr Ziel ist es, die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen. Ihre Ideologie stimmt dabei in verschiedenen Punkten mit dem Programm der NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (NSDAP) aus dem Jahr 1920 überein. Nationale Interessen werden zum Nachteil anderer Nationen und des Einzelnen überbewertet. Die „deutsche Rasse“ wird als Elite

dargestellt, alles Andersartige als minderwertig eingestuft. Neben jenen neonationalsozialistischen Bestrebungen, die sich insbesondere Adolf Hitler zum Vorbild nehmen, gibt es auch solche Neonationalsozialisten, die sich an antikapitalistischen und sozialrevolutionären Strömungen im historischen Nationalsozialismus orientieren. Sie streben eine Zusammenarbeit und Vernetzung der einzelnen Kameradschaften an. Demonstrationen spielen dabei für die Vermittlung ihrer politischen Interessen eine zentrale Rolle.

Überblick in Zahlen¹¹

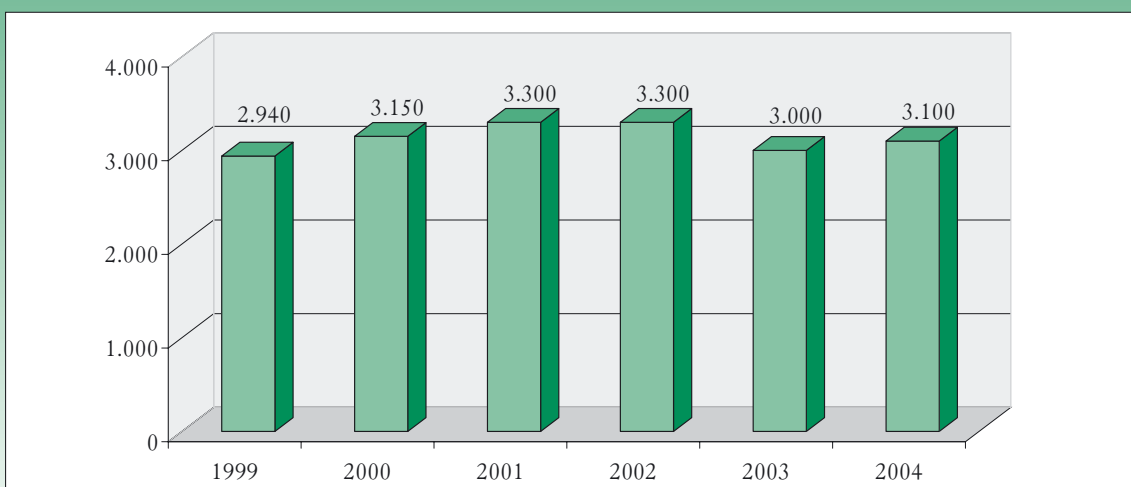
In der Bundesrepublik Deutschland gab es im Berichtsjahr ca. 40.700¹² Rechtsextremisten. Damit sank die Anzahl im Vergleich zum Vorjahr um etwa 2 %. Im

Freistaat Sachsen erhöhte sich die Anzahl der Rechtsextremisten auf ca. 3.100¹³ Personen und damit um ca. 3 %.

Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland



Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



¹¹ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

¹² Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

¹³ Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

Setzt man die Anzahl der Personen in den einzelnen Teilbereichen des Rechtsextremismus zu 100.000 Einwohnern in Relation, ergibt sich folgender Vergleich:

Anzahl der Rechtsextremisten in der Bevölkerung, auf jeweils 100.000 Einwohner bezogen ¹⁴	Bundesrepublik Deutschland		Freistaat Sachsen	
	2004	2003	2004	2003
Personen in rechtsextremistischen Parteien	29	31	29	28
Personen in neonationalsozialistischen Bestrebungen	5	4	4	3 (7) ¹⁵
Rechtsextremistische Skinheads, sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten und Kameradschaftsangehörige	12	12	37	35
Davon: rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	keine Angabe	keine Angabe	21	21
Sonstige rechtsextremistische Organisationen	5	6	2	keine Angabe
Gesamtzahl der Rechtsextremisten (ohne Mehrfachmitgliedschaften)	49	50	72	69

Den größten Teil des rechtsextremistischen Potenzials in der Bundesrepublik Deutschland bilden mit ca. 58 % die Mitglieder der rechtsextremistischen Parteien. Im Freistaat Sachsen sind nur ca. 40 % aller Rechtsextremisten diesem Bereich zuzurechnen.

Während die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) sowohl bundesweit (um ca. 6 %) als auch – erstmalig seit dem Jahr 2000 – im Freistaat Sachsen ihr Mitgliederpotenzial erhöhen konnte (um ca. 19 %), ist der Mitgliederbestand bei den REPUBLIKANERN (REP) und der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) sowohl bundesweit als auch im Freistaat Sachsen deutlich rückläufig (bundesweit zusammen um ca. 5 %, im Freistaat Sachsen zusammen um ca. 25 %).

Die Anzahl der Personen, die in neonationalsozialistischen Bestrebungen aktiv sind, ist in der Bundesrepublik Deutschland um ca. 27 % und im Freistaat Sachsen um ca. 55 % gestiegen. Trotz dieses Anstieges liegt – bezogen auf die Einwohnerzahlen – der Freistaat Sachsen in diesem Bereich jedoch unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Skinheads, sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten und Kameradschaftsangehörigen hat sich im Berichtsjahr bundesweit nicht verändert.

Im Freistaat Sachsen stieg dieses Mitgliederpotenzial um ca. 7 % an. Dabei veränderte sich die Anzahl der rechtsextremistischen Skinheads nicht; das Mitgliederpotenzial der rechtsextremistischen Kameradschaften jedoch nahm um ca. 17 % zu. Damit liegt der Anteil der rechtsextremistischen Skinheads, sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten und Kameradschaftsangehörigen an der Gesamtzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen mit ca. 52 % weiterhin deutlich über dem bundesweiten Vergleichswert von ca. 25 %.

Das Mitgliederpotenzial in sonstigen rechtsextremistischen Organisationen ging bundesweit um ca. 7 %, im Freistaat Sachsen jedoch um ca. 38 % zurück.

¹⁴ Zahlen gerundet.

Gesamtbevölkerung: Bundesrepublik Deutschland: 82.498.469 (Stand: Juni 2004, Auskunft des Statistischen Bundesamtes),

Freistaat Sachsen: 4.301.267 (Stand: Sept. 2004, Auskunft des Statistischen Landesamtes Sachsen).

¹⁵ Die Angabe in Klammer berücksichtigt Mehrfachmitgliedschaften innerhalb des neonationalsozialistischen Spektrums. Diese Mehrfachmitgliedschaften wurden nachträglich abgezogen. Die Änderung basiert auf einer Vereinheitlichung der Zählweise der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern.

Anzahl der Rechtsextremisten

Freistaat Sachsen: ca. 3.100 Personen (2003: ca. 3.000)
Bundesrepublik Deutschland: ca. 40.700 Personen (2003: ca. 41.500)

<p>Rechts- extremistische Parteien</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 1.250 (2003: ca. 1.200) bundesweit: ca. 23.800 (2003: ca. 24.500)</p>	<p>Neonational- sozialistische Bestrebungen</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 170 (2003: ca. 110 [285]¹⁶) bundesweit: ca. 3.800 (2003: ca. 3.000)</p>	<p>Rechtsextremistische Skinheads, gewalt- bereite Rechts- extremisten und Kameradschafts- angehörige</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 1.600 (2003: ca. 1.500) bundesweit: ca. 10.000 (2003: ca. 10.000)</p>	<p>sonstige rechtsextremistische Organisationen</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 80 (2003: 130)¹⁷ bundesweit: ca. 4.300 (2003: ca. 4.600)</p>
---	---	--	--

davon:

<p>NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 950 (2003: ca. 800) bundesweit: ca. 5.300 (2003: ca. 5.000)</p>	<p>HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG)</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 25¹⁸ (2003: ca. 25) bundesweit: ca. 600 (2003: ca. 600)</p>	<p>Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechts- extremisten¹⁹</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 900 (2003: ca. 900) bundesweit: keine Angaben</p>	<p>Angehörige sonstiger rechtsextremistischer Organisationen</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 60 bundesweit: ca. 4.300</p>
<p>DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 250 (2003: ca. 300) bundesweit: ca. 11.000 (2003: ca. 11.500)</p>	<p>Neonationalsozialistische Kameradschaftsangehörige</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 170 (2003: ca. 110 [260])²⁰ bundesweit: keine Angaben</p>	<p>Mitglieder anderer rechtsextremistischer Kameradschaften</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 700 (2003: ca. 600) bundesweit: keine Angabe (2003: keine Angabe)</p>	<p>JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUBEN - Landes- verband Sachsen/ Niederschlesien (JLO)</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 20</p>
<p>DIE REPUBLIKANER (REP)</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 50 (2003: ca. 100) bundesweit: ca. 7.500 (2003: ca. 8.000)</p>			
<p>NATIONALES BÜNDNIS DRESDEN e. V. (NB)</p> <p>Freistaat Sachsen: über 100 (2003: ca. 100²¹)</p>			

¹⁶ Die in dieser Spalte angegebenen Zahlen in eckigen Klammern berücksichtigen Mehrfachmitgliedschaften innerhalb des neonationalsozialistischen Spektrums. Diese Mehrfachmitgliedschaften wurden nachträglich abgezogen. Die Änderung basiert auf einer Vereinheitlichung der Zählweise der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern.

¹⁷ Inklusive JLO-Landesverband Sachsen/Niederschlesien. 2003 erfolgte keine gesonderte Ausweisung.

¹⁸ Einschließlich Mehrfachmitgliedschaften.

¹⁹ Die meisten subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten (hauptsächlich Skinheads) sind nicht in Gruppen organisiert. In die Statistik sind als gewaltbereit nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind.

²⁰ Siehe Fußnote 16.

²¹ Die regionale Gruppierung enthält Mitglieder der NPD, REP, DVU und JLO sowie Angehörige der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene. Da es sich im Wesentlichen um Doppelmitgliedschaften handelt, fließt die Mitgliederzahl des NB nicht in die Gesamtsumme der Rechtsextremisten ein.

Entwicklungstendenzen im Rechtsextremismus

Einzug der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) in den Sächsischen Landtag

Der Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag war zum einen auf für diese Partei günstige politischen Rahmenbedingungen, wie z. B. den im rechtsextremistischen Spektrum konkurrenzlosen Antritt sowie die zu dieser Zeit vorherrschende öffentliche Proteststimmung gegen geplante Sozialreformen, zurückzuführen. Zum anderen wirkte sich aus, dass der sächsische Landesverband seit Beginn der 1990er Jahre handlungsfähige Strukturen aufgebaut hatte, die er im Wahlkampf zielgerichtet einsetzte.

Als die politischen Diskussionen über eine Reform der sozialen Sicherungssysteme ihren Höhepunkt erreicht hatten, konnte die NPD mit einem einseitig sozialpopulistischen Wahlkampf einen Teil der Wählerschaft, der hoch verunsichert war, erreichen. Dabei ließ die Partei ihre verfassungsfeindliche Programmatik in den Hintergrund treten und stellte sich mittels platter Parolen und einem Gespür für aktuelle politische Antipathien und emotionale Bedürfnisse als Anwalt der „kleinen Leute“ dar.

Rechtsextremistische Parteien – wie die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) in Bremen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Brandenburg oder die REPUBLIKANER (REP) in Baden-Württemberg – konnten seit Beginn der 1990er Jahre immer wieder mit ihrem Einzug in Landtage für Aufsehen sorgen. Die NPD hingegen als älteste der rechtsextremistischen Parteien scheiterte seitdem deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde.

„Volksfront von rechts“ – Kameradschaftsszene und rechtsextremistische Parteien suchen den Schulterschluss

Nach dem Einzug in den Sächsischen Landtag und der damit verbundenen enormen Öffentlichkeitswirksamkeit schwamm die NPD auf einer Welle der Euphorie. In dieser Situation sah sie die Chance, die über Jahre zerstrittene und miteinander rivalisierende rechtsextremistische Szene in einer „Volksfront von rechts“ zu konzentrieren. Sie warb um eine enge Kooperation mit Neonationalsozialisten und integrierte Führungskräfte dieser Szene in die Partei. Parallel dazu festigte sie mit

Blick auf die kommenden Wahlen ein bereits vor der Landtagswahl geschlossenes Bündnis mit der DVU und bot auch anderen rechtsextremistischen Parteien an, sich ihm anzuschließen. Dabei nahm die NPD nur vordergründig ihren Führungsanspruch zurück, wollte sie doch als parlamentarischer Arm der gesamten „nationalen Widerstandsbewegung“ wahrgenommen werden.

Auseinandersetzungen in der Szene: ein kurzer Rückblick

Ein Rückblick auf die bisherigen Beziehungen zwischen den rechtsextremistischen Parteien belegt die Tradition fortwährender Rivalität.

Während die NPD eine offen verfassungsfeindliche Mitgliederpartei mit im Vergleich hoher Organisationsdichte und programmatischen Bezügen zum historischen Nationalsozialismus ist, zeigt sich die DVU als eine vordergründig antinationalsozialistische, programmatisch-populistisch auf Ausländerfeindlichkeit fixierte und autokratisch geführte Partei ohne organisatorischen und handlungsfähigen personellen Unterbau. Hiervon grenzen sich die REP, die sich selbst als national-konservative Partei bezeichnen, demonstrativ ab. Sie hatten schon Anfang der 1990er Jahre nachdrücklich jeden Bündnisschluss im rechtsextremistischen Parteienbereich abgelehnt. NPD und DVU fanden kurzzeitig zwar immer wieder zueinander, die fortbestehenden Differenzen ließen jedoch bisher den Plan einer langfristigen Zusammenarbeit scheitern.

Ähnlich problematisch ist das Verhältnis zur Kameradschaftsszene, die sich nach den Verboten rechtsextremistischer Vereine zu Beginn der 1990er Jahre bildete. Das Verhältnis der NPD zu den Kameradschaften schwankte zwischen taktischer Annäherung und Distanzierung.

Ein gemeinsamer Gegner: der demokratische Rechtsstaat

Alle genannten Beteiligten verbindet die Gegnerschaft zu unserer pluralistischen, freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnung. Diese gemeinsame „Grundgegnerschaft“ eröffnet zwar immer wieder punktuelle Möglichkeiten zur Kooperation. Für eine weitergehende Zusammenarbeit müssen die Umstände jedoch eine bündnispolitische Perspektive des realistischen Machterwerbs aufzeigen, um innere Fliehkräfte nicht wirksam werden zu lassen. Eine solche „günstige“ Konstellation war im Berichtsjahr festzustellen.

Die NPD dominiert

Die NPD konnte vor allem in der zweiten Hälfte des Berichtsjahrs ihre vorherrschende Stellung im rechts-extremistischen Spektrum des Freistaates Sachsen weiter ausbauen. Dies machte sich auch in einem deutlichen Anstieg der Mitgliederzahl bemerkbar. Nachdem diese seit Ende der 1990er Jahre bis zu den Kommunalwahlen im Juni deutlich rückläufig war, stieg sie zum Ende der zweiten Jahreshälfte bis auf ca. 950 an. Außerdem war die Partei bemüht, auch im Jugendbereich ihre Strukturen auszubauen. So erfolgte die Gründung von Stützpunkten ihrer Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN in Chemnitz und Freiberg.

Die DVU hingegen führt im Freistaat Sachsen ein Schattendasein. Die Mitgliederzahl reduzierte sich auf ca. 250 Personen.

Nachdem die sächsischen REP unter ihrer alten Führung ihren Antritt zur Landtagswahl zurückgezogen hatten, um die Erfolgchancen der NPD zu erhöhen, rutschte der Landesverband weiter in die Bedeutungslosigkeit ab. Er verfügt mittlerweile nur noch über weniger als 50 Mitglieder.

Bündnisbestrebungen bereits 2003

Bemühungen, die „Einheit nationaler Kräfte“ im Bündnisschluss von Rechtsextremisten Realität werden zu lassen, hatten schon im Jahr 2003 begonnen: Vertreter von NPD, DVU, REP, DEUTSCHER PARTEI (DP) und JUNGER LANDSMANNSCHAFT OSTPREUBEN (JLO) sowie Angehörige der Kameradschaftsszene fanden sich im NATIONALEN BÜNDNIS DRESDEN e. V. zusammen, dem bei den Kommunalwahlen im Juni mit drei Vertretern der Einzug in den Stadtrat der Landeshauptstadt gelang.

Ausblick

Wahlabsprachen zwischen rechtsextremistischen Parteien und die taktische Einbindung eines Teils der Kameradschaftsszene werden künftig das Erscheinungsbild der parteigebundenen Rechtsextremisten prägen. Zwar wird dieses Bündnis keine tatsächlichen Lösungen für bestehende Probleme anbieten können. Es ist jedoch realistisch, dass es dort punktuelle Aufmerksamkeit erzielt, wo eine verunsicherte Wählerschaft

ein emotionales Ventil benötigt oder ihr durch Heilskonzepte eine vermeintlich „einfache“ Lösung vorgegaukelt wird.

Auch in einigen Regionen des Freistaates Sachsen muss vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Umbrüche und sozialstaatlicher Risiken damit gerechnet werden, dass eine Verfestigung dieses Wählerverhaltens eintritt. Dort, wo die NPD ein überdurchschnittliches Wählerpotenzial bei Wahlen an sich binden konnte, wird sie bemüht sein, durch Präsenz im öffentlichen Bewusstsein, pragmatisches Aufgreifen lokaler Probleme und bürgerorientierte „Basisarbeit“ aus situativen Stimmungen längerfristige Bindungen entstehen zu lassen. Hierbei besteht die Gefahr, dass die für die NPD Handelnden als Interessenvertreter eines Teils der Bürger akzeptiert und damit zu einer „Normalität“ werden, die verdeckt, dass es sich bei dieser Partei um eine verfassungsfeindliche Organisation handelt, deren Wertekanon dem des aufgeklärten liberalen Rechtsstaates widerspricht.

Rechtsextremistische Kameradschaften können Mitgliederpotenzial ausbauen – Potenzial der rechtsextremistischen Skinheadszenen bleibt konstant

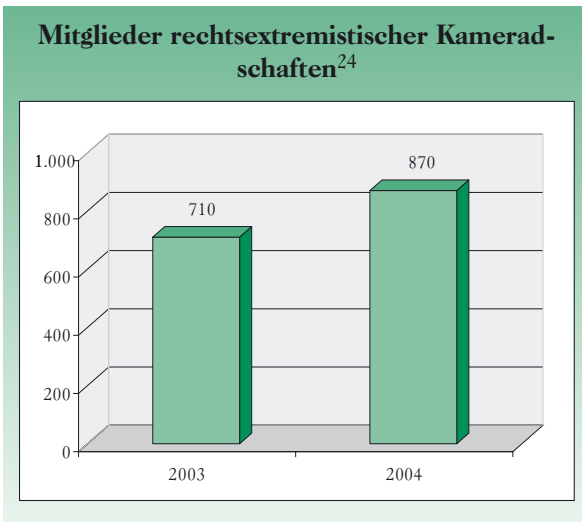
Den rechtsextremistischen Parteien steht nach wie vor eine starke subkulturelle Jugendszene gegenüber, die für den überwiegenden Teil der jüngeren Rechtsextremisten interessanter ist. Zu dieser subkulturellen Jugendszene gehören die rechtsextremistischen Skinheads und die Kameradschaften.

Kameradschaften sind – anders als die Parteien – nicht nur auf politische Arbeit im engeren Sinne konzentriert. Kameradschaften formen das Freizeitverhalten der Mitglieder. Rechtsextremistische Grundpositionen bilden hierbei eine „weltanschauliche Klammer“, die die Gruppenidentität prägt. Dies muss jedoch nicht bei allen Aktionen im Vordergrund stehen. Für diese Gruppierungen ist charakteristisch, dass sie Jugendlichen vor allem einen Zusammenhalt als Clique bieten. Deshalb gelingt es den Kameradschaften im Gegensatz zu den Parteien eher, junge Rechtsextremisten an sich zu binden.

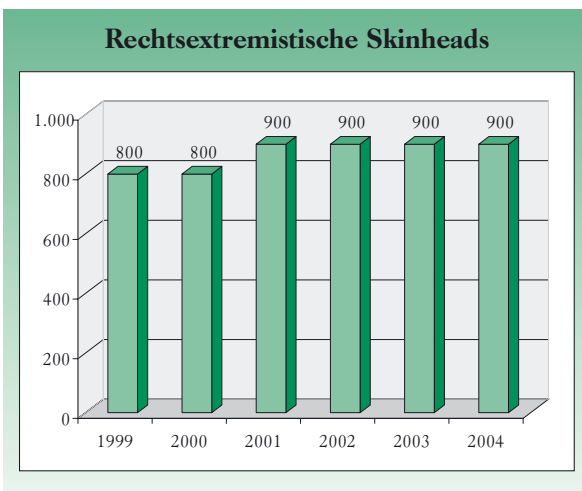
Von 1999 bis 2002 wies die rechtsextremistische Kameradschaftsszene ein sehr rasches Wachstum auf. Nach einer Stagnation im Jahr 2003 zeigte sich nunmehr wiederum ein Zuwachs. Waren 2003 ca. 710²²

²² Im Sächsischen Verfassungsschutzbericht 2003 wurde das Mitgliederpotenzial rechtsextremistischer Kameradschaften für das Jahr 2003 mit ca. 860 angegeben. Diese Zahl enthielt Mehrfachmitgliedschaften v. a. innerhalb des neonationalsozialistischen Spektrums. So waren Personen sowohl in Einzelgruppierungen als auch in überregionalen Aktionsbündnissen aktiv. Diese Mehrfachmitgliedschaften wurden nachträglich abgezogen. Die Änderung basiert auf der Vereinheitlichung der Zählweise der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern.

Personen in Kameradschaften aktiv, so erhöhte sich das Potenzial im Berichtsjahr auf ca. 870 Personen. Den neonationalsozialistischen Kameradschaften wurden im Berichtsjahr 170 Personen (2003: 110)²³ und den subkulturell geprägten Kameradschaften 700 Personen (2003: 600 Personen) zugerechnet. Das Zahlenverhältnis zwischen beiden hat sich damit nicht wesentlich geändert.



Die Skinheadszenen sind unstrukturiert. Ihr werden nach wie vor ca. 900 Personen zugerechnet. Dieses Potenzial ist seit 1999 relativ konstant und weist auf einen „festen Stamm“ hin.



Im sachsenweiten Vergleich bildet die rechtsextremistische Skinhead- und Kameradschaftsszene im Landkreis Sächsische Schweiz nach wie vor einen der Schwerpunkte. Hier sind viele rechtsextremistische

Skinheads ansässig. Diese organisieren sich überwiegend in Kameradschaften oder Skinheadcliquen, in denen die Klassifizierungsmerkmale²⁵ vermischt sind: Sie sind einerseits subkulturell geprägt, weisen aber andererseits auch ideologische Elemente des Neonationalsozialismus auf.

Neue strategische und inhaltliche Tendenzen in der Kameradschaftsszene

Im Berichtsjahr ließen sich innerhalb der Kameradschaftsszene neue strategisch-taktische sowie inhaltliche Tendenzen ausmachen.

So beteiligten sich Angehörige der Kameradschaftsszene an Aktionen von Nichtextremisten. Das bietet ihnen einerseits die Möglichkeit, sich ohne aufwändige Organisation in der Öffentlichkeit zu artikulieren. Andererseits zielt diese Taktik auch auf Sympathien in der Bevölkerung ab. Durch gemeinsame Aktionen mit Nichtextremisten soll Konsens suggeriert werden.

Diese Variante politischer Arbeit favorisierten vor allem die FREIEN KRÄFTE DRESDEN, die im Berichtsjahr regelmäßig an den jeweils montags im Stadtzentrum von Dresden stattgefundenen nicht extremistischen Demonstrationen gegen Sozialabbau und Arbeitsmarktreformen teilnahmen. Die ideologische Ausrichtung dieser Gruppierung ist neonationalsozialistisch geprägt. Bereits Ende 2003/Anfang 2004 verbanden sie in ihrer Publikation FREIER RUNDBRIEF DRESDEN die Aufrufe zur Teilnahme an den „Montagsdemonstrationen“ mit der Forderung „Jetzt Nationaler Sozialismus“.

Inhaltlich-weltanschaulich zeichneten sich im Berichtsjahr zwei größere Themenfelder ab, die innerhalb der Kameradschaftsszene diskutiert wurden:

- das Konzept der Volksgemeinschaft und des „nationalen Sozialismus“ sowie
- die Positionen gegenüber den Parteien des „rechten Lagers“ und die Strategie einer „Volksfront von rechts.“

Bei der Auseinandersetzung mit dem Konzept der Volksgemeinschaft und dem „nationalen Sozialismus“ zeigte sich eine sehr starke Hinwendung zu einem im Wortsinne „national-sozialistischen“ Profil. Die Ideologie ist mit deutlichen antikapitalistischen Positionen durchsetzt. In Szenepublikationen werden beispielsweise die Sozialreformen als Zeichen des Verfalls des

²³ Im Sächsischen Verfassungsschutzbericht 2003 wurde das Mitgliederpotenzial neonationalsozialistischer Kameradschaften für das Jahr 2003 mit ca. 260 angegeben. Diese Zahl enthielt Mehrfachmitgliedschaften. So waren Personen sowohl in Einzelgruppierungen als auch in überregionalen Aktionsbündnissen aktiv. Diese Mehrfachmitgliedschaften wurden nachträglich abgezogen. Die Änderung basiert auf einer Vereinheitlichung der Zählweise der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern.

²⁴ Auf Grund der Änderung bei der Zählweise (vgl. die beiden vorhergehenden Fußnoten) enthält die Grafik nur die Angaben für die Jahre 2003 und 2004.

²⁵ Siehe Beitrag „Rechtsextremistische Szenen“, Abschnitt „Der Begriff der Kameradschaften“.

„Systems BRD“ beschrieben. Der pluralistischen Gesellschaft wird die Konzeption einer Volksgemeinschaft, eines „nationalen Sozialismus“, entgeggestellt. Darüber hinaus enthalten die Bekenntnisse für eine Volksgemeinschaft eine bisweilen „revolutionär-kämpferische“ Note, die auf Abschaffung der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland abzielt.

Im Berichtsjahr zeigte sich, dass sich weltanschauliche Positionen besonders dort stark ausprägen konnten, wo es Kameradschaften gelungen ist, sich zu vernetzen. Exemplarisch dafür steht das NATIONALE UND SOZIALE AKTIONSBÜNDNIS MITTELDEUTSCHLAND (NSAM). Das NSAM ist ein überregionales Bündnis rechtsextremistischer, insbesondere neonationalsozialistischer Kameradschaften ostdeutscher Bundesländer. Aus Sachsen können diesem Bündnis Kameradschaften aus dem Regierungsbezirk Dresden, u. a. die FREIEN KRÄFTE DRESDEN und die FREIEN AKTIVISTEN HOYERSWERDA, zugerechnet werden. Ziel der Angehörigen des NSAM ist die Abschaffung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland und der Aufbau einer von „nationalem Sozialismus“ geprägten Gesellschaftsordnung. Diese Positionen wurden im Berichtsjahr zunehmend auch in der Öffentlichkeit vertreten. Besonders deutlich zeigte sich dies bei der von Aktivisten des NSAM initiierten Demonstration am 18. September in Hoyerswerda. In den Redebeiträgen wurden die verfassungsfeindlichen weltanschaulichen Positionen und politischen Zielsetzungen der neonationalsozialistischen Kameradschaftsszene deutlich artikuliert.

In der zweiten Jahreshälfte des Berichtsjahres wurde innerhalb der Szene vor allem über die von der NPD entwickelte Strategie einer „Volksfront von rechts“ diskutiert. Das Meinungsspektrum reichte dabei von verhaltener Zustimmung über Skepsis und Distanzierung bis hin zu konsequenter Ablehnung. Allen gemeinsam ist aber der Standpunkt, dass die NPD in ihrer politischen Zielsetzung nicht konsequent und radikal genug sei.

Rechtsextremistische Szene bemüht sich weiterhin um Treffpunkte

Ein wichtiger Punkt für das Funktionieren und Agieren der Szene ist ihre Logistik. Hierzu zählen vor allem ihre Rückzugsräume, Treffpunkte und Szeneeinrichtungen.

Zwar untersagte im Berichtsjahr z. B. das Landratsamt Annaberg die Nutzung eines Szenetreffs in Gelenau. Jedoch war die Szene bemüht, den Verlust von Treffobjekten auszugleichen und konnte einige neue Treff-

objekte einrichten, die für einschlägige Veranstaltungen genutzt werden. Auch hat die Dresdener Szene nach dem Wegfall ihres Szenetreffs „Thor“ am 30. April 2003 in kurzer Zeit ein neues Treffobjekt installiert; seit Frühjahr wird eine ehemalige Kellergaststätte in Dresden-Pieschen für interne Treffen und Veranstaltungen genutzt.

Darüber hinaus reaktivierte die Szene die Diskothek „Wodan“ in Mücka (Niederschlesischer Oberlausitzkreis) als Szenetreff. Der Pachtvertrag endete jedoch am 30. April 2005.

Daneben existierte ein weiteres, im Juni angemietetes Objekt in Dresden, in dem drei Konzerte stattfanden, an denen zwischen 40 und 70 Personen teilnahmen. Dieser Treff entwickelte sich im Berichtsjahr zu einem festen Anlaufpunkt der örtlichen einschlägigen Musikszene. Allerdings wurde der Mietvertrag vom Vermieter mit Wirkung zum Ablauf des Jahres 2004 gekündigt. Der NATIONALE JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. (NJB Zittau), der im Herbst 2002 nach einem Beschluss des Stadtrats die von ihm genutzte Liegenschaft verlassen musste, verfügt nunmehr seit November über ein neues Treffobjekt.

Einen hohen Bekanntheitsgrad erlangte das von Rechtsextremisten Anfang 2004 angemietete Treffobjekt in Leipzig unter der Bezeichnung „Freier Jugendklub Grünau“.

Teile der rechtsextremistischen Szene weiterhin gewaltbereit

Das Potenzial der gewaltbereiten Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen betrug im Berichtsjahr ca. 1.600 Personen (2003: ca. 1.500). Dabei gelten Skinheads und Skinheadkameradschaften generell als gewaltbereit. Dagegen ist dies bei den Mitgliedern neonationalsozialistischer Kameradschaften nicht durchgängig der Fall.

Der Freistaat Sachsen hat bereits frühzeitig die Entwicklung im gewaltbereiten Bereich der Kameradschaftsszene sehr ernst genommen. Beispielhaft genannt seien hier die 2003 vom Landgericht Dresden ausgesprochenen Urteile gegen ehemalige Mitglieder der verbotenen Organisation SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Wegen des Verdachts ihrer Fortführung (Verstoß gegen das Vereinsgesetz) durchsuchte die Polizei seit dem 1. Dezember die Wohn- und Geschäftsräume von 27 Personen, darunter Angehörige der verbotenen SSS, in Sachsen und Bayern. Die Beamten beschlagnahmten PCs, Videos, eine Luftdruckpistole, Hieb- und Stichwaffen sowie geringe Mengen Sprengstoff.

Nach wie vor zeigt sich bei vielen Angehörigen der rechtsextremistischen Szene eine besondere Affinität zu allem Militärischen. So stellte die Polizei am 15. Januar bei einem Rechtsextremisten aus Hoyerswerda 500 g Sprengstoff, Munition, Magazine und Übungshandgranaten aus den Beständen der Bundeswehr sicher.

Anzahl rechtsextremistischer Skinheadkonzerte weiterhin steigend

Bereits im Vorjahr versuchte die rechtsextremistische Szene wieder öfter, Konzerte durchzuführen. Diese Bemühungen setzten sich im Berichtsjahr auf einem höheren Niveau fort. Insgesamt 25 als rechtsextremistisch eingestufte Konzerte wurden durchgeführt; im Jahr 2003 waren es 16. Die Anzahl der Konzerte, die verhindert oder aufgelöst wurden, hat sich von zwölf im Jahr 2003 auf sechs verringert. Die Gesamtzahl der Konzertbesucher stieg von 3.000 auf 5.100. Ebenso stieg die durchschnittliche Besucherzahl pro Konzert von 130 Personen im Jahr 2003 auf 175 Personen.

Die steigende Zahl der Konzerte zeigt, dass sich die sächsische rechtsextremistische Musikszene nach den Exekutivmaßnahmen in den Jahren 2000 bis 2002²⁶ neu formiert hat. Regionale Gruppierungen sowie einzelne Szene-Aktivist*innen organisieren rechtsextremistische Konzerte und knüpfen über Konzertbesuche überregionale Verbindungen. So zeigte sich im Berichtsjahr, dass die sächsischen Konzertveranstalter zunehmend über gute Kontakte in andere Bundesländer und über das sächsische Vertriebsnetz auch zu ausländischen Bands verfügen. Ein Beleg dafür war das verstärkte Auftreten rechtsextremistischer Musikgruppen aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland. Dagegen wurde das „Musikgeschehen“ im Jahr 2003 noch überwiegend von regionalen Musikgruppen geprägt.

Rechtsextremistische Vertriebszene im Freistaat Sachsen sehr ausgeprägt

Im Freistaat Sachsen existiert eine sehr ausgeprägte rechtsextremistische Vertriebszene. So sind fast die Hälfte aller ostdeutschen und über ein Viertel aller bundesdeutschen Vertriebe hier ansässig. Die Strukturen konzentrieren sich hauptsächlich in den Ballungsräumen Chemnitz und Dresden. In den

Blickpunkt der Öffentlichkeit gerieten insbesondere Szeneläden in Chemnitz und Pirna auf Grund der von Autonomen und ihren nichtextremistischen Bündnispartnern gestarteten Aktion „Schöner Leben ohne Naziläden“. Im Berichtsjahr zeichnete sich jedoch eine Dezentralisierung ab. Die neu gegründeten Vertriebe etablierten sich vorwiegend in kleineren Gemeinden und ländlichen Gebieten.

Rechtsextremistische Vertriebe aus Sachsen traten außerdem als Unterstützer des bundesweiten „Projekts Schulhof“²⁷ auf.

Demonstrationsgeschehen weiterhin auf hohem Niveau

Mit 17 Demonstrationen (2003: 18) haben sich die öffentlichkeitswirksamen Aktionen von Rechtsextremisten im Berichtsjahr auf einem hohen Niveau eingepegelt. Die Teilnehmerzahl weist darüber hinaus eine steigende Tendenz auf. So nahmen im Berichtsjahr ca. 5.000 Personen an diesen Demonstrationen teil, im Jahr 2003 waren es noch knapp 4.000.

Innerhalb der neonationalsozialistischen Szene zeigte sich – wie bereits in den Vorjahren – der Hamburger Neonationalsozialist Christian WORCH aktiv. Zwar organisierte er in Sachsen lediglich zwei Demonstrationen (2003: vier). Mit einer Teilnehmerzahl von ca. 1.150 Personen (2003: ca. 1.250) weist er aber nach wie vor eine hohe Mobilisierungsfähigkeit auf.

Zu einer Großveranstaltung mit überregionalem Charakter entwickelt sich schon seit Jahren der Trauermarsch am 13. Februar anlässlich der Bombardierung Dresdens im 2. Weltkrieg. Nahmen im Jahr 2003 noch ca. 1.100 Personen daran teil, so stieg die Teilnehmerzahl im Berichtsjahr auf ca. 2.500 an. Mit diesem Thema gelang es der JLO als Veranstalter, alle maßgeblichen rechtsextremistischen Organisationen in Sachsen zu einer öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung zu vereinen. Es verdeutlicht, welche integrierende Wirkung das Thema auf die rechtsextremistische Szene ausübt.

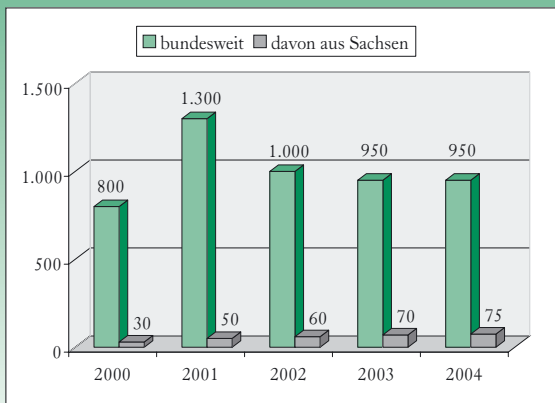
Rechtsextremisten im Internet

Die Anzahl rechtsextremistischer Internet-Präsenzen blieb im Berichtsjahr bundesweit auf konstant hohem Niveau. Die Anzahl sächsischer rechtsextremistischer Homepages ist gegenüber 2003 leicht gestiegen und beläuft sich auf 75.

²⁶ Im September 2001 wurde die Skinhead-Organisation BLOOD & HONOUR verboten, im Oktober 2001 wurden Führungspersonen der sächsischen Skinheadszene inhaftiert, und im Juli 2002 fanden Exekutivmaßnahmen gegen die Skinhead-Organisation HAMMERSKINS statt.

²⁷ Weitere Ausführungen siehe Beitrag „Rechtsextremistische Szenen“, Bereich „Rechtsextremistische Skinheadmusik“.

Anzahl rechtsextremistischer Homepages



Interaktive Elemente und Plattformen im Internet wie z. B. Foren, Chats und Gästebücher spielten eine zunehmend bedeutendere Rolle und wurden von sächsischen Rechtsextremisten häufig genutzt. Das einzige einschlägige sächsische Angebot war im Frühjahr allerdings einem „Hackerangriff“ aus der autonomen Szene ausgesetzt. Dies führte dazu, dass die sächsische rechtsextremistische Szene zur Verbreitung von Informationen nur noch bundesweit bekannte Forenangebote nutzte.

Trotz des Einzuges der NPD in den Sächsischen Landtag und in kommunale Vertretungen kam es bisher zu keiner deutlichen Zunahme von Präsentationen der NPD-Verbände.

Rechtsextremistische Szenen

Obwohl die Mitgliederwerbung rechtsextremistischer Parteien – vor allem die der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) – vorwiegend auf junge Leute ausgerichtet ist, findet sie dort nicht die erhoffte Resonanz. Statt sich längerfristig in rechtsextremistischen Parteien zu engagieren, bevorzugen rechtsextremistisch disponierte Jugendliche andere Organisationsformen wie Skinhead-Cliquen oder Kameradschaften. Diese Organisationsformen stellen einen maßgeblichen Teil der rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen dar.

Die zahlreichen Gruppierungen innerhalb des subkulturell geprägten Rechtsextremismus konzentrieren sich nicht nur auf politische Arbeit im engeren Sinne. Sie dienen vor allem dem Zusammenhalt und vermitteln Jugendlichen ein Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Gruppe. Deshalb gelingt es den Skinhead-Cliquen und Kameradschaften eher als den Parteien, junge Menschen zu integrieren.

Sowohl die Skinhead-Szene als auch die rechtsextremistischen Kameradschaften konnten im Berichtsjahr ihre Anhängerschaft halten bzw. vergrößern.

Rechtsextremistische Skinheads

Im Freistaat Sachsen beträgt das Mitgliederpotenzial der rechtsextremistischen Skinhead-Szene seit 2001 konstant ca. 900 Personen.

Der Einstieg in die Szene erfolgt häufig über persönliche Kontakte und wird durch szenetypische Medien, vor allem rechtsextremistische Szene-Musik, aber auch einschlägige Zeitschriften, erleichtert.

Rechtsextremistische Skinheads sind überwiegend in regionalen Gruppen aktiv, haben aber auch überregionale und teilweise internationale Kontakte. Schwerpunkte im Freistaat Sachsen sind die Sächsische Schweiz sowie die Städte Chemnitz und Dresden.



Skinhead

Foto: Homepage teamwork-press

Die Fluktuation in den Skinhead-Gruppen ist hoch. Manche Gruppen versuchen jedoch, festere Bindungen zu schaffen. Langjährige Szeneangehörige, die ein relativ gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild haben, übernehmen Führungsfunktionen. Auf diese Weise entstehen im Skinhead-Milieu geordnete Strukturen. Sie treten neben die schon länger bestehenden und international agierenden Skinhead-Netzwerke wie die HAMMERSKINS, deren Bedeutung für Deutschland allerdings deutlich abgenommen hat.

Entstehung und Selbstverständnis der rechtsextremistischen Skinhead-Szene

Der Ursprung der Skinhead-Subkultur liegt in Großbritannien. In den späten 1960er Jahren entstand hier eine Jugendbewegung, deren Anhänger sich überwiegend aus der Arbeiterklasse rekrutierten. Neben robusten Arbeitstiefeln und Jeans trugen diese Jugendlichen als äußeres Kennzeichen eine markante Kurz-

haarfrisur, die letztlich zur Namensgebung „Skinhead“ (Hautkopf) führte. Die Skinheads betonten stolz ihre proletarische Herkunft und besuchten in ihrer Freizeit gemeinsam Musikveranstaltungen und Fußballspiele. Zum Selbstverständnis der Skinhead-Szene gehörte schon damals – neben der Protesthaltung gegenüber den Normen der „bürgerlichen“ Gesellschaft – eine gewisse Bereitschaft zu „männlichen Ritualen“ sowie körperlicher Auseinandersetzung.

Von Großbritannien breitete sich die Skinhead-Bewegung weltweit aus: In der Bundesrepublik Deutschland traten die ersten Skinheads Ende der 1970er Jahre auf, in der DDR existierte seit Anfang der 1980er Jahre eine Skinhead-Szene.

Im Laufe der Jahrzehnte entwickelten sich in der Skinhead-Subkultur unterschiedliche Strömungen und politische Ausrichtungen. Viele der heutigen Skinheads sind rechtsextremistisch eingestellt, es gibt allerdings auch zum Teil linksextremistische RED- und S.H.A.R.P.²⁸-Skins. Einen weiteren Teil der Szene bilden die jeweils vorrangig unpolitischen „Oi!“-Skins²⁹ und die „traditionellen“ Skinheads, welche sich auf den so genannten „Spirit of 69“, den Anfang der Skinhead-Bewegung, berufen.

Rechtsextremistische Skinheads verfügen in der Regel über keine geschlossene rechtsextremistische Ideologie. Partiiell sind bei ihnen jedoch Anschauungen vorhanden, die übersteigerten Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und die Verherrlichung des Nationalsozialismus beinhalten. Die rassistische Einstellung im Sinne einer angeblichen Überlegenheit der „weißen Rasse“ wird mit dem Schlagwort „White power“ zusammengefasst. Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang die „14 words“ des US-Amerikaners David LANE³⁰: „We must secure the existence of our race and a future for white children“ (deutsche Übersetzung: „Wir müssen die Existenz unserer Rasse und die Zukunft für die weißen Kinder sichern.“). Die „14 words“ werden von rechtsextremistischen Skinheads häufig als parolenhaftes Bekenntnis oder als Grußformel benutzt.

Ein weiteres Erkennungsmerkmal der rechtsextremistischen Szene ist – neben dem Tragen bestimmter Markenbekleidung – ein zahlengestützter Hinweis auf das eigene Weltbild. Die „88“ ist die numerische Darstellung des verbotenen Grußes „Heil Hitler!“³¹. Die



Verwendung ist jedoch – im Gegensatz zum „Heil Hitler!“-Gruß – nicht strafbar. Eine Grußformel, die von Szeneangehörigen häufig verwendet wird, lautet „14/88“, was „14 words/Heil Hitler!“ bedeutet.

Die BLOOD & HONOUR-Bewegung entstand in den 1980er Jahren in England und wurde von dem 1993 verstorbenen britischen Neonationalsozialisten Ian Stuart DONALDSON gegründet. Seit 1994 existierte die Gruppierung auch in Deutschland. Sie organisierte rechtsextremistische Skinhead-Konzerte und entwickelte sich zum wichtigsten und einflussreichsten Netzwerk innerhalb der rechtsextremistischen Skinhead-Szene.

Internationale Strukturen: BLOOD & HONOUR-Bewegung (B & H)

DONALDSON verband mit der Skinhead-Musik ein „Programm“. Er beschrieb dies selbst wie folgt: „Eine Gruppe zu hören, die man gut findet, macht mehr Spaß als eine politische Versammlung. So erreichen wir viel mehr Leute“.

Die BLOOD & HONOUR-Division Deutschland sowie deren Jugendorganisation WHITE YOUTH wurden vom Bundesminister des Innern mit Wirkung vom 14. September 2000 verboten. Dies wirkte sich nachhaltig auf die Skinhead-Musikszene aus, da mit B & H einer der wichtigsten Konzertorganisatoren entfallen war.

Die HAMMERSKIN-Bewegung stammt ursprünglich aus den USA. Seit Anfang der 1990er Jahre hat sie sich auch in Europa etabliert.

Internationale Strukturen: HAMMERSKINS

Die Vereinigung sieht sich als elitär an. Sie ist rassistisch und z. T. neonationalsozialistisch ausgerichtet. Sie verfolgt das Ziel, weltweit alle „weißen, nationalen“ Kräfte in einer so genannten HAMMERSKIN-Nation zu vereinen. Das Symbol der HAMMERSKINS zeigt zwei gekreuzte Hämmer, die Kraft und Stärke des „weißen Arbeiters“ verdeutlichen sollen.

Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt gegen Angehörige der HAMMERSKINS wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 Strafgesetzbuch (StGB)³². Bei Wohnungsdurchsuchungen in sieben Bundesländern am 16. Juli 2002 konnten u. a. mehrere hundert CDs, Munitions- und Waffenteile,

²⁸ Skinheads Against Racial Prejudice (deutsche Übersetzung: Skinheads gegen rassebezogene Vorurteile).

²⁹ Der Begriff „Oi!“ ist keine Abkürzung und nicht übersetzbar. Es handelt sich um eine Wortschöpfung, die für Freude und Aktion steht.

³⁰ LANE war Mitglied der US-amerikanischen rechtsextremistischen Organisation THE ORDER und verfasste Schriften mit rassistischen Inhalten. Bis 1997 beging die Organisation Straftaten mit neonationalsozialistischem Hintergrund.

³¹ Die 8 steht dabei für den achten Buchstaben des Alphabetes, also für das H.

³² Der Inhalt des Strafgesetzbuches kann im Internet abgerufen werden: www.bundesrecht.juris.de/bundesrecht/stgb/index.html.

Abzeichen, Embleme der HAMMERSKINS, Hard- und Software, Videos, Schriftmaterial, Schreckschusswaffen und T-Shirts beschlagnahmt werden.

Im Jahr 1993 war ein „HAMMERSKIN-Chapter“³³ von Sachsen aus aufgebaut worden. Seit ihrer Gründung veranstalteten die HAMMERSKINS hier u. a. verschiedene rechtsextremistische Skinhead-Konzerte bzw. waren an deren Organisation beteiligt. Darüber hinaus führten sie hier europaweite „HAMMERSKIN-Meetings“ durch und nahmen regelmäßig an nationalen und internationalen Veranstaltungen teil.

Rechtsextremistische Musik

Die Einschätzung der US-amerikanischen Musikgruppe H8 MACHINE verdeutlicht die große Bedeutung, die die rechtsextremistische Szene der Musik beimisst: „Musik ist die Bewegung !!! Wenn es nicht die Musik wäre gebe es keine Konzerte, ohne Konzerte gebe es kein Zusammenkommen, ohne Zusammenkommen gebe es keine Bindung (...) Ohne Musik würde es die Szene nicht mehr geben.“³⁴

Rechtsextremistische Musik ist das zentrale Kommunikationsmittel und stellt das verbindende Element in der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene dar. Über den Besuch rechtsextremistischer Konzerte werden das Gemeinschaftsgefühl in der



Szene gestärkt und Kontakte zwischen den verschiedenen regionalen Szenen geknüpft und aufrechterhalten.

Vor allem Jugendliche bekommen über den Konsum einschlägiger Musik, zunächst vorrangig über Tonträger, erste Kontakte mit rechtsextremistischem Gedankengut. Vor allem die Szene-Musik bietet sich zur Gewinnung von Nachwuchs an. Rechtsextremisten nutzen diese Erkenntnis. Ende 2003 / Anfang 2004 entstand das „Projekt Schulhof“. Ziel dieser geplanten Aktion war es, einen Tonträger mit einschlägiger Musik unter Jugendlichen zu verteilen. In Internetforen wurde für eine Unterstützung des Projektes geworben. Außerdem baten die Initiatoren rechtsextremistische Vertriebe und Bands um finanzielle Hilfe. Im Juni wurde schließlich eine multimediale CD mit dem Titel „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund“ in einer Auflage von etwa 50.000 Stück produziert. Sie enthält zum einen Musikstücke szenebekannter rechtsextremistischer Bands aus dem In- und Ausland mit unterschiedlichen Stilrichtungen, zum anderen einschlägige Flugblätter und Abhandlungen über das Selbstverständnis sowie die Weltanschauung von Rechtsextremisten. Außerdem wird auf regionale Kontaktmöglichkeiten und Freizeitangebote von Rechtsextremisten hingewiesen.

Auf Grund des jugendgefährdenden Charakters einzelner Musiktitel des Samplers erließ das Amtsgericht Halle-Saalkreis (Sachsen-Anhalt) am 4. August einen Allgemeinen Beschlagnahmebeschluss. Die Initiatoren verzichteten daraufhin auf die geplante Verteilung. Damit war das ursprüngliche Vorhaben, eine CD mit rechtsextremistischen Inhalten an Jugendliche in großer Stückzahl zu verteilen, (vorerst) gescheitert. Teile des Tonträgers tauchten in den Folgemonaten im Internet auf.

Im Rahmen des Landtagswahlkampfes im Freistaat Sachsen versuchte auch die NPD, über das Medium Musik Jungwähler zu gewinnen. Sie ließ eine CD mit dem Titel „Schnauze voll – Wahltag ist Zahltag“ produzieren und verteilen.

Das Musikinteresse der rechtsextremistischen Szene hat sich mittlerweile weiterentwickelt und ist breiter geworden. Es beschränkt sich nicht mehr nur auf die traditionell von Skinheads gehörte „Oi!“³⁵- und „R.A.C.“³⁶-Musik. Zunehmend werden „Hardcore“³⁷, verschiedene Arten der „Metal“-Musik – insbesondere

³³ Chapter: eine regionale Untergliederung/Sektion.

³⁴ RUFE INS REICH Nr. 3/4, ohne Seitenangabe. Schreibweise wie im Original.

³⁵ In den 1980er Jahren als „Punk Rock“ für die Arbeiterklasse entstandene, in der Regel unpolitische Skinhead-Musik mit einfachem Liedaufbau, mittlerem Tempo, harten Gitarrenriffs und Refrains zum Mitsingen.

³⁶ „R.A.C.“ = „Rock against Communism“ (deutsche Übersetzung: „Rock gegen Kommunismus“). Hierunter wird Rockmusik mit rechtsextremistischen Texten verstanden.

³⁷ US-amerikanische Weiterentwicklung der „Punk“-Musik. Härter, schneller und variantenreicher als der klassische „3-Akkorde-Punk“. In der rechtsextremistischen Musikszene wird wegen der verwendeten Texte mitunter auch vom „Hatecore“ (Hate = Hass) gesprochen.



„Black Metal“³⁸ – aber auch Balladen gehört. Die Breite der Musikstile und die musikalische Professionalität einiger Szenebands lassen die rechtsextremistische Musik auch für bisher unpolitische Jugendliche und Anhänger anderer Sub- und Jugendkulturen interessant erscheinen.

In den Texten werden Rassismus, Antisemitismus und Gewalt propagiert. Zudem werden die Wehrmacht, das nationalsozialistische Regime und seine führenden Vertreter verherrlicht und der Kampf der Nationalisten gegen das ihnen verhasste demokratische System beschrieben. Weiterhin wird das alltägliche Leben der Skinheads thematisiert, aber auch der Germanen- und Wikingerkult sowie die nordische Mythologie sind Inhalt der Texte.

Nicht immer wird die rechtsextremistische Ausrichtung in den Liedtexten für Außenstehende auf den ersten Blick deutlich. Die zum Teil akustisch kaum verständlichen Texte reichen von allgemeiner Kritik (z. B. an der derzeitigen Situation in Deutschland), über versteckte Andeutungen und Wortspiele bis hin zu unverhohlenen geäußertem Hass und Aufrufen zur Gewalt.

Skinhead-Musikgruppen / rechtsextremistische Bands

Im Berichtsjahr waren zwölf sächsische rechtsextremistische Bands aktiv. Sie traten bei rechtsextremistischen Konzerten auf oder veröffentlichten Tonträger. Die meisten dieser Musikbands gehören der rechtsextremistischen Skinhead-Szene an.

ASATRU (Bautzen)
BLITZKRIEG (Chemnitz)
EISENHERZ (Pirna)

MOSHPIT
ODESSA (Leipzig)
RACIAL PURITY (Dresden)
SACHSONIA (Dresden)
SCHUTZSTAFFEL
SELBSTSTELLER (Riesa)
THULE
WHITE DESTINY (Wurzen)
WHITE RESISTANCE (Schneeberg)

Im Text des Liedes „Unser Schlachtruf“, enthalten auf der CD „Same“, der rechtsextremistischen Skinhead-Band ASATRU wird die aggressiv kämpferische Einstellung der Musikgruppe deutlich. Die Ablehnung unserer freiheitlichen Demokratie zeigt sich u. a. in der Erwähnung der „schwarz-weiß-roten Fahnen“ als „Farben der Nation“. Die schwarz-weiß-rote Staatsflagge des Deutschen Kaiserreichs ist ein von Rechtsextremisten häufig verwendetes Symbol, strafrechtlich jedoch nicht relevant. Im Refrain findet sich jedoch die bekannte Zahlenparole 88 (gemeint ist: „Heil Hitler“), die für sich allein genommen auch noch keine Straftat darstellt.

Refrain:

„Unser Schlachtruf der ist geil,
Achtundachtzig und Sieg!“



Rechtsextremistische Konzerte

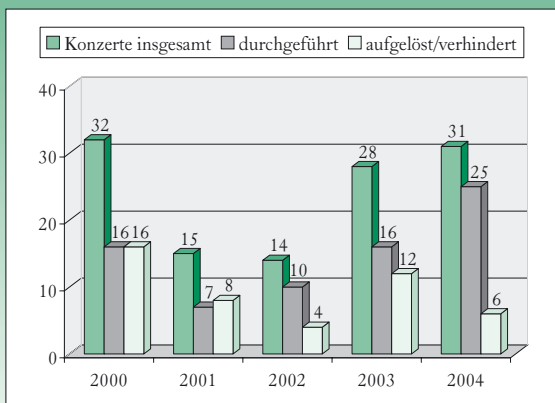
Im Berichtsjahr wurden im Freistaat Sachsen 25 rechtsextremistische Konzerte durchgeführt. Vier weitere Konzerte löste die Polizei nach Beginn auf, zwei Veranstaltungen wurden von den Behörden im Vorfeld verhindert.

Mit insgesamt 31 geplanten Veranstaltungen war im Vergleich zu 2003 (28 geplante Konzerte) ein erneuter Anstieg zu verzeichnen.

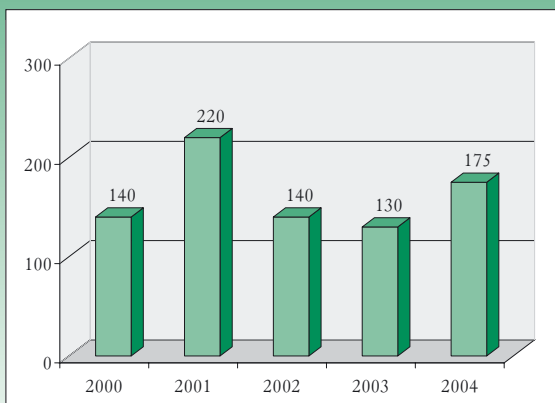
³⁸ Die Musik setzt sich inhaltlich mit okkulten Themen wie z. B. der Satansverehrung auseinander. Interessant für Rechtsextremisten sind die zum Teil heidnische Ausrichtung des „Black Metal“ und die positive Haltung zur Gewalt.

Insgesamt kamen zu den rechtsextremistischen Konzerten im Freistaat Sachsen 5.100 Besucher. Die durchschnittliche Besucherzahl stieg auf 175 Personen an. Dies ist vor allem auf das Großkonzert der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) am 27. November in Mücka (Niederschlesischer Oberlausitzkreis) mit 1.100 Teilnehmern zurückzuführen. Bei den meisten Veranstaltungen handelte es sich um kleinere Konzerte mit 70 bis 200 Besuchern. Die Konzertteilnehmer stammten überwiegend aus Sachsen sowie den angrenzenden Bundesländern.

Rechtsextremistische Konzerte in Sachsen



Durchschnittliche Teilnehmerzahl



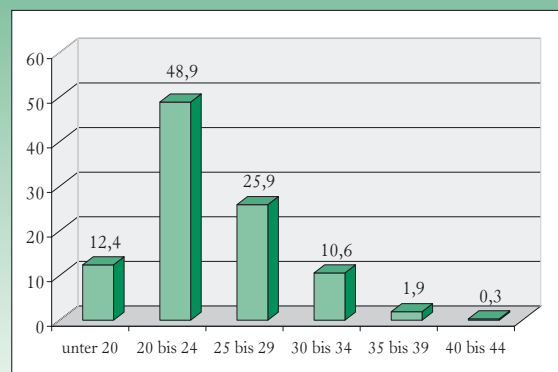
Bis auf wenige Ausnahmen wurden die Konzerte konspirativ vorbereitet und durchgeführt. Sie entfalteten zudem kaum Außenwirkung. Als Veranstaltungsorte dienten neben so genannten Szeneobjekten vor allem Diskotheken, Gaststätten und Vereinsheime. In diesen Fällen wurde bei der Anmeldung die Durchführung einer Geburtstagsfeier vorgetäuscht. Sonderfälle waren die von den JN angemeldeten Veranstaltungen am 27. November und am 10. Dezember

in der Diskothek „Wodan“ in Mücka. Während rechtsextremistische Konzerte üblicherweise von Szeneangehörigen selbst organisiert werden, trat hier die Jugendorganisation der NPD als Veranstalter auf. Obwohl sie offiziell als „Diskussionsveranstaltungen mit musikalischer Umrahmung“ angekündigt waren, handelte es sich zweifelsfrei um rechtsextremistische Konzerte, bei denen zum Teil namhafte Szenebands spielten. Vor allem der Auftritt des ehemaligen Sängers der rechtsextremistischen Band LANDSER³⁹, Michael REGENER alias „Lunikoff“, am 27. November führte zu einer starken Mobilisierung der Szene.

Die sächsische rechtsextremistische Musikszene hat sich neu formiert. Regionale Gruppierungen sowie einzelne Szene-Aktivist*innen organisieren rechtsextremistische Konzerte und halten über Konzertbesuche Verbindungen zu „auswärtigen“ Szenen. Die sächsischen Konzertveranstalter verfügen zunehmend über gute Kontakte zu Bands aus anderen Bundesländern und – über die rechtsextremistischen sächsischen Vertriebe – offensichtlich auch zu solchen aus dem Ausland. Das zeigte sich im Berichtsjahr deutlich am verstärkten Auftreten dieser Musikgruppen in Sachsen.

Bei den Konzertteilnehmern handelt es sich größtenteils um langjährige Szeneangehörige mit entsprechend guten Kontakten. Das Durchschnittsalter liegt bei über 24 Jahren, ein Fünftel der Konzertteilnehmer sind Frauen.⁴⁰

Prozentualer Anteil der Konzertteilnehmer nach Altersgruppen (in Jahren)



Jedoch sind die Besucher nicht mehr ausschließlich der Skinhead-Szene zuzuordnen. Unter ihnen befinden sich zunehmend auch Anhänger anderer Subkulturen (z. B. aus der Hooligan-, Hardcore-, Metal- und Rockerszene), sowie Jugendliche, die sich selbst aus-

³⁹ Drei Mitglieder der Band – darunter auch REGENER – wurden im Dezember 2003 vom Kammergericht Berlin wegen der Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) verurteilt.

⁴⁰ Statistische Erhebung des LfV Sachsen über einen Zeitraum von 18 Monaten.

drücklich nicht als Skinheads, sondern generell als Rechtsextremisten (z. B. als „NS“ oder „WP“⁴¹) bezeichnen. Diese Entwicklung wird von einigen rechtsextremistischen Skinheads kritisch betrachtet: „(...) bald die Hälfte der Leute auf Konzerten (...) halten nämlich nichts mehr vom Skinhead sein. Hardcore-Outfit, typisch Ami-mäßig (...) RAC-Konzerte werde ich nun garantiert nie wieder als ‚Skinhead-Konzerte‘ bezeichnen.“⁴²

Skinhead-Vertriebe

Da rechtsextremistische Szenemusik nicht offen über den allgemeinen Musikhandel bezogen werden kann, entwickelten sich eigenständige, der rechtsextremistischen Szene zuzurechnende Vertriebsstrukturen. Die anfängliche Beschränkung der Vertriebe auf den Tonträgerhandel wich im Zuge der fortschreitenden Kommerzialisierung der rechtsextremistischen Szene zwischenzeitlich einem umfassenden Angebot nicht nur an Tonträgern, sondern auch an Textilien, Schmuck und Alltagsgegenständen. Es entstand ein breitgefächertes Anbietergeflecht aus Szeneläden, Versandunternehmen und Musiklabels. Häufig bildeten sich Mischformen, die mehrere Angebots- oder Produktionsmöglichkeiten kombinierten. Bis Mitte der 1990er Jahre hatten sich einige große, professionelle Vertriebsunternehmen entwickelt, die den Markt dominierten.



In den letzten Jahren ist jedoch eine Dezentralisierung der Vertriebsstrukturen zu beobachten: Große, etablierte Vertriebsunternehmen verlieren zu Gunsten kleinerer, regional gebundener Strukturen sowie reinen Internetanbietern an Bedeutung.

Neben den gewerblich angemeldeten Szeneläden, Versandunternehmen und Labels existieren häufig weitere, konspirativ agierende Kleinststrukturen. Diese handeln überwiegend mit Tonträgern in kleinerer Stückzahl und sind meist bei Szeveranstaltungen wie Skinheadkonzerten präsent. Über sie kann nicht selten auch strafrechtlich relevante Ware bezogen werden.

Im Freistaat Sachsen existiert eine sehr ausgeprägte Vertriebszene, die sich auf die Ballungsräume Chemnitz und Dresden konzentriert. Jedoch ist eine allgemeine Dezentralisierung der Vertriebszene auch in Sachsen zu beobachten.

Ein ehemals überregional tätiges Unternehmen stellte im Berichtsjahr seine Tätigkeit ein. Im Gegenzug eröffneten weitere Szeneläden. Außerdem wurden abermals neue Kleinvertriebe bekannt.

In den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerieten auf Grund der Kampagne „Schöner Leben ohne Naziläden“⁴³ insbesondere Szeneläden in Chemnitz und Pirna.

Rechtsextremistische Vertriebe aus Sachsen traten außerdem als Unterstützer des bundesweiten „Projekts Schulhof“⁴⁴ auf.

Rechtsextremistische Skinheads in Sachsen nutzen auch ausländische Vertriebe sowie die Grenznähe nach Tschechien und Polen, um dort – nicht selten strafrechtlich relevante – Tonträger und andere Gegenstände mit rechtsextremistischem Bezug zu erwerben.

Fanzines

Fanzines sind die Publikationen der Skinheadszene. Sie sind ein bedeutendes Kommunikationsmittel.

Herausgeber der meist unregelmäßig erscheinenden Fanzines sind überwiegend Skinheads mit jahrelanger Szeenerfahrung. Seit Anfang der 1990er Jahre haben sich die Fanzines von amateurhaften Schreibmaschinenbeiträgen und selbst gezeichneten Karikaturen hin zu computergestalteten Magazinen mit professionellem Layout entwickelt.

Die Publikationen werden bei Szeveranstaltungen sowie über Versandunternehmen und in Szeneläden angeboten. Nicht selten können sie auch direkt beim Herausgeber bestellt werden.

Die einzelnen Artikel bzw. Karikaturen in Fanzines haben häufig rechtsextremistischen, nicht selten rassistischen und antisemitischen Charakter. Häufig wird über Veranstaltungen der Skinheadszene sowie der NPD berichtet. Neue Publikationen und Tonträger werden vorgestellt; Skinheadvertriebe offerieren ihre Angebote. Häufig finden sich auch Beiträge über deutsche und ausländische Skinheadbands. Mitunter werden auch Beiträge aus anderen rechtsextremistischen Publikationen übernommen.

Im Freistaat Sachsen existieren zurzeit die etablierten Fanzines FOIER FREI! und DER PANZERBÄR. Im Berichtsjahr erschienen außerdem neue Ausgaben der im Vorjahr erstmals herausgegebenen Publikationen WHITE VICTORY und RUFÉ INS REICH.

⁴¹ Nationalsozialisten bzw. Anhänger der rassistischen „White Power“ Bewegung.

⁴² Konzertbericht im Fanzine VIOLENCE Nr. 14, S. 31. Schreibweise wie im Original. Zu R.A.C. vgl. Fußnote 36.

⁴³ Siehe Beitrag „Autonome“ im Teil „Linksextremismus“.

⁴⁴ Siehe Abschnitt „Rechtsextremistische Musik“.



Neben diesen Fanzines gibt es außerdem Publikationen, die zwar der Kameradschaftsszene zugeordnet werden können, aber einen fanzinetyptischen Aufbau und Inhalt haben. Hierzu zählt in Sachsen das RIE-SAER ZÜNDBLÄDD'L, von dem im Berichtsjahr jedoch keine Ausgabe erschien.

Kameradschaften

Der Begriff Kameradschaft

Die rechtsextremistische Kameradschaftsszene stellt ein Konglomerat aus neonationalsozialistischen Kameradschaften sowie subkulturellen Gruppen/Cliquen, den Skinheadkameradschaften, dar.

Wenn auch auf Grund ihrer inhaltlichen Prägung zwischen Skinheadkameradschaften und neonationalsozialistischen Kameradschaften unterschieden werden muss – erstere besitzen keine festen Führungsstrukturen und sind subkulturell ausgerichtet; letztere sind vornehmlich von Hierarchiedenken und neonationalsozialistischer Ideologie geprägt –, können die Grenzen zwischen diesen Gruppierungen durchaus fließend sein.

Die in den letzten beiden Jahren festgestellte Politisierung der Szene hat sich im Berichtszeitraum weiter verstärkt. Dies führte zu einer Verlagerung von der bisher dominierenden Skinheadszenen und den ihr zuzuordnenden Kameradschaften hin zu neonationalsozialistischen Kameradschaften. Während in den Jahren 2001 und 2002 mit dem NATIONALEN JUGENDBLOCK ZITTAU (NJB) nur eine einzige nennenswerte neonationalsozialistische Kameradschaft (mit 25 bzw. 40 Mitgliedern) existierte, wurden 2003 ca. 110⁴⁵ Personen und im Berichtsjahr ca. 170 Personen neonationalsozialistischen Kameradschaften zugerechnet. Das Potenzial der Skinhead-Kameradschaften hat sich dementsprechend verringert.

Selbstverständnis der Kameradschaften

Die rechtsextremistischen Kameradschaften verstehen sich als Teil des so genannten „Nationalen Widerstands“. Dieser Begriff ist eine Kampagnebezeichnung der rechtsextremistischen Szene, unter der sich alle rechtsextremistischen Kräfte – Einzelpersonen, Kameradschaften, Parteien oder andere Organisationen – gemeinsam formieren und in öffentlichkeitswirksamen Aktionen als eine politische Kraft auftreten sollen. Von diesem Selbstverständnis ausgehend, werden folgende Ziele und Strategien angestrebt:

- Überwindung politischer Differenzen innerhalb der rechtsextremistischen Szene,
- gemeinsamer Kampf gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland,
- Favorisierung lockerer Strukturen,
- Zusammenarbeit in zeitweiligen, meist anlass- und themenbezogenen Aktionsbündnissen.

Entstehung der rechtsextremistischen Kameradschaften

Die Bildung von Kameradschaften geht ursprünglich auf ein Konzept von Neonationalsozialisten zurück. Nachdem 1992 und in den folgenden Jahren eine Reihe neonationalsozialistischer Organisationen verboten worden war, strebte die Szene eine „Organisierung ohne Organisation“ an. Ein Netzwerk kleiner unabhängiger Zellen sollte die „angreifbaren“ Organisationsformen ersetzen.

Ab 1992 entstanden nach diesem Konzept einige Kameradschaften, denen jedoch nicht die Bedeutung zukam, die sie für sich erhofften. Die meisten dieser neonationalsozialistischen Kameradschaften und kameradschaftsähnlichen Strukturen lösten sich in den

⁴⁵ Im Sächsischen Verfassungsschutzbericht 2003 wurde das Mitgliederpotenzial neonationalsozialistischer Kameradschaften für das Jahr 2003 mit ca. 260 angegeben. Diese Zahl enthielt Mehrfachmitgliedschaften. So waren Personen sowohl in Einzelgruppierungen als auch in überregionalen Aktionsbündnissen aktiv. Diese Mehrfachmitgliedschaften wurden nachträglich abgezogen. Die Änderung basiert auf einer Vereinheitlichung der Zählweise der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern.

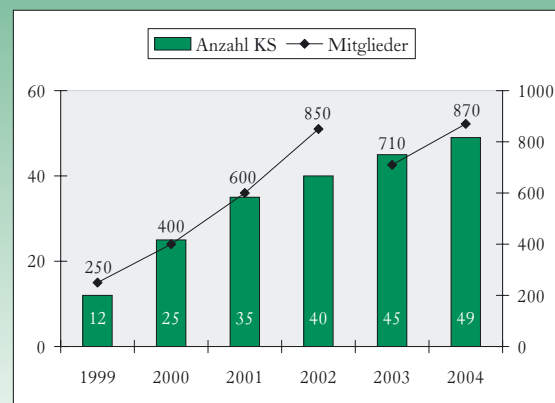
Jahren 1996 und 1997 wieder auf. Grund dafür war vor allem die neue „aktionistischere“ Linie der NPD und ihre Öffnung für Skinheads und Neonationalsozialisten. Diese Klientel wandte sich in der Folge verstärkt der NPD zu, die damit im Freistaat Sachsen ihre Strukturen und ihre Bedeutung ausbauen konnte. Allerdings zeigten sich gerade die neuen Mitglieder enttäuscht von der Parteiarbeit, wie sie tatsächlich stattfand und von der sie sich mehr Möglichkeiten zu Aktionen versprochen hatten. Der Zustrom zur NPD verebbte, viele der neu eingetretenen Mitglieder verließen meist nach kurzer Zeit wieder die Partei. Der Trend ging deshalb schon 1999 verstärkt hin zu Kameradschaften. In den Folgejahren erhielten diese Kameradschaften im Freistaat Sachsen weiteren Zulauf, überwiegend durch unorganisierte Jugendliche mit rechtsextremistischer Grundeinstellung oder solche, die damit zumindest sympathisierten.

In dieser Zeit der vorrangig quantitativen Entwicklung prägten eher subkulturell orientierte Gruppierungen die Szene, deren Aktivitäten vor allem auf Skinhead-Partys fixiert waren. Ansätze für politische Arbeit zeigten sich nur ansatzweise im Rahmen der „Anti-Antifa-Arbeit“⁴⁶. Die Fähigkeit zu eigenen politischen Aktionen bestand nur punktuell. Stattdessen beteiligten sich die Kameradschaftsangehörigen an Aktionen anderer rechtsextremistischer Organisationen, wie der NPD. Während dieser Entwicklungsperiode übte die Partei wegen ihrer öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten und organisationsübergreifenden Aktionen in gewisser Weise erneut eine große Anziehungskraft auf die Kameradschaftsszene aus.⁴⁷

Die Entwicklung der Kameradschaftsszene 2004

Nachdem die quantitative Entwicklung der Kameradschaftsszene im Jahr 2003 insgesamt stagnierte, zeichnete sich im Berichtsjahr wieder ein deutliches Wachstum ab. So ist die sächsische Kameradschaftsszene auf ca. 870 Personen – gegenüber 710⁴⁸ im Vorjahr – gewachsen.

Anzahl rechtsextremistischer Kameradschaften und deren Mitglieder⁴⁹



Der Ausbau der Strukturen erfolgte allerdings nur in geringem Umfang. So stieg die Anzahl der Kameradschaften auf 49 gegenüber 45 im Jahr 2003. Ein weiterer Ausbau ist nicht wahrscheinlich, da diese Gruppierungen mittlerweile in fast allen Regionen des Freistaates präsent sind. Mit 26 Kameradschaften bildet der Regierungsbezirk Dresden dabei den Schwerpunkt der Szene.

Obwohl der Ausbau der Strukturen weit fortgeschritten ist, sind Qualität und Einfluss dieser Gruppierungen in den einzelnen Regionen unterschiedlich. Im Berichtsjahr zeigte sich, dass Kameradschaften vor allem in ländlich geprägten Gebieten zunehmend an Akzeptanz gewinnen, partiell sogar einen Teil des öffentlichen Lebens darstellen und durchaus ein Bestandteil der „Mitte der Gesellschaft“ sein können. Kameradschaftliche Strukturen in Großstädten führen dagegen eher eine randständige Existenz.

Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen neonationalsozialistischen (2004: 170, 2003: 110⁵⁰ Personen) und subkulturell geprägten Kameradschaften (2004: 700, 2003: 600 Personen) hat sich im Berichtsjahr kaum verschoben. Jedoch bekam die bereits in den letzten beiden Jahren festgestellte Politisierung deutlichere Kon-

⁴⁶ Bei der so genannten Anti-Antifa-Arbeit handelt es sich um die gezielte Beobachtung des politischen Gegners. Durch Sammlung und Veröffentlichung ihrer Personendaten und der von ihnen genutzten Einrichtungen sollen politische Gegner zumindest eingeschüchtert werden.

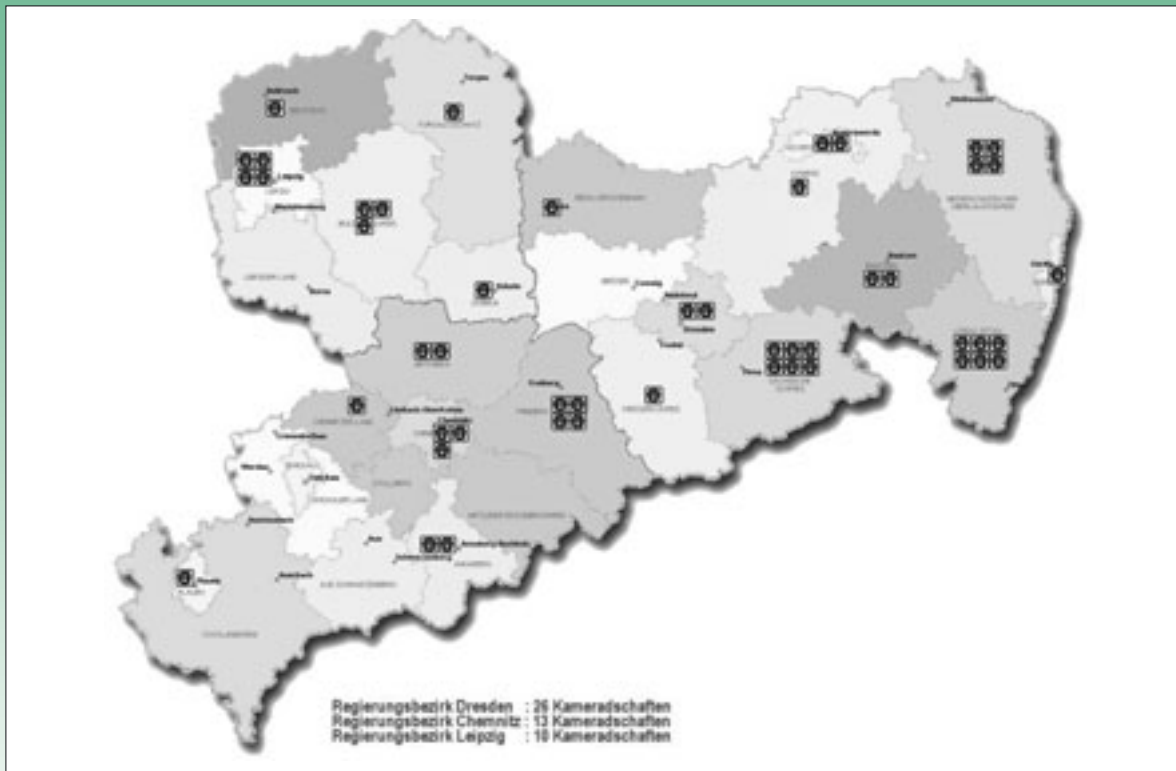
⁴⁷ Siehe Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2000, S. 24.

⁴⁸ Im Sächsischen Verfassungsschutzbericht 2003 wurde das Mitgliederpotenzial rechtsextremistischer Kameradschaften für das Jahr 2003 mit ca. 860 angegeben. Diese Zahl enthielt Mehrfachmitgliedschaften v. a. innerhalb des neonationalsozialistischen Spektrums. So waren Personen sowohl in Einzelgruppierungen als auch in überregionalen Aktionsbündnissen aktiv. Diese Mehrfachmitgliedschaften wurden nachträglich abgezogen. Die Änderung basiert auf einer Vereinheitlichung der Zählweise der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern.

⁴⁹ Der Graph für die Kameradschaftsmitglieder ist auf Grund der vereinheitlichten Zählweise (siehe vorherige Fußnote) zweigeteilt. Für die Jahre 2003 und 2004 wurden die Mehrfachmitgliedschaften abgezogen; für die Vorjahre ist dies nicht mehr möglich.

⁵⁰ Im Sächsischen Verfassungsschutzbericht 2003 wurde das Mitgliederpotenzial neonationalsozialistischer Kameradschaften für das Jahr 2003 mit ca. 260 angegeben. Diese Zahl enthielt Mehrfachmitgliedschaften. So waren Personen sowohl in Einzelgruppierungen als auch in überregionalen Aktionsbündnissen aktiv. Diese Mehrfachmitgliedschaften wurden nachträglich abgezogen. Die Änderung basiert auf einer Vereinheitlichung der Zählweise der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern.

Verteilung rechtsextremistischer Kameradschaften in den sächsischen Stadt- und Landkreisen



turen. Es ließen sich inhaltliche sowie strategische und taktische Tendenzen in einer neuen Qualität ausmachen.

Strategisch/taktische Tendenzen

Angehörige der Kameradschaftsszene beteiligten sich an Aktionen von Nichtextremisten. Das bot ihnen die Möglichkeit, sich ohne aufwändige Organisation in der Öffentlichkeit darzustellen und Sympathien in der Bevölkerung zu gewinnen. Durch gemeinsame Aktionen mit Nichtextremisten sollte Konsens suggeriert werden.

Diese Variante politischer Arbeit favorisierten vor allem die FREIEN KRÄFTE DRESDEN. Sie nahmen im Berichtsjahr regelmäßig an den jeweils montags im Zentrum der Landeshauptstadt stattfindenden Demonstrationen gegen Sozialabbau und Arbeitsmarktreformen teil. Die ideologische Ausrichtung dieser Gruppierung ist neonationalsozialistisch. Bereits Ende 2003/Anfang 2004 verbanden sie in ihrer Publikation FREIER RUNDBRIEF DRESDEN die Aufrufe zur Teilnahme an den Montagsdemos mit der Forderung „Jetzt Nationaler Sozialismus“⁵¹. Arbeitsmarktreformen werden als Verfall des „Systems BRD“ betrachtet. Der pluralistischen Gesellschaft wird die Konzeption einer Volksge-

meinschaft, eines „Nationalen Sozialismus“ entgegengestellt. Die Teilnahme an den Demonstrationen begründeten sie damit, dass Sozialismus nur auf nationaler Ebene machbar sei. Der Kampf um die Straße habe längst begonnen, und nur der revolutionäre Ruf könne der Weg sein. „Deshalb: Am Montag, den 5. Januar 2004, wieder heraus auf die Straße.“⁵² Im Gegensatz zu den Vorjahren standen somit theoretische Überlegungen und öffentlichkeitswirksame Aktionen nicht mehr nebeneinander. Vielmehr wurden Demonstrationen als wirksames Mittel für die Artikulierung politischer Ziele angesehen.

Die strategische Bedeutung von Demonstrationen für die Szene kam im Berichtsjahr vor allem in den so genannten „Leipziger Leitlinien“ zum Ausdruck. In diesem im Internet⁵³ veröffentlichten Strategiepapier für rechtsextremistische Demonstrationen geht es den Verfassern nicht um Artikulation von Protest in der Öffentlichkeit. Vielmehr sehen sie Demonstrationen als wichtiges „strategisches Instrument“, mit dessen Hilfe „Freie Nationalisten“ ihr politisches Ziel – „eine neue Ordnung“ – durchsetzen wollen. Es heißt: „Wir marschieren am 1. Mai 2004 in Leipzig nicht als eine zersplitterte Szene um des Widerstandes willen, sondern wir demonstrieren als kraftvoller Willensblock für eine neue Ordnung.“ Dieses Konzept zielt auch auf Sympa-

⁵¹ FREIER RUNDBRIEF DRESDEN 3/2003, ohne Seitenangabe.

⁵² Ebenda.

⁵³ Homepage des STÖRTEBEKER-NETZ.

thien in der Bevölkerung ab. Durch die Demonstration soll „das Netz traditioneller Verhaltensweisen der Rechten in der Öffentlichkeit gesprengt und die Isolation gegenüber den Adressaten unserer Botschaft aufgebrochen werden.“ Für die Autoren besitzen darüber hinaus Demonstrationen offensichtlich auch eine „überzeugende“ und eine „präsentierende“ Funktion. Die Öffentlichkeit soll von der Notwendigkeit und der praktischen Durchsetzbarkeit einer neuen Ordnung überzeugt werden. „Es gilt, die Deutschen für eine Nation zu gewinnen!“ heißt es dazu in den „Leitlinien“. Gleichzeitig soll aber auch die neue Ordnung präsentiert werden. Denn durch die Demonstration werde „mit kameradschaftlicher Geschlossenheit die kommende Gemeinschaftsform im Kleinen vorweg genommen.“ Für die Umsetzung ihrer Strategie halten die Verfasser vor allem soziale Brennpunkte für geeignet.

Inhaltlich-weltanschauliche Tendenzen

Inhaltlich-weltanschaulich zeichneten sich im Berichtsjahr zwei größere Themenfelder ab, die innerhalb der Kameradschaftsszene diskutiert wurden:

1. Das Konzept der Volksgemeinschaft,
2. Positionen zur Volksfrontstrategie der NPD.

Das Konzept der Volksgemeinschaft

Bei der Auseinandersetzung hiermit zeigte sich eine sehr starke Hinwendung zu einem im Wortsinne „national-sozialistischen“ Profil. Dieses Profil ist mit deutlichen antikapitalistischen Positionen durchsetzt. In rechtsextremistischen Publikationen werden beispielsweise die Sozialreformen als Zeichen des Verfalls des „Systems BRD“ betrachtet. Der pluralistischen Gesellschaft wird die Konzeption einer Volksgemeinschaft, eines „nationalen Sozialismus“, entgegengestellt. Beispielhaft dafür sind einige Artikel im sächsischen Fanzine RUFÉ INS REICH. Dort heißt es unter der Überschrift „Keine Agenda 2010“: „Die einzige Möglichkeit für eine gesicherte Zukunft bietet ein neues System. Ein sozialistischer Staat der sich an den Bedürfnissen und Belangen des Volkes orientiert und nicht wie heute als Zahlmeister für die ganze Welt fungiert.“⁵⁴ Zwar wurden auch schon in den vorangegangenen Jahren partiell politische und kulturelle Themen in den Vordergrund gerückt. Im Berichtsjahr begann sich jedoch ein Staatsverständnis herauszubilden, das sich eng an einem „nationalen Sozialismus“ orientiert.⁵⁵

Darüber hinaus enthielten die Bekenntnisse für eine Volksgemeinschaft teilweise eine „revolutionär-kämpferische“ Note. So heißt es z. B. unter dem Titel „Nationaler Sozialismus – Jetzt“: „Mensch Leute begreift es endlich! Wir sind immer noch im Krieg und dieses Mal gibt es nur zwei Wege: Sieg oder Tod! Vom Tod sind wir nicht weit entfernt! Vom Sieg dafür umso mehr! Also steht auf, bildet freie Strukturen, nur so werden wir auf ein Level kommen und diesem Scheiße ein Ende bereiten.“⁵⁶

Im Berichtsjahr wurde aber auch deutlich, dass sich weltanschauliche Positionen besonders dort stark ausprägen konnten, wo es Kameradschaften gelang, sich zu vernetzen. Exemplarisch dafür steht das NATIONALE UND SOZIALE AKTIONSBÜNDNIS MITTELDEUTSCHLAND (NSAM). Das NSAM ist ein überregionales Bündnis rechtsextremistischer, insbesondere neonationalsozialistischer Kameradschaften ostdeutscher Bundesländer. Aus Sachsen können diesem Bündnis Kameradschaften aus dem Regierungsbezirk Dresden zugerechnet werden, so u. a. die FREIEN KRÄFTE DRESDEN und die FREIEN KRÄFTE HOYERSWERDA. Ziel ist die Abschaffung der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland und die Errichtung einer von „nationalem



⁵⁴ RUFÉ INS REICH 3/4 2004, ohne Seitenangabe. Schreibweise wie im Original.

⁵⁵ Vor allem ein marxistischer Denkansatz und die damit verbundene Forderung nach einem „nationalen Sozialismus“ weisen ideengeschichtlich Parallelen zu Ernst Niekisch (1889-1967) auf. Als linker Theoretiker verband er die Idee des Sozialismus und der Revolution mit der Idee des Nationalismus. Er lehnte den Parlamentarismus ab und plädierte für einen starken Staat. Er forderte die Schaffung einer Volksgemeinschaft und einen Sozialismus in den jeweiligen „Landesfarben“.

⁵⁶ RUFÉ IN REICH 3/4 2004, ohne Seitenangabe. Schreibweise wie im Original.

Sozialismus“ geprägten Gesellschaftsordnung. Diese Positionen finden sich vor allem in der Publikation FAHNENTRÄGER. Die darin enthaltene antiparlamentarische und antidemokratische Agitation stellt die Demokratie als Herrschaft der Plutokraten, als Plutokratie dar. Es heißt unter der Überschrift „Synthese Nationalismus & Sozialismus“: „Beide Begriffe erheben Machtansprüche im Kampf gegen die westliche Plutokratie und unseren schärfsten Gegner, die Globalisierung“⁵⁷.

In der Debatte um die Volksgemeinschaft wird in einem Artikel auch eine Position vertreten, die für rechtsextremistische Anschauungen eher untypisch ist und ein Novum darstellt. Sie setzt sich kritisch mit dem Antisemitismus der rechtsextremistischen Szene auseinander. Ausgehend von antikapitalistischen Grundhaltungen – mit durchaus marxistischem Denkansatz – wird dieser als kontraproduktiv angesehen: „Wir halten an dieser Stelle ausdrücklich fest: Antisemitismus ist letzten Endes nichts weiter als ein Stellvertreterkrieg, der von der zur sozialen und nationalen Befreiung zwingend erforderlichen Frontstellung gegen Kapitalismus und Imperialismus der BRD ablenkt. Es gibt keinen guten ‚deutschen Kapitalismus‘ und einen schlechten ‚jüdischen Kapitalismus‘, sondern das kapitalistische Staats- und Gesellschaftssystem als solches ist zu verwerfen.“⁵⁸ Diesem „kapitalistischen Staats- und Gesellschaftssystem“ wird ein „nationaler Sozialismus“ als einzige Alternative entgegengestellt. Konsequenter heißt es in der Argumentation weiter: „Damit gibt es nur noch eine Alternative (...) der nationale Sozialismus der fern von Globalisierungsideen und Vermarktung des Sozialstaates ein klares Ziel zum Wohle aller Deutschen vor Augen hat. Die Schaffung einer Volksgemeinschaft und damit endlich soziale Gerechtigkeit für alle!“⁵⁹

Dieses national-sozialistische Profil und die antikapitalistischen Positionen kamen nicht nur in den Zeitschriften der Szene zum Ausdruck, sondern wurden in der Öffentlichkeit artikuliert. Während im Jahr 2003 bei Demonstrationen der Neonationalsozialisten eindeutig neonationalsozialistische Bezüge im Rahmen der mit tagespolitischen Themen im Zusammenhang stehenden Agitation vermieden wurden, wurden im Berichtsjahr derartige Stellungnahmen zunehmend mit neonationalsozialistischen Positionen verknüpft. Erkennbar wurde dies beispielsweise bei der von dem Hamburger Neonationalsozialisten Christian WORCH organisierten Demonstration am 1. Mai in Leipzig. Dort zeigten die ca. 1.000 Teilnehmer Transparente mit Aufschriften wie „Nur das Kapital ist international!

Wahrer Sozialismus ist national!“ und „Arbeit durch nationalen Sozialismus!“.

Besonders deutlich zeigte sich das neue national-sozialistische Profil auch bei einer Demonstration am 18. September in Hoyerswerda. Die Initiatoren dieser Veranstaltung waren Aktivisten des NSAM. Ihre Demonstration wurde zu einer Plattform nicht nur für die reine Artikulation, sondern vor allem für den Versuch einer gesellschaftlichen Vermittlung weltanschaulicher Positionen und politischer Zielsetzungen der neonationalsozialistischen Kameradschaftsszene. In einem Redebeitrag wurde deutlich, dass die Vorstellungen eines „nationalen Sozialismus“ auch von Gleichheitsidealen geprägt sind, die sich natürlich auf die Angehörigen der Volksgemeinschaft beschränken: „Zu diesem System gibt es eine Alternative. Diese Alternative heißt nationaler Sozialismus. Der Nationalsozialismus hat das höchste Ziel der deutschen Volksgemeinschaft in einem deutschen Volksstaat. Dort sind alle Menschen gleich, es gibt keinen Unterschied mehr durch Geburt oder Kapital.“ In diesem Zusammenhang zeigte sich auch eine aktiv kämpferische Polemik: „Der einzige Weg in eine lebenswerte Zukunft führt darüber, dass wir unsere Zukunft in die eigenen Hände nehmen, dieses System hinwegfegen“.

Positionen zur Volksfrontstrategie der NPD

In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres wurde innerhalb der Szene über die von der NPD initiierte Strategie einer „Volksfront von Rechts“ diskutiert. Die Bandbreite der Meinungen reichte dabei von verhaltener Zustimmung, über Skepsis und Distanzierung bis hin zu konsequenter Ablehnung. Übereinstimmend wurde jedoch die Auffassung vertreten, dass die NPD in ihrer politischen Zielsetzung nicht konsequent und radikal genug sei.

Nachdrücklich skeptische Positionen wurden beispielsweise im sächsischen Fanzine RUF INS REICH deutlich: „Sicher, die NPD trifft den Nagel auf den Kopf. Doch rechenbar und realistisch möchte ich die meisten ihrer Vorschläge nicht nennen. Zumal sie eine Partei dieses Systems ist und Lösungen darin sucht, was völlig unreal ist, denn nur in einem neuen System kann auch vernünftige Politik gemacht werden.“⁶⁰

Im DRESDNER RUNDBRIEF zeigten die Verfasser zwar ihre Bereitschaft, partiell mit der NPD zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig gingen sie aber auf Distanz und bezeichneten die NPD als Systempartei: „Dennoch sollte man die NPD als das sehen was sie ist: eine Partei dieses Systems!!! Die logische Konsequenz

⁵⁷ FAHNENTRÄGER 1/2004, S. 10.

⁵⁸ Ebenda, S. 5.

⁵⁹ Ebenda, S. 6.

⁶⁰ RUF INS REICH 3/4 2004, S. 1.

aus dieser Erkenntnis muss jeder selbst ziehen. Deshalb sehen wir die Arbeit mit der NPD wie folgt ‚Soviel wie nötig‘.⁶¹

Sehr ausführlich und weltanschaulich entsprechend untermauert, setzte sich das Publikationsorgan des NSAM, FAHNENTRÄGER, mit den ‚Volksfront‘-Ansätzen auseinander.

Der Grundtenor der darin getroffenen Aussagen lässt eine deutliche Ablehnung dieser Strategie erkennen. Die Distanzierung gegenüber den ‚rechten‘ Parteien resultiert aus dem Selbstverständnis neonationalsozialistischer Kameradschaften. Dieses ist stark sozialistisch und antikapitalistisch geprägt, wobei ein revolutionärer Anspruch erhoben wird. So wird bereits auf der Titelseite aufgerufen: ‚ZERSCHLAGT DEN KAPITALISMUS! Zertrümmert mit uns die bestehende Ordnung!‘⁶² Nach ihrer Auffassung wollen die ‚rechten‘ Parteien zwar das politische System ändern, jedoch nicht den Kapitalismus abschaffen. Das ist auch ihr entscheidender Kritikpunkt an der Volksfrontstrategie. Von ihrer Grundauffassung ausgehend, in der sich marxistische Ansätze erkennen lassen, lehnen sie eine Zusammenarbeit mit ‚rechten‘ Parteien ab, da die Parteien – so die Verfasser – ‚sich sozialistisch geben, jedoch lediglich die demagogische Phase ausüben. Sie sind weder sozial noch sozialistisch, da sie die kapitalistische ‚Grundordnung‘ auch weiterhin in ihren Programmen veröffentlichen und propagieren.‘⁶³ Den Autoren der Zeitschrift sind die Gesellschaftsmodelle und das Staatsverständnis der ‚Rechtsparteien‘ offenbar nicht konsequent genug. Nach ihren Auffassungen streben die ‚rechten‘ Parteien keine ‚sozialistische Nation‘ an, sondern treten für die ‚Wiederherstellung bzw. Erhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln‘⁶⁴ ein. Im Gegensatz dazu formulieren die Verfasser des Artikels deutlich ihre eigenen Positionen. So heißt es dazu: ‚(...) das nationale Großkapital und seine schützenden Steigbügelhalter sind kein Bestandteil dieser Gemeinschaft und müssen als solche im politischen Kampf von Klasse gegen Klasse überwunden werden.‘⁶⁵ Von diesem Denkansatz ausgehend stellen für sie auch die ‚Rechtsparteien‘ lediglich einen Be-

standteil eines politischen Systems dar, das sie überwinden wollen. Ebenso wird die Arbeit in den Parlamenten abgelehnt. Das Ergebnis ihrer Überlegungen ist deshalb der Aufruf: ‚Schließt Euch nicht den Demagogen dieses Systems an! Rückt aus, aus den scheinsozialen Parteien und formiert Euch neu! Parlamentarismus heißt Kapitalismus!‘⁶⁶

Noch deutlicher sind diese Auffassungen in einem Artikel unter der Überschrift ‚Zur Forderung einer Volksfront von Rechts‘ formuliert. Der Autor unterscheidet dabei zwischen den Begriffen ‚Rechtspartei‘ und ‚Nationale Sozialisten‘. Zwar werden partiell Gemeinsamkeiten zugestanden, doch erfolgt in der Argumentation schließlich eine klare Abgrenzung: ‚Rechts bedeutet uns nichts weiter wie national. Also nicht nationalistisch und vor allem nicht sozialistisch. ‚Nationale‘ Parteien, die dem Sozialismus abgeschworen haben, können und wollen wir nicht unterstützen. Mag eine Zusammenarbeit zwischen ‚Parteilosen‘ und ‚Parteiaktivisten‘ sich auch immer interessant anhören oder auch locken. Wir verweigern uns deren Aufrufe Folge zu leisten.‘⁶⁷ Aus Sicht des Verfassers scheinen die Differenzen zwischen den ‚Rechtsparteien‘ und den ‚Nationalen Sozialisten‘ eine Zusammenarbeit nicht mehr zuzulassen. So zieht er nach Erörterung dieses Problems die klare Schlussfolgerung: ‚Es kann kein paktieren mehr geben mit den sog. Nationalen.‘⁶⁸ Der Beitrag endet schließlich mit einem Aufruf, die Volksfront nicht nur zu meiden, sondern diese auch zu verlassen. ‚Keine Volksfront von Rechts! Heraus aus diesen Formationen! Für eine aktive nationalistische und sozialrevolutionäre Jugendbewegung!‘⁶⁹

Sächsische Schweiz – ein Schwerpunkt der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene

Im sachsenweiten Vergleich bildet die rechtsextremistische Skinheadszenen im Landkreis Sächsische Schweiz nach wie vor einen der Schwerpunkte. Hier sind viele rechtsextremistische Skinheads ansässig. Sie organisie-

⁶¹ FREIER RUNDBRIEF DRESDEN 10/2004, ohne Seitenangabe. Schreibweise wie im Original.

⁶² FAHNENTRÄGER 2/2004, Titel sowie S. 2.

⁶³ Ebenda, S. 2.

⁶⁴ Ebenda, S. 22.

⁶⁵ Ebenda, S. 2.

⁶⁶ Ebenda, S. 2. Ansätze einer marxistischen Herangehensweise zeigen sich in den Begriffen wie Klasse und Klassenkampf. Der Klassenkampf ist ein zentraler Bestandteil der marxistischen Geschichtsauffassung. Er bezeichnet die im geschichtlichen Prozess sich vollziehenden kämpferischen Auseinandersetzungen zwischen den Klassen einer Gesellschaft. Auch die Ablehnung der Parlamente und des Parteiensystems (einschließlich der Rechtsparteien) weist auf eine – wenn auch sehr verschwommen – marxistisch beeinflusste Position hin. Das zeigt sich in der Gleichsetzung von Parlamentarismus und Kapitalismus. Diese Gleichsetzung entspricht der Lehre von Basis und Überbau, den Grundkategorien des historischen Materialismus. Als Basis wird die sozialökonomische Grundlage einer Gesellschaft, besonders die sie prägenden Produktionsverhältnisse und Klassenstrukturen bezeichnet. Die Basis bringt einen ihr eigentümlichen Überbau (politische Einrichtungen wie Parlamente, Parteien, juristische Einrichtungen, Staat usw.) hervor.

⁶⁷ Ebenda, S. 22. Schreibweise wie im Original.

⁶⁸ Ebenda, S. 22. Schreibweise wie im Original.

⁶⁹ Ebenda, S. 22.

ren sich überwiegend in Kameradschaften oder lockeren Skinheadcliquen. Bei den Kameradschaften sind dabei beide Klassifizierungsmerkmale⁷⁰ festzustellen: Sie sind einerseits subkulturell geprägt, weisen jedoch auch Elemente des Neonationalsozialismus auf.

Die ehemaligen SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) waren bis zu ihrem Verbot am 5. April 2001 durch den Sächsischen Staatsminister des Innern eine der größten und bedeutendsten Organisationen mit Kameradschaftsstruktur im Freistaat Sachsen. Ehemalige Mitglieder wurden vom Landgericht Dresden wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung rechtskräftig verurteilt.

Nach dem Verbot der SSS hielt sich die Szene bis Ende 2002 merklich zurück und trat kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Im Jahr 2003 zeigte sie sich allerdings erneut aktiv und um öffentliche Präsenz bemüht. Es wurden dabei vor allem solche Veranstaltungen durchgeführt, die den Zusammenhalt und die Gruppenidentität förderten. So wurde beispielsweise auf die Musik als einen wichtigen identitätsstiftenden Faktor gesetzt.

Dieser Trend setzte sich im Berichtsjahr fort. So plante die Szene vier Konzerte; zwei konnten durchgeführt werden. Durch die Auftritte szenebekannter Bands konnten die Veranstalter hierzu 150 bis 200 Personen mobilisieren. Die beiden anderen Konzerte wurden durch die Polizei aufgelöst bzw. verhindert.

Nachdem die Szene in den Vorjahren mit Gewalthandlungen weniger in Erscheinung trat, zeigte sich die Gewaltbereitschaft im Berichtsjahr wieder deutlich. So kam es beispielsweise bei einem Konzert am 18. September in Dohna (Ortsteil Borthen) zu Körperverletzungen durch Konzertteilnehmer u. a. gegenüber zwei türkischen Staatsangehörigen.

Auch in der im Berichtsjahr wieder verstärkt aufgegriffenen Anti-Antifa-Arbeit kam die Gewaltbereitschaft der Szene deutlich zum Ausdruck.

So veröffentlichte eine rechtsextremistische Homepage anlässlich einer geplanten Antifa-Demonstration am 12. Juni in Pirna Bilder einer Kampfsportgruppe. Auf einem Gruppenfoto – beschrieben mit „Willkommen in Pirna!“ – war der Schriftzug „FUCK THE ANTIFA“ deutlich erkennbar.

Auch im Zusammenhang mit der Demonstration „Schöner leben ohne Naziläden“ am 27. November in Pirna demonstrierte die Szene offen Gewaltbereitschaft. So wurde in einem mit „White Wendy“ unterzeichneten Flyer dazu aufgerufen: „Bei Antifa-Terror nicht wegschauen, SONDERN AUCH MAL ZUHAUEN!“. Darüber hinaus wurden auf einer Home-



page folgende Gegenaktivitäten angekündigt: „Anlässlich des erneuten Antifa-Aufmarsches, am 27.11.04 in Pirna, geben wir hiermit bekannt, dass es an diesem Tag unsererseits eine Kundgebung vor dem Gebäude der Gartenstraße 13 geben wird. (...) Desweiteren werden wir den Narrenumzug der sogenannten ‚Anti-deutschen‘ begleiten. Für kreative Einzelaktionen (natürlich im Rahmen des Gesetzes) wird die Strecke rechtzeitig bekanntgegeben.“⁷¹



Einrichtungen der Skinhead- und Kameradschaftsszene

Ein wichtiger Punkt für das Funktionieren und Agieren der Szene ist ihre Logistik. Im Freistaat Sachsen ist die Anzahl von Szeneläden und Vertriebsstrukturen, über die u. a. auch CDs mit verbotener Musik verkauft werden, relativ groß⁷².

⁷⁰ Siehe Abschnitt „Der Begriff der Kameradschaften“, S. 28.

⁷¹ Homepage HEIMATSCHUTZNETZWERK SACHSEN, Stand: 8. November 2004. Schreibweise wie im Original.

⁷² Siehe Abschnitt „Skinhead-Vertriebe“, S. 27.

Unverzichtbar für die Szene sind auch ihre Rückzugsräume, die Treffpunkte und sonstigen Einrichtungen. Die Bedeutung solcher Objekte zeigt sich darin, dass nach der Schließung des Dresdener Szenetreffs „Thor“ am 30. April 2003 die Szene im Berichtsjahr sichtlich bemüht war, diesen Verlust auszugleichen und neue Treffobjekte einzurichten. Eines davon ist die von Aktivisten seit dem Frühjahr für interne Treffen und Veranstaltungen genutzte ehemalige Kellergaststätte in Dresden-Pieschen.

In einem weiteren von Angehörigen der Dresdener rechtsextremistischen Musikszene seit Juni gemieteten Objekt fanden bisher drei Konzerte statt, an denen zwischen 40 und 70 Personen teilnahmen. Dieser Treff hat sich zu einem festen Anlaufpunkt entwickelt.

Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene

Angehörige der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene weisen eine latente Gewaltbereitschaft und Militanz auf; sie wurden auch im Berichtsjahr als Straf- und Gewalttäter bekannt. Bislang wurden jedoch keine Delikte im Namen einer bestimmten Gruppierung oder eines sonstigen Personenzusammenschlusses begangen.


Bei vielen Angehörigen der rechtsextremistischen Szene ist zudem eine besondere Affinität zu allem Militärischen feststellbar. Es wird versucht, sich Waffen und Sprengstoff zu beschaffen. Dies wurde in der Vergangenheit durch mehrere Fälle von Waffenfunden in der Bundesrepublik Deutschland und durch den Sprengstofffund im Umfeld der SSS belegt.

Im Berichtsjahr führten entsprechende Hinweise zu einem Rechtsextremisten aus Hoyerswerda, bei dem die Polizei am 15. Januar 500 g Sprengstoff, Munition, Magazine und Übungshandgranaten aus Beständen der Bundeswehr sicherstellte.

Im Juli erhob der Generalbundesanwalt Anklage⁷³ gegen den Neonationalsozialisten Martin WIESE aus Bayern sowie gegen drei weitere Beschuldigte wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Der Gruppe wird vorgeworfen, einen Anschlag auf das neue jüdische Zentrum in München geplant zu haben. Sächsische Rechtsextremisten reagierten bislang zurückhaltend. So wurde der Wahrheitsgehalt der Vorwürfe in Frage gestellt. Zugleich distanzieren sich die sächsischen Rechtsextremisten von WIESE, da wegen seiner Aktion „die gesamte deutsche Rechte einem Spießbrutenlauf“ ausgesetzt sei⁷⁴.

Rechtsextremistische Parteien

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Gründung:	1964
Gründung in Sachsen:	September 1990
Sitz:	Berlin
Teil-/Nebenorganisationen:	JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN), NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND (NHB), KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG e.V. (KPV)
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Sachsen mit Sitz in Leipzig; 20 Kreisverbände, einzelne Ortsverbände
Mitglieder 2003	
bundesweit:	ca. 5.000
Freistaat Sachsen:	ca. 800
Mitglieder 2004	
bundesweit:	ca. 5.300
Freistaat Sachsen:	ca. 950
Publikation:	DEUTSCHE STIMME
Wirtschaftsorganisation:	DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH, Riesa
Präsenz im Internet:	mit mehreren Homepages vertreten
Kennzeichen:	

Die sächsische NPD gehört seit Jahren zu den mitgliederstärksten Landesverbänden innerhalb der Partei. Sie konnte insbesondere nach den im Berichtsjahr stattgefundenen Wahlen ihre dominierende Stellung gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien im

⁷³ Inzwischen sind Verurteilungen erfolgt.

⁷⁴ Internetforum NATIONALES FORUM vom 18. September 2003.

Freistaat Sachsen behaupten und ausbauen. Dabei profitierte die Partei auch vom Auflösungsprozess der sächsischen REPUBLIKANER (REP), aus deren Reihen führende Funktionäre zur NPD wechselten.

Die Entwicklung der NPD war im Berichtsjahr wesentlich durch die Kommunal- und Europawahl sowie die Landtagswahl geprägt. Die Partei errang bei der Kommunalwahl insgesamt 40 Mandate und konnte damit ihr Ergebnis von 1999 mehr als vervierfachen. Zwei weitere errungene Mandate konnte sie nicht besetzen, da nicht ausreichend Kandidaten aufgestellt worden waren. Bei der gleichzeitig durchgeführten Europawahl erreichte sie 3,3%.

Auf Grund dieser Ergebnisse mobilisierte die Partei für die nachfolgende Landtagswahl alle Kräfte. Sie führte einen in diesem Umfang bisher bei ihr noch nicht beobachteten intensiven Wahlkampf durch. Dabei profitierte sie von der Unterstützung durch parteiungebundene Kräfte sowie von einem Wahlverzicht der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) und vom Rückzug der REP. Mit einem Ergebnis von 9,2 % gelang es dem sächsischen Landesverband, erstmals seit seiner Gründung in den Sächsischen Landtag einzuziehen.

Aus diesem Wahlkampf ging die Partei mit einem neuen, gestärkten Selbstbewusstsein hervor. Unter dem Slogan „Volksfront von rechts“ arbeitete sie seitdem kontinuierlich an einer Konzentration aller rechts-extremistischen Kräfte. Sie warb weiter um eine enge Kooperation mit Neonationalsozialisten und integrierte Führungskräfte dieser Szene. Parallel dazu festigte sie in Vorbereitung kommender Wahlen ein Bündnis mit der DVU und bot auch anderen rechtsextremistischen Parteien an, sich diesem Bündnis anzuschließen.

Historie und Strukturen

Die 1964 gegründete NPD ist aus der ehemaligen DEUTSCHEN REICHSPARTEI hervorgegangen. Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)⁷⁵ wurde 1969 gegründet.

Nachdem Mitglieder der NPD aus den alten Bundesländern 1989 erste Kontakte in die ehemalige DDR geknüpft und bei Leipziger Montagsdemonstrationen Flugblätter verteilt hatten, gründeten Aktivisten am 24. März 1990 in der Messestadt die erste Struktur der sächsischen NPD unter der Bezeichnung MITTEL-DEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN (MND). Am 2. September 1990 gründeten die Mitglieder der MND den sächsischen Landesverband der NPD und wählten den

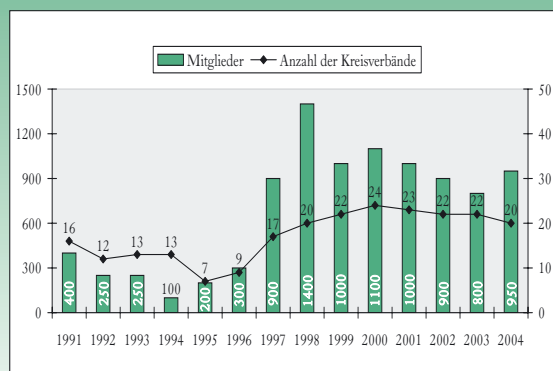
heutigen Funktionär Jürgen SCHÖN aus Leipzig zum ersten Landesvorsitzenden. In Erfurt (Thüringen) fand am 7. Oktober 1990 ein Vereinigungsparteitag statt, auf dem sich die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR neu gegründeten NPD-Strukturen mit den Landesverbänden der alten Bundesländer zu einer Gesamtpartei zusammenschlossen.

Im Verlauf der folgenden Jahre schwankte sowohl die Zahl der Kreisverbände als auch die der Mitglieder im Freistaat Sachsen stark.

Die Mitgliederzahl war am Jahresende 2003 auf ca. 800 gesunken. Regionale Parteigliederungen waren inaktiv. Dieser Abwärtstrend war bis in das Berichtsjahr hinein zu beobachten. Zudem verringerte sich die Zahl der Kreisverbände von 24 im Jahr 2000 auf 20 zum Ende des Berichtsjahres. Das Ziel einer flächendeckenden Präsenz wurde von der NPD im Freistaat Sachsen nicht erreicht.

Die Teilnahme der NPD an den Kommunal- und Europawahlen wirkte sich jedoch mobilisierend auf die Partei aus. Trotz geschwächter Strukturen gelang es der Partei mit Hilfe von NPD-Aktivisten aus anderen Bundesländern, „brachliegende“ Kreisverbände zu reaktivieren und in den Wahlkampf einzubinden. Der Wahlkampf und die anschließenden Ergebnisse der Wahlen bewirkten zudem eine Zunahme des Interesses an der Partei. Dies schlug sich in der Mitgliederzahl nieder, die sich am Ende des Berichtsjahres auf ca. 950 belief.

Zahl der Kreisverbände und Mitgliederzahl der NPD



NPD-Strukturen konzentrieren sich meist in solchen Regionen, in denen einzelne Mitglieder bereit bzw. in der Lage waren, Leitungsaufgaben zu übernehmen und andere Mitglieder zur Parteiarbeit zu motivieren. Zu den im Rahmen der Mitgliederbetreuung aktiven NPD-Strukturen gehören u. a. jene in Annaberg, Chemnitz, Leipzig, Meißen und in der Sächsischen Schweiz. In Leipzig existiert der zahlenmäßig größte Kreisverband.

⁷⁵ Nähere Angaben zur JN siehe Abschnitt am Ende dieses Beitrages.

In Riesa befindet sich die Bundesgeschäftsstelle der NPD-Jugendorganisation, der JN. Trotz Neugründungen verfügen sie im Freistaat Sachsen nur über vereinzelte Stützpunkte.

Die gleichfalls in Riesa ansässige DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH ist eines der größten rechtsextremistischen Versandunternehmen. Sie wird von Funktionären der NPD geführt. Seit dem Umzug des Verlages von Sinning (Bayern) nach Riesa hat sich eine für die Partei bedeutende logistisch und propagandistisch wirkende Einrichtung in Sachsen etabliert. Mit dem Verlag übersiedelten auch führende Funktionäre der Bundespartei nach Sachsen, die den sächsischen Landesverband mit prägen. Neben dem Parteiorgan DEUTSCHE STIMME werden über den Verlag Tonträger, Videos, Publikationen und Skinheadartikel vertrieben. Auch im Berichtsjahr erwies sich das vom Verlag zusammen mit der NPD organisierte Pressefest am 7. August in Mücka als bundesweiter Anziehungspunkt für die rechtsextremistische Szene.

Politische Zielsetzung

Die NPD ist eine rechtsextremistische Partei mit teils neonationalsozialistischer Orientierung. Ihr politisches Selbstverständnis drückt sich in der positiven Bezugnahme auf die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zwischen 1933 und 1945 aus.

Die Partei sieht sich im „Befreiungskampf für unser Volk“ und verfolgt das Ziel der „Wiederherstellung des Deutschen Reiches als Schutz- und Trutzbündnis des deutschen Volkes“⁷⁶. Ihr öffentlich verkündetes Ziel ist es, den „Vasallenstaat“ Bundesrepublik Deutschland ebenso „abzuwickeln“, wie es das Volk der DDR vor 15 Jahren getan hat⁷⁷.

An Stelle der Bundesrepublik Deutschland soll ein neues Reich errichtet werden, das deutliche Wesenszüge des „Dritten Reiches“ trägt und in dem die parlamentarische Demokratie keinen Platz hat. Die Wesensverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus zeigt sich auch deutlich in der Bewertung führender Repräsentanten des NS-Systems. Der Bundesvorsitzende der NPD Udo VOIGT bezeichnete kurz nach der sächsischen Landtagswahl in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“ Hitler als einen „großen deutschen Staatsmann“, dem er lediglich vorwerfe, für die Niederlage des Deutschen Reiches verantwortlich zu sein. Die Nationalsozialisten, die in

Nürnberg vor dem Kriegsverbrechertribunal standen, bezeichnete VOIGT als „nationale Kräfte“⁷⁸.

Die positive Hervorhebung einzelner Nationalsozialisten und die enge Anlehnung an deren Sprache und Ideologie belegen, dass der historische Nationalsozialismus für die NPD einen inhaltlich-programmatischen Bezugspunkt darstellt.

Die NPD betont zwar in ihrer Satzung, dass sie auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehe. Tatsächlich lehnt sie diese jedoch ab und will sie abschaffen. An ihrer Stelle soll eine von „immerwirkenden Naturgesetzen“ bestimmte „neue Ordnung“ eingeführt werden, in der – anders als in unserer freiheitlichen Demokratie – die uneinschränkbare und voraussetzungslose Würde und die individuelle Freiheit des Menschen nicht im Mittelpunkt stehen. Vielmehr hat sich jeder – autoritär geführt von „Eliten“ – einer Volksgemeinschaft und ihren Ansprüchen unterzuordnen.

Die NPD lehnt alles Fremde ab, um die „Art zu erhalten“. Ihre Ausländerfeindlichkeit basiert auf der Überzeugung, dass die „deutsche Volkssubstanz“ durch eine unterstellte gezielte Ansiedlung von Ausländern ausgelöscht werden soll. Daraus resultiert die fremdenfeindliche Haltung der Partei, die dem gewaltbereiten Rassismus innerhalb der rechtsextremistischen Szene ideologisch einen Nährboden bereitet.

Die NPD will eine Volksgemeinschaft

Die NPD will die freiheitliche demokratische Grundordnung abschaffen und durch eine neue Ordnung ersetzen, in deren Mittelpunkt die „Volksgemeinschaft“ steht.

Die „Volksgemeinschaft“ wird dabei als eine annähernd „ethnische homogene“ Gruppe von Menschen definiert, die auf Grund „gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur, Schicksal, etc.“⁷⁹ entstehen würde. Entgegen der Wertorientierung des Grundgesetzes, in dem der einzelne Mensch mit seiner bedingungslosen, unantastbaren Menschenwürde im Mittelpunkt steht, sieht die NPD im Kollektiv die „Grundlage für die Würde des Menschen“ und schränkt die Freiheitsrechte des Individuums ein: „Der anarchistischen Utopie der absoluten Freiheit des Individuums setzen wir die bewußte, an die Gemeinschaft des Volkes gebundene Freiheit gegenüber. (...) Der volksbezogene Sozialismus ist das wortlose Bewußtsein, das den Einzelnen in ein Ganzes einfügt. (...) Jeder Volksangehörige

⁷⁶ Meldung über den „Präsidiumsbeschluß zur V-Mann-Hysterie - Jetzt erst recht!“ auf der Homepage der NPD vom 17. Juli 2002.

⁷⁷ Junge Freiheit, Nr. 40/04, 24. September 2004, S. 3.

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ Beitrag „National-revolutionären Gesundheitspolitik“ auf der Homepage der NPD vom 8. August 2003.

hat das Recht und die Pflicht, an der Gestaltung und dem Leben dieser Gemeinschaft mitzuwirken.“⁸⁰ Der Mensch darf also nur soweit seine Freiheit beanspruchen, wie er damit der Volksgemeinschaft nützt. „An allen Stellen, an denen Einzelinteressen mit Gemeinschaftsinteressen kollidieren, haben diese zu Gunsten des Erhaltes der Gemeinschaft zurückzutreten.“⁸¹

Die NPD lehnt die parlamentarische Demokratie ab. Dazu schreibt der ehemalige Leiter des NPD-Arbeitskreises „Volk und Staat“ Jürgen SCHWAB: „Der Parlamentarismus dient dem alliierten Sieger dazu, eine am Gemeinwohl des Staatsvolkes orientierte Regierungspolitik beim Besiegten präventiv zu verhindern. Das Parlament ist das Instrument der internationalen Oligarchie, der Ort für die Erfüllungspolitik nationalvergessener Angehöriger der ‚westlichen Wertegemeinschaft‘. Mit dem Sturz der amerikanischen Weltherrschaft wird auch die ‚Demokratie‘, die keine Volkssouveränität kennt, endlich verschwinden.“⁸²

Die NPD verfolgt ein Fernziel, die Wiedererrichtung des „Deutschen Reiches“

Die NPD strebt ein „Deutsches Reich als Schutz- und Trutzbündnis des Deutschen Volkes“ an. Die Bundesrepublik Deutschland wird nicht als souveräner Staat betrachtet, da sie militärisch besetzt sei. Völkerrechtlich bestehe das Deutsche Reich auch nach der Verhaftung der Regierung Dönitz am 23. Mai 1945 weiter⁸³, es sei jedoch nicht mehr handlungsfähig. Deshalb bestehe die Hauptaufgabe der deutschen Nationaldemokraten in der Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches. „Wir setzen uns ein für eine Staatskonzeption, die eine jegliche Form von Fremdherrschaft, aber auch von Partei-, Standes- oder Klassendiktatur ausschließt und stattdessen gemeinwohlorientiert auf die Verwirklichung der deutschen Volksgemeinschaft ausgerichtet ist.“⁸⁴

Dieses „Neue Reich“ soll – so ein Thesenpapier der JN – ein Staat mit einer „unbedingten und starken Zentralgewalt“ sein. Dessen Verwaltungsgrenzen der „Reichsgaue“ oder Länder müssen mit den „Stammesgrenzen“ deckungsgleich sein. „Alles was jedoch den Bestand des Reiches und der deutschen Volksgemeinschaft betrifft, bleibt in den festen Händen der Zentralgewalt.“⁸⁵ Deutlich sichtbar wird hier die Anleh-

nung der JN-Thesen an das NSDAP-Parteiprogramm von 1920, das die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches sowie die unbedingte „Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen“ forderte.

Im „Reich“ soll eine autoritäre Elite führen

In einem Thesenpapier der JN – von dem sich die NPD nie distanzierte – wird beschrieben, dass die Volksgemeinschaft von Eliten geführt werden solle. „Auf die Führung durch solch eine Elite hat das Volk eine Berechtigung und einen Anspruch.“ Sie sollen sich „in einer Art evolutionär-biologischem Widerstreit (...) zu Führern über die Gesellschaft und das Volk erheben“ und nach „einem für sinnvolles politisches Wirken angemessenen Zeitraum (...) aus der Volksgemeinschaft heraus (...) erneuern“.⁸⁶ Wie sich diese „Erneuerung“ vollziehen soll, bleibt unbeantwortet. Die NPD strebt zwar eine Machtergreifung durch Wahlen an, allerdings lassen die Aussagen in den Thesenpapieren ihrer Jugendorganisation darauf schließen, dass für sie danach dieses wesentliche Element unserer freiheitlichen Demokratie verzichtbar ist: Das „allgemeine Wahlrecht allein ist noch kein Ausdruck wirklicher und vollkommener Demokratie. (...) Im Rahmen einer Gesamtgesellschaft bietet das Wahlrecht keine wirkliche Entscheidungsmöglichkeit; es hat lediglich bestätigenden Inhalt (...)“.⁸⁷

Eine Opposition gegenüber der Regierung soll nicht zugelassen werden: „Die Handlungsfähigkeit einer Führungselite muß wieder dadurch gewährleistet werden, daß ihr ein politisches System zur Verfügung steht, welches sich nicht durch ihm innewohnende verankerte Blockadememechanismen auszeichnet. Es darf nicht sein, daß die mit der Führungsverantwortung beauftragte Elite, von den nicht mit der Führung beauftragten, ausgesprochenen Gegnern in ihrer Arbeit, systembedingt behindert wird“. Anstelle einer Opposition soll ein „berufsständisches Kammersystem“ eingeführt werden, welches allerdings nur „beratende Funktion (Antragsrecht)“ besitzen soll⁸⁸.

Diese Überlegungen dokumentieren, dass die NPD ein totalitäres Staatsmodell befürwortet. Dieses steht in erkennbarem Widerspruch zu wesentlichen Eckpunkten unserer freiheitlichen Demokratie, so u. a.

⁸⁰ Schulungsheft WEG UND ZIEL, Januar - März 2000, S. 12. Schreibweise wie im Original.

⁸¹ Wahlprogramm der NPD zur Bundestagswahl 2002, S. 77.

⁸² DEUTSCHE STIMME, Artikel „Volksgemeinschaft oder Parlamentarismus?“ von Jürgen SCHWAB, Juli 2003, S. 15.

⁸³ Dönitz war bis zu seiner Festnahme durch alliierte Streitkräfte der von Hitler eingesetzte Nachfolger als formelles Staatsoberhaupt.

⁸⁴ Europawahlprogramm der NPD 2004, S. 9.

⁸⁵ Thesenpapiere der JN, Juli 1998, S. 10.

⁸⁶ Ebenda, S. 11 f. Schreibweise wie im Original.

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Ebenda. Schreibweise wie im Original.

zum Prinzip der Pluralität, dem Recht auf Ausübung einer parlamentarischen Opposition und der Ablösbarkeit der Regierung durch freie, gleiche und geheime Wahlen. Zudem ist das Modell von wesentlichen Elementen nationalsozialistischer Ideologie beeinflusst. So führte Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ u. a. aus, dass die beste Staatsverfassung und Staatsform diejenige sei, die „mit natürlichster Sicherheit die besten Köpfe der Volksgemeinschaft zu führender Bedeutung und zu leitendem Einfluß“ bringe. Der völkische Staat gliedere seine Vertretungskörper in „politische und berufliche ständische Kammern“, deren einzelne Mitglieder beratende, aber niemals beschließende Stimmen hätten.

Das von der NPD angestrebte „neue Reich“ orientiert sich deutlich am „Dritten Reich“ der Nationalsozialisten.

Damit ihre Reichsvision nicht durch das wissenschaftlich gesicherte Geschichtsbild belastet wird, versucht die NPD, dieses Bild über die Zeit des Nationalsozialismus in Richtung einer wohlwollenden bis rechtfertigenden Betrachtungsweise des historischen Geschehens anzupassen.

Deutlichstes Erkennungsmerkmal hierfür ist die Leugnung der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Der Angriff auf Polen habe „auf jeden Fall der Abwehr einer deutlich angezeigten militärischen Bedrohung gegen das Reich“⁸⁹ gedient. Zugleich diskreditiert die NPD – aus ihrer Sicht durchaus konsequent, da sie die deutsche Kriegsschuld verneint – die Bemühungen Deutschlands um eine Versöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern als „Selbstbezichtigungsrituale der BRD-Repräsentanten“.

Unbestreitbare historische Fakten werden unter Hinweis auf nebulöse wissenschaftliche Erkenntnisse angezweifelt oder relativiert: So habe man bei der „Verdammung der Waffen-SS und der ihr angelasteten Verbrechen“ „natürlich“ neue „historische Forschungsstände“ unberücksichtigt gelassen. Den millionenfachen Massenmord an Juden relativiert die NPD, indem sie von gewissen „Fehlentwicklungen“ im „Dritten Reich“⁹⁰ spricht.

Die NPD ist ausländerfeindlich und rassistisch, um die „Art zu erhalten“

Die Partei definiert das deutsche Volk als „Gemeinschaft der Angehörigen des deutschen Volkes im natürlichen, ethnischen Sinne“ und beklagt, dass die „biolo-

gische Grundlage der Volksgemeinschaft“ durch „Überfremdung“⁹¹ zerstört werde.

Die Nationaldemokraten beschwören, dass die Existenz des deutschen Volkes durch die „Durchmischung mit fremdem Blut“ gefährdet sei. Im Parteiprogramm fordert die Partei unter dem Tenor „Deutschland muß wieder deutsch werden“, dass ein grundlegender politischer Wandel die „menschenfeindliche Integrationspolitik“ beenden sowie die „deutsche Volkssubstanz“⁹² erhalten müsse.

Bei einem Blick in das Schulungsheft der NPD wird deutlich, womit diese Haltung begründet wird: Eines „der wichtigsten biologischen Grundprinzipien“ sei „das der Erhaltung der Art. Sämtliche Regelungen, die man für das menschliche Leben trifft, müssen das berücksichtigen.“⁹³

Die NPD diffamiert die Demokratie und politische Entscheidungsträger

Aus parteitaktischen Gründen zeichnet die NPD ein düsteres Bild der wirtschaftlichen und politischen Lage in Deutschland und beschwört eine Untergangsstimmung.

So diffamierte der stellvertretende Bundesvorsitzende Holger APFEL in der Vergangenheit immer wieder politische Verantwortungsträger. In einem Artikel in der DEUTSCHEN STIMME heißt es zudem: „Wie Blutegel haben die Kartellparteien das Gemeinwesen befallen“⁹⁴.

Nach Auffassung der NPD sind deutsche Politiker keine demokratisch legitimierten und frei handelnden Entscheidungsträger. Sie stünden vielmehr unter dem Einfluss einer fremden Macht, die es sich zur Aufgabe gemacht habe, das deutsche Volk zu vernichten. In diesem Zusammenhang hat die tagespolitische Kommentierung der NPD einen verstärkt antiamerikanischen Akzent erhalten. So heißt es in einem Internetbeitrag, dass sich die NPD als „Anwalt unseres Volkes“ verstehe. „Man kann nicht hinnehmen, daß das im Deutschen Reich begründete Sozialsystem durch die Berliner US-Vasallen zerstört wird“. Man empfiehlt dem deutschen Volk einen „allgemeinen Aufstand zur Abschüttelung der äußeren und inneren Fremdherrschaft.“⁹⁵

Die Argumentation, dass die Bundesrepublik Deutschland kein souveräner Staat sei, ist typisch für Rechts-

⁸⁹ DEUTSCHE STIMME, Artikel „Imperialistischer Raubzug oder nationaler Notwehrakt?“ von Peer Lennart AAE, August 2003, S. 20.

⁹⁰ Ebenda, Artikel „Die BRD feiert die Niederlage Deutschlands“ von Jürgen GANSEL, Juli 2004, S. 4.

⁹¹ PROFIL, NATIONALDEMOKRATISCHE SCHRIFTENREIHE – Folge 12, Februar 2002, S. 19 f., S. 40.

⁹² Programm der NPD, 1997, ohne Seitenangabe.

⁹³ Schulungsheft WEG UND ZIEL, Januar-März 2000, S. 7.

⁹⁴ DEUTSCHE STIMME, August 2004, S. 7.

⁹⁵ Homepage der NPD, Stand: 21. Oktober 2003. Schreibweise wie im Original.

extremisten. Die Geschichte lehre, dass fremde Mächte ständig bestrebt seien, Deutschland wirtschaftlich und politisch schwach zu halten. Deutsche Politiker werden dabei als „Erfüllungsgehilfen“ dieser Mächte diffamiert. Verschwörungstheoretische „Erklärungsansätze“, z. B. der Hinweis auf das Wirken dunkler Mächte und die Thematisierung Deutschlands als Spielball ausländischer Interessen, sind immer wiederkehrende Konstanten im Weltbild von Rechtsextremisten. Dabei verwenden Rechtsextremisten oft den Begriff „Ostküste“ als Synonym für die Macht amerikanischer jüdischer Bankiers.

Der völkisch und politisch begründete Antiamerikanismus der NPD geht nicht selten eine Symbiose mit antisemitisch geprägten geschichtsrevisionistischen Thesen und platter Politikerbeschimpfung ein. So wird in einem Artikel behauptet, das Land werde durch „eine geistige Knechtschaft durch das Besatzungsregime und dessen Koalition mit der ‚Holocaust-Industrie‘“ gnadenlos ausgebeutet⁹⁶.

Aktivitäten

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der NPD stand im Berichtsjahr der „Kampf um die Parlamente“, eine der drei Säulen im Strategiekonzept der Partei. Die NPD mobilisierte für die Europawahl, die Landtagswahl im Saarland und die Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen alle Kräfte. Im Freistaat Sachsen profitierte die Partei von Wahlabsprachen mit der DVU, vom Niedergang der REP und der aktuellen politischen Lage, vor allem von den Debatten um Sozialreformen.

Trotz des angestrebten Parlamentseinzuges vernachlässigte sie nicht die zweite Säule ihres Strategiekonzeptes, den „Kampf um die Straße“. Es gelang der Partei, durch die Organisation von Großveranstaltungen die Distanz zur neonationalsozialistischen Szene weiter abzubauen.

Während des Wahlkampfes erhielt die NPD aus weiten Teilen dieser Szene Unterstützung. In einem im August im Internet verbreiteten Aufruf forderte der aus Hamburg stammende bekannte Neonationalsozialist Thomas WULFF „alle freien Nationalisten“ auf, die NPD im sächsischen Landtagswahlkampf zu unterstützen. Es gelte, die „Geschlossenheit des gesamten Widerstandes“ unter Beweis zu stellen. Dabei nahm WULFF Bezug auf den gemeinsam von NPD und „Freien Kräften“ am 1. Mai in Berlin durchgeführten Aufmarsch, das Pressefest des DEUTSCHEN STIMME-Verlages und den „Rudolf-Heß-Marsch“. Gleichzeitig wurde unter dem Stichwort „Volksfront von rechts – Nationalisten in den Landtag“ auf einer rechtsextre-

mistischen Homepage verkündet, dass die NPD von einer Reihe „bekannter nationaler Aktivisten“ bei öffentlichen Versammlungen und Saalveranstaltungen unterstützt werde. In einer Erklärung des Parteipräsidiums der NPD hieß es, die Partei bekenne sich zur „Gesambewegung des nationalen Widerstandes“. Mit der Partei werde es keine Abgrenzung und Spalterei mehr geben⁹⁷. Führende Neonationalsozialisten – darunter auch WULFF – traten noch vor der sächsischen Landtagswahl in die NPD ein. Auf dem Bundespartei-tag Ende Oktober wählten die Delegierten mit Thorsten HEISE sogar eine herausragende Identifikationsfigur der neonationalsozialistischen Kameradschaftsszene in den Bundesvorstand der NPD.

Parallel zu diesen Kooperations- und Integrationsbestrebungen gegenüber Neonationalsozialisten warb die NPD unter den rechtsextremistischen Parteien um Bündnisse bei künftigen Wahlen. Unter dem Eindruck der von der NPD bei der sächsischen und der von der DVU bei der brandenburgischen Landtagswahl erzielten Ergebnisse stellten beide Parteien die Zusammenarbeit auf eine neue strategische Basis.

NPD-Demonstration am 1. Mai in Berlin

Die enge Kooperation zwischen der NPD und Teilen der neonationalsozialistischen Szene wurde bereits anlässlich einer Demonstration am 1. Mai in Berlin



⁹⁶ DEUTSCHE STIMME, August 2004, S. 6.

⁹⁷ Homepage der NPD, Stand: 20. September 2004.

deutlich. Die NPD marschierte gemeinsam mit „Freien Nationalisten“ unter dem Motto „Arbeitsplätze für Deutsche sichern – Sozialabbau bekämpfen! – Nein zur EU-Osterweiterung und zum EU-Beitritt der Türkei!“ durch die Bundeshauptstadt. An der Veranstaltung nahmen nach Polizeiangaben rund 2.300 Personen teil. Die hohe Teilnehmerzahl war auf die enge Zusammenarbeit der NPD mit Neonationalsozialisten zurückzuführen. Darüber hinaus wurde die Demonstration aus allen Bereichen der rechtsextremistischen Szene unterstützt.

Gedenkmarsch anlässlich des Todestages von Rudolf Heß

Ebenso beteiligten sich Mitglieder und Funktionäre der NPD, darunter auch des sächsischen Landesverbandes, am Gedenkmarsch anlässlich des Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß am 21. August in Wunsiedel. An diesem größten Aufzug der neonationalsozialistischen Szene im Berichtsjahr nahmen ca. 3.800 Rechtsextremisten teil, unter ihnen der Bundesvorsitzende der NPD Udo VOIGT, der auch als Redner auftrat.



Heß-„Gedenkmarsch“ am 21. August in Wunsiedel
Foto: picture alliance

Pressefest des Deutsche Stimme-Verlages

Ein weiteres überregional bedeutendes Ereignis für die rechtsextremistische Szene war das Pressefest des DEUTSCHE STIMME-Verlages am 7. August in Mücka (Niederschlesischer Oberlausitzkreis).

Bereits zum vierten Mal organisierte der Verlag zusammen mit der NPD diese Veranstaltung. Die Pressefeste der letzten Jahre zeigten, dass die NPD durch die Gestaltung ihres Programms die gesamte rechtsextremistische Szene ansprach. Nicht nur Parteimitglieder, sondern auch Jugendliche aus der Skinhead- und Kame-radschaftsszene fühlten sich von der Mischung aus



Pressefest am 9. August in Mücka
Foto: Homepage der POMMERSCHEN AKTIONSFRONT

Volksfest, Politik- und Verkaufsveranstaltung sowie Skinheadkonzert angezogen. Dabei kamen die Teilnehmer nicht nur aus der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch aus dem Ausland. Insgesamt besuchten ca. 7.000 Personen die Veranstaltung und damit fast dreimal soviel wie im Vorjahr (ca. 2.500). Dies übertraf selbst die Prognose der NPD, die mit ca. 3.500 Teilnehmern gerechnet hatte.

Neben dem NPD-Parteivorsitzenden Udo VOIGT traten u. a. der österreichische Rechtsextremist Herbert SCHWEIGER sowie der ehemalige Rechtsterrorist Peter NAUMANN auf. Anstelle des zunächst erwarteten Vorsitzenden der russischen NATIONAL-PATRIOTISCHEN FRONT (PAMJAT) begrüßte der Veranstalter den Auslandsreferenten der PAMJAT, Alexander KAMKIN. Am Abend spielten die rechtsextremistischen Skinheadbands KRAFTSCHLAG, RADIKAL und YOUNGLAND (letztere aus den USA).

In Internetforen äußerten sich Rechtsextremisten zu meist positiv über die Veranstaltung. Dabei wurden vor allem die Auftritte der Liedermacher und der Bands hervorgehoben. Auf der Homepage des HEIMAT-SCHUTZNETZWERKES SACHSEN wurde die Veranstaltung als die „wohl erfolgreichste in den letzten Jahren“ bezeichnet. „Eine Teilnehmerzahl von 7000 Menschen hatte keiner erwartet. Zeigt sie doch deutlich das beachtliche Potenzial, welches durch Zusammenarbeit von NPD und freien Kräften erreicht werden kann. Diese Kräfte werden nun auch für die kommende Landtagswahl in Sachsen mobilisiert.“⁹⁸

„2. Freiheitlicher Kongress der DEUTSCHEN STIMME“

Im Rahmen des „Kampfes um die Köpfe“, der dritten Säule des Strategiekonzeptes, bemühte sich die NPD im Berichtsjahr auch darum, ein intellektuelles

⁹⁸ Schreibweise wie im Original.

Publikum unter Rechtsextremisten anzusprechen. Hierzu fand vom 21. bis 23. Mai der 2. Freiheitliche Kongress der DEUTSCHEN STIMME statt. Wie im vergangenen Jahr trafen sich in Wiedemar (Landkreis Delitzsch) rund 200 Teilnehmer und hörten Vorträge zum Thema „Deutschland im Würgegriff seiner Feinde – Perspektiven des Widerstandes“.

Der Verlag hatte in diesem Jahr zehn Redner eingeladen, u. a. Dr. Pierre KREBS, bekannt aus dem THULE-SEMINAR, den österreichischen Rechtsextremisten und Buchautor Herbert SCHWEIGER sowie die rechtsextremistischen Buchautoren Udo WALENDY und Dr. Claus NORDBRUCH. Umrahmt wurde die Veranstaltung durch die rechtsextremistischen Liedermacher Michael MÜLLER und Jörg HÄHNEL.

Europawahl

Der Versuch der NPD, für die Europawahl im Jahr 2004 andere rechtsextremistische Parteien zum gemeinsamen Wahlantritt zu bewegen, scheiterte. Die NPD hatte den REP, der DVU und der DEUTSCHEN PARTEI (DP) im so genannten „Leipziger Appell“ angeboten, mit einer gemeinsamen nationalen Liste bei der Europawahl anzutreten.

Im April hatte die NPD beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die 5%-Sperrklausel bei der Europawahl eingereicht. Die NPD begründete die Klage damit, dass durch die EU-Erweiterung neue Staaten mit „leichteren Wahlgesetzen“, d. h. ohne Sperrklauseln, hinzugekommen seien. Die Klage wurde als unzulässig verworfen, weil sie zu spät eingereicht worden war. Sie hätte spätestens sechs Monate nach Bekanntwerden des beanstandeten Sachverhaltes beim Bundesverfassungsgericht vorliegen müssen. Diese Frist war Ende Februar abgelaufen.

Zu den 23 Kandidaten der NPD für die Europawahl gehörten neben dem Bundesvorsitzenden Udo VOIGT als Spitzenkandidaten aus Sachsen auch Holger APFEL, Uwe LEICHSENRING und Alexander DELLE. Der Wahlkampf der NPD war von Schwerpunktthemen wie der Gesundheits- und Rentenreform sowie dem möglichen Beitritt der Türkei in die EU geprägt. Der DEUTSCHE STIMME-Verlag hatte im Vorfeld eine Sonderausgabe der Publikation SACHSEN STIMME herausgegeben, die diese Themen gezielt aufgriff.

Bei der Europawahl erhöhte die NPD ihr Wahlergebnis mit bundesweit 0,9 % gegenüber 1999 (0,4 %) auf mehr als das Doppelte. In Sachsen erreichte die Partei mit 3,3 % ihr bestes Wahlergebnis.

Kommunalwahlen

Im Rahmen ihres Kommunalwahlkampfes organisierte die Partei drei Großveranstaltungen. Eine davon führte sie gemeinsam mit dem NATIONALEN BÜNDNIS DRESDEN e. V. (NB) in Mehltheuer (Landkreis Riesa-Großenhain) durch. Auch der Bundesvorsitzende Udo VOIGT unterstützte den Wahlkampf in Sachsen und trat bei mehreren NPD-Veranstaltungen sowie bei einer Demonstration des NB auf.

Außerdem erhielt der sächsische Landesverband der NPD Unterstützung durch einen ehemaligen JN-Funktionär aus Rheinland-Pfalz. Ihm gelang es, verschiedene Kreisverbände zu reaktivieren. Dies führte dazu, dass eigene Kandidaten zur Wahl aufgestellt wurden.

Die NPD trat schließlich in sechs Landkreisen mit 68 Kandidaten zu den Kreistagswahlen und mit 72 Kandidaten in zwölf Städten, vier Gemeinden und einer Ortschaft zu den Stadt- und Gemeinderatswahlen an.

Sie erzielte 40 Mandate und konnte damit ihre Präsenz in den Kommunalvertretungen ausbauen. 1999 hatte sie neun Mandate erhalten. Sie stellt nunmehr 13 Vertreter in fünf Kreistagen, 26 Vertreter in 14 Stadt- und Gemeinderäten und einen Mandatsträger in einem Ortschaftsrat. Zwei weitere Mandate konnte die NPD nicht wahrnehmen, da ihre Kandidatenlisten personell nicht ausreichend besetzt waren.

Die höchste Anzahl an Mandaten erzielte die Partei im Landkreis Sächsische Schweiz, wo fünf Kandidaten in den Kreistag einzogen. In den Wahlkreisen, in denen die NPD bereits zur Kommunalwahl 1999 angetreten war, konnte sie ihre Wahlergebnisse zum Teil erhöhen. In vier Kreistagen und in acht Städten und Gemeinden ist die NPD nach den Wahlen erstmals vertreten.

In einer Presseerklärung des Landesverbandes begründet die sächsische NPD ihr Ergebnis u. a. damit, dass sie ein „gesundes Vor-Ort-Fundament“ aufgebaut habe, „um sich als bürgernahe Partei zu präsentieren“.

Landtagswahl

Motiviert vom Ergebnis der Kommunalwahlen konzentrierte sich der sächsische NPD-Landesverband auf die Landtagswahl. Die bei den Europa- und Kommunalwahlen erzielten Ergebnisse brachten der NPD nicht nur eine bisher ungekannte Medienaufmerksamkeit, sondern sorgten vor allem für eine Aufbruchstimmung und hohe Motivation innerhalb der Partei. Die Parteiführung erkannte die „historische Chance“, ins sächsische Landesparlament einzuziehen. In einem „Spendenauftrag für den Einzug in den Landtag“ erklärte der

NPD-Parteivorsitzende VOIGT, in Sachsen und im Saarland⁹⁹ habe die NPD „nach drei Jahrzehnten die Chance, endlich wieder nationale Politik in die Landesparlamente zu tragen.“

Unmittelbar nach den Europa- und Kommunalwahlen einigten sich die Parteivorsitzenden von NPD und DVU zudem darauf, sich bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen nicht durch gleichzeitige Kandidaturen zu behindern. Den „nationalen Wählern“ empfahl man, in Sachsen die NPD und in Brandenburg die DVU zu wählen.

Schützenhilfe erhielt die NPD im Freistaat Sachsen auch durch den Zerfall der sächsischen REP. Zwei ehemals führende Funktionäre dieser Partei unterstützten die NPD im Wahlkampf und traten anschließend der NPD bei. Im Juli zogen die sächsischen REP – ohne Absprache mit der Bundesführung – ihre bereits eingereichte Landesliste für die Landtagswahl zurück. Auch der sächsische Landesverband der DP rief dazu auf, bei der Landtagswahl die NPD zu wählen. Für die NPD war damit der Weg für einen im rechtsextremistischen Spektrum konkurrenzlosen Antritt frei.

Bei ihren Wahlkampfaktivitäten erhielt die sächsische NPD umfassende Unterstützung durch auswärtige Wahlkampfhelfer. Auf Veranstaltungen traten neben dem Bundesvorsitzenden Udo VOIGT u. a. auch der Bundesvorsitzende der JN Stefan ROCHOW und der Hamburger Neonationalsozialist Thomas WULFF auf. Dieser wandte sich im Internet „an alle freien Nationalisten“ und rief zur Unterstützung der sächsischen NPD auf. Nun gelte es, die „Geschlossenheit des gesamten Widerstandes unter Beweis zu stellen“.

Der Landtagswahlkampf war für die NPD materialintensiv und logistisch aufwändig. Neben einer Sonderausgabe der SACHSEN STIMME in einer Auflage von 2,5 Millionen Exemplaren hatte sie nach eigenen Angaben zwei Millionen Flugblätter und 300.000 Landtagswahlprogramme durch zahlreiche Wahlkampfhelfer und durch Firmen verteilen lassen. Fast flächendeckend sollen rund 40.000 Plakattafeln aufgehängt worden sein.¹⁰⁰

Beim „Tag der Sachsen“ Anfang September in Döbeln startete die NPD mit einer so genannten „Jungwähleroffensive“ und verteilte kostenlos eine eigens zur Landtagswahl mit szenebekanntem Skinheadbands und Liedermachern produzierte „Schulhof-CD“.

Die Wahlkampfaktivitäten bestanden außerdem aus einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen wie Kundgebungen, Infoständen, Saalveranstaltungen sowie Auftritten des Liedermachers Frank RENNICKE. Allein in der so genannten „heißen Phase“, der letzten Woche vor der Wahl, veranstaltete die NPD rund



20 Veranstaltungen in Sachsen. Sie schaltete auch Wahlanzeigen in Tageszeitungen sowie im regionalen Fernsehen und führte Flugzeugwerbung durch.

Wie schon im vorausgegangenen Kommunalwahlkampf versuchte die NPD, insbesondere Protestwähler zu mobilisieren. Dabei setzte sie massiv auf die in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitete Stimmung gegen die geplanten Sozialreformen. Die sächsische NPD rückte das Thema „Hartz IV“ in das Zentrum ihrer Wahlkampfaktivitäten und warb mit Slogans wie „Quittung für Hartz IV: Jetzt NPD!“ oder „Schnauze voll? Wahntag ist Zahntag“.



⁹⁹ Die Landtagswahl im Saarland fand am 5. September 2004 statt; die NPD erreichte 4 % der Stimmen.

¹⁰⁰ Zur Landtagswahl 1999 sollen es – eigenen Angaben zufolge – rund 30.000 Plakate gewesen sein.

Die NPD thematisierte die „soziale Frage“, indem sie konstatierte: Wer die „alten Parteien“ wähle, entscheide sich für „Arbeitslosigkeit, Rentenklau und Sozialabbau“¹⁰¹. Sie versuchte, „neben den Nichtwählern auch PDS-Wähler zum national-sozialen Protest gegen die Herrschenden zu bewegen.“¹⁰²

Außerdem nutzte die NPD die aktuellen politischen



Kontroversen gezielt, um fremdenfeindlich zu agitieren. Die hier lebenden Ausländer müssten in ihre Heimat zurückgeführt werden, denn – so die NPD in bewusst manipulativer Form – „Jeder beschäftigte Ausländer, der in die Heimat zurückgeht, macht einen Arbeitsplatz für Deutsche frei. Jeder ausländische Sozialhilfeemp-

fänger, der nach Hause geht, liegt unserem Sozialversicherungssystem nicht länger auf der Tasche“¹⁰³.

Zur Landtagswahl erhielt die NPD 9,2 % der Zweitstimmen (absolut: 190.909 Stimmen) und zog mit zwölf Abgeordneten in den Sächsischen Landtag ein. Sie konnte damit einen wesentlichen Teil ihres strategischen Konzeptes umsetzen.

Zusätzlich war die NPD in 32 der insgesamt 60 Wahlkreise mit Direktkandidaten angetreten. Ein Direktmandat konnte sie jedoch nirgends erzielen.

Bei einer ersten Pressekonferenz nach der Wahl soll Holger APFEL den Wahltag „als Zäsur“ und „Schulterabschluss aller aufrechten Volksdeutschen“ gewertet haben. Der Bundesvorsitzende VOIGT habe nach Pressemeldungen sogar von einer Revolution, die von Sachsen ausgehen werde, gesprochen. Es gehe darum, das BRD-System „abzuwickeln“¹⁰⁴.

Bundesparteitag

Auf dem Bundesparteitag der NPD am 30. und 31. Oktober in Leinefelde/Thüringen wählten die Delegierten ihren neuen Parteivorstand. Rund ein Drittel davon hat seinen politischen Wirkungskreis im Freistaat Sachsen. Dies dokumentiert die Bedeutung, den die Bundespartei den sächsischen Verhältnissen beimisst.

Den Parteitag, der unter dem Eindruck der Wahlergebnisse stand, kennzeichneten im Wesentlichen zwei Entwicklungen: Fortsetzung der engen Kooperation mit neonationalsozialistischen Kräften sowie Festigung und Ausbau des Bündnisses mit anderen rechtsextremistischen Parteien.

Udo VOIGT wurde als Bundesvorsitzender bestätigt. Ein Signal dafür, dass Neonationalsozialisten stärker in die Parteiarbeit eingebunden werden sollen, war die Wahl des erst im September in die NPD eingetretenen ehemaligen Landesvorsitzenden der verbotenen FREIHEITLICHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (FAP) Niedersachsen Thorsten HEISE in den Bundesvorstand.

In seiner Rede ging VOIGT auf die strategischen Überlegungen der NPD ein und stellte fest, dass das bisherige 3-Säulen-Konzept um eine weitere Säule – den „Kampf um den organisierten Willen“ – erweitert werden müsse. Dieses Konzept sei der „Versuch der Konzentration aller nationalen Kräfte“, um Macht durch den „organisierten Willen“ zu erlangen. Erfreulicherweise erhalte der „Kampf um den organisierten Willen“ bereits nachhaltige Unterstützung aus den Reihen der DP, der „Freien“ und ehemaliger Mitglieder der REP. VOIGT führte zum Verhältnis der Partei zu den „Freien und dem nationalen Widerstand“ aus, dass man keine „gegenseitige Übernahme“ plane. Die NPD sehe sich als „Bestandteil des gemeinsamen Widerstandes“. Seine Personalvorschläge für die Wahl des Bundesparteiorgans wurden von ihm als ein „weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer nationalen Volksfront“ bezeichnet¹⁰⁵.

Während des Parteitages verständigten sich NPD und DVU, künftig bei Wahlen gemeinsame Listen und Listenverbindungen anzustreben. So soll zur Bundestagswahl 2006 mit gemeinsamen Kandidaten in einem Bündnis unter der Bezeichnung NPD/DVU angetreten werden. Bei der nächsten Europawahl werde dieses Bündnis dann DVU/NPD heißen. Obwohl der ebenfalls auf dem Parteitag anwesende Bundesvorsitzende der DVU, Dr. FREY, in einer anschließenden Pressekonferenz betonte, dass man sich in den Grundzielen einig sei, dürften unterschiedliche Positionen zur Integration von Neonationalsozialisten Ansatzpunkte für Differenzen bieten. Während FREY äußerte, „größtmöglichen Abstand zum Nazismus und Neonazismus“ zu halten, bekundete VOIGT, der „historische Nationalsozialismus“ sei tot, aber „nationalen Sozialisten“ stehe es frei, zur NPD zu kommen.

¹⁰¹ DEUTSCHE STIMME, August 2004, S. 13.

¹⁰² DEUTSCHE STIMME, Juli 2004, S. 6.

¹⁰³ Meldungen auf der Homepage der NPD vom 9. und 16. August 2004.

¹⁰⁴ Meldung auf der Internetseite der Jungen Freiheit vom 24. September 2004.

Zu den Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen siehe Hintergrundbeitrag „Beteiligung von Extremisten an Wahlen im Freistaat Sachsen im Jahr 2004“.

¹⁰⁵ Homepage der NPD, Stand: 1. November 2004.

Medien

Wichtigstes Organ der NPD ist die DEUTSCHE STIMME. Die Parteizeitung erscheint monatlich. Ihr Inhalt ist zudem über eine Homepage im Internet abrufbar. Der sächsische NPD-Landesverband verfügt über keine eigene Publikation. Jedoch erschienen im Berichtsjahr im Zusammenhang mit den Wahlen zwei Sonderausgaben der im Jahr 2002 eingestellten SACHSEN STIMME.



Die NPD-Fraktion Königstein gibt in unregelmäßigen Abständen die Publikation KLARTEXT DEUTSCHE STIMME FÜR KÖNIGSTEIN heraus.

Der Landesverband Sachsen und die NPD-Kreisverbände Annaberg-Buchholz, Chemnitz, Freiberg, Meißen, Muldental, Sächsische Schweiz und Zwickau präsentierten sich im Berichtsjahr mit jeweils einer eigenen Homepage im Internet. Überwiegend werden politische Themen aufgegriffen und teilweise Termine einschlägiger Veranstaltungen angekündigt.

JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)



Die NPD-Jugendorganisation versteht sich „als eine weltanschaulich-geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung“. Ihr Ziel ist es, „so viele Widerstandszellen wie möglich zu bilden“¹⁰⁶.

Der Bundesverband der JN hatte im Berichtsjahr seinen Sitz in Riesa. Zwar existiert im Freistaat Sachsen kein Landesverband. Jedoch konnte im Zusammenhang mit den Aktivitäten eines ehemaligen JN-Funktionärs aus Rheinland-Pfalz festgestellt werden, dass JN-Strukturen neu aufgebaut werden. So erfolgte im Berichtsjahr die Gründung von JN-Stützpunkten in Chemnitz und Freiberg.

Auf dem Anfang Oktober in Mosbach (Thüringen) stattgefundenen Bundeskongress der JN wurde der bisherige Bundesvorsitzende Stefan ROCHOW in seinem Amt bestätigt, obwohl unter seiner Führung bisher von der JN keine nachhaltigen Aktivitäten ausgegangen waren. Ihre frühere Bedeutung als Scharnierfunktion zwischen NPD und Neonationalsozialisten dürfte die JN angesichts der sich abzeichnenden Bündnispolitik der NPD gegenüber dieser Szene in Zukunft nicht wieder erreichen.

Am 24. Januar fand in Wurzen eine Mahnwache unter dem Motto: „Freiheit statt Repression: Keine politische Verfolgung nationaler Jugendlicher“ statt. An der Veranstaltung beteiligten sich nach Polizeiangaben rund 80 Personen der regionalen rechtsextremistischen Szene. In einem im Vorfeld der Veranstaltung verbreiteten Flugblatt der JN wurden angeblich repressive Maßnahmen der Stadt gegen rechtsextremistische Jugendliche thematisiert.

Am 23. Oktober führte der JN-Stützpunkt Chemnitz in Limbach-Oberfrohna (Landkreis Chemnitzer Land) eine Mahnwache durch. Der Stützpunkt hatte die Veranstaltung im Namen des NPD-Landesverbandes Sachsen angemeldet. Unter dem Motto: „Keine Ausgrenzung und Kriminalisierung nationaler Jugendlicher“ stellten sich 30 bis 40 Jugendliche gegenüber einem Jugendklub auf und versuchten mit Transparenten auf so genannte „Terrormaßnahmen“ gegen „nationale“ Jugendliche aufmerksam zu machen.


Eine dritte Mahnwache der JN fand unter dem Motto „Nein zum EU-Eintritt der Türkei“ am 20. November in Lichtenstein (Landkreis Chemnitzer Land) statt. Nach Angaben des Veranstalters beteiligten sich ca. 100 Personen und sammelten Unterschriften zum oben genannten Thema.

Am 27. November führten die JN in Mücka (Niederschlesischer Oberlausitzkreis) eine so genannte „Diskussionsveranstaltung“ unter dem Motto „Pogo für Deutschland – wir lassen uns das Tanzen und Singen nicht verbieten“ durch. Die Veranstaltung fand innerhalb der rechtsextremistischen Szene großen Zuspruch. Grund dafür dürfte der Auftritt von vier rechtsextremistischen Skinhead-Bands gewesen sein. Das Konzert besuchten etwa 1.100 Personen.

Auch für den 10. Dezember war in Mücka von den JN eine „Diskussionsveranstaltung mit Redebeiträgen und Live-Band-Auftritten“ angemeldet worden. Tatsächlich fand jedoch vor rund 250 Teilnehmern ein Konzert mit drei rechtsextremistischen Skinhead-Bands statt.

¹⁰⁶ JN-Broschüre EINE ANDERE JUGEND, ohne Seitenangabe.

DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)

Gründung:	1987 als Partei DVU - LISTE D 1991 Umbenennung in DVU
Sitz:	München
Teil-/Nebenorganisationen (Aktionsgemeinschaften):	DEUTSCHE VOLKSUNION e. V. (DVU e. V.), INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG (I.f.A.), EHRENBUND RUDEL, AKTION ODER-NEIBE (AKON)
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Sachsen, Kreisverbände
Mitglieder 2003	
bundesweit:	ca. 11.500
Sachsen:	ca. 300
Mitglieder 2004	
bundesweit:	ca. 11.000
Sachsen:	ca. 250
Publikationen:	NATIONALZEITUNG / DEUTSCHE WOCHENZEITUNG (NZ)
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten
Kennzeichen:	

Die DVU machte im Berichtszeitraum vor allem wegen ihrer Bündnispolitik mit der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) auf sich aufmerksam. Beide Parteien streben künftig eine „gleich-

berechtigte partnerschaftliche Zusammenarbeit“¹⁰⁷ an. Bei Wahlen sollen entweder Absprachen getroffen oder sogar gemeinsame Listen eingereicht werden. Für die nächste Bundestagswahl wurde vereinbart, dass die NPD die Listenführerschaft übernehmen solle. Die Zusammenarbeit mit der NPD blieb jedoch ohne nennenswerte Auswirkungen auf den sächsischen Landesverband, der nach wie vor Mitgliederverluste zu verzeichnen hat.

Historie und Strukturen

Die Partei wurde 1987 auf Initiative des Münchener Verlegers Dr. Gerhard FREY in engem Zusammenwirken mit der NPD unter der Bezeichnung DEUTSCHE VOLKSUNION – LISTE D gegründet. 1991 wurde sie in DVU umbenannt. Vorsitzender der Partei ist seit ihrer Gründung Dr. Gerhard FREY. Unter seiner Führung haben die 16 Landesverbände kaum eigenen Handlungsspielraum.

Bereits 1971 war ebenfalls durch Dr. FREY der Verein DVU e. V. als Sammelbewegung und Auffangbecken für ehemalige NPD-Mitglieder gegründet worden. Innerhalb dieses Vereins entstanden in den nachfolgenden Jahren verschiedene Aktionsgemeinschaften. Zurzeit existieren die INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG (I.f.A.), der EHRENBUND RUDEL sowie die AKTION ODER-NEIBE (AKON).

Im Freistaat Sachsen ist der Organisationsgrad der Partei nach wie vor gering. Zwar hat die Partei Kreisverbände in Dresden, Chemnitz und Leipzig, jedoch beschränken sich die Aktivitäten der meisten Parteimitglieder auf den Bezug der wöchentlich erscheinenden DVU-Publikation sowie den gelegentlichen Besuch so genannter „Politischer Stammtische“.

Die DVU-Publikation NATIONALZEITUNG/DEUTSCHE WOCHENZEITUNG (NZ) wird von der privatwirtschaftlichen DSZ-DRUCKSCHRIFTEN-UND ZEITUNGS-VERLAG GmbH (DSZ-Verlag) herausgegeben. Inhaber dieses Verlags ist Dr. FREY. Seine Ehefrau leitet die FZ-FREIHEITLICHE BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG GmbH (FZ-Verlag), für die umfangreich in der NZ geworben wird.

Auf ihrer Homepage kommentiert die DVU u. a. aktuelle Themen und gibt Veranstaltungstermine bekannt.

Politische Zielsetzung

Die ideologischen und politischen Grundpositionen der DVU werden weniger in ihrem Parteiprogramm, als vielmehr in der NZ deutlich. Im Parteiprogramm bekennt sich die DVU zwar formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, in der NZ verbreitet sie jedoch rechtsextremistisches Gedankengut. Im Mittelpunkt der Agitation der DVU stehen:

- die Verunglimpfung demokratischer Institutionen der Bundesrepublik Deutschland,
- eine rassistisch geprägte Kampagne, die sich insbesondere gegen Ausländer und Asylbewerber richtet,
- die Relativierung der NS-Verbrechen, verbunden mit einer antisemitischen Kampagne.

Die NZ greift regelmäßig Tagesthemen auf und kommentiert diese auf der Grundlage langjährig entwickelter Feindbilder wie der „kriminellen Asylbewerber“ oder der „die Deutschen erpressenden Juden“. Ausländer werden pauschal als Bedrohung für den Bestand unserer Gesellschaft und für den sozialen Frieden in Deutschland dargestellt. Dem Leser wird so eine existenzielle Bedrohung Deutschlands durch eine angeblich mit der Zuwanderung einhergehenden „Überfremdung“ suggeriert.



Unter dem Titel „Ober-Überfremder soll Deutschlands Geburtenproblem beheben!“ schreibt die NZ: „Wie von Rürup vorgeschlagen, ist Deutschland um zusätzliche Abermillionen Ausländer angereichert worden. Das Ergebnis: Die in Teilen bereits multikulturell umfunktionierte Gesellschaft im Wirtschaftsstandort Bundesrepublikanien wird heute nicht einmal mehr mit einem Bruchteil der Probleme fertig, die in den

ersten Nachkriegsjahrzehnten ein monokulturelles Volk in diesem, unserem Vaterland – so nannte man den Staat damals noch – geradezu sagenhaft gemeistert hat.“¹⁰⁸

Die DVU agitiert vor allem gegen einen eventuellen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union und gegen die EU-Osterweiterung. Zuwanderer aus der Türkei werden als Gefahr für die innere Sicherheit, den Wohlstand und letztlich die Identität Deutschlands dargestellt. Immer wieder titelt die NZ mit Schlagzeilen wie: „Bringen die Türken die EU zum Platzen? – Kosten, Lasten, Wahnsinns-Pläne“¹⁰⁹, „Übernehmen Türken Deutschland? - Schröder & Co. wollen noch mehr reinholen“¹¹⁰, „Freie Fahrt für Kriminelle? – EU-Osterweiterung und die Folgen“¹¹¹ oder „Für Türken Milliarden, für Deutsche nichts!“¹¹².

Gleichzeitig werden in der NZ fortwährend demokratische Institutionen verunglimpft sowie Politiker und Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland als korrupt und unfähig dargestellt.

Der DVU-Vorsitzende Dr. FREY behauptet beispielsweise in der NZ, führende Politiker „bereiteten den Weg für die Islamisierung Europas und die Entdeutschung Deutschlands“ und strebten eine „Masseneinwanderung“ an.¹¹³ Den politischen Entscheidungsträgern wird vorgeworfen, mit ihrer Politik gegen die Interessen des deutschen Volkes zu verstoßen, seine Existenz zu bedrohen und die Deutschen im eigenen Land zur Minderheit machen zu wollen.

Zudem finden sich in der NZ laufend antisemitische Botschaften. Gezielt werden Vorurteile gegenüber Juden geschürt. So wird in einer für Rechtsextremisten typischen Art und Weise immer wieder eine angeblich bestehende allmächtige jüdische Weltverschwörung behauptet. Z. B. wird von einer „Weltaufsichtsbehörde“ oder einer „obersten Zensurbehörde“ gesprochen, die angeblich weltweit festlege, „was antisemitisch und folglich verboten gehört, die „stetig Opfergelder einsammelt“ und vor allem dafür Sorge, „dass der Holocaust ‚in seiner Einzigartigkeit‘ unangetastet bleibt.“¹¹⁴

Aber auch die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der NZ immer wieder relativiert und verharmlost. So nehmen Berichte einen breiten Raum ein, in denen die Höhe der Opfer-Zahlen des nationalsozialistischen Regimes angezweifelt oder versucht wird, Verbrechen dieses Regimes mit Gräueltaten anderer Staaten aufzurechnen.

¹⁰⁸ NZ Nr. 39 vom 17. September 2004, S. 2.

¹⁰⁹ NZ Nr. 43 vom 15. Oktober 2004, S. 1.

¹¹⁰ NZ Nr. 11 vom 5. März 2004, S. 1.

¹¹¹ Ebenda.

¹¹² NZ Nr. 31 vom 23. Juli 2004, S. 1.

¹¹³ NZ Nr. 40 vom 24. September 2004, S. 3.

¹¹⁴ NZ Nr. 17 vom 16. April 2004, S. 5.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Auf dem Bundesparteitag der DVU am 20. März in München wurde Dr. FREY in seiner Funktion als Parteivorsitzender bestätigt. Einem Bericht in der NZ zufolge sprachen 99,2 % der Teilnehmer FREY ihr Vertrauen aus¹¹⁵. Einen Gegenkandidaten gab es nicht.

Auf dem Bundesparteitag betonte Dr. FREY in seiner Grundsatzrede, dass es das Gebot der Stunde sei, „die Herrschenden von ihrem verhängnisvollen deutschfeindlichen Kurs abzubringen und zu prodeutscher Politik zu zwingen.“¹¹⁶ Alle Kräfte der Partei müssten auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen konzentriert werden.

Anfang März hatte die DVU zunächst angekündigt, sich auch an der Landtagswahl am 19. September im Freistaat Sachsen zu beteiligen. Sowohl Sachsen als auch Brandenburg seien von der EU-Osterweiterung am meisten betroffen, so Dr. FREY in einer Anzeige in der NZ. Angeblich drängten „Hunderttausende, insbesondere Polen und Tschechen, auf den deutschen Arbeitsmarkt“; auch ein „weiteres Anwachsen der Kriminalität“ sei nach Auffassung des DVU-Bundesvorsitzenden unvermeidbar.¹¹⁷

Unmittelbar nach der Europawahl am 13. Juni – zu der die DVU nicht angetreten war, jedoch die NPD und DIE REPUBLIKANER (REP) zum Teil deutliche Stimmenzuwächse erzielen konnten – einigten sich die Parteivorsitzenden von DVU und NPD auf eine gemeinsame Strategie für künftige Wahlantritte. Während sich die DVU auf Brandenburg konzentrieren wollte, waren für die NPD die Landtagswahlen in Sachsen und im Saarland die Schwerpunkte.

Wie die NPD, versuchte auch die DVU ab August verstärkt, die breite Proteststimmung im Zusammenhang mit den geplanten Sozialreformen für sich zu nutzen. Sie rief u. a. zur Teilnahme an den diesbezüglichen „Montagsdemonstrationen“ auf. In einem entsprechenden Internetbeitrag der DVU hieß es: „Wer es sich nicht mehr bieten lassen will, dass unser Geld für alle möglichen fremden Interessen verschleudert wird, während die eigenen Leute in Not und Elend geraten, der nimmt jetzt an den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV teil!“¹¹⁸

Auch im Rahmen ihres Wahlkampfes in Brandenburg widmete sich die DVU diesem Thema und versuchte, mit plakativen Parolen wie: „SAUEREI HARTZ IV –

WEHRT EUCH! – Diesmal DVU Liste 4 – Die Quittung für die Bonzen“ vor allem Protestwähler anzusprechen.

Mit 6,1 % der Stimmen gelang ihr der Wiedereinzug in den Brandenburger Landtag. Sie stellt nunmehr sechs Abgeordnete (bislang fünf).

Vor dem Hintergrund der Wahlergebnisse beider Parteien bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg sahen sich DVU und NPD in ihrer Strategie bestätigt. Gemeinsam bekräftigten die Parteivorsitzenden von DVU und NPD bereits am 22. September die Fortsetzung ihrer neuen Bündnispolitik und erklärten, auch bei künftigen Wahlen nicht mehr gegeneinander antreten zu wollen.

Auf dem Bundesparteitag der NPD am 30./31. Oktober in Leinefelde (Thüringen), an dem auch der DVU-Parteivorsitzende als Gast teilnahm, bekräftigten beide Parteivorsitzenden das Ziel, mit einer gemeinsamen Liste zur Bundestagswahl 2006 anzutreten. Dabei sollen der DVU-Bundesvorsitzende und weitere DVU-Führungskräfte auf der Liste der NPD kandidieren. Zur Europawahl 2009 soll dann die DVU die Listenführerschaft übernehmen.

Beide Parteien hatten bereits zuvor ihre politische Verbundenheit herausgestellt. Gemeinsam starteten sie Mitte Oktober eine Unterschriftenaktion gegen einen eventuellen EU-Beitritt der Türkei. In einer gemeinsamen Erklärung vom 15. Oktober heißt es dazu: „In dieser Schicksalsfrage für unser Land können wir nicht untätig bleiben.“ Als Hauptgründe für die Kampagne wurden die angeblich „zu erwartende Massenzuwanderung von Türken“ sowie die „finanziellen Belastungen, die auf Deutschland zukommen“ genannt. „Deutschland, das schon jetzt den größten Teil der im Ausland lebenden Türken beherbergt, wäre im Falle einer türkischen EU-Mitgliedschaft bald nicht mehr wiederzuerkennen. Das wollen DVU und NPD verhindern.“, heißt es in der Erklärung.¹¹⁹

Im Freistaat Sachsen ist die Partei weiterhin regional kaum verankert. Die Anzahl der Mitglieder im sächsischen Landesverband ging weiter zurück.

Auch im Berichtsjahr fanden in Sachsen keine Großveranstaltungen der DVU statt. Ein Landesparteitag der sächsischen DVU wurde am 18. Januar in Bad Kösen (Sachsen-Anhalt) durchgeführt. Bei der Neuwahl des Landesvorstandes wurde der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende Eberhardt FUCHS aus

¹¹⁵ NZ Nr. 14 vom 26. März 2004, S. 10.

¹¹⁶ Ebenda.

¹¹⁷ NZ Nr. 15 vom 2. April 2004, S. 9.

¹¹⁸ Meldung auf der Homepage der DVU im August 2004.


¹¹⁹ Meldung auf der Homepage der DVU vom 15. Oktober 2004.

Leipzig zum neuen sächsischen Landesvorsitzenden gewählt. Im Anschluss an den Parteitag fand eine Großveranstaltung statt. Daran beteiligten sich insgesamt etwa 300 DVU-Mitglieder und -Sympathisanten sowohl aus Sachsen als auch aus den benachbarten Bundesländern.

Wie bereits in den Vorjahren demonstrierten am 14. Februar anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 Mitglieder der DVU gemeinsam mit anderen Rechtsextremisten in der sächsischen Landeshauptstadt.

An den am 13. Juni durchgeführten Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen beteiligte sich die DVU nicht. Lediglich einzelne DVU-Mitglieder traten – gemeinsam mit Mitgliedern der NPD, der REP, der JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (JLO), der DEUTSCHEN PARTEI (DP) sowie partei- und organisationsunabhängigen Dresdener Bürgern – als Kandidaten des rechtsextremistischen Wahlbündnisses NATIONALES BÜNDNIS DRESDEN e. V. (NB) an. Das NB erreichte zur Kommunalwahl in Dresden drei Mandate (4,0 % der Stimmen). Unter den Mandatsträgern befinden sich keine DVU-Mitglieder.

DIE REPUBLIKANER (REP)

Gründung:	1983 in München
Sitz:	Berlin
Teil-/Nebenorganisationen:	REPUBLIKANISCHER BUND DER ÖFFENTLICH BEDIENSTETEN (RepBB), REPUBLIKANISCHE JUGEND (RJ), REPUBLIKANISCHER BUND DER FRAUEN (RBF), REPUBLIKANISCHER HOCHSCHULVERBAND (RHV)
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Sachsen, Kreisverbände
Mitglieder 2003	
bundesweit:	ca. 8.000
Sachsen:	ca. 100
Mitglieder 2004	
bundesweit:	ca. 7.500
Sachsen:	ca. 50
Publikation:	ZEIT FÜR PROTEST (früher: DER REPUBLIKANER)
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten
Kennzeichen:	

Die seit mehreren Jahren anhaltende bundesweite Krise der REP hat sich auch im Berichtsjahr weiter verschärft. In der Partei herrscht große Unzufriedenheit und Konzeptionslosigkeit. Dies führte dazu, dass sich die Mitgliederzahl in den letzten fünf Jahren bundesweit etwa halbiert hat. Grund für die Unzufriedenheit sind die anhaltenden innerparteilichen Differenzen um den Abgrenzungskurs der Partei gegenüber anderen rechtsextremistischen Organisationen.

Der sächsische Landesverband steuert auf die Bedeutungslosigkeit zu. Seine Mitgliederzahl ist stark rückläufig. Mehrere Mitglieder und einstige Funktionäre wechselten zur NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD).

Trotz des Einzuges bzw. Wiedereinzuges in sächsische

kommunale Vertretungen nach den Kommunalwahlen im Juni trat die Partei zur sächsischen Landtagswahl im September nicht an.

Historie und Strukturen

Die Partei wurde am 27. November 1983 in München von zwei aus der Christlich Sozialen Union (CSU) ausgetretenen damaligen Bundestagsabgeordneten sowie dem Publizisten Franz SCHÖNHUBER gegründet. SCHÖNHUBER war bis zu seinem Rücktritt auf dem Bundesparteitag am 17./18. Dezember 1994 Bundesvorsitzender der Partei. Seine Nachfolge trat der ehemals stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER aus Baden-Württemberg an, der zuletzt auf dem Bundesparteitag im November in seinem Amt bestätigt wurde.

Bundesweit hat die Partei etwa 7.500 Mitglieder. Im sächsischen Landesverband ist die Mitgliederzahl auf unter 50 gesunken. Der Landesverband ist in Kreisverbände gegliedert. Seine Geschäftsstelle befindet sich seit Juli in Chemnitz.

Seit 1993 existiert der REPUBLIKANISCHE BUND DER ÖFFENTLICH BEDIENSTETEN (RepBB), der sich als Schutzorganisation für die im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitglieder der REP versteht. Die Partei verfügt zudem über die Jugendorganisation REPUBLIKANISCHE JUGEND (RJ), den REPUBLIKANISCHEN HOCHSCHULVERBAND (RHV) und den REPUBLIKANISCHEN BUND DER FRAUEN (RBF), der seit 1995 besteht.

Die Organisationen RJ und RBF zeigen in Sachsen lediglich vereinzelte Aktivitäten. Der RepBB präsentiert im Internet als Ansprechpartner für Sachsen einen Parteifunktionär aus Baden-Württemberg. Der RHV ist in Sachsen bisher nicht in Erscheinung getreten.

Sowohl der Bundes- als auch der Landesverband sind im Internet mit einer eigenen Homepage vertreten. Die Homepage des Landesverbandes wurde jedoch seit Ende November 2003 nicht mehr aktualisiert.

Politische Zielsetzung

Bei den REP bestehen nach wie vor tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Das auf dem Bundesparteitag im Mai 2002 beschlossene Parteiprogramm ist zwar bewusst moderat gehalten. So wollen sich die REP nach Angaben ihres Bundesvorsitzenden Dr. SCHLIERER als „moderne, konservative, soziale Partei mit Zukunftsvisionen“¹²⁰ präsentieren. Ziel sei die Gestaltung der deutschen Zukunft auf dem Boden unserer Verfassung in einem modernen Nationalstaat des 21. Jahrhunderts.

Dennoch sind bei den REP Äußerungen festzustellen, die darauf abzielen, Ausländern und Asylbewerbern die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte abzuspüren. Sie agitieren gegen das Demokratieprinzip, diffamieren Verfassungsorgane und arbeiten mit Rechtsextremisten zusammen. Aus der Gesamtbetrachtung dieser Feststellungen ergeben sich Anhaltspunkte dafür, dass einflussreiche Funktionäre und Gruppen der Partei den demokratischen Rechtsstaat ablehnen und wesentliche Verfassungsprinzipien aushöhlen wollen.

So wird aus den Reihen der REP systematisch gegen staatliche Institutionen und Vertreter des demokratischen Rechtsstaates agitiert, um das Vertrauen der Bürger in ihn zu erschüttern und damit die Werteordnung des Grundgesetzes zu untergraben.

Die RJ, Kreisverband Bad Dürkheim, spricht z. B. vom „alltäglichen Geschäft der Korruption Machtbesessenheit und Habgier der Altparteien“¹²¹.

Zudem greifen die REP in ihrer Agitation immer wieder die im Rechtsextremismus vertretene These einer existenziellen Bedrohung Deutschlands durch Ausländer und Asylbewerber auf. Gesellschaftliche Forderungen nach Integration von Asylbewerbern werden mit dem für Rechtsextremisten typischen Agitationsmuster abgelehnt, wonach „multikulturell“ mit „Chaos“ gleichgesetzt wird und in Deutschland lebende Ausländer als Bedrohung dargestellt werden.

So behauptet die REP-Bundesgeschäftsstelle unter der Überschrift „Republikaner: Deutsche Interessen zuerst bei Sozialreform und Europapolitik“, die zu erwartende zusätzliche Einwanderung von Millionen Türken, die heute schon „auf gepackten Koffern“ saßen, würde die Sozialsysteme und den inneren Frieden in den Städten endgültig zusammenbrechen lassen¹²².

Für gesellschaftliche Probleme machen die REP oft pauschal Ausländer und Asylbewerber verantwortlich. Mit populistisch-vereinfachenden Losungen wie „Zuwanderung zerstört unser Land“¹²³ oder „Goldzähne für Asylbewerber! Zahnlücken für Deutsche!“¹²⁴ sollen diese als angeblich Privilegierte dargestellt werden.

¹²⁰ Vorwort zum Parteiprogramm der REP von Dr. Rolf SCHLIERER.

¹²¹ Pressemitteilung vom 18. Januar 2004. Orthografie wie im Original.

¹²² Pressemitteilung 08/04 vom 25. Februar 2004.

¹²³ Pressemitteilung 22/04 der REP-Bundesgeschäftsstelle vom 26. Mai 2004.

¹²⁴ Faltblatt des Chemnitzer REP-Stadtrates und neu gewählten sächsischen REP-Landesvorsitzenden Martin KOHLMANN.

Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ergeben sich auch aus der Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten. Entgegen dem offiziellen Abgrenzungsbeschluss der Partei gegenüber rechtsextremistischen Organisationen¹²⁵ ist bei vielen Funktionären, vor allem aber an der Basis, immer wieder eine mangelnde Distanz gegenüber Rechtsextremisten erkennbar. So organisierte der Chemnitzer REP-Stadtrat und neue sächsische Landesvorsitzende Martin KOHLMANN Anfang des Berichtsjahres im Raum Chemnitz ein Konzert mit dem rechtsextremistischen Liedermacher Frank RENNICK. Zur Kommunalwahl am 13. Juni kandidierte ein NPD-Aktivist auf der Liste der REP in Chemnitz. Der REP-Landesverband Berlin empfahl in einer Erklärung vom 1. August, bei der bevorstehenden Landtagswahl in Brandenburg für die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) zu stimmen. Es gelte, die DVU als einzige im Landtag vertretene Rechtspartei zu unterstützen. Die Schwäche der Landesverbände in Sachsen und besonders in Brandenburg mache erforderlich „diesmal einen Weg der Vernunft zu gehen“.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Der Abwärtstrend der REP hat sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Dies ist auf die – insbesondere durch die Wahlergebnisse von NPD und DVU – wieder verstärkt aufgetretenen innerparteilichen Differenzen um den Abgrenzungskurs der Parteiführung zurückzuführen. Die REP-Bundesführung hält dennoch weiterhin an ihrem Abgrenzungskurs – insbesondere gegenüber der NPD – fest.

Einen Tag nachdem die NPD auf ihrem Bundesparteitag am 30./31. Oktober eine „deutsche Volksfront“ von NPD, DVU und Teilen der neonationalsozialistischen Szene propagiert hatte, wiesen die REP am 1. November in einer „Frankfurter Erklärung“ auf die angebliche Bildung eines „Gegenbündnisses“ von REP, DEUTSCHER PARTEI (DP) und „Deutscher Sozialer Union“ (DSU)¹²⁶ hin. Damit wollte die REP-Bundesführung offensichtlich einen Erfolg vorweisen, um so der innerparteilichen Kritik an ihrem Abgrenzungskurs entgegenzutreten. Der Bundesvorstand der DP distanzierte sich allerdings Ende November von der „Frankfurter Erklärung“: „Ein Bündnis zu dieser Zeit führt nur zu einer weiteren Spaltung des patriotisch-freiheitlichen Parteiengefüges und verringert die

Chancen für die nationalen Parteien, im Jahr 2006 auf einer gemeinsamen Liste in den Bundestag einzuziehen“¹²⁷.

Auf dem REP-Bundesparteitag am 27./28. November wurde der Bundesvorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER im Amt bestätigt. Er hatte sich in seiner Rede zum wiederholten Mal gegen jede Kooperation mit der NPD und Neonationalsozialisten ausgesprochen.

Wie bereits in den Vorjahren demonstrierten am 14. Februar anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 Mitglieder der REP gemeinsam mit anderen Rechtsextremisten in der sächsischen Landeshauptstadt.

Trotz der innerparteilichen Differenzen sowie vergleichsweise geringen Wahlkampfaktivitäten und zurückhaltender öffentlicher Präsenz konnten die REP im Freistaat Sachsen bei der Europawahl am 13. Juni mit 3,4 % der Stimmen (1999: 2,5 %) das bundesweit höchste Wahlergebnis erzielen. Bundesweit erreichte die Partei 1,9 % der Stimmen (1999: 1,7 %). Damit hat sie ihr Minimalziel, die pauschalierte staatliche Wahlkampfkostenerstattung, erreicht.

Bei den ebenfalls am 13. Juni durchgeführten sächsischen Kommunalwahlen konnten die REP punktuelle Erfolge verbuchen. In Chemnitz erzielte die Partei mit 10,3 % der Stimmen fünf Stadtratsmandate (1999: Ein Mandat). Der Wiedereinzug gelang ebenfalls in Freital mit 6,7 % der Stimmen und zwei Mandaten (1999: Ein Mandat). Erstmals ist die Partei im Gemeinderat von Burkhardtsdorf (Landkreis Stollberg) vertreten; sie erzielte hier 13,2 % der Stimmen und damit zwei Mandate.

Die vom REP-Bundesvorstand im Vorjahr ausdrücklich beschlossene Ablehnung einer Mitgliedschaft von REP-Aktivisten im Wahlbündnis NATIONALES BÜNDNIS DRESDEN e. V. (NB)¹²⁸ gipfelte wenige Tage vor den Kommunalwahlen in einer Anzeigenkampagne in sächsischen Tageszeitungen. Der Bundesvorstand distanzierte sich darin ausdrücklich vom NB, bezeichnete es als „eine Tarnveranstaltung der NPD“ und forderte zur Wahl der REP auf.

Gleichzeitig gab die stellvertretende REP-Bundesvorsitzende Uschi WINKELSETT in einem Zeitungsinterview bekannt, dass gegen die sächsische REP-Landesvorsitzende Kerstin LORENZ auf Grund ihrer Mitarbeit beim NB ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet werde.

¹²⁵ Auf dem Bundesparteitag der REP im Juli 1990 in Ruhstorf wurde beschlossen, dass niemand, der in extremistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen eine aktive Rolle gespielt hat, in Zukunft eine Funktion bei den REP übernehmen darf.

¹²⁶ Die DSU ist kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

¹²⁷ Presseerklärung vom 21. November 2004.

¹²⁸ Siehe Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2003, S. 49 f.

Am 14. Juli zog LORENZ daraufhin die bereits eingereichte Landesliste zur Teilnahme an der sächsischen Landtagswahl zurück. Der Verzicht auf den Wahlantritt kam nicht überraschend. Bereits in den vorangegangenen Wochen hatten sich einzelne Spitzenfunktionäre der sächsischen REP gegen eine Wahlteilnahme der Partei an der Landtagswahl ausgesprochen, um damit die NPD bei ihrem Wahlantritt zu unterstützen. So rief LORENZ gemeinsam mit den beiden ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden Harry BAAR und Andrea HAGEN in der Mitte Juli erschienenen NPD-Wahlkampfzeitung SACHSEN STIMME dazu auf, die NPD zu wählen.

Auf dem REP-Landesparteitag, der am 24. Juli in Chemnitz stattfand, kandidierte LORENZ nicht wieder für den Landesvorsitz. Am 18. September gab sie ihren Eintritt in die NPD bekannt.

Zum neuen Landesvorsitzenden wurde ihr bisheriger Stellvertreter, der Chemnitzer REP-Stadtrat Martin KOHLMANN, gewählt. Die Landesgeschäftsstelle der sächsischen REP befindet sich seitdem in Chemnitz.

Der REP-Landesverband Sachsen dürfte künftig im Freistaat Sachsen allenfalls regionale Bedeutung haben.

Sonstige rechtsextremistische Bestrebungen

JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN e.V. (JLO)

Landesverband Sachsen/Niederschlesien

Mitglieder 2003	mehrere Dutzend
Mitglieder 2004	ca. 20
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten

Die JLO ist eine bundesweite Organisation mit weniger als 1.000 Mitgliedern. Der eingetragene Verein wurde 1991 als Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen¹²⁹ gegründet. Sein Sitz befindet sich in Bielefeld (Nordrhein-Westfalen).

Es bestehen Anhaltspunkte dafür, dass es innerhalb der JLO rechtsextremistische Strömungen gibt. Die Angaben zu den bundesweiten Mitgliederzahlen enthalten jedoch keine Hinweise auf die Anzahl der Rechtsextremisten in der Organisation.

Im Landesverband Sachsen/Niederschlesien wurden 1999 erstmalig Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen deutlich. Diese resultierten unter anderem aus der engen und mit deutlichen Sympathiebekundungen verbundenen Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Parteien und Organisationen. Diese unkritische Kooperation veranlasste die Landsmannschaft Ostpreußen im Januar 2000, sich von ihrer Jugendorganisation JLO zu trennen. Seit 2001 verdichteten sich die Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen weiter. Im Gegensatz zu anderen Landesverbänden wird die Arbeit im hiesigen Landesverband inzwischen von Rechtsextremisten bestimmt. Aktive Gruppen des Landesverbandes existieren in Chemnitz und Dresden.

Der JLO-Landesverband Sachsen/Niederschlesien ist mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten. Dort werden eigene wie auch organisationsübergreifende Termine mitgeteilt bzw. Veranstaltungen nachträglich kommentiert. Die Homepage wurde in der zweiten Jahreshälfte 2004 neu gestaltet.

Der JLO-Bundesverband gibt in unregelmäßigen Abständen die Mitgliederzeitung FRITZ¹³⁰ heraus, die im Internet abrufbar ist.

¹²⁹ Die Landsmannschaft Ostpreußen ist kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

¹³⁰ Die Publikation der JLO ist ein eigenständiges Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden. Eine gleichnamige Schrift gibt der Bund junges Ostpreußen (BjO), die neu gegründete Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen, heraus.

Politische Zielsetzung

Die Vereinssatzung der JLO lässt keine rechtsextremistische Ausrichtung der Organisation erkennen. Nach den dort genannten Zielen und Aufgaben gilt das Hauptaugenmerk einer friedlichen Wiedervereinigung mit Ostpreußen auf der Grundlage der KSZE-Schlussakte von Helsinki. Die JLO will das historische und kulturelle Erbe Ostpreußens aufbereiten, pflegen und an Jugendliche vermitteln, um „(...) die Provinz Ostpreußen in ihrer Gesamtheit im Bewusstsein unseres Volkes zu erhalten“.

Im tatsächlichen politischen Verhalten des JLO-Landesverbandes Sachsen/Niederschlesien ist jedoch ein Schulterchluss mit rechtsextremistischen Organisationen und Parteien erkennbar.

An der wichtigsten Veranstaltung des JLO-Landesverbandes, dem Trauermarsch anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945, beteiligen sich bereits seit mehreren Jahren Rechtsextremisten verschiedener Herkunft. Die JLO vereint mit wachsender Teilnehmerzahl alle maßgeblichen rechtsextremistischen Organisationen in Sachsen zu einer Kundgebung an diesem Tag. Im Berichtsjahr veranstaltete am Abend der Demonstration u. a. die JLO ein Konzert mit dem rechtsextremistischen Liedermacher Frank RENNICKE.

Mitglieder des JLO-Landesverbandes gehören dem im Jahr 2003 gegründeten rechtsextremistischen NATIONALEN BÜNDNIS DRESDEN e. V. (NB) an. Zur Stadtratswahl in Dresden am 13. Juni trat die JLO nach Eigenangaben des NB mit drei Kandidaten für das Bündnis an. Unter den drei gewählten NB-Stadträten befindet sich jedoch kein JLO-Mitglied.

Auch im Berichtsjahr war beim JLO-Landesverband eine starke Akzeptanz und Zusammenarbeit mit der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) erkennbar.

Zur Abschlusskundgebung der ebenfalls jährlich stattfindenden JLO-Demonstration am 8. Mai sprach – wie schon in den Vorjahren – der damalige Stadtratskandidat des NB und stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Klaus MENZEL, der inzwischen für die NPD in den Sächsischen Landtag eingezogen ist. Er äußerte sich u. a. wie folgt: „Unsere Helden wurden 1945 in Nürnberg verurteilt und gehenkt. Die Geschichte hat ihr Urteil bereits gesprochen: Freispruch für die Reichsregierung, Freispruch für die Großdeutsche Wehrmacht.“

In einer neu eingerichteten Rubrik auf der Internetseite des JLO-Landesverbandes wird für Oktober 2004 als „Bild des Monats“ ein Kleinflugzeug gezeigt, das ein Banner mit der Aufschrift „Wählt NPD“ hinter sich herzieht. Das Bild trägt die Unterschrift „Flieg zum Sieg“. Beim Pressefest des NPD-eigenen DEUTSCHE STIMME-VERLAGES am 7. August in Mücka präsentierte sich der JLO-Landesverband mit einem Infostand.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Die wichtigsten Veranstaltungen des JLO-Landesverbandes fanden auch im Berichtsjahr anlässlich der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 statt. Erstmals wurden zwei Trauermärsche durchgeführt. Am Abend des 13. Februar fand der erste Trauermarsch mit ca. 200 Teilnehmern statt. Am zweiten Trauermarsch am 14. Februar beteiligten sich etwa 2.500 Personen, darunter Mitglieder der NPD, der REPUBLIKANER (REP), der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) sowie der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Teilnehmerzahl lag damit deutlich über jener der Vorjahre. Der Trauermarsch hat sich damit zu einer zentralen, überregionalen Veranstaltung der rechtsextremistischen Szene entwickelt.



Trauermarsch am 14. Februar in Dresden

Foto: Homepage FREIER WIDERSTAND

Zur Auftaktkundgebung sprach der JLO-Aktivist Alexander KLEBER. Anschließend folgte der Auftritt des rechtsextremistischen Liedermachers Frank RENNICKE. Im Rahmen der Abschlusskundgebung sprachen der stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD und Vorsitzende des NB Holger APFEL sowie der Rechtsextremist und Rechtsanwalt Jürgen RIEGER. Unter den Teilnehmern befanden sich unter anderem der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT und der Hamburger Neonationalsozialist Christian WORCH.

Am Sammelort war ein Verkaufsstand des DEUTSCHE STIMME-VERLAGES aufgebaut, der von den Demonstrationsteilnehmern rege besucht wurde.

Rechtsextremistische Trauerveranstaltungen im Gedenken an die Bombardierung Dresdens führen partei- gebundene und parteiungebundene Rechtsextremisten zusammen. Der Termin bietet diesem Personen- kreis Anlass, geschichtsrevisionistische Thesen aufzu- greifen und sie, wie schon in der Vergangenheit, verstärkt zur Mobilisierung zu nutzen. Von einer Stabi- lisierung der Teilnehmerzahl auf hohem Niveau ist deshalb für die kommenden Jahre auszugehen.

Wie bereits in den Vorjahren veranstaltete der JLO- Landesverband auch im Berichtsjahr am 8. Mai in Dresden eine Demonstration unter dem Motto „8. Mai 1945 – Ende des Krieges, Anfang der Vertreibung, Be- ginn der Arbeit für ein friedliches Zusammenleben der Völker“. Daran beteiligten sich ca. 80 Personen (2003: ca. 40), darunter neben JLO-Anhängern auch Mitglie- der bzw. Funktionäre der NPD sowie Personen der re- gionalen Skinhead- und Kameradschaftsszene.

Am 12. Juni organisierte der JLO-Landesverband mit einer Demonstration in Pirna erstmals eine Veransta-

lung außerhalb von Dresden. Sie stand unter dem Motto „Mehr deutsche Einigkeit – Ein Herz für Pirna“ und stellte den Protest gegen die am gleichen Tag in Pirna stattgefunden „Antifa“-Demonstration „Kein schöner Land – Linke Strukturen stärken“ dar. Obwohl im Vorfeld kaum mobilisiert worden war, beteiligten sich an der Veranstaltung der JLO ca. 200 Personen. Unter den Teilnehmern befanden sich ihre Mitglieder und Sympathisanten sowie Angehörige der Skinhead- und Kameradschaftsszene. Anschließend versuchten ca. 60 Personen, den Zug der „Antifa“-Demonstranten durch eine Sitzblockade aufzuhalten. Nach Aufforde- rung durch die Polizei entfernten sie sich jedoch.

Die trotz geringer Mobilisierung erreichte Teilnehmer- zahl bestätigt wiederum die integrierende Wirkung, die der JLO-Landesverband mit seinen Demonstrationen innerhalb der rechtsextremistischen Szene entfalten kann.

In der zweiten Jahreshälfte gab der JLO-Landesver- band auf seiner Homepage die Gründung einer JLO- Ortsgruppe in der Sächsischen Schweiz bekannt. Außerdem werden regelmäßige Stammtischveransta- lungen für die Regionen Dresden, Meißen/Freiberg sowie Sächsische Schweiz angeboten.

Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste

Die Auswahl enthält die aus Sicht des LfV Sachsen für die bundesweite und sächsische Szene bedeutendsten Verlage und Vertriebsdienste.

Im Freistaat Sachsen ansässige Verlage und Vertriebsdienste sind **fett** gedruckt.

Verlag / Vertriebsdienst	Sitz	abrufbar im Internet
ARNDT-VERLAG dazu gehörend: BONUS-VERLAG, POUR LE MÉRITE-VERLAG, ARNDT-BUCHDIENST	Martensrade (Schleswig- Holstein)	nein
DENK MIT!-VERLAG	Nürnberg	ja
DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGSVERLAG GmbH (DSZ-VERLAG)	München	ja
DEUTSCHE STIMME - VERLAGSGESELLSCHAFT mbH	Riesa	ja
EUROPA VORN VERTRIEB	Köln	nein
GRABERT-VERLAG dazu gehörend: HOHENRAIN-VERLAG	Tübingen	ja
NATION EUROPA-VERLAG GmbH	Coburg	nein
VERLAG UND AGENTUR WERNER SYMANEK (VAWS)	Duisburg	ja

Rechtsextremistische Publikationen und solche, in denen Rechtsextremisten publizieren

Die Auswahl enthält die aus Sicht des LfV Sachsen für die bundesweite und sächsische Szene bedeutendsten Publikationen.

Im Freistaat Sachsen herausgegebene Publikationen sind **fett** gedruckt.

Publikation	Herausgeber / Verantwortlicher	erscheint	Auflage	abrufbar im Internet
DAS FREIE FORUM	GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V. (GFP)	vierteljährlich	ca. 1.500	nein
DAS PATRIOTISCHE MAGAZIN früher: SIGNAL - DAS PATRIOTISCHE MAGAZIN	EUROPA VORN VERTRIEB	vierteljährlich	ca. 5.000	ja
DER PANZERBÄR	Skinheads (Chemnitz)	unregelmäßig	unbekannt	nein
DEUTSCHE STIMME	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)	monatlich	ca. 10.000	ja
FAHNENTRÄGER	Neonationalsozialisten (Mecklenburg-Vorpommern)	unregelmäßig	unbekannt	nein
FOIER FREI!	Skinheads (Raum Chemnitz)	unregelmäßig	unbekannt	nein
FREIER RUNDBRIEF - DRESDEN -	Rechtsextremisten (Raum Dresden)	monatlich	unbekannt	nein
FRITZ	JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUBEN e. V.	unregelmäßig	unbekannt	ja
KLARTEXT Die deutsche Stimme von Königstein	NPD-Fraktion im Stadtrat Königstein	unregelmäßig	unbekannt	nein
MANNEN-RING-LEIPZIG	Rechtsextremisten (Leipzig)	unregelmäßig	unbekannt	nein
MITTELDEUTSCHE JUGENDZEITUNG (MJZ)	Kameradschaften aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen	unregelmäßig	ca. 1.500 (Eigenangabe)	nein
NACHRICHTEN DER HNG	HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V.	monatlich	ca. 600	ja, jedoch keine aktuellen Ausgaben
NATION & EUROPA – DEUTSCHE MONATSHEFTE	NATION EUROPA VERLAG GmbH	monatlich (gelegentlich zweimonatlich)	ca. 20.000	ja

Publikation	Herausgeber / Verantwortlicher	erscheint	Auflage	abrufbar im Internet
NATIONALER BEOBACHTER FÜR CHEMNITZ UND UMGEBUNG	Rechtsextremisten	unregelmäßig	unbekannt	nein
NATIONALER BEOBACHTER LEIPZIG	Rechtsextremisten (Raum Leipzig)	unregelmäßig	unbekannt	nein
NATIONAL-ZEITUNG/ DEUTSCHE WOCHENZEITUNG (NZ)	DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)	wöchentlich	ca. 40.000	ja
NS KAMPFRUF	NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITER-PARTEI / AUSLANDS- UND AUFBAUORGANISATION (NSDAP/AO)	unregelmäßig	ca. 500	ja
RUFE INS REICH	Skinheads (Raum Pirna)	unregelmäßig	mehrere Hundert	nein
UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN	FREUNDESKREIS UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN	monatlich	ca. 10.000	ja
WHITE VICTORY (WEIßER SIEG)	Skinheads (Raum Penig)	unregelmäßig	unbekannt	nein
ZEIT FÜR PROTESTE früher: DER REPUBLIKANER	DIE REPUBLIKANER (REP)	zweimonatlich	ca. 12.000	ja

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der linksextremistischen Bestrebungen

Autonome

Autonome stellen nach wie vor den weitaus größten Anteil am gesamten gewaltbereiten linksextremistischen Potenzial. Zudem sind sie verantwortlich für die Mehrzahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten.

Autonome verfolgen weder ein einheitliches ideologisches noch ein strategisches Konzept. Einig sind sich Autonome jedoch in der Ablehnung des demokratischen Staates und seiner Gesellschaft. Man will eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ ohne jegliche Hierarchie erkämpfen. Darüber hinaus sind in der Szene diffuse kommunistische Ideologiefragmente vorhanden.

Verbindliche Strukturen und Hierarchien innerhalb des autonomen Spektrums werden ebenfalls weitgehend abgelehnt. Meist agieren kleine, lokal begrenzte Personenzusammenschlüsse.

Ihre Aktionsformen und Angriffsziele orientieren sich an den jeweiligen Konfliktfeldern, die von „Antifaschismus“ über „Antirassismus“, Neoliberalismus und Globalisierung bis hin zu Antikapitalismus reichen. Dabei nutzen sie aktuelle politische Themen für ihre Zwecke. Mit unterschiedlicher Intensität versuchen sie, auch demokratische Protestbewegungen für ihren Kampf gegen den Staat zu mobilisieren.

Ihre Aktivitäten richten sich nicht nur gegen den unmittelbaren politischen Gegner, sondern auch gegen staatliche Einrichtungen und deren Vertreter sowie gegen Symbole der Wirtschaftsordnung. Die Anwen-

dung von Gewalt wird dabei als notwendiges Element zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und als erforderliches Mittel gegen die „strukturelle Gewalt“ eines „Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“ angesehen und gerechtfertigt.

Orthodox-kommunistische Bestrebungen

Zum ideologischen Konzept orthodox-kommunistischer Bestrebungen gehören vor allem Denkansätze marxistisch-leninistischer Prägung wie die Thesen vom Klassenkampf und der Diktatur des Proletariats.

Die freiheitliche demokratische Grundordnung soll auf revolutionärem Wege gewaltsam „überwunden“ und eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung errichtet werden.

Orthodoxe Kommunisten beanspruchen für sich, die einzig wahre und wissenschaftliche Weltanschauung zu besitzen. Aus diesem Grund sind vom Marxismus-Leninismus abweichende politische Vorstellungen nach ihrem ideologischen Ansatz erwiesenermaßen falsch.

In der gemeinsamen Vision, eine angeblich bestehende „konservative Hegemonie“ zu brechen, sind orthodox-kommunistische Parteien und Vereinigungen bemüht, bestehende soziale Konflikte thematisch aufzugreifen, ideologisch umzudeuten und im Sinne ihrer revolutionären Strategie zu instrumentalisieren.

Außerdem versuchen sie, durch grundsätzliche Kritik an den „herrschenden Verhältnissen“ und Forderungen nach einer „Fundamentalopposition“ ihren sozialistischen und kommunistischen Zielen näher zu kommen und die Richtigkeit ihrer „wissenschaftlichen“ Analyse zu belegen.

Die parlamentarische Demokratie wird von orthodox-kommunistischen Bestrebungen abgelehnt. Eine Beteiligung an parlamentarischen Wahlen kommt nur unter strategischen Gesichtspunkten in Betracht.

Überblick in Zahlen¹³¹

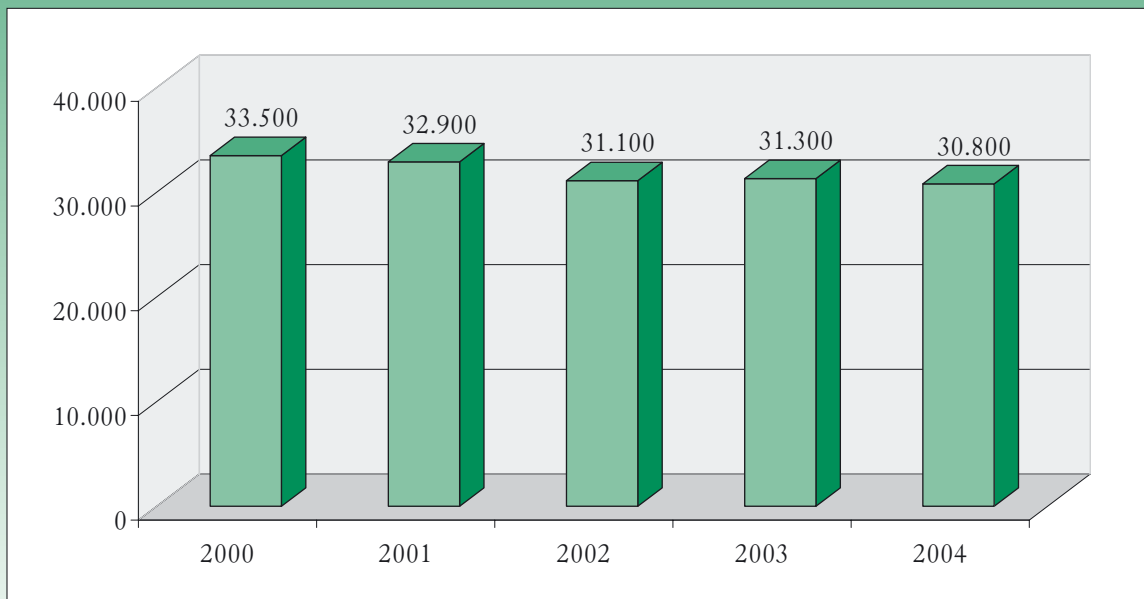
Bundesweit gehörten im Berichtsjahr nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften ca. 30.800 Personen¹³² linksextremistischen Bestrebungen an. Damit hat sich das Potenzial gegenüber dem Vorjahr (ca. 31.300) geringfügig um ca. 2 % verringert.

Von diesem Potenzial sind ca. 5.500 Personen (2003: ca. 5.400) den gewaltbereiten Linksextremisten zuzurechnen, davon wiederum sind etwa 5.000 Autonome

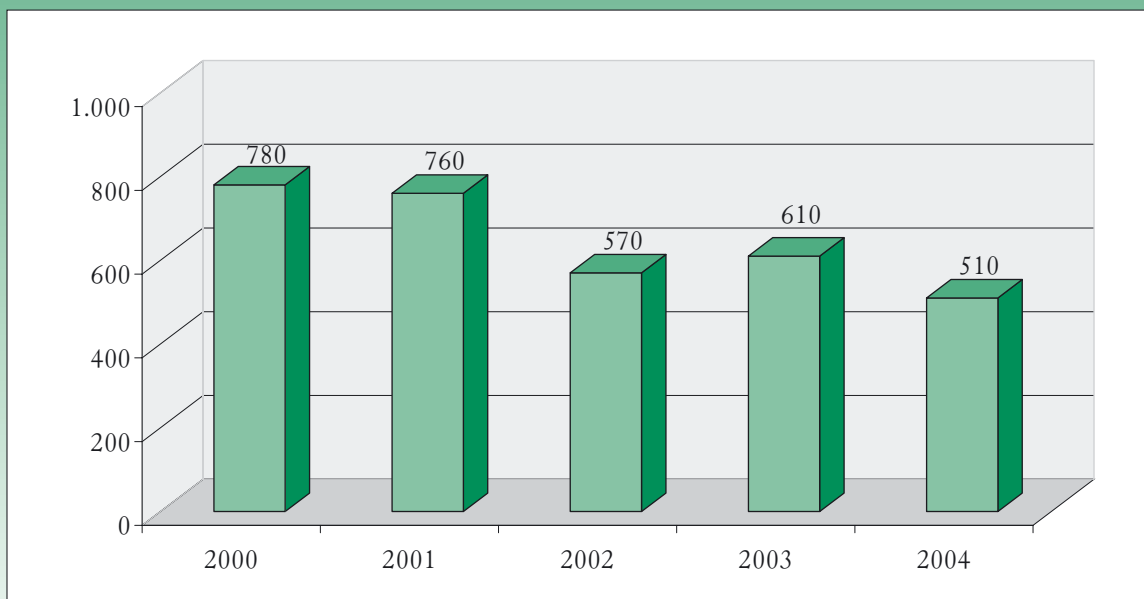
(2003: weniger als 5.000). Die marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen vereinen zusammen ca. 25.700 Anhänger (2003: ca. 26.300).

Im Freistaat Sachsen war im Berichtsjahr ebenfalls ein Rückgang des Mitgliederpotenzials linksextremistischer Bestrebungen von ca. 610 Personen auf ca. 510 und damit um ca. 16 % zu beobachten. Die Ursachen hierfür liegen u. a. im inaktiven Verhalten marxistisch-leninistischer, trotzkistischer sowie sonstiger revolutionär-marxistischer Gruppierungen und Zusammenschlüsse.

Linksextremisten in der Bundesrepublik Deutschland



Linksextremisten im Freistaat Sachsen



¹³¹ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

¹³² Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

Von den ca. 510 Linksextremisten im Freistaat Sachsen werden ca. 250 der autonomen Szene zugerechnet. Diese Anzahl ist damit seit 2002 konstant geblieben. Mit ca. 49 % stellen sie den größten Anteil des Mitgliederpotenzials linksextremistischer Bestrebungen im Freistaat Sachsen.

Demgegenüber gehören mit ca. 165 Mitgliedern (2003: ca. 175) etwa 32 % aller sächsischen Linksextremisten einer marxistisch-leninistischen Bestrebung an.

Zu den marxistisch-leninistischen Zusammenschlüssen im Freistaat Sachsen gehören:

- die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-OST),
- die DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) und
- die linksextremistischen Strömungen in der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS):
 - die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS (KPF DER PDS),

- das MARXISTISCHE FORUM DER PDS (MF) und
- die ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS (AG JG).

Im Freistaat Sachsen sind die KPF DER PDS mit ca. 60 Mitgliedern und die KPD-OST mit ca. 50 Mitgliedern die größten marxistisch-leninistischen Gruppierungen.

Mit ca. 95 Personen sind etwa 19 % aller sächsischen Linksextremisten sonstigen linksextremistischen Bestrebungen zuzurechnen. Hierunter sind Gruppierungen oder Parteien zusammengefasst, wie die ROTE HILFE e. V., die sich als Solidaritätsorganisation für Angehörige des gesamten linksextremistischen Spektrums versteht, außerdem das trotzkistische LINKSRUCK-NETZWERK sowie die maoistisch-stalinistisch orientierte MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD).

Setzt man die Anzahl der Personen in den einzelnen Teilbereichen des Linksextremismus in Relation zu 100.000 Einwohnern, ergibt sich folgender Vergleich:

Anzahl der Linksextremisten in der Bevölkerung, auf jeweils 100.000 Einwohner bezogen ¹³³	Bundesrepublik Deutschland		Freistaat Sachsen	
	2004	2003	2004	2003
Personen in marxistisch-leninistischen Bestrebungen	31	32	4	4
Personen in sonstigen linksextremistischen Bestrebungen	keine Angabe	keine Angabe	2	4
Militante Linksextremisten davon Autonome	7 6	7 6	6	6
Gesamtzahl der Linksextremisten (ohne Mehrfachmitgliedschaften)	37	38	12	14

¹³³ Zahlen gerundet.

Gesamtbevölkerung: Bundesrepublik Deutschland: 82.498.469 (Stand: Juni 2004, Auskunft des Statistischen Bundesamtes),

Freistaat Sachsen:

4.301.267 (Stand: Sept. 2004, Auskunft des Statistischen Landesamtes Sachsen).

Anzahl der Linksextremisten

Freistaat Sachsen: ca. 510 (2003: ca. 610)

Bundesrepublik Deutschland: ca. 30.800 Personen (2003: ca. 31.300)

Autonome	Marxistisch-Leninistische Bestrebungen	Sonstige linksextremistische Bestrebungen
Freistaat Sachsen: ca. 250 (2003: ca. 250) bundesweit: ca. 5.000 (2003: < 5.000)	Freistaat Sachsen: ca. 165 (2003: ca. 175) bundesweit: ca. 25.700 (2003: ca. 26.300)	Freistaat Sachsen: ca. 95 (2003: ca. 185) bundesweit: keine Angaben (2003: keine Angaben)

davon u. a.:

<p>KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-OST)</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 50 (2003: ca. 80) bundesweit: ca. 200 (2003: ca. 200)</p>	<p>ROTE HILFE e.V.</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 50 (2003: keine Angaben) bundesweit: > 4.600 (2003: > 4.600)</p>
<p>DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 40 (2003: ca. 35) bundesweit: ca. 4.500 (2003: ca. 4.700)</p>	<p>TROTZKISTISCHE GRUPPEN (u. a. LINKSRUCK NETZWERK)</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 20 (2003: ca. 20) bundesweit: ca. 1.700 (2003: ca. 1.800)</p>
<p>KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS (KPF DER PDS)</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 60 (2003: ca. 60) bundesweit: ca. 1.000 (2003: ca. 1.500)</p>	<p>MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)</p> <p>Freistaat Sachsen: ca. 20 (2003: ca. 20) bundesweit: > 2.000 (2003: ca. 2.000)</p>
<p>MARXISTISCHES FORUM DER PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS (MF)</p> <p>Freistaat Sachsen: Einzelne (2003: Einzelne) bundesweit: keine Angaben (2003: keine Angaben)</p>	

Entwicklungstendenzen im Linksextremismus

Die linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen wurden im Berichtsjahr von öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Autonomen und deren wieder gestiegenem Mobilisierungspotenzial dominiert.

Autonome Szene greift „Antifaschismuskampf“ wieder verstärkt auf

Im Berichtsjahr fand in der autonomen Szene eine Neuausrichtung auf das Thema des traditionellen „revolutionären Antifaschismuskampfes“ statt. Gerieten Autonome angesichts der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus seit dem Sommer 2000 in die Defensive, so trugen die Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien und Bündnisse bei den sächsischen Kommunal- und Landtagswahlen sowie der Europawahl zu einer Wiederaufnahme des Themas in autonomen Kreisen bei. Vor allem in Leipzig, wo sich die autonome Szene in den zurückliegenden Jahren fast gänzlich aus der „Antifa-Arbeit“ zurückgezogen hatte, setzte ein Diskussionsprozess um die Neubestimmung von Aktionsschwerpunkten ein. Die Erkenntnis, dass es die falsche Entscheidung gewesen sei, „sich ganz aus Antifa-Arbeit zurück zu ziehen“¹³⁴, deutet auf eine Renaissance des „Antifaschismuskampfes“ innerhalb der Leipziger autonomen Szene hin. Dagegen stellt der „Antifaschismuskampf“ in Dresden seit jeher ein Handlungsschwerpunkt der örtlichen autonomen Szene dar. Ursächlich hierfür sind die ausgeprägten Strukturen rechtsextremistischer Gruppierungen in Dresden und seinem Umland.

Das gestiegene Aktionsniveau der Autonomen im Bereich „Antifaschismuskampf“ lässt auf eine Beendigung der mehrjährigen Themenfeldsuche schließen. Allerdings ging damit keine personelle Stärkung der autonomen Szene einher. Die Anzahl der Autonomen in Sachsen stagnierte vielmehr auf dem Niveau der Vorjahre.

„Geschichtsrevisionismus“ gewinnt für Autonome an Bedeutung

Die von staatlichen Vertretern und öffentlichen Stellen betriebene Aufarbeitung der Geschichte Deutschlands veranlasste Autonome im Berichtsjahr ebenfalls zu Aktivitäten. Sie warfen dem Staat, ebenso wie den

Rechtsextremisten, Geschichtsrevisionismus vor. Zwar distanzieren sich der Staat von revisionistischen Strömungen, lasse aber ungeachtet dessen noch vor Jahren verbotene Aufmärsche von Rechtsextremisten an geschichtsträchtigen Jahrestagen, wie dem Todestag des Hitlerstellvertreters Rudolf Heß am 17. August in Wunsiedel (Bayern) und dem Gedenken der in den beiden Weltkriegen Gefallenen zum Volkstrauertag in Halbe (Brandenburg) wieder zu. Staatliche Stellen seien daran schuld, dass diese Demonstrationen fester Bestandteil im Terminkalender rechtsextremistischer Gruppierungen werden konnten.

Ein Tätigkeitsschwerpunkt für Dresdener Autonome ist das jährlich am 13. Februar stattfindende Gedenken an die Zerstörung der Stadt durch Luftangriffe der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Dabei werden sowohl diesbezügliche Aufzüge rechtsextremistischer Gruppierungen thematisiert, als auch die hierzu stattfindenden öffentlichen Veranstaltungen unter dem Vorwurf des Geschichtsrevisionismus kritisiert.

Autonome konnten Debatten um Sozialreformen nicht für sich nutzen

Sächsischen Autonomen gelang es im Berichtsjahr nicht, die anhaltenden Proteste gegen die Arbeitsmarkt- und andere Reformen im sozialen Bereich für sich zu nutzen. Die heterogene Zusammensetzung der Protestteilnehmer, bestehend beispielsweise aus Gewerkschafts- oder Arbeitslosenverbänden sowie diversen linksextremistischen Gruppierungen, erwies sich für die Interessen der autonomen Szene als ungeeignet und ließ ihre Forderungen nach der Abschaffung des bestehenden Systems nicht ausreichend wahrnehmbar werden. Die meisten Autonomen beschränkten ihre Teilnahme an den Protesten aus diesem Grund darauf, Rechtsextremisten in den Reihen der Demonstranten zu entlarven und deren Teilnahme möglichst zu verhindern.

Dogmatische linksextremistische Parteien und Gruppierungen nutzten Debatten um Sozialreformen als Forum zur Selbstdarstellung

Andere linksextremistische Gruppen und Parteien griffen die Debatten offensiver als die Autonomen auf, um in diesem Zusammenhang ihre grundsätzliche Kritik am „kapitalistischen System“ darzulegen und unter Hinweis auf „soziale Ungerechtigkeiten“ ihre extremis-

¹³⁴ INCIPITO Nr. 14, Artikel „More Nazis. More Antifa?“, November 2004, S. 18.

tische Ideologie in die Öffentlichkeit zu transportieren sowie die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren. Beispielhaft für ein solches Verhalten ist die Beteiligung von marxistisch-leninistischen Linksextremisten an den so genannten „Montagsdemonstrationen“. Insbesondere die MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS sah – ebenso wie trotzkistische LINKSRUCK-Gruppen – in der Teilnahme an diesen nicht extremistischen Demonstrationen eine ideale Gelegenheit, um aus der politischen Bedeutungslosigkeit herauszutreten und die Veranstaltungen für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren.

Aktivitäten der linksextremistischen Strömungen innerhalb der PDS sind rückläufig

Die in den vergangenen Jahren feststellbare rückläufige Tendenz der Aktivitäten der linksextremistischen Parteigliederungen in Sachsen setzte sich im Berichtsjahr fort. Die Bedeutung dieser Zusammenschlüsse innerhalb der PDS nahm weiter ab.

Beim sächsischen Landesverband des MARXISTISCHEN FORUMS DER PDS (MF) waren Auflösungserscheinungen festzustellen. In einem Brief bezeichnete der Sprecher des MF Dresden das „Projekt“ als gescheitert und rief deshalb alle verbliebenen MF-Mitglieder und interessierten Genossen auf, sich an den Aktivitäten des KOMMUNISTISCHEN AKTIONSBÜNDNISSES DRESDEN (KAD) zu beteiligen.

Die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS bemühte sich, ihre Stellung zu sichern. Während sie die Ausgrenzungsbemühungen des Parteivorstandes erfolgreich abwehrte, gelang es ihr jedoch nicht, eigene Akzente zu setzen und die PDS eindeutig auf ihre Oppositionsrolle festzulegen.

Geringe Wahrnehmbarkeit orthodoxer Linksextremisten

Während die DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI mit der Teilnahme an der Europawahl eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit erreichte, war die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS im Berichtsjahr nur in geringem Umfang wahrnehmbar.

Ebenso trat das KAD, dem verschiedene marxistisch-leninistische Gruppierungen angehören, im Be-

richtsjahr kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung.

Auch der TAMARA BUNKE-VEREIN e. V.¹³⁵ entwickelte im Berichtsjahr keine wahrnehmbaren Aktivitäten. Im Gegensatz zu den Vorjahren wurde weder die vereins-eigene Zeitschrift UNTERGRUND herausgegeben, noch erfolgte eine Beteiligung an Aktivitäten anderer extremistischer Organisationen. Auch das bereits dreimal vom Verein organisierte „Antifaschistische Sommercamp“ fand nicht statt. Dieser Rückgang der Aktivitäten deutet darauf hin, dass die Handlungsfähigkeit des Vereins derzeit eingeschränkt ist. Seine Auflösung wurde bisher jedoch nicht bekannt.

ROTE HILFE e. V. unterstützt „Opfer staatlicher Repression“

Die ROTE HILFE e. V. (RH) versteht sich als „partei-unabhängige, strömungsübergreifende Schutz- und Solidaritätsorganisation“ für Personen, die Straftaten aus extremistischen Motiven begangen haben. Sie ist eine der Gruppen, die Solidaritätsarbeit für diese von „staatlicher Repression“ betroffenen Personen leistet sowie finanzielle und logistische Unterstützung für die Betroffenen organisiert.

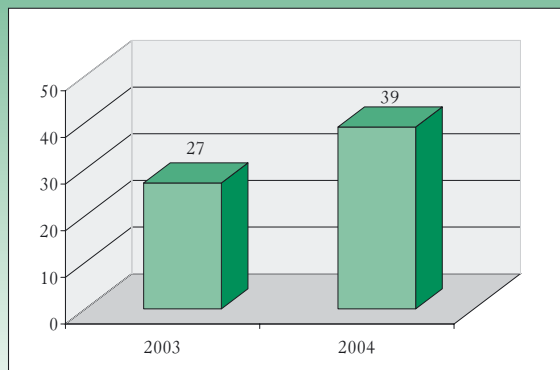
Im Freistaat Sachsen tritt die RH zurzeit mit zwei Ortsgruppen in Dresden und Plauen in Erscheinung. Die Ortsgruppe in Leipzig soll sich – eigenen Angaben im Internet zufolge – aufgelöst haben. Insbesondere die Dresdner Ortsgruppe bietet Veranstaltungen an, in denen z. B. über den „richtigen“ Umgang mit polizeilichen Maßnahmen informiert wird. Mit im Oktober erfolgten Veröffentlichungen im Dresdner Veranstaltungskalender „Terminal“ und auf dessen Internetseite weist die Ortsgruppe auf eine für Anfang 2005 geplante Kampagne hin, die die „Überwachungspraktiken“ staatlicher Stellen durchleuchten und „in die Öffentlichkeit (...) zerren“ will.

Anzahl sächsischer linksextremistischer Homepages steigt

Die Anzahl belief sich im Berichtsjahr auf 39 Homepages, während es im Vorjahr noch 27 waren. Der Anstieg ist vor allem auf eine deutliche Zunahme im orthodox-kommunistischen Bereich zurückzuführen. Aber auch neue Webseiten aus dem autonomen Spektrum trugen dazu bei.

¹³⁵ Der TAMARA BUNKE-VEREIN ZUR INTERNATIONALEN JUGENDVERSTÄNDIGUNG e. V. wurde am 21. November 1998 von 13 Personen in Löbau gegründet. Als Leitbild dient dem Verein die Person Tamara BUNKE, ihre Beteiligung am „revolutionären Kampf“ in Lateinamerika an der Seite Che GUEVARAs und ihr Tod als Partisanin. Siehe auch Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2003, S. 83 ff.

Anzahl sächsischer linksextremistischer Homepages



Die Internetseiten der autonomen Szene bilden nach wie vor den Schwerpunkt der sächsischen linksextremistischen Internetaktivitäten. Hier wird u. a. zu Aktionen und Demonstrationen aufgerufen und mobilisiert. Sie dienen außerdem als Plattformen für ausführliche Recherchen z. B. über die rechtsextremistische Szene. Darüber hinaus nutzt die hiesige autonome Szene für ihre Berichterstattung und Diskussion die großen Nachrichtenportale INDYMEDIA und NADIR. Interaktive Elemente wie Gästebücher, Diskussionsforen oder Live-Chatrooms finden sich allerdings kaum.

Autonome

Charakteristik

Autonome verfolgen kein einheitliches ideologisches oder strategisches Konzept. Oftmals orientieren sie sich an diffusen anarchistischen oder kommunistischen Ideologiefragmenten. Sie sehen sich in einer totalen Opposition zum „System“ und streben nach einem hierarchiefreien, selbstbestimmten Leben innerhalb „herrschaftsfreier Räume“. Staatliche und gesellschaftliche Normen lehnen sie ab. Die Propagierung und Umsetzung des Kampfes gegen den Staat verleihen den Aktivitäten Autonomer ihren extremistischen Charakter. Auch wenn sich ihre einzelnen Aktionen z. B. gegen „Neofaschismus“ oder Asylpolitik richten, so bleibt bei aller aktuellen Themenfeldorientierung immer die staatliche Ordnung das eigentliche Ziel, das es zu beseitigen gilt. Im Hinblick auf die Wahlergebnisse von Rechtsextremisten analysierte ein Redaktionsmitglied der Leipziger Szenezeitschrift INCIPITO, dass Auseinandersetzungen mit Rechtsextremisten zwar zu begrüßen seien, das allein aber nichts „an den gesellschaftlichen Ursachen, die Antisemitismus und Rassismus hervorbringen“¹³⁶, ändern würde. „Der Zusammenhang zwischen einer krisenhaften Entwicklung der Gesellschaft und den aus ihr hervorgehenden regressiven Momenten legt es viel mehr nahe, diese Gesellschaft als Ganzes zu kritisieren.“¹³⁷

Der weitgehende Verzicht auf feste Strukturen und Hierarchien wird von Autonomen nicht nur als Ausdruck des politischen Verständnisses von einem „herrschaftsfreien Leben“ angesehen, vielmehr dient er auch dem Schutz vor staatlichen Maßnahmen, da so Konspiration und Anonymität noch am ehesten möglich sind. Der mit dem Verzicht auf Strukturen verbundene Verlust an Effektivität wird dabei in Kauf genommen.

Gleichwohl ergaben sich innerhalb des autonomen Lagers bereits mehrfach Ansätze von unterschiedlichen Organisationsmodellen. Die „organisierten Autonomen“ versprechen sich von einem Zusammenschluss eine größere Wahrnehmbarkeit und Vermittelbarkeit ihrer politischen Ziele und theoretischen Analysen in der Öffentlichkeit.

Als bisher bedeutendster Organisationsansatz gilt die 1992 in Wuppertal gegründete militante ANTIFASCHISTISCHE AKTION / BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO). Bis zu ihrer Auflösung im Jahr 2001 gehörten ihr zeitweise auch sächsische autonome Gruppen aus Dresden, Leipzig und Plauen an.

¹³⁶ INCIPITO Nr. 14, November 2004, S. 10 ff. Beitrag „Totgesagte leben länger?“.

¹³⁷ Ebenda.

Zwar bekräftigen Teile der autonomen Szene die Notwendigkeit einer überregionalen Vernetzung, zur praktischen Umsetzung kam es aber auch im Berichtsjahr nicht. Konzeptionslosigkeit, mangelndes Interesse, personelle Schwächen und nicht zuletzt gegensätzliche Standpunkte bei der Bewertung des Nahost-Konfliktes erschweren den Autonomen den Aufbau verbindlicher Strukturen erheblich.

Aktionsfelder

Themen, mit denen Autonome ihre Ideologie in die Praxis umsetzen können, sind – wie die Szene selbst – einem ständigen Wandel unterworfen. Ging es der ersten Generation von Autonomen in den 1980er Jahren hauptsächlich um die „Erkämpfung von selbst bestimmten Freiräumen“, so kamen später Themen wie Asylpolitik, Kampf gegen „staatliche Repression“ und Sozialabbau, Widerstand gegen Bau und Betrieb von Kernkraftwerken und Lagerstätten für radioaktiven Abfall und Aktionen gegen vermeintliche oder tatsächliche Rechtsextremisten hinzu. Viele dieser Teilbereichsbewegungen weisen keine Kontinuität auf, so dass die angestrebte Verknüpfung dieser Bereiche bisher praktisch nicht möglich war.

Die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen lassen sich aktuell in Sachsen am Beispiel des Aktionsfeldes „revolutionärer Antifaschismuskampf“¹³⁸ verdeutlichen. Sächsische Autonome sahen sich in ihrer Entstehungsphase Anfang der 1990er Jahre als „radikale Avantgarde“ im Kampf gegen rechtsextremistische Strukturen, die mit Brandanschlägen auf Unterkünfte von Ausländern in Hoyerswerda, Schmölnn und Rostock auf sich aufmerksam machten. Die anfängliche Übereinstimmung sächsischer Gruppen, wonach dem organisierten „Neofaschismus“ ein „militanter Antifaschismus“ entgegengesetzt werden müsse, wich zunehmend unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der Szenen in Dresden und Leipzig. Auf Grund der präsenten rechtsextremistischen Szene mit jährlich wiederkehrenden Demonstrationen verlor das Thema „Antifa“ für die Dresdner Autonomen nie an Aktualität.

Dagegen distanzieren sich in Leipzig wortführende autonome Gruppen zunehmend von den Protesten der so genannten Zivilgesellschaft¹³⁹ gegen Aufzüge der Neonationalsozialisten. Den Wendepunkt für die Abkehr Leipziger Autonome vom „Antifaschismus-

kampf“ stellen die staatlichen Maßnahmen und Kampagnen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im Jahr 2000, der so genannte staatliche Antifa-Sommer 2000, dar. Mit dieser staatlichen Reaktion sahen sich die Autonomen auf ihrem bisherigen Hauptaktionsfeld in der Defensive. Eine Beteiligung an der „staatlichen Antifaschismus-Kampagne“ verbot sich für Autonome, da nach ihrer Auffassung dieser Staat seine Aktivitäten gegen rechtsextremistische Erscheinungsformen nur unter instrumentellen Gesichtspunkten des außenpolitischen Ansehens und des Machtzuwachses durchführt. Die Quintessenz des „Aufstandes der Anständigen“ sei: „Nazis schaden dem Standort und dem Ansehen Deutschlands in der Welt ... eine Diskussion um die Ursachen für die Verbreitung antisemitischen und rassistischen Gedankenguts (stand) nie zur Disposition.“¹⁴⁰ Die Propagierung dieser Meinung führte allerdings nicht selten in die Isolation, da sie nicht bei allen Autonomen Zustimmung fand. Spätestens nach den Wahlergebnissen rechtsextremistischer Parteien und Bündnisse bei den Kommunal- und Landtagswahlen im Berichtsjahr wurde nach „Antifa heißt Ausschlafen“ bald wieder „Antifa heißt Aufwachen“¹⁴¹ propagiert.

In den offen geführten Diskussionen über die Ursachen der Wahlergebnisse im Berichtsjahr in Sachsen reift in der autonomen Szene offenbar die Erkenntnis, dass es ein Fehler war, sich gänzlich vom Thema „Antifaschismus“ verabschiedet zu haben. Der Profilierung der rechtsextremistischen Szene in der Mitte der Gesellschaft könne zukünftig nur entgegengewirkt werden, wenn von „der Linken (...) langsam von der Haltung Abstand genommen (wird), Antifa sei Mist und könne gelegentlich auch mal sabotiert werden. Der Antifasommer im Jahr 2000 war wichtig zur Reflexion der eigenen Position der Antifa und, um die eigene Rolle und die eigenen Konzepte zu überdenken. Aber es war die falsche Entscheidung, sich ganz aus Antifa-Arbeit zurück zu ziehen. (...) es muss klar sein, dass Antifa-Arbeit einfach eine Notwendigkeit ist (und niemand verlangt, sie solle der einzige Inhalt der politischen Arbeit sein).“¹⁴² Allerdings sehen Leipziger Autonome als Ergebnis dieser Erkenntnis nicht die bloße Wiederaufnahme des Antifa-Konzeptes der 1990er Jahre. Vielmehr fordern sie eine Auseinandersetzung mit den Zielen und Konzepten des „Antifaschismuskampfes“ und deren Umsetzung in die Praxis.

Ein weiteres, von sächsischen Autonomen häufig thematisiertes Aktionsfeld ist die Entwicklung Deutschlands innerhalb der Europäischen Union und der damit

¹³⁸ Dieser Begriff wird von Autonomen als Abgrenzung zu reformistischen Ansätzen innerhalb der antifaschistischen Bewegung verwendet.

¹³⁹ Für Autonome besteht die „Zivilgesellschaft“ aus gesellschaftlichen Kräften der Kommunen, Parteien, Kirchen und Vereine, denen sie, wie dem Staat selbst, das Streben nach einer imperialistischen Großmachtspolitik Deutschlands unterstellen.

¹⁴⁰ INCIPITO Nr. 14, November 2004, S. 10 ff., Beitrag „Totgesagte leben länger?“.

¹⁴¹ Titel zweier Beiträge in der JUNGLE WORLD Nr. 41 vom 29. September 2004.

¹⁴² INCIPITO Nr. 14, November 2004, S. 18, Beitrag „More Nazis. More Antifa?“.

in Verbindung gebrachte Vorwurf des „Geschichtsrevisionismus“. Dieses Thema war in Leipzig Gegenstand einer vom BÜNDNIS GEGEN REALITÄT¹⁴³ (BgR) in Kooperation mit dem ANTIFASCHISTISCHEN FRAUENBLOCK LEIPZIG (AFBL) initiierten Kampagne mit der Bezeichnung „Die neue Heimat Europa verraten“.

Dresdener Autonome befassen sich jährlich anlässlich des Jahrestages der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg am 13. Februar mit diesem Thema.

Gemeinsam ist beiden autonomen Szenen, dass sie dem deutschen Staat eine Politik der Verdrängung und Aufgabe der Opfer–Täter–Unterscheidung unterstellen. Die „von den Deutschen betriebene Umwertung der Geschichte“ sei „integraler Teil des laufenden Identitätsfindungsprozesses der Deutschen vor allem auf europäischer Ebene“¹⁴⁴. Das Argument, dass sich Deutschland auf Grund seiner historischen Verantwortung an keinen internationalen Militäreinsätzen beteiligen darf, sei erst durch die Regierungskoalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen uminterpretierbar geworden. Nur durch deren offizielle Abgrenzung gegenüber den Nachkriegsregierungen ließen sich die Beteiligungen an militärischen Einsätzen mit dem Argument rechtfertigen, gerade wegen seiner Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus müsse Deutschland alles zur Verhinderung neuer Konflikte unternehmen. Autonome unterstellen dem Staat, dass er mit dieser Argumentation lediglich seine wahren Interessen verschleiern wolle. Tatsächlich gehe es den Regierenden darum, das vereinte Europa gegen die USA zu stärken und Deutschland innerhalb Europas eine führende Rolle zukommen zu lassen.

Nachdem es der autonomen Szene nicht gelungen war, die Friedens- und Antiglobalisierungsbewegung entscheidend zu beeinflussen, ergab sich im Berichtsjahr mit den Protesten gegen die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung, den so genannten „Hartz IV“-Protesten, eine erneute Möglichkeit, ihre Ideologien einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen zu können. Dabei argumentierten Autonome, dass das Problem des Sozialabbaus nur mit einer Umwälzung des Gesellschafts-systems gelöst werden könne und nicht durch reformistische Ansätze innerhalb des bestehenden Systems. Das Leipziger BgR rief beispielsweise für den 13. September zu einer Blockade der gesamten Demonstration gegen die staatlichen Reformen auf. In ihrer Begründung dazu hieß es, nicht die teilnehmenden „Nazis“ seien das Problem, „sondern alle Demonstrierenden, die von links bis rechts mehr Arbeit und völkischen Zusammenhalt fordern!“¹⁴⁵.

Allerdings waren sich die Autonomen auch der Gefahr bewusst, dass ähnlich wie bei den Globalisierungsp-testen die eigenen weiter reichenden Forderungen

nach der Abschaffung des bestehenden Systems nicht ausreichend wahrgenommen werden könnten.

Die Mehrzahl der Autonomen sah demzufolge ihre Aufgabe darin, die Beteiligung der Rechtsextremisten an den Protesten zu verhindern oder zumindest öffentlich zu machen. Während dies überwiegend friedlich verlief, kam es beispielsweise im Laufe der Demonstrationen am 20. und 27. September in Dresden zu Auseinandersetzungen, als Rechtsextremisten versuchten, Blockaden zu überwinden, die sie an der Demonstrationsteilnahme hindern sollten.

Neben der für Autonome problematischen Beteiligung an den Demonstrationen entstanden neue Aktionsformen des „Sozialen Ungehorsams“, die „Umsonst“-Kampagnen. Diese propagieren Regelverstöße, mit denen der mit den staatlichen Reformen verbundene Sozialabbau in geeigneter Weise unterlaufen werden soll. Beispiele für „Umsonst“-Aktionen sind die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und anderer öffentlicher Einrichtungen ohne Entrichtung eines Entgelts sowie der Diebstahl von Kleidung und Lebensmitteln.

Im Gegensatz zum Thema „Antifa“ spielten Themen wie „Antiglobalisierung“, „Antirassismus“ und „Internationale Konfliktfelder“ im Berichtsjahr lediglich eine untergeordnete Rolle.

Aktionsformen

Die von Autonomen genutzten Formen der Vermittlung ihrer Ideologie und ihrer Ansprüche umfassen ein vielfältiges Aktionsspektrum. Angefangen bei Diskussions-



Autonome Gewalt

Foto: picture alliance

¹⁴³ Bis Anfang 2004 unter dem Namen BÜNDNIS GEGEN RECHTS aktiv.

¹⁴⁴ „Deutschland hassen.“ Aufruf des BgR zur gleichnamigen Demonstration am 3. Oktober in Erfurt (Thüringen).

¹⁴⁵ Homepage LEFT-ACTION vom 8. September 2004.

veranstaltungen in Jugendcafés und der Mitarbeit in Bündnissen, reicht es über die Organisation von öffentlichen Kampagnen und Großdemonstrationen bis hin zu gewalttätigen, heimlich geplanten Aktionen. Bei der Wahl von militanten Aktionsformen und Angriffszielen bemühen sich Autonome grundsätzlich um „Vermittelbarkeit“. Die Gewalt richtet sich zum einen gegen Sachen und geht dabei von Beschädigungen bis hin zu Zerstörungen. Zum anderen kann sich die Gewalt gegen Rechtsextremisten, aber auch gegen Polizeibeamte und sonstige Repräsentanten des Staates richten.

- Am 13. Juni, dem Tag der Kommunalwahlen in Sachsen, führten nach dem bekannt werden des Stimmanteils des rechtsextremistischen NATIONALEN BÜNDNISSES DRESDEN e. V. (NB) etwa 50 zum Teil verummte Personen eine Demonstration in Dresden durch. Sie zeigten Transparente mit den Losungen „Fünf Finger sind eine Faust – gegen Rassismus und innere Sicherheit“ und „Wenn das Nationale Bündnis zuckt – dann Antifa-Aktion“ und skandierten Sprüche wie „Scheiß Dresdner Bürger – ihr habt es so gewollt, das Nationale Bündnis ins Rathaus geholt“ und „Nazis im Rathaus, das gibt Stress – wir geben keine Ruhe – jetzt erst recht“. Die den Demonstrationzug begleitende Polizei wurde mit Feuerwerkskörpern und Flaschen angegriffen. Am Rathaus angelangt, drang eine Gruppe von etwa 30 Personen in den Plenarsaal ein. Sie störten verbal eine Wahlabschlussveranstaltung und beschädigten das Inventar. Dabei wurde unter anderem eine Deutschlandfahne aus dem Ständer gerissen und auf den Boden geworfen.
- Nachdem die autonome Szene Kenntnis von einem neuen rechtsextremistischen Trefflokal in Dresden erhielt, kam es zu Sachbeschädigungen im Umfeld der Einrichtung. Unbekannte bewarfen die Fassade des Gebäudes mit so genannten „Farbeiern“ und brachten an den umliegenden Häusern die Schriftzüge „Nachbarn gegen Nazis“ und „switch them out“ an. Außerdem verteilten Autonome in der Nachbarschaft Flugblätter, die mit „Antifaschistische Gruppe xyz“ unterzeichnet waren. Darin forderten sie „Weg mit dem Nazitreff!“. Die Sachbeschädigungen sowie das Flugblatt waren auf der Internetseite des Nachrichtenportals INDYMEDIA und später auch von „autonomen antifas“ auf der von der Dresdner autonomen Szene betriebenen VENCEREMOS-Seite dokumentiert bzw. wiedergegeben worden.
- Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es im Verlauf einer von dem Rechtsextremisten WORCH angemeldeten Demonstration am 3. Oktober, die



Ausschreitungen am 3. Oktober in Leipzig Foto: lvz-online

unter anderem durch den alternativen Leipziger Stadtteil Connewitz führte. Auf der von Gegendemonstranten besetzten Route sowie auf Nebenstraßen errichteten gewaltbereite Jugendliche Barrikaden aus brennenden Müllcontainern und Bauschildern; die Polizei ging mit Wasserwerfern gegen die Brände vor. Weitere Sachbeschädigungen erfolgten im Umfeld der angemeldeten Demonstrationsstrecke. So wurden unter anderem Scheiben von Geschäften eingeworfen und ein Pkw in Brand gesetzt. Die Einsatzkräfte der Polizei sowie die rechtsextremistischen Teilnehmer der Demonstration wurden mit Feuerwerkskörpern beschossen und mit Flaschen und Steinen beworfen.

Nachdem das Demonstrationsaufkommen im Freistaat Sachsen mit Beteiligung autonomer Gruppierungen im Vorjahr seinen Tiefpunkt erreicht hatte, war im Berichtsjahr ein Anstieg zu beobachten. Entscheidenden Einfluss auf die Zunahme hatten dabei die Ergebnisse der Wahlen im Berichtsjahr. Sowohl vor als auch nach den beiden Wahlterminen kam es zu Protestdemonstrationen gegen die Mitgliedschaft von Rechtsextremisten im Landtag und in Kommunalvertretungen. So protestierten in Dresden nach Bekanntgabe der Landtagsergebnisse am Abend des 19. September unter anderem 50 mehrheitlich der autonomen Szene zugehörige Personen gegen den Einzug der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) in das Landesparlament. Auf ihrem Weg zum Landtagsgebäude skandierte diese Gruppe Parolen wie: „Gebt den Nazis die Straße zurück – Stein für Stein!“, „Nie wieder Rechte“ und „Ob Ost ob West – nieder mit der Nazipest“. Massive Polizeipräsenz hinderte die Demonstranten am Eindringen in das Landtagsgebäude. Auf ihrem Rückweg in die Dresdner Neustadt zerstörten Autonome die Schaufensterscheiben eines Geschäftes, dessen Sortiment auch von Rechtsextremisten verwendete Artikel beinhaltet, und besetzten eine Straßenkreuzung.

In Chemnitz beteiligten sich ca. 150 Personen, darunter auch Autonome, an einer Kundgebung anlässlich der konstituierenden Sitzung des Chemnitzer Stadtrates am 25. August. Mit einem Transparent „Rechte Strukturen Zerschlagen! Republikaner angreifen! AJZ Chemnitz“¹⁴⁶ brachten sie ihren Protest über die Präsenz der rechtsextremistischen Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Chemnitzer Stadtrat zum Ausdruck. Das „Alternative Jugend Zentrum Chemnitz“ (AJZ Chemnitz) beendete seinen im Internet verbreiteten Aufruf zur Demonstrationsteilnahme mit dem für Autonome typischen Slogan „Nazis stoppen – Antifa heißt Angriff!“.



Demonstration am 25. August in Chemnitz Foto: INDYMEDIA

In Leipzig setzten Autonome dagegen mit dem Aktionsmittel „Demonstration“ auf staatskritische Akzente. Am 24. Juli folgten beispielsweise rund 200 Personen den Aufrufen des BgR und des AFBL und demonstrierten unter dem Motto „Die neue Heimat Europa verraten. Keine Kollaboration mit der europäischen Nation!“ gegen das angebliche Weltmachtstreben Deutschlands im Rahmen der Europäischen Union sowie gegen Antiamerikanismus¹⁴⁷ und Geschichtsrevisionismus.

Aber auch im Bereich des autonomen „Antifaschismuskampfes“ war im Berichtsjahr eine Zunahme demonstrativer Ereignisse zu beobachten. So protestierten einen Tag vor den sächsischen Kommunalwahlen am 12. Juni in Pirna etwa 350 Angehörige und Sympathisanten der autonomen Szene unter dem Motto „Kein schöner Land – linke Strukturen stärken“ gegen rechtsextremistische Strukturen im Umland der Sächsischen Schweiz und Pirna. Die Demonstranten trugen Transparente mit Aufschriften wie „Nazistrukturen angreifen und zerstören“, „Kapitalismus abschaffen (...) Deutschland abschalten“, „Fünf Finger sind eine Faust (...) Gegen Rassismus und innere Sicherheit“, und sol-



Foto: Homepage STÖRTEBEKER-NETZ

che – gestaltet wie Deutschlandfahnen – mit den Aufschriften „Nazis raus“ und „Ich schieß auf Deutschland“. Obwohl die Demonstration weitgehend gewaltlos verlief, fand sie doch in einer emotional aufgeheizten Atmosphäre statt. Im Zusammenhang mit dem Demonstrationsgeschehen wurde eine Flasche in ein Fenster geworfen, das zu den Geschäftsräumen eines NPD-Funktionärs und Wahlkandidaten gehörte. Die Polizei musste wechselseitige Störversuche unterbinden, die sowohl von der Demonstration als auch von einer zeitgleich stattfindenden Gegendemonstration der rechtsextremistischen JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTPREUBEN (JLO) ausgingen.

Die vermeintlich erstarkenden rechtsextremistischen Strukturen waren in Wurzen Auslöser einer ungemeldeten Demonstration am 8. November. Der Demonstration voraus gegangen war ein Sprengstoffanschlag auf das Gebäude des „Netzwerkes für Demokratische Kultur e.V.“, in dem sich auch die Büroräume des „Mobilen Beratungsteams“ und die der Opferberatungsstelle „AMAL Wurzen“ befinden. Bereits am Vortag kam es in Leipzig aus Anlass des Anschlages zu einer Spontandemonstration mit etwa 100 bis 150 Teilnehmern, die mit Parolen wie „Kein Vergeben, kein Vergessen! Morgen gehen wir Wurzen stressen!“ und „Antifa-Demo in Wurzen – uns reicht. Antifa heißt Angriff!“ auf den Vorfall in Wurzen reagierten. In einer im Internet veröffentlichten Presseerklärung eines „Bündnisses antifaschistischer Gruppen aus Leipzig“ wurden nicht nur die rechtsextremistischen Struktu-

¹⁴⁶ AJZ Chemnitz: „Alternatives Jugend Zentrum Chemnitz“.

¹⁴⁷ Ein Teil der Autonomen mit antideutscher Einstellung bekämpft u. a. den Antiamerikanismus, weil die USA als einzige verbleibende Großmacht ein angebliches Weltmachtstreben Deutschlands verhindern könne. Zudem halten sie nur die USA für fähig, den Staat Israel und die jüdische Bevölkerung zu schützen. Der Schutz des jüdischen Volkes vor einem zweiten Holocaust bildet einen ideologischen Schwerpunkt der antideutschen Szene.

ren in weiten Teilen Sachsens kritisiert, sondern auch das gesellschaftliche Umfeld, in dem die politischen Ideologien der Rechtsextremisten geteilt, akzeptiert und die „terroristischen Methoden“ zumindest toleriert würden. Die vom Anschlag betroffenen Initiativen distanzieren sich von den zum Teil gewalttätig verlaufenen Protesten.

Ein gemeinsames Vorgehen autonomer und staatlicher bzw. gesellschaftlicher Strukturen gegen rechtsextremistische Tendenzen lehnen Autonome größtenteils auch weiterhin ab. In einigen Regionen sind Autonome allerdings auch bereit, Bündnisse mit Nichtextremisten einzugehen. Der damit oftmals einhergehende Verzicht auf Gewalttätigkeiten ist jedoch ausschließlich taktisch motiviert und nicht Ausdruck einer gewaltfreien autonomen Lebensform.

Eine weitere von Autonomen häufig verwendete Aktionsform stellt die Kampagne dar. Häufig wird mittels Broschüren oder Veröffentlichungen im Internet die Kampagne publik gemacht. Hier stellen sich die Organisatoren vor, vermitteln ihre Ziele und animieren zur personellen, finanziellen und logistischen Unterstützung des Vorhabens. Daran anschließend werden oft in verschiedenen Städten Info- und Mobilisierungsveranstaltungen durchgeführt, die zum praktischen Teil der Kampagne überleiten sollen. Höhepunkte einer Kampagne sind häufig Demonstrationen. Nicht selten werden im Rahmen von Kampagnen auch Gewalttaten verübt.

Um sich demokratischen Partnern gegenüber als bündnisfähig darzustellen, sind Autonome jedoch auch bereit, für den Zeitraum einer Kampagne auf die Propagierung von Gewalt zu verzichten. Dennoch geht die Bündnisbereitschaft der Autonomen nur so weit, wie sich ihre Ziele innerhalb eines Bündnisses kompromisslos durchsetzen lassen. Die AFA13-Webgroup äußerte sich dementsprechend nach einer Demonstration am 12. Juni in Pirna und im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Kommunalwahlen am 13. Juni im Internet: „Wir waren und sind seit jeher bereit, uns in Bündnissen gegen Nazis zu engagieren. Dabei werden wir aber nicht unser Verständnis vom Autonomen Antifaschismus aufgeben und auch nicht mit unserer Kritik an den bestehenden Verhältnissen zurückstecken. (...) Unsere Kritik am Kapitalismus und unser Forderung an der Überwindung desselben werden wir aber auch in Zukunft nicht aufgeben.“¹⁴⁸

Dagegen lehnt das BgR die Bündnisarbeit mit demokratischen Kräften auch im Rahmen einer Kampagne konsequent ab. In Zusammenarbeit mit dem AFBL organisierte es die Kampagne „Die neue Heimat Europa verraten“ und verzichtete bewusst auf Bündnispartner aus dem demokratischen Spektrum.¹⁴⁹

Die größte Öffentlichkeitswirksamkeit erzielte im Berichtsjahr die Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“. Die Kampagne ist gegen die Existenz und Akzeptanz so genannter „Naziläden“ als Teil eines rechtsextremistischen Netzwerkes gerichtet und fordert deren Schließung. Autonome und nicht extremistische Bündnispartner organisierten im Rahmen dieser Kampagne zwei Demonstrationen in Chemnitz und Pirna. Zudem wurden umfassende Informationen zu angeblich von Rechtsextremisten genutzten oder betriebenen Geschäften in Sachsen gesammelt und auf einer eigens für diese Kampagne erstellten Internetseite veröffentlicht. Mehrere der auf dieser Seite aufgeführten Läden wurden in der Folge in den Monaten September bis November unter anderem durch



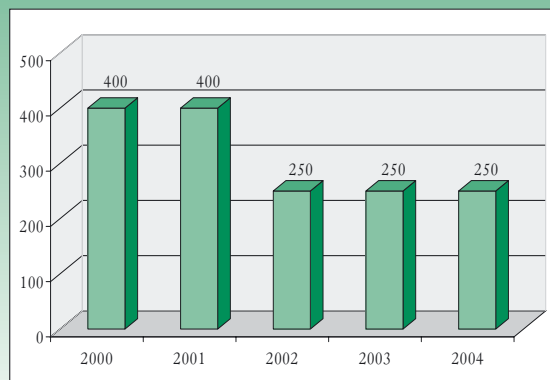
Steinwürfe beschädigt. Die Kampagne wird auch von Autonomen aus anderen Bundesländern sehr interessiert aufgenommen. Sie wird daher auch im Jahr 2005 fortgesetzt.

Strukturen im Freistaat Sachsen

Potenzial

Ein großer Teil der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen geht von Autonomen aus. Mit ca. 250 Personen, die im Berichtsjahr dieser Szene zugeordnet wurden, stagniert das Potenzial auf dem Stand von 2002.

Entwicklung der Anzahl Autonome im Freistaat Sachsen



¹⁴⁸ AFA 13-Webgroup im Juni 2004. Schreibweise wie im Original.

¹⁴⁹ Siehe Abschnitt „Autonome Gruppen im Freistaat Sachsen – Leipzig“.

Sächsische Autonome konzentrieren sich unverändert in den beiden Zentren Dresden und Leipzig. Hier sind beinahe sämtliche dieser Szene zuzurechnenden Personen aktiv. Erstmals seit mehreren Jahren ließen sich aber auch in anderen Regionen Sachsens Autonome zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen mobilisieren. Diese Entwicklung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der regional starken Präsenz rechtsextremistischer Strukturen. Beispielsweise traten im Berichtsjahr autonome Gruppierungen in Pirna im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen der NPD im Juni und in Chemnitz im Rahmen der Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“ in Erscheinung. Das Mobilisierungspotenzial der sächsischen autonomen Szene blieb mit bis zu 500 Personen seit 2002 konstant.

Autonome Gruppen im Freistaat Sachsen

Dresden

Die sich im Vorjahr innerhalb der Dresdener Szene abzeichnende Mobilisierungsschwäche wurde im Berichtsjahr durch einen Zustrom neuer, meist jugendlicher Anhänger aufgehoben. Dadurch stabilisierte sich das Mobilisierungsniveau der Szene wieder auf der Höhe der Vorjahre. Gleichzeitig führten diese Entwicklungen zu einem Strukturwandel, der als Generationswechsel zu verstehen ist.

Das Aktionsfeld „Antifaschismus“ stellt unverändert und mit Abstand das für die Dresdener Szene wichtigste Thema dar. Nachdem im Zusammenhang mit den diesjährigen Kommunal- und Landtagswahlen das Aktivitätsniveau rechtsextremistischer Gruppierungen sowie der NPD anstieg, hat auch das der autonomen Szene wieder zugenommen. Es fand seinen Ausdruck in Gegenaktivitäten zu Demonstrationen und Kundgebungen des politischen Gegners und im Vorgehen gegen dessen Infrastruktur. In diesem Zusammenhang ergriff die Szene, anknüpfend an eine landesweit geführte Kampagne gegen „Naziläden“, auch wieder die Initiative im Kampf gegen ihre politischen Gegner.

Das seit Jahren für die Dresdener Szene Ton angegebende *ANTIFARECHERCHETEAM DRESDEN* (ART DRESDEN) hält sich im Berichtsjahr überwiegend im Hintergrund. Im Gegensatz zu den Vorjahren verbreitete es zu linksextremistischen Aktivitäten keine Aufrufe mehr, sondern veröffentlichte in der Regel nur noch seine Rechercheergebnisse und Berichte sowie Bildmaterial zu rechtsextremistischen Ereignissen, Struk-

turen und Personen. Dabei versuchte es, typisch linksextremistische Positionen nicht publik werden zu lassen. Nur vereinzelt machte das ART DRESDEN deutlich, dass es unverändert die Störung und Verhinderung rechtsextremistischer Veranstaltungen befürwortet. So bedauerte es in einem Text zu einem Pressefest der NPD am 7. August in Mücka (Niederschlesischer Oberlausitzkreis), dass es „von einigen Sprühereien auf den Zufahrtsstraßen abgesehen (...) keinen spürbaren antifaschistischen Widerstand“¹⁵⁰ gegeben habe. Es seien jedoch angesichts der zu erwartenden Ausrichtung des Pressefestes auch im nächsten Jahr „die Aufgaben der Antifa Mittel und Wege zu finden, diesem Treiben ein Ende zu setzen bzw. es nachhaltig zu stören.“¹⁵¹ Auch „die Trauer der Dresdner“ am 13. Februar, dem Jahrestag der alliierten Luftangriffe, und ein Aufzug der JLO am 14. Februar sollten nach Auffassung des ART DRESDEN „so effektiv wie möglich gestört werden“¹⁵².

Das Dresdener Projekt *a.l.i.a.s.* (antifascism, literature, information, archive stuff) und der hinter ihm stehende Personenzusammenhang sind ebenfalls der autonomen Szene zuzurechnen und unterstützen deren Aktivitäten. Nach eigener Darstellung erhebt das a.l.i.a.s. den Anspruch, „zu verschiedenen AntifaschistInnen betreffende Themen, Hintergründe und Argumente, Analysen und Denkanstöße“¹⁵³ zu liefern. Dazu betreibe es ein Archiv aktueller linker Zeitschriften und Literatur, führe Veranstaltungen durch und beteilige sich auch an überregionalen Aktivitäten. Damit sind ausdrücklich auch linksextremistische Aktivitäten gemeint. So war das a.l.i.a.s. zusammen mit dem *OFFENEN ANTIFA-TREFF* (OAT)¹⁵⁴ als Ausrichter einer Vorbereitungsveranstaltung für autonome Aktivitäten gegen Aufzügen von Rechtsextremisten am 1. und 8. Mai in Dresden bekannt geworden. Außerdem gehörte es zu den Unterstützern der linksextremistischen Demonstration „Kein schöner Land – linke Strukturen stärken“ am 12. Juni in Pirna.

Wichtigstes öffentliches Informationsmedium der Dresdener autonomen Szene ist unverändert die Internetseite *VENCEREMOS*, die laut Impressum von der *ANTIFA-DRESDEN/WEBGROUP* betreut wird. Nahezu alle szenerelevanten Texte und Mobilisierungsaufrufe werden hier veröffentlicht, meist allerdings anonym oder unter wechselnden Kampagnenbezeichnungen und fiktiven Gruppennamen. Der hinter *VENCEREMOS* stehende Personenzusammenhang zählt zusammen mit dem ART DRESDEN und dem Projekt a.l.i.a.s. zum organisatorischen Kern der Dresdener Szene. Dieser

¹⁵⁰ Homepage *VENCEREMOS* vom 13. August 2004.

¹⁵¹ Ebenda. Schreibweise wie im Original.

¹⁵² Ebenda vom 10. Februar 2004.

¹⁵³ Schreibweise wie im Original.

¹⁵⁴ Näheres siehe unten.

tritt fallweise auch unter der Bezeichnung *ANTIFA DRESDEN* in Erscheinung.

Im *ALTERNATIVEN ZENTRUM CONNI* (AZ Conni) finden seit Anfang des Berichtsjahres regelmäßig Treffen statt, die ebenfalls als OAT bezeichnet werden und deren Teilnehmer autonome Aktivitäten unterstützen sowie entsprechende Mobilisierungsveranstaltungen ausrichten. Ein Handzettel, mit dem zu einem OAT am 21. Oktober eingeladen wurde, verdeutlicht das „antifaschistische“ Selbstverständnis des OAT: „vielleicht müssen wir unsere politikansätze auch etwas überdenken um diesem nazipack etwas schlagkräftiger entgegenzutreten. der anfang ist auf jeden fall gemacht so gehen in dresden in letzter zeit des öfteren neonazi-autos in flammen auf (...) das dies nicht die einzige ebene bleiben sollte versteht sich!“¹⁵⁵ Seit November werden die Veranstaltungen des OAT als „Antifa TEE-men-Café“ bezeichnet.

Auch über die Ausrichtung der Treffen hinaus bietet das AZ Conni Anhängern der autonomen Szene Anlass bezogen Raum für Veranstaltungen.

Den bereits erwähnten Generationswechsel innerhalb der Dresdener autonomen Szene veranschaulicht insbesondere die im Berichtsjahr erfolgte Gründung der Gruppierung *ANTIFA INITIATIVE DRESDEN* (AID). Ihr sind insbesondere jugendliche Szeneanhänger zuzurechnen. Die Gruppe gehörte zu den Unterstützern der Demonstration „Keine schweigenden Provinzen! – Linke Freiräume schaffen!“ am 14. August im brandenburgischen Finsterwalde. Mit dieser „antifaschistischen Demonstration“ sollte auf den „stetigen, starken Rückgang der Alternativszene“ und die „anwachsende(n) faschistische(n) Präsenz (...) im Landkreis Elbe-Elster“¹⁵⁶ aufmerksam gemacht werden. Auch die Protestaktion am 26. August vor dem Dresdener Rathaus wurde von der AID unterstützt. Die Aktion, in deren Folge es zu Störungen durch Autonome kam, richtete sich gegen die Präsenz der gewählten Vertreter des rechtsextremistischen Wahlbündnisses NB im Dresdener Stadtrat.

Die Dresdener Szene führte im Berichtsjahr eine Kampagne gegen die Teilnahme von Rechtsextremisten an den Kommunalwahlen und der Landtagswahl durch und reagierte auf deren Wahlergebnisse auf ihre Weise. Unter der Überschrift „Wenn das Nationale Bündnis Dresden zuckt – dann ANTIFA-AKTION!“ war die Kampagne zunächst schwerpunktmäßig gegen das rechtsextremistische Wahlbündnis NB gerichtet. Sie ging einher mit der Beschädigung und Entwendung von Wahlplakaten, machte aber auch vor dem Wohngrundstück eines NB-Funktionärs nicht halt. In der Nacht zum 10. Mai wurden auf diesem etwa 500 Pla-

katafeln angezündet und in der Nacht zum 20. Mai der Briefkasten am Wohnhaus mittels einer Zündvorrichtung in Brand gesetzt. Im Umfeld hinterlassene Parolen wie „NBD zerschlagen“, „NBD stoppen“ und „Wohnung eines Nazikaders“ wiesen auf die Täterschaft Autonome hin. Es schlossen sich Protestaktionen der autonomen Szene am 13. Juni, dem Tag der Kommunalwahlen, am 19. September, dem Tag der Landtagswahl sowie am 26. August, dem Tag der konstituierenden Stadtratssitzung in Dresden, an. Dabei kam es zu Störungen, Sachbeschädigungen und auch zu gewaltsamen Übergriffen. Schließlich wurde in der Nacht zum 5. Oktober auf dem Wohngrundstück desselben NB-Funktionärs dessen dort abgestellter Transporter in Brand gesetzt. Da gleichzeitig am Fahrzeug der Spruch „Gute Heimreise NPD“ angebracht worden war, weist der Anschlag auch einen Bezug zum Vorsitzenden der NPD-Landtagsfraktion auf, der zu diesem Zeitpunkt auf dem Grundstück gewohnt haben soll. Berichte und Stellungnahmen zur Thematik fanden sich insbesondere auf der Homepage *VENCEREMOS*. Daraus gehen kaum verhohlene Drohungen gegen Infrastruktur und Sachwerte mit NPD-Bezug hervor, entsprechende Straftaten werden als „Schadensbegrenzung“ charakterisiert. So heißt es dort unter Bezugnahme auf einen zuvor erfolgten Angriff auf einen rechtsextremistischen Szeneladen in Dresden: „Dass das erst der Anfang ist, ist klar. Auch wenn die Landtags-Neo-Nazis vorerst im Landtag geschützt sein werden, wird diese Sicherheit mehr als trügerisch sein. Sie fahren Autos, mieten Wahlkreisbüros, beschäftigen Mitarbeiter, nutzen Infrastrukturen, und und und. Dies alles und noch viel mehr, wird in Zukunft verstärkt in den Fokus der radikalen Linken rücken.“ Und: „Lange wird der Traum nicht wahren. Schon im Vorfeld der Wahlen fanden in Sachsen und Dresden verschiedenste antifaschistische Aktionen gegen die NPD statt. So wurden Hunderte von Plakaten entsorgt (...), in Görlitz das Auto eines NPDlers aufs Kreuz gelegt und und und.“¹⁵⁷

Dresdener Autonome beteiligten sich auch an der von sächsischen Antifagruppen getragenen Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“, die sich gegen die Existenz und Akzeptanz so genannter „Naziläden“ als Teil eines rechtsextremistischen Netzwerkes richtete und deren Schließung forderte. In diesem Zusammenhang kam es in Dresden zu einer Reihe von Sachbeschädigungen an Objekten, die zumindest im Nachgang von der Kampagne thematisiert wurden. Außerdem wurde im Anschluss an eine Spontandemonstration der autonomen Szene am 19. September in Dresden ein Ladengeschäft angegriffen, nachdem aus einer Menge von etwa 30 bis 50 teilweise vermummten

¹⁵⁵ Schreibweise wie im Original.

¹⁵⁶ Demonstrationaufruf einer Antifa-Gruppe aus Finsterwalde; veröffentlicht im Internet am 30. Juli.

¹⁵⁷ Homepage *VENCEREMOS* vom 22. September 2004.

Personen heraus der Ruf „Dort ist ein Nazi-Shop“ ertönte. Anschließend wurde die Schaufensterscheibe eingeschlagen und Waren entwendet.

Die „antifaschistischen“ Aktionen der autonomen Szene galten allerdings nicht nur rechtsextremistischen Szeneläden, sondern wiederholt auch einer als Treffobjekt der rechtsextremistischen Szene genutzten Gaststätte. Anfangs kam es zu Sachbeschädigungen in Form von „Farbeier“-Würfen und Farbschmierereien an diesem Objekt und in dessen Umfeld, von denen „autonome antifas“ Fotos unter anderem auf der Homepage VENCEREMOS veröffentlichten. Auf einem Flugblatt forderte eine *ANTIFASCHISTISCHE GRUPPE XYZ*: „Weg mit dem Nazitreff!!!“ In der Nacht zum 17. September gossen dann Unbekannte etwa 250 Liter Jauche in den Kellereingang zur Gaststätte. Zuvor dichteten sie wahrscheinlich den vor dem Eingang befindlichen Bodeneinlauf ab. Hierzu erschien im Internet ein Bericht, der mit den Worten schloss: „Antifa goes biological warfare!“¹⁵⁸

Leipzig

Während das autonome Spektrum Dresden regelmäßig versuchte, Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene in der Landeshauptstadt zu stören, vertraten Leipziger Autonome in den vergangenen zwei Jahren die Auffassung, dass rechtsextremistischen Erscheinungsformen eine immer geringer werdende gesellschaftliche Bedeutung zukomme und widmeten sich daher der Suche nach neuen Aktionsfeldern. Nach den von rechtsextremistischen Parteien erzielten Wahlergebnissen bei den Kommunalwahlen am 13. Juni in Sachsen sowie der im Vergleich zum Vorjahr hohen Teilnehmerzahl bei einer Demonstration von Neonationalsozialisten am 1. Mai in Leipzig waren allerdings bereits im Juni erste Anzeichen einer erneuten Thematisierung rechtsextremistischer Strukturen und Aktionen innerhalb der autonomen Szene Leipzigs zu verzeichnen. Erstmals seit zwei Jahren konnte eine intensive Mobilisierung zu Aktivitäten gegen die vom Hamburger Neonationalsozialisten Christian WORCH für den 24. Juli (später abgesagt) und 3. Oktober angemeldeten Demonstrationen innerhalb der autonomen Szene Leipzigs verzeichnet werden. Auch das *BgR* gab seine ablehnende Haltung bezüglich direkter Aktionen gegen die Demonstrationen des Christian WORCH auf und mobilisierte zu Aktivitäten gegen dessen Aufzüge. Auch in diesem Zusammenhang machte das *BgR* jedoch deutlich, dass man sich einerseits gegen Angriffe

der rechtsextremistischen Szene zur Wehr setzen, andererseits die bürgerliche Gesellschaft „als den Nährboden für faschistische Ressentiments zu bekämpfen“ habe.¹⁵⁹

Ein weiteres zentrales Thema des *BgR* war, wie bereits im vorangegangenen Jahr, das angebliche Großmachtsstreben Deutschlands im Rahmen der Europäischen Union. Im Rahmen der Kampagne „Die neue Heimat Europa verraten“ organisierte das *BgR* gemeinsam mit dem *AFBL* Veranstaltungen in mehreren Bundesländern, in denen sie die Hintergründe ihrer Kampagne erläuterten und zur Demonstration „Die neue Heimat Europa verraten. Keine Kollaboration mit der europäischen Nation!“ am 24. Juli in Leipzig mobilisierten. Trotz der sehr umfangreichen bundesweiten Mobilisierung blieb die Teilnehmerzahl mit rund 200 Personen deutlich unter den Erwartungen der Organisatoren, die bei der Anmeldung von 400 Personen ausgegangen waren.



Demonstration am 24. Juli in Leipzig

Foto: INDYMEDIA

Insgesamt hat sich das *BgR* im Berichtsjahr in einzelnen Punkten (Kritik am angeblichen Antiamerikanismus und Antizionismus der Antiglobalisierungs- und Friedensbewegung) weiter „klassischen“ antideutschen Positionen angenähert. Es ist jedoch auch weiterhin der autonomen Szene Leipzigs zuzurechnen.¹⁶⁰

Der *AFBL* trat, abgesehen von der gemeinsam mit dem *BgR* organisierten Kampagne „Die neue Heimat Europa verraten“, kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Die Gruppe unterstützte im Berichtsjahr lediglich einzelne Demonstrationen auch außerhalb Sachsens, darunter die von der Erfurter linksextremistischen Szene organisierte Demonstration „Deutschland hassen!“ aus Anlass der offiziellen Feierlichkeiten zum „Tag der deutschen Einheit“ am 3. Oktober in Erfurt.

¹⁵⁸ Deutsche Übersetzung: „Antifa beginnt mit biologischer Kriegsführung“.

¹⁵⁹ Beitrag „Ausschlafen gegen rechts?“ eines *BgR*-Mitglieds, veröffentlicht auf der Homepage des *BgR* im Oktober 2004 und in der *JUNGLE WORLD* Nr. 41 vom 29. September 2004.

¹⁶⁰ Das so genannte antinationale/antideutsche Spektrum Deutschlands ist kein einheitlich definierbarer Personenzusammenhang, sondern ein Meinungsspektrum mit wechselnder personeller Zusammensetzung. In Leipzig wurde dieses Spektrum bis Mitte 2003 vor allem durch die *ANTIDEUTSCH-KOMMUNISTISCHE GRUPPE* (AKG) repräsentiert (siehe Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2003, S. 73 f.).

Die einzige Jugendgruppe innerhalb der autonomen Szene Leipzigs ist weiterhin die *JUGENDANTIFA TOMORROW*. Diese bezeichnet sich selbst auf ihrer Homepage als ein „gesellschaftskritisches Projekt von und für Jugendliche“. TOMORROW richtet sich an Jugendliche und bietet ihnen die Möglichkeit, Gesellschaftskritik aus linker Perspektive kennen zu lernen. Anstatt die Gesellschaft auf Veränderbarkeit in Teilbereichen zu untersuchen, solle „das Bestehende als Ganzes radikal hinterfragt und einer Kritik unterzogen werden“.

Der im Jahr 2001 ursprünglich als Dachorganisation für vier Jugendgruppen gegründeten TOMORROW gehörten – eigenen Angaben zufolge – auch im Berichtsjahr lediglich die Gruppen TOMORROW NORD und TOMORROW SÜD an. Das „Tomorrow-Cafe“ wurde – bis auf eine Sommerpause – auch im Berichtsjahr kontinuierlich fortgeführt. Im Rahmen dieser seit Dezember 2000 bestehenden Veranstaltungsreihe werden Jugendlichen unter 20 Jahren linke Theorien vermittelt. Themen waren im Berichtsjahr unter anderem die Globalisierung sowie „Gewalt und Gesellschaft“.

Für die autonome Szene Leipzig ist das Internet inzwischen eines der wichtigsten Kommunikationsmedien. Vor allem zur Veröffentlichung von Aufrufen zu und Berichten über Demonstrationen und sonstige Veranstaltungen sowie zur Selbstdarstellung nutzen die Leipziger Autonomen das Internet. Besondere Bedeutung kommt hierbei der Homepage LEFT-ACTION zu, einem Internetportal „linksradikaler Gruppen und linker Projekte aus Leipzig“. Gruppierungen wie das BgR und die *JUGENDANTIFA TOMORROW* verfügen zudem über eigene Homepages.

Die Leipziger Szenezeitschrift *INCIPITO* – das Nachfolgeprojekt der im März 2002 eingestellten Szenezeitschrift *KLAROFIX* – erschien im Berichtsjahr unregel-



mäßig. In ihren Ausgaben widmet sich die *INCIPITO* den aktuell in der linksextremistischen Szene diskutierten Themen. Die Beiträge werden mehrheitlich von einem festen Autorenkreis erstellt. Zudem nutzen linksextremistische Gruppierungen, wie das BgR, die *INCIPITO* zur Veröffentlichung von eigenen Beiträgen bzw. Stellungnahmen.

Zentrale Anlaufstelle der autonomen Szene Leipzig ist weiterhin das „Conne Island“. In den Räumlichkeiten dieses Jugend- und Kulturzentrums führen Gruppierungen, darunter das BgR und der AFBL, auch öffentliche Veranstaltungen durch.

Marxistisch-Leninistische Bestrebungen

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-OST)

Gründung:	Januar 1990
Sitz:	Berlin
Nebenorganisation:	KOMMUNISTISCHER JUGENDVERBAND DEUTSCHLANDS (KJVD)
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesorganisation Sachsen
Mitglieder 2003	
bundesweit:	ca. 200
Sachsen:	weniger als 80
Mitglieder 2004	
bundesweit:	ca. 200
Sachsen:	weniger als 50
Publikationen:	DIE ROTE FAHNE
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten

Die KPD-OST wurde 1990 in Ostberlin von ehemaligen Mitgliedern der SED gegründet¹⁶¹. Sie sieht sich in der Nachfolge der 1918 gegründeten KPD, die 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) aufgegangen war und deren revolutionär-marxistische Traditionen sie fortführen will.

Das Mitgliederpotenzial ist seit der Parteigründung stark zurückgegangen. Von den ursprünglich ca. 5.000 Mitgliedern gehört heute nur noch ein Bruchteil der Partei an. Der Landesorganisation Sachsen dürften insgesamt weniger als 50 Mitglieder angehören. Der Versuch der KPD-OST, ihren ursprünglich auf die neuen Bundesländer begrenzten Wirkungskreis auf die

alten Bundesländer auszudehnen, verlief wenig erfolgreich. Zwar gelang es ihr, dort ebenfalls Organisationsstrukturen aufzubauen. Nennenswerte Mitgliederzahlen erreichte sie jedoch nicht.

Politische Zielsetzung

Die KPD-OST bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin und strebt die „Ablösung dieser parasitären, historisch überlebten imperialistischen Gesellschaft“¹⁶² an.

Als ihre Hauptaufgaben definiert sie deshalb: „Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und ihre Überführung in Volkes Hand, die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft“¹⁶³ sowie „die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die Schaffung eines Arbeiter- und Bauernstaates“.¹⁶⁴

Die Partei vertritt in ihrem Programm die Auffassung, dass die DDR das Beste war, was die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten bis heute in Deutschland erkämpft haben.¹⁶⁵

Aktuelle Entwicklungen und Aktivitäten

Auch im Berichtsjahr war die KPD-OST – ähnlich wie ihre Jugendorganisation KJVD – öffentlich kaum wahrnehmbar. Ausnahmen bildeten lediglich Kranzniederlegungen u. a. in Sachsen anlässlich traditioneller Gedenktage (z. B. am 1. und am 8. Mai) und Aktivitäten einzelner Mitglieder z. B. im Zusammenhang mit Gegenaktivitäten zu den Demonstrationen von Neonationalsozialisten in Leipzig.

Am VI. Jungentreffen des KJVD vom 3. bis 5. September in Thüringen nahmen Mitglieder der KPD-OST und des KJVD aus Sachsen teil. Es war dem Gedenken an den 60. Todestag des früheren KPD-Vorsitzenden Ernst THÄLMANN gewidmet.¹⁶⁶

An den im Berichtsjahr stattgefundenen Wahlen beteiligte sich die Partei im Freistaat Sachsen nicht.

¹⁶¹ Das Verbot der KPD auf Grund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. August 1956 bezieht sich nicht auf die neu gegründete KPD.

¹⁶² Programm der KPD, S. 39.

¹⁶³ Ebenda, S. 7.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 45.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 3.

¹⁶⁶ THÄLMANN wurde am 18. August 1944 im KZ Buchenwald hingerichtet.

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)

Gründung:	1968
Sitz:	Essen
Nebenorganisationen:	SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND (SDAJ)
Strukturen im Freistaat Sachsen:	Grundorganisationen: Döbeln, Dresden, Erzgebirge/Vogtland, Hoyerswerda, Leipzig
Mitglieder 2003	
bundesweit:	über 4.700
Sachsen:	ca. 35
Mitglieder 2004	
bundesweit:	über 4.500
Sachsen:	ca. 40
Publikationen:	UNSERE ZEIT (UZ) MARXISTISCHE BLÄTTER
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten

Die DKP besteht seit 1968. Der in Essen gegründeten Partei gehörten vor der Wiedervereinigung in den alten Bundesländern bis zu 40.000 Mitglieder an. Nach einem durch den Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa ausgelösten starken Mitgliederrückgang ist nun seit längerem eine Stagnation der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Seit 1992 ist die Partei bemüht, ihre Organisation auf das Gebiet der neuen Bundesländer auszuweiten. Bislang ist jedoch kein wesentlicher Durchbruch gelungen. In Sachsen gingen Aktivitäten von den Ortsgruppen in Döbeln, Dresden, Erzgebirge/Vogtland, Hoyerswerda und Leipzig aus.

Politische Zielsetzung

Die DKP hat auch nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Machtbereichs ihre ideologische Aus-

richtung nicht verändert. Der auf dem Parteitag im Jahr 2000 beschlossene Leitantrag bekennt sich zur revolutionären Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Als Ziel strebt sie eine klassenlose kommunistische Gesellschaft an, wobei der Sozialismus die historische Übergangsperiode darstellt.¹⁶⁷ Damit verbunden ist der grundsätzliche Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen.¹⁶⁸ Nach dem Verständnis der DKP ist die Arbeiterklasse die entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft.

Theoretische Grundlage ihres Handelns ist eine „wissenschaftliche“ Weltanschauung, deren Fundamente insbesondere von Marx, Engels und Lenin erarbeitet wurden.¹⁶⁹

Aktuelle Entwicklungen und Aktivitäten

Neben den traditionellen Gedenkfeierlichkeiten (u. a. am 1. Mai und am 1. September) beteiligten sich auch im Berichtsjahr sächsische DKP-Mitglieder an der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Berlin am 11. Januar.

Im Zentrum der Parteiaktivitäten stand die Teilnahme an den Europawahlen im Juni. Vor diesem Hintergrund fanden am 8. Mai in Zwickau und Dresden Veranstaltungen mit der stellvertretenden Parteivorsitzenden Nina HAGER¹⁷⁰ statt.

Da die DKP in keinem Parlament vertreten ist, war die Sammlung von Unterstützerunterschriften notwendig, um sich an den Wahlen beteiligen zu können. Die hierfür notwendige Anzahl wurde erreicht. Am Wahltag votierten bundesweit 0,1 % und in Sachsen 0,2 % der Wähler für die Partei.

Bereits im Jahr 2003 hatte der Bundesparteivorsitzende Heinz STEHR die Durchführung möglichst vieler Infostände und Aktionen gegen den Sozialabbau angekündigt¹⁷¹. Im Vorfeld der Europawahlen war eine Zunahme diesbezüglicher Aktivitäten zu verzeichnen; Mitglieder der DKP wirkten an der Organisation der „Montagsdemonstrationen“ in verschiedenen Städten, auch in Sachsen, mit.¹⁷²

An der sächsischen Landtagswahl und den hiesigen Kommunalwahlen beteiligte sich die DKP im Berichtsjahr nicht.

¹⁶⁷ Statut der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP).

¹⁶⁸ UNSERE ZEIT (UZ) vom 5. Juli 2002, S. 2.

¹⁶⁹ UZ – Sonderbeilage Frühjahr 2002, Seite VII (Entwurf eines neuen Parteiprogramms).

¹⁷⁰ HAGER nahm auf dem Wahlvorschlag zur Europawahl den zweiten Listenplatz ein.

¹⁷¹ UZ vom 22. August 2003, S. 2.

¹⁷² UZ vom 8. Oktober 2004, S. 1.

Linksextremistische Strömungen in der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Nach ihrem Programm gibt die PDS sowohl Mitgliedern eine Plattform, die die „kapitalistische“ Gesellschaft „positiv“ zu verändern und schrittweise zu überwinden suchen, als auch jenen, die der „kapitalistischen“ Gesellschaft „Widerstand“ entgegensetzen wollen und sie fundamental ablehnen.¹⁷³

Hierauf basierend können sich nach dem Parteistatut Zusammenschlüsse sowohl unterschiedlicher politisch-ideologischer als auch themenorientierter Ausrichtung bilden. Sie haben das Recht, sich auf allen Ebenen der Parteigliederung unmittelbar in den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess einzubringen.¹⁷⁴

Bei einigen dieser Zusammenschlüsse ergeben sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass sie Ziele verfolgen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Es handelt sich um die Zusammenschlüsse:

- MARXISTISCHES FORUM DER PDS (MF)
- ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS (AG JG)
- KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (KPF DER PDS)

Verglichen mit der Gesamtmitgliederzahl der Partei – bundesweit ca. 65.800 Personen¹⁷⁵ – ist die Anzahl derer, die den linksextremistischen Zusammenschlüssen angehören, zwar gering. Jedoch haben Mitglieder dieser extremistischen Zusammenschlüsse Funktionen in der Partei inne. In vorangegangenen Jahren war es ihnen damit möglich, ihren politischen Vorstellungen

in der Partei Ausdruck zu verleihen und zu aktuellen Themen und Grundsatzfragen Akzente zu setzen.

Nachdem die Aktivitäten des MF in den letzten Jahren bereits eine rückläufige Tendenz aufwiesen, sind im Berichtsjahr sogar Auflösungserscheinungen innerhalb des sächsischen Landesverbandes festzustellen.

In einem Rundbrief¹⁷⁶, der an die Mitglieder und Interessenten des MF Dresden gerichtet ist, berichtet deren Sprecher über die Entwicklung der Gruppierung. Er resümiert, dass es dem MF nicht gelungen sei, die Erkenntnisse des Marxismus in die Politik der PDS einfließen zu lassen und bezeichnet das „Projekt“ als gescheitert. Der Sprecher schlägt vor, gemeinsam mit Marxisten aus Nicht-PDS-Strukturen zusammenzuarbeiten. Er ruft deshalb alle verbliebenen MF-Mitglieder und interessierten Genossen auf, sich an den Aktivitäten des KOMMUNISTISCHEN AKTIONSBÜNDNISSES DRESDEN (KAD) zu beteiligen.

Der Brief ist kennzeichnend für die derzeitige Situation des MF. Offenbar enttäuscht über das Unvermögen, eigene Positionen in der Politik der PDS ausreichend kenntlich zu machen, zieht sich das MF weiter aus der Parteiarbeit zurück. Einzelne Mitglieder orientieren sich in anderen Gruppierungen neu oder sind aus dem MF ausgetreten. Die Aufforderung an die Mitglieder, sich im KAD zu engagieren, kommt faktisch der Auflösung der Dresdner Gruppierung gleich. Die Leipziger Gliederung des MF soll weiterhin in der PDS verbleiben.

Die AG JG löste sich bereits im Jahr 1998 auf Bundesebene auf, hingegen besteht der sächsische Landesverband nach wie vor. Im Berichtsjahr gingen von ihm jedoch keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen aus.

Nur die KPF war im Berichtsjahr aktiv.¹⁷⁷

¹⁷³ Programm der PDS. Programmpunkt IV: Veränderung mit der PDS - Selbstveränderung der PDS. Beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS, 25./26. Oktober 2003.

¹⁷⁴ Statut der PDS. Beschlossen auf der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS; bestätigt durch die Urabstimmung vom 19. August bis 20. September 1991; verändert durch die 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS, 17. bis 19. Januar 1997, S. 34.

¹⁷⁵ Stand der Mitgliederstatistik: 31. Dezember 2003. Veröffentlichung der PDS-Bundesgeschäftsstelle auf der Homepage der PDS.

¹⁷⁶ DER ROTE AUFBAU Nr. 43 vom Februar 2004, ohne Seitenzahlen.

¹⁷⁷ Siehe auch Beitrag zur KPF.

KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (KPF DER PDS)

Gründung:	Dezember 1989
Sitz:	Berlin
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband, Regionalgruppen in Chemnitz, Dresden und Leipzig
Mitglieder 2003	
bundesweit:	ca. 1.500
Sachsen:	ca. 60
Mitglieder 2003	
bundesweit:	ca. 1.000
Sachsen:	ca. 60
Publikation:	MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS
Präsenz im Internet:	Vorstellung der KPF auf der Internet-Homepage der PDS

Kennzeichen:



Die am 30. Dezember 1989 in Buckow bei Berlin gegründete KPF verkörpert eine linksextremistische Strömung mit marxistisch-leninistischer Weltanschauung innerhalb der PDS.

Auf dem Parteitag im Oktober 2004 wurde Sahra WAGENKNECHT, Mitglied des Bundeskoordinierungsrates der KPF, von den Delegierten mit 61,1 % erneut in den Parteivorstand der PDS gewählt.

Die in allen neuen sowie in fünf alten Bundesländern vertretene KPF gliedert sich in den Bundesverband

sowie in Landesverbände¹⁷⁸. Internetangaben zu Folge gibt es in Sachsen Strukturen in den Großstädten Chemnitz, Dresden und Leipzig¹⁷⁹.

Auf Bundesebene wird die KPF vom Bundeskoordinierungsrat (BKR) geleitet und vom Bundessprecherrat (BSR) vertreten. Alle Landesverbände müssen nach der Satzung im BKR vertreten sein. Über Aufbau und Zusammensetzung des BKR entscheidet das höchste Gremium, die Bundeskonferenz. Diese ist mindestens einmal jährlich einzuberufen und beschließt die „politischen Grundorientierungen für die Tätigkeit“ der KPF. Sie wählt auch die Mitglieder des BKR und die des BSR. Der BKR wird dabei alle zwei Jahre neu gewählt. Ihm gehören 22 Personen an; zwei davon sind Mitglied im Landesverband der KPF Sachsen. Im vierköpfigen BSR ist die KPF Sachsen nicht vertreten.

Auf Kreis- und Regionalebene können Koordinierungsorgane gewählt werden; auf Landesebene werden Koordinierungs- und Sprecherräte gewählt. Sie haben die Aufgabe, die Aktivitäten auf Kreis-, Regional- und Landesebene zu koordinieren und arbeiten eng mit den Vorständen der PDS zusammen. Sprecher bzw. Sprecherräte sind autorisiert, den Standpunkt der KPF der jeweiligen Organisationsebene zu erläutern und zu vertreten.

Grundsätzlich steht die KPF laut Satzung auch Personen offen, die nicht Mitglied der PDS sind. Sie können gemäß Statut der PDS durch Mehrheitsbeschluss ihrer KPF-Gliederung alle Mitgliederrechte der PDS wahrnehmen¹⁸⁰.

Politische Zielsetzung

Die in der KPF organisierten Kommunisten fühlen sich nach wie vor der marxistisch-leninistischen Ideologie verbunden. Sie sehen im angestrebten Sozialismus eine Gesellschaftsordnung, in der die Dominanz des Privateigentums an den Produktionsmitteln aufgehoben ist.¹⁸¹ Nach Sahra WAGENKNECHT, Mitglied des BKR, ist damit der „Bruch“ mit der derzeit herrschenden „kapitalistischen“ Gesellschaftsordnung untrennbar verbunden.¹⁸²

In der kommunistischen Wahrnehmung ist die „kapitalistische Gesellschaftsordnung“ eine begriffliche Kennzeichnung der freiheitlichen Verfassungsordnung in Deutschland, die unmissverständlich abgelehnt wird.

¹⁷⁸ Satzung der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS, S. 35 f. Beschlossen auf der 2. Tagung der 6. Bundeskonferenz der KPF der PDS am 25./26. Februar 1995.

¹⁷⁹ Homepage der PDS Sachsen, Stand: 27. Mai 2003.

¹⁸⁰ Satzung der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS, S. 35 f. Beschlossen auf der 2. Tagung der 6. Bundeskonferenz der KPF der PDS am 25./26. Februar 1995.

¹⁸¹ Erklärung der Bundeskonferenz. In: MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS, 10/2003, S. 1 f.

¹⁸² Sahra WAGENKNECHT: „Zur Einschätzung des Leittrages für den Chemnitzer Parteitag und zu den nächsten Aufgaben im Rahmen der programmatischen Auseinandersetzungen“. In: MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS, 10/2003, S. 3 ff.

Zur eigenen kommunistischen Positionsbestimmung wird auf den historisch und politisch gescheiterten Versuch, in der DDR ein kommunistisch-autoritäres Staatsmodell zu begründen, positiv Bezug genommen.

Die KPF ist weiterhin bemüht, auf die Programmdebatte der PDS gestaltend Einfluss zu nehmen und den Standpunkt der PDS hinsichtlich der Formen der politischen Mitgestaltung im demokratischen Gemeinwesen inhaltlich mitzubestimmen.

Aktivitäten

Im Rahmen der 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS am 30./31. Oktober 2004 in Potsdam stand eine Modifizierung des Delegiertenschlüssels zur Diskussion. Die von der KPF befürchtete Änderung zu ihren Ungunsten wurde jedoch nicht beschlossen. Die KPF erhält, wie auch zu vorangegangenen Parteitag, fünf Mandate. Damit kam die vom Parteivorstand angestrebte Änderung des Statuts, die eine Schlechterstellung der KPF vorsah, nicht zum Tragen.

Die KPF brachte auf dem Parteitag einen Alternativantrag¹⁸³ zum Leitantrag der PDS ein. Sie fordert eine Analyse der bisherigen Ergebnisse der Regierungseteiligungen der PDS und daraus resultierende Schlussfolgerungen. Außerdem soll sich die PDS verpflichten, auf Bundesebene „wirkungsvolle Oppositionspolitik“ zu betreiben und den „wachsenden außerparlamentarischen Widerstand“ mit der „ernsthafte(n) parlamentarische(n) Oppositionsarbeit“ zu verbinden.

Mit diesem Antrag dokumentiert die KPF, dass die innerparteilichen Auseinandersetzungen, ob die PDS sich vorrangig als Oppositionskraft verstehen oder sich stattdessen darauf konzentrieren solle, in Landesregierungen zu gelangen, nicht beendet sind.

Der Alternativantrag wurde – wie von der KPF erwartet – mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit gelang es der KPF nicht, die PDS eindeutig auf ihre Oppositionsrolle festzulegen.

Auf dem Parteitag wurde keine abschließende Entscheidung über das Statut der PDS und damit auch nicht über den Status der Zusammenschlüsse innerhalb der Partei getroffen. Es wurde lediglich die Statutenkommission neu gewählt. Auf Grund der personellen Zusammensetzung dieses Gremiums rechnet die KPF mit Auseinandersetzungen bezüglich des Inhalts des Parteistatus.¹⁸⁴

Trotzkismus

Trotzkisten berufen sich auf die Ideologie von Leo Trotzki¹⁸⁵, einem maßgeblichen Akteur der russischen Oktoberrevolution von 1917. Dieser vertrat mit seiner Theorie der „permanenten Revolution“ die Auffassung, dass sich eine Revolution nicht erst im nationalen Rahmen abspielen dürfe, sondern der Beginn einer Weltrevolution sein müsse. Dieser gewaltsame Prozess ende letztlich mit der Errichtung der „Diktatur des Proletariats“. Das Konzept trotzkistischer Gruppen orientiert sich darüber hinaus auch an den Ideen anderer orthodox-kommunistischer Vordenker wie Marx, Engels und Lenin.

Zu den klassischen Methoden trotzkistischer Einflussnahme gehört die Taktik des Entrismus. Darunter wird die Unterwanderung meist sozialdemokratischer Parteien und gewerkschaftlicher Organisationen verstanden. Kader der unterwanderten Organisation bzw. Partei sollen aus dieser ideologisch herausgelöst und für die Stärkung der eigenen trotzkistischen Gruppe gewonnen werden. Aktuelles Beispiel sind die Versuche, Einfluss auf die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG)¹⁸⁶ zu erlangen.¹⁸⁷

Die etwa 21 in der Bundesrepublik aktiven Sektionen und Resonanzgruppen trotzkistischer Gruppen und Zirkel werden überwiegend von einem der zahlreichen internationalen Dachverbände angeleitet. Die Mehrzahl der Gruppen entwickelte auf Grund ihrer geringen Anhängerzahlen und Ressourcen nur verhaltene Aktivitäten. Derzeit umfasst die trotzkistische Bewegung bundesweit etwa 1.700 und in Sachsen etwa 30 Mitglieder.

Die in Sachsen aktivste trotzkistische Gruppierung war auch im Jahr 2004 die SOZIALISTISCHE ARBEITERGRUPPE (SAG), deutsche Sektion des in London ansässigen internationalen Dachverbandes INTERNATIONAL SOCIALISTS (IS). Die als LINKSRUCK - NETZWERK auftretende SAG ist in Sachsen mit einer Ortsgruppe in Chemnitz vertreten.

An den Europawahlen 2004 nahm die in Sachsen kaum Aktivitäten entwickelnde PARTEI FÜR SOZIALE GLEICHHEIT; SEKTION DER VIERTEN INTERNATIONALE (PSG) teil. Sie erhielt in Sachsen 0,2 % der abgegebenen Stimmen.

Zu den Kommunal- und Landtagswahlen traten keine trotzkistischen Gruppierungen an.

¹⁸³ Leitantrag an die 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS: „In Fraktionsstärke zurück in den Deutschen Bundestag“. In: MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS, 10/2004, S. 27 ff.

¹⁸⁴ Ellen BROMBACHER, Kommentar „Parteitagssnatchese“. In: MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS, 11/2004, S. 2.

¹⁸⁵ Pseudonym für Leo Davidowitsch Bronstein (1879-1940).

¹⁸⁶ Kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

¹⁸⁷ Siehe LINKSRUCK Nr. 185 vom 29. September 2004, S. 1, 4 und 5 sowie LINKSRUCK „ARGUMENTE“ Heft 5, 10/2004, S. 26 ff.

Linksextremistische Publikationen und solche, in denen Linksextremisten publizieren

Die Auswahl enthält die aus Sicht des LfV Sachsen für die bundesweite und sächsische Szene bedeutendsten Publikationen.

Im Freistaat Sachsen herausgegebene Publikationen sind **fett** gedruckt.

Publikation	Herausgeber/ Verantwortlicher	erscheint	Auflage	abrufbar im Internet
CEE IEH – DER CONNE ISLAND NEWSFLYER	CONNE ISLAND	monatlich	unbekannt	ja
DIE ROTE FAHNE	Zentralkomitee der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-Ost)	monatlich	ca. 1.000	ja
DIE ROTE HILFE	Bundesvorstand der ROTEN HILFE e. V.	vierteljährlich	ca. 5.000	teilweise
DIREKTE AKTION	FREIE ARBEITERINNEN UND ARBEITER UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU/IAA)	alle zwei Monate	3.000 (Eigenangabe)	nein
GEGENSTANDPUNKT	GEGENSTANDPUNKT Verlags GmbH München	vierteljährlich	ca. 7.000	ja
GRASWURZELREVOLUTION – FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT	GRASWURZELREVOLUTION e. V.	zehn Ausgaben im Jahr	ca. 4.000	ja
INCIPTO	autonome Szene Leipzig	unregelmäßig	unbekannt	ja
INTERIM	linksextremistische autonome Szene Berlin	alle zwei Wochen	unbekannt	teilweise
JUNGE WELT	Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgesellschaft JUNGE WELT e. G.	werktäglich	ca. 12.000	ja
LINKSRUCK – SOZIALISTISCHE ZEITUNG	SOZIALISTISCHE ARBEITERGRUPPE (SAG) - LINKSRUCK	alle zwei Wochen	ca. 3.500	ja
MARXISTISCHES FORUM	MARXISTISCHES FORUM DER PDS (MF)	unregelmäßig	ca. 1.000	teilweise
MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS	Bundeskoordinierungsrat der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS (KPF DER PDS)	monatlich	1.450 (Eigenangabe)	ja

Publikation	Herausgeber/ Verantwortlicher	erscheint	Auflage	abrufbar im Internet
PHASE 2	BILDUNG PLUS KULTUR e.V.i.G, Berlin	vierteljährlich	ca. 3.500	ja
REBELL – JUGENDMAGAZIN DES JUGENDVERBANDES REBELL	Jugendverband der MARXISTISCH–LENINISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)	alle zwei Monate	unbekannt	teilweise
ROTE FAHNE	MARXISTISCH–LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)	wöchentlich	ca. 7.500	ja
ROTFUCHS	ROTFUCHS-Förderverein e. V.	monatlich	unbekannt	ja
SOLIDARITÄT – SOZIALISTISCHE ZEITUNG	SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN (SAV)	monatlich	ca. 3.000	ja
UNSERE ZEIT	Parteivorstand der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP)	wöchentlich	ca. 7.500	ja

Ausländerextremismus

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der ausländerextremistischen Bestrebungen

Wesentliche gemeinsame Merkmale ausländerextremistischer Bestrebungen sind:

- das Ziel, die herrschende Gesellschaftsordnung in den jeweiligen Heimatländern, zunehmend aber auch darüber hinaus, etwa in den Gastländern, abzuschaffen und sie durch eine zu ersetzen, die der Ideologie der einzelnen extremistischen Organisation entspricht,
- die Gefährdung auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen,
- Äußerungen und Aktivitäten, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, richten.¹⁸⁸

Im Einzelnen untergliedern sich ausländerextremistische Bestrebungen in

- islamisch-extremistische,
- linksextremistische,
- extrem nationalistische.

Islamistische Organisationen beabsichtigen, die bestehende Gesellschaftsordnung durch ein auf Koran (heilige Schrift des Islam¹⁸⁹) und Scharia (islamisches Rechtssystem) basierendes Gesellschaftssystem zu ersetzen. Ihrer Ansicht nach regelt der Islam alle Lebensbereiche einer Gesellschaft. Dementsprechend entspringe alle staatliche Herrschaft nicht dem menschlichen Willen, sondern gehe einzig von Gott (Allah) aus. Grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie das Prinzip der Volkssouveränität, das Mehrparteienprinzip und das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, lehnen Islamisten daher ab.

Linksextremistische Ausländergruppierungen streben nach der revolutionären Zerschlagung der jeweiligen Staatsordnung die Errichtung eines sozialistischen bzw. kommunistischen Systems an. Einige dieser Gruppierungen verfolgen aber auch ethnisch motivierte Unabhängigkeitsbestrebungen.

Extrem nationalistische Ausländerorganisationen haben ein übersteigertes Nationalbewusstsein, das anderen Nationen oder Personen anderer Nationalität die Gleichwertigkeit abspricht.

Häufig traten die extremistischen Bestrebungen gemeinsam mit separatistischen Zielsetzungen auf bzw. bedingten diese.

Den meisten ausländerextremistischen Gruppierungen dient die Bundesrepublik Deutschland und damit auch der Freistaat Sachsen vorwiegend als Ruhe- und Rückzugsgebiet. Mit ihren hiesigen Aktivitäten reagieren extremistische Gruppierungen vor allem auf politische Vorgänge in den Herkunftsländern. Außerdem haben sie sich hier Möglichkeiten erschlossen, finanzielle Mittel zur Unterstützung des Kampfes in der Heimat zu beschaffen.

Eine Sonderstellung nehmen kämpferische islamische Extremisten ein. Sie nutzen ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland auch, um u. a. terroristische Anschläge vorzubereiten bzw. hierfür unterstützend tätig zu sein. Selbst die Ausführung terroristischer Anschläge in Deutschland ist einzukalkulieren. Das Verhalten islamistischer Terroristen ist in hohem Maße konspirativ und irrational, was in derart ausgeprägter Form bisher bei keiner anderen in der Bundesrepublik Deutschland vertretenen ausländerextremistischen Gruppierung festgestellt werden konnte. Die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus ist daher weiterhin ein Arbeitsschwerpunkt der Sicherheitsbehörden.

¹⁸⁸ Ausländerextremistische Organisationen verbinden mit ihrer Propaganda u. a. die Verunglimpfung der jeweiligen Heimatregierung.

¹⁸⁹ Stellt die Sammlung der Offenbarung Gottes (Allahs) dar, die der Prophet Mohammed empfing.

Überblick in Zahlen¹⁹⁰

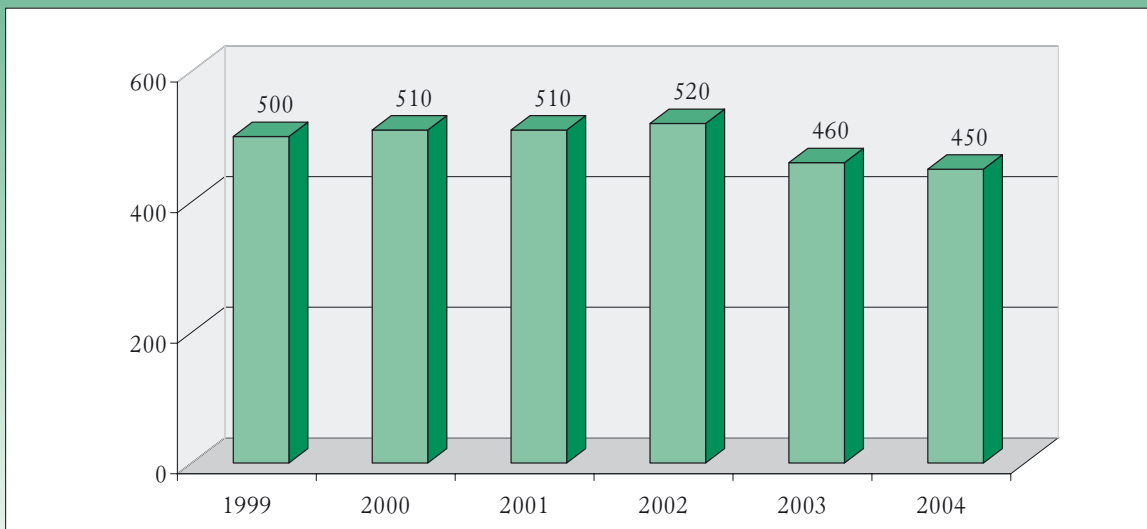
Der Anteil der extremistischen Ausländer im Freistaat Sachsen am bundesweiten ausländerextremistischen Personenpotenzial beträgt weniger als 1 %. Grund hierfür ist der in den neuen Bundesländern prozentual geringe Ausländeranteil bezogen auf die Gesamtbevölkerung. Während der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in Sachsen etwa bei 3 % liegt, beträgt er im bundesweiten Durchschnitt etwa 9 %.

Das Mobilisierungspotenzial einiger ausländerextremistischer Organisationen, wie VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA GEL)¹⁹², NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN (NWRI)¹⁹³ und ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN (API), das auch Anhänger und Sympathisanten aus den angrenzenden Bundesländern umfasst, kann die Anzahl der Mitglieder teils um das Mehrfache übersteigen.

Ausländerextremisten in der Bundesrepublik Deutschland¹⁹¹



Ausländerextremisten im Freistaat Sachsen



¹⁹⁰ Die Zahlenangaben sind z. T. geschätzt und gerundet. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass den Verfassungsschutzbehörden nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen individuelle Erkenntnisse vorliegen. Dies folgt schon daraus, dass die Verfassungsschutzbehörden hauptsächlich einen Strukturbeobachtungsauftrag haben; umfassende personenbezogene Erkenntnisse zur gesamten Mitgliedschaft der beobachteten Organisationen sind dafür nicht erforderlich.

¹⁹¹ Zahlenangaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

¹⁹² Siehe auch Beitrag zum KONGRA GEL.

¹⁹³ Siehe auch Beitrag zum NWRI.

Entwicklungstendenzen im Ausländerextremismus

Von den in Sachsen ansässigen Ausländern gehören lediglich etwa 0,4 % extremistischen Gruppierungen an. Bislang haben hier nur die linksextremistischen Organisationen KONGRA GEL und API Strukturen aufgebaut. Einen relativ großen Einfluss auf iranische Asylbewerber in Sachsen besitzt der NWRI. Durch gezielte Einflussnahme kann er speziell zu überregionalen Großveranstaltungen teilweise mehrere Hundert Personen mobilisieren. Andere ausländerextremistische Organisationen sind im Freistaat Sachsen lediglich durch Einzelmitglieder vertreten.

Von diesem äußerst geringen Potenzial kann keine tendenzielle Entwicklung abgeleitet werden. Nach wie vor reagieren die Mitglieder und Anhänger der ausländerextremistischen Organisationen entsprechend den Vorgaben der jeweiligen Führungen auf aktuelle Ereignisse.

Islamischer Extremismus / islamistischer Terrorismus

Islamische Extremisten, die ihre Religion als Rechtfertigung für terroristische Anschläge missbrauchen, bestimmten auch im Berichtsjahr das terroristische Geschehen. Beispielhaft seien dafür die Anschläge auf die Pendlerzüge in Madrid vom 11. März sowie das Geiseldrama in Beslan in der russischen Teilrepublik Nordossetien vom 1. bis 3. September genannt. Letzteres stellt eine neue Qualität im Hinblick auf Anschlagziel und Opfer dar: Etwa 400 Personen, darunter eine Vielzahl von Kindern, starben bei der Geiselnahme durch mehrheitlich tschetschenische Terroristen in einer Schule. Diese und andere Anschläge, aber auch ihre Vereitelung durch die Sicherheitsbehörden belegen, dass die



Terroranschlag am 11. März

Foto: picture alliance

Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus weltweit noch nicht nachhaltig verringert werden konnte. Diese Bedrohungslage gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland und korrespondierend dazu für den Freistaat Sachsen.

AL-QAIDA und ihr Netzwerk

Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem AL-QAIDA-Netzwerk zu. Die ursprünglich streng hierarchische Gliederung der AL-QAIDA-Organisation mit festen Komitee- und Kommandoebenen in Afghanistan agiert zunehmend dezentral und stützt sich auf ein weltweites Netzwerk islamistischer Kämpfer. Es ist davon auszugehen, dass sich die geistige Führerschaft bzw. der personelle Kern von AL-QAIDA vermutlich noch immer im Großraum Iran / Afghanistan / Pakistan aufhält und als „geistige Inspirationsquelle“ für den Dschihad¹⁹⁴ agiert sowie ggf. finanzielle, logistische und ideologische Unterstützung für Aktionen leistet. Durch permanente Drohbotschaften, die sowohl von arabischen Nachrichtensendern als auch im Internet ausgestrahlt werden, wird eine Drohkulisse für die gesamte Welt, insbesondere aber für die erklärten Feinde USA, Israel und deren Verbündete, aufrecht erhalten.

Arabische Mudjahidin

Insgesamt gehen terroristische Aktivitäten immer häufiger von regional agierenden, terroristisch orientierten islamistischen Gruppierungen aus. Deren Kämpfer, die so genannten arabischen Mudjahidin, wurden teilweise religiös indoktriniert und paramilitärisch in verschiedenen Lagern, z. B. in Pakistan, ausgebildet. Sie nahmen bereits an Kampfhandlungen etwa in Afghanistan, Tschetschenien und Bosnien teil.

Non-Aligned Mudjahidin

Darüber hinaus sind auch unabhängig agierende kämpferische Islamisten, die so genannten non-aligned Mudjahidin, innerhalb des Netzwerkes der arabischen Mudjahidin (unterstützend) terroristisch aktiv. Diese non-aligned Mudjahidin sind in kleinen autonomen Zellen unter einer Führungspersönlichkeit zusammengeschlossen. Sie beschaffen Gelder zur Finanzierung von Anschlägen, fälschen Pässe und beteiligen sich z. T. auch aktiv an der Planung und/oder der Durchführung terroristischer Anschläge.

Die verschiedenen Strömungen innerhalb des Netzwerkes eint die gemeinsame Ideologie vom weltweiten

¹⁹⁴ Dschihad heißt wörtlich „Bemühung, Anstrengung“ und bedeutet auch Kampf für die Sache Allahs. Die Mehrheit der Muslime bestreitet diesen Kampf friedlich, etwa als Kampf gegen das Böse in einem selbst. Für die Extremisten wird aus dem Kampf der „Heilige Krieg“, das heißt der bewaffnete Kampf bis hin zum Terror.

Djihad analog der AL-QAIDA-Maxime: „Es ist die Pflicht eines jeden Muslims, Juden und Amerikaner sowie deren Verbündete zu töten“.¹⁹⁵

Islamistische Propaganda

Eine besondere Rolle spielen die verschiedenen Audio- und Video-Drohbotschaften der AL-QAIDA-Führung, d. h. von Usama BIN LADIN und Aiman AL-ZAWAHIRI, und das nahezu inflationäre Auftreten z. T. bislang unbekannter Gruppierungen, die mit verschiedenen Statements im Internet Anschläge androhen und/oder ihre Urhebererschaft zu verschiedenen Attentaten bekunden.

Am 15. April hatte Usama BIN LADIN in einer Tonbandbotschaft den europäischen Regierungen eine dreimonatige Frist gesetzt, ihre Truppen aus dem Irak und Afghanistan abzuziehen. In dieser Zeit würde AL-QAIDA auf die Durchführung von Anschlägen verzichten. Die Audiobotschaft war von den arabischen Nachrichtensendern al-Arabiya und al-Djasira ausgestrahlt worden. Am 2. Juli meldete die in London ansässige arabische Zeitung Asharq al-Awsat, dass die ABU-HAFS-AL-MASRI-BRIGADEN¹⁹⁶ in einer Erklärung an das „Ultimatum“ erinnert hätten. Nur wenige Tage blieben, um den „Waffenstillstand“ anzunehmen. Die ABU HAFS AL-MASRI-BRIGADEN hatten sich in der Vergangenheit bereits zu diversen Anschlägen bekannt, etwa zu denen auf zwei Synagogen in Istanbul im November 2003, auf den UNO-Sitz in Bagdad im August 2003 sowie in Madrid am 11. März. Ferner bezichtigten sie sich ebenfalls der Anschläge in der Istanbul Altstadt am 10. August, wobei in diesem Fall jedoch die Täter mit hoher Wahrscheinlichkeit aus dem kurdischen Spektrum mit Bezug zum KONGRA GEL stammten.

Mit Ablauf des „Ultimatums“ tauchte eine Serie von Anschlagsdrohungen diverser Gruppierungen über verschiedene Medienträger, vor allem über das Internet, auf.

Am 15. August wurde im Internet eine Erklärung der JAMAAT AL-TAWHID AL-ISLAMIYA (dt.: Islamische Gemeinschaft der Einheit Gottes) / SHAHID UMAR AL-MUKHTAR bekannt. Darin wurde analog zu den Kommunikés der ABU-HAFS-AL-MASRI-BRIGADEN sämtlichen europäischen Ländern, die Truppen in den Irak entsandt haben, Vergeltung angekündigt.

Die ISLAMBULI-BRIGADEN erklärten sich für den Absturz zweier russischer Passagierflugzeuge am 24. August als auch für die Detonation eines Sprengsatzes am 31. August in der Nähe einer Moskauer Metro-Station verantwortlich, die durch eine tschetschenische Selbstmordattentäterin herbeigeführt wurde. Diese

Anschläge, die mit hoher Wahrscheinlichkeit jedoch auf tschetschenische Widerstandskämpfer zurückgehen, seien die Vergeltung für den gewaltsamen Tod von Muslimen in Tschetschenien. Es wurden weitere Anschläge angekündigt. Die ISLAMBULI-BRIGADEN hatten sich bereits Ende Juli auch zu dem Attentat auf den designierten pakistanischen Premierminister bekannt.

Weder die tatsächliche Existenz dieser Gruppierungen noch ihre oftmals vorgegebene Einbindung in die AL-QAIDA-Organisation konnten bisher nachgewiesen werden. Zudem kann bei einer Verbreitung von Drohbotschaften via Internet nur schwer der tatsächliche Urheber festgestellt werden. Ein angeblicher AL-QAIDA-Bezug soll vermutlich vielmehr die öffentliche Aufmerksamkeit steigern, um hinsichtlich der Drohungen Glaubwürdigkeit zu suggerieren und den eigenen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die gehäuften Drohungen verschiedener Gruppierungen vermitteln zwar den Anschein, dass es sich um Trittbrettfahrer handelt. Dennoch muss einkalkuliert werden, dass durch die Verlautbarungen Personen für die islamistische Ideologie gewonnen und sogar potenzielle Anhänger der militärischen Jihad-Variante motiviert werden. Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden geht von den Verlautbarungen jedoch keine punktuelle Gefährdung der Sicherheit aus. Allerdings besteht für Europa und Deutschland ein hohes abstraktes Gefährdungspotenzial, je länger die Situation im Irak, aber auch in Afghanistan und Palästina, instabil bleibt.

Lage in Deutschland

Die Gefährdung Deutschlands im Bereich des islamistischen Terrorismus ist unverändert abstrakt hoch. Deutschland dient nicht mehr nur als Rückzugsraum oder Basis für logistische Unterstützung, sondern steht selbst im Fokus des islamistischen Terrorismus. Dies belegen Erkenntnisse aus verschiedenen Ermittlungsverfahren sowie Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden der letzten Jahre. Sie zeigen, dass auch hier Anhänger des globalen AL-QAIDA-Netzwerkes mögliche Anschlagziele ausspähen bzw. Anschläge planen und vorbereiten. Allerdings sind dem AL-QAIDA-Netzwerk zugehörige Zellen nur schwer identifizier- und lokalisierbar.

Prozess wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung

Im Mai wurde vor dem Berliner Landgericht der Prozess gegen den Tunesier Ihsan GARNAOUI wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung

¹⁹⁵ „Fatwa“ (islamisches Rechtsgutachten) Usama BIN LADINs von 1998.

¹⁹⁶ Abu Hafs AL-MASRI war bis zu seinem Tod im Jahre 2001 in Afghanistan ein enger Weggefährte Usama BIN LADINs.

gemäß § 129 a StGB und anderer Delikte eröffnet. Dieser war nach einem Aufenthalt in einem afghanischen Ausbildungslager mit gefälschten Dokumenten nach Deutschland eingereist. Er verfolgte das Ziel, in Berlin Gleichgesinnte zur Durchführung von Anschlägen gegen jüdische und US-amerikanische Ziele in Deutschland zu rekrutieren. Durch Exekutivmaßnahmen im März 2003 in Berlin und Gelsenkirchen konnten Anschläge im Vorfeld verhindert werden. Es wurden chemische Substanzen zur Sprengstoffherstellung, Mobiltelefone und Armbanduhren sichergestellt, die als Zünder umfunktioniert werden sollten.

Förderung des Radikalisierungsprozesses

Radikal-islamische Prediger oder Mentoren in islamischen Zentren, Moscheen und Vereinen spielen nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden eine wesentliche Rolle beim Radikalisierungsprozess von Muslimen. Mit ihrer spezifischen, ahistorischen und extremen Auslegung der heiligen Schriften des Islam (Koran und Sunna¹⁹⁷) bauen sie ein Feindbild auf, das im Extremfall alle Personen umfasst, die nicht mit ihrer jeweiligen islamischen Überzeugung übereinstimmen. Es gibt Hinweise darauf, dass sie mit Hilfe von Vorträgen und Seminaren ihre Anhänger zielgerichtet ideologisch-religiös schulen.

Der KALIFATSSTAAT

Einer dieser radikalen Prediger ist Muhammad Metin KAPLAN, der Führer der Organisation KALIFATSSTAAT. Er wurde am 12. Oktober in die Türkei abgeschoben. Zuvor hatte das Verwaltungsgericht Köln seinen Antrag auf Abschiebeschutz abgelehnt.



Fahne des KALIFATSSTAATES

Der KALIFATSSTAAT war am 8. Dezember 2001 nach Inkrafttreten einer Änderung des Vereinsgesetzes verboten worden. Das Verbot erging, weil sich die Organisation in aggressiver Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip, richtete und mit den Grundprinzipien der parlamentarischen Demokratie unvereinbar war. Mit seinen Agitationen und seiner Hetze gegen die Türkei, Israel und andere Staaten sowie gegen Juden verstieß

der KALIFATSSTAAT gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Die verfassungsfeindliche Zielrichtung wurde in Publikationen, insbesondere in der organisationseigenen Zeitung ÜMMET-I MUHAMMED, und in über den Fernsehsender Hakk-TV verbreiteten Äußerungen deutlich.

Der 1984 gegründete KALIFATSSTAAT strebte unter der Führung seines selbsternannten „Emirs der Gläubigen und Kalif der Muslime“ Metin KAPLAN den gewaltsamen Sturz des türkischen Staatsgefüges sowie die Einführung einer islamistischen Ordnung auf der Grundlage der Scharia an. Endziel ist die Weltherrschaft des Islam unter der Führung eines einzigen Kalifen. Dabei versteht sich der KALIFATSSTAAT als Wiederbelebung des 1924 in der Türkei abgeschafften Kalifats. Für diese „Wiederbelebung“ wurde seit 1996 der Djihad auch mit Einsatz des Schwertes und Inkaufnahme des Todes verbal propagiert. Die Teilnahme am Djihad wurde als Pflicht jedes Muslims dargestellt.¹⁹⁸

Im Freistaat Sachsen konnten bisher weder Aktivitäten der Gruppierung festgestellt noch Anhänger dieser Organisation lokalisiert werden.

Lage in Sachsen

Auf Grund der niedrigen Zahl der in Sachsen lebenden Ausländerextremisten ist das Potenzial fanatischer Islamisten bzw. Terroristen gering.

Nachrichtendienstliche Hinweise auf das Verhalten von Einzelpersonen (Äußerungen, Reiseaktivitäten, Geldtransfers etc.) nähren jedoch den Verdacht, dass auch in Sachsen Kontakte zum Umfeld islamistisch-terroristischer Organisationen bestehen. Allerdings sind hier bisher weder Strukturen radikal-islamischer Organisationen noch konkrete Anschlagplanungen bekannt geworden. Ebenso wenig können gegenwärtig direkte Bezüge einzelner Islamisten in Sachsen etwa zu Usama BIN LADIN bzw. zum AL-QAIDA-Netzwerk festgestellt werden.

Infolge ihrer Bedeutung für Radikalisierungs- und ggf. Rekrutierungsprozesse liegt das Augenmerk vor allem auf islamischen Einrichtungen in sächsischen Großstädten, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen vorhanden sind.

¹⁹⁷ Überlieferung zur vorbildlichen Verhaltensweise des Propheten Mohammed. Die Sunna umfasst die Gesamtheit seiner Aussagen, Handlungen und seines Gewährenlassens, die in den „Ahadith“ schriftlich gesammelt wurde. Die Sunna bildet neben dem Koran die wichtigste Richtschnur für das Alltagsleben gläubiger Muslime und ist gleichzeitig zentrale Schriftquelle der Scharia. Aus islamistischer Sicht bietet die Sunna für jede Handlung eine religiös angemessene Anweisung.

¹⁹⁸ Im Oktober 1998 nahmen türkische Sicherheitskräfte mehrere Personen in der Türkei fest, denen vorgeworfen wurde, an der Planung der Besetzung der Fatih-Moschee in Istanbul und an der Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags auf das Atatürk-Mausoleum in Ankara am 75. Jahrestag der Gründung der Türkischen Republik beteiligt gewesen zu sein. Unter den Festgenommenen sollen auch KAPLAN-Anhänger gewesen sein, die sich vorher in Deutschland aufhielten.

Kurdischer Extremismus

VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA GEL)

Gründung: November 1978:
ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)
April 2002: Umbenennung in FREIHEITS- UND DEMOKRATIEKONGRESS KURDISTANS (KADEK)
Oktober 2003: Umbenennung in KONGRA GEL (auch KGK)

Sitz: Nordirak

Betätigungsverbot¹⁹⁹: 26. November 1993

Organisation im Freistaat Sachsen: Strukturen vorhanden

Mitglieder/Anhänger 2003
bundesweit: ca. 11.500
Freistaat Sachsen: ca. 300

Mitglieder/Anhänger 2004
bundesweit: ca. 11.500
Freistaat Sachsen: ca. 300

Publikationen: SERXWEBUN

Präsenz im Internet: mit einer eigenen Homepage vertreten

Kennzeichen:



Die PKK, der KADEK und der KONGRA GEL stehen sowohl in den USA als auch in der Europäischen Union (EU) auf der Liste der terroristischen Organisationen. Die Aufnahme von KADEK und KONGRA GEL auf

diejenige der EU erfolgte im April. Der Rat der EU begründete dies damit, dass beide Bezeichnungen lediglich Aliasnamen für die bereits im Mai 2002 in diese Liste aufgenommene PKK seien.

Die PKK wurde 1978 mit dem Ziel gegründet, die langjährige Forderung türkischer Kurden nach einem autonomen Kurdenstaat durchzusetzen. Sie entwickelte sich sowohl in der Türkei als auch in Europa zur anhängerstärksten und kämpferischsten Kurdenorganisation. Ihr Mitbegründer und Führer Abdullah ÖCALAN wurde in der Türkei wegen Hochverrats und tausendfachen Mordes zum Tod verurteilt. Dieses Urteil wurde 2002 in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Trotzdem nimmt ÖCALAN bis heute maßgeblichen Einfluss auf alle Entscheidungen.

1984 schuf die PKK ihren militärischen Arm, die VOLKSBEFREIUNGSMEE KURDISTANS (ARGK), und begann den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat. Die terroristischen Anschläge beschränkten sich nicht auf das Territorium der Türkischen Republik. Ebenso waren türkische Bürger und Einrichtungen in anderen Staaten betroffen. In der Bundesrepublik Deutschland, wo sich die größte Gruppe der in der Diaspora lebenden türkischen Kurden aufhält, wurde der PKK auf Grund ihrer Gewalttaten ab 1993 jegliche Betätigung verboten. Dennoch beschränkte sich die Organisation erst 1996, nach einer Gewaltverzichtserklärung ÖCALANs für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in der Öffentlichkeit auf politische Demonstrationen. Nach der Festnahme ÖCALANs im Februar 1999 kam es vorübergehend zu einem erneuten Aufflammen der Gewalt.

Die Führungsebene der PKK in Deutschland ist auch nach der Verkündung des so genannten Friedenskurses im Januar 2000 als kriminelle Vereinigung anzusehen.²⁰⁰ Dies folgt aus der Fortsetzung der Aktivitäten des „Heimatbüros“²⁰¹ und der „Bestrafungsaktionen“ (Körperverletzung, Bedrohung, Freiheitsberaubung) gegen Abweichler.

In der Bundesrepublik Deutschland gelten unter den etwa 500.000 hier lebenden Kurden ca. 11.500 als Mitglieder oder Anhänger des KONGRA GEL. Zu Großveranstaltungen gelingt es der Organisation jedoch, bis zu 40.000 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland und dem benachbarten Ausland zu mobilisieren.

¹⁹⁹ Das Betätigungsverbot bezieht sich auf die Bundesrepublik Deutschland und trifft nach der Umbenennung auch auf den KADEK und KONGRA GEL zu.

²⁰⁰ Vgl. Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs vom 21. Oktober 2004 im Rahmen des Revisionsverfahrens eines verurteilten PKK-Funktionärs in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 1-2/2005, S. 80.

²⁰¹ Siehe Abschnitt „Struktur“.

Strategie

Im Berichtsjahr setzte der KONGRA GEL seinen „Friedenskurs“ in Westeuropa fort. Durch die Initiierung von Kampagnen bemühte er sich, weiter im Blickfeld der Öffentlichkeit zu bleiben und sich als politische Partei darzustellen, die ein Recht darauf hat, als Partner in der politischen Diskussion anerkannt zu werden. Diese Kampagnen dienen außerdem der Motivierung der Anhängerschaft, deren Mobilisierungspotenzial eine leicht rückläufige Tendenz aufweist.

In ihrem Herkunftsgebiet erkannte die Organisationsführung bald, dass auch die „Gründung“ des KONGRA GEL, die tatsächlich jedoch nur eine weitere Umbenennung darstellte, und die angebliche Ausgliederung der Guerilla die Lage der PKK-Nachfolger nicht verbessert hatten. Deshalb regte Abdullah ÖCALAN im Gespräch mit seinen Anwälten an, eine neue PKK zu gründen. Ende März informierte der Vorsitzende des Verteidigungskomitees des KONGRA GEL über die Gründung eines KOMITEES ZUM NEUAUFBAU DER PKK. Diese neue PKK solle auf einer „APO²⁰²-istischen“ Philosophie basieren. Die KONGRA GEL-nahe Tageszeitung ÖZGÜR POLITIKA berichtete Ende März über den Wiederaufbau der PKK²⁰³. Dieser sei auf einem außerordentlichen Kongress beschlossen und durch das Vorbereitungskomitee begonnen worden²⁰⁴. Die bewaffneten Kräfte sollen wieder in die PKK integriert werden.

Im Berichtsjahr häuften sich in den kurdischen Siedlungsgebieten im Südosten der Türkei die Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der Guerilla des KONGRA GEL. Nahezu täglich berichtete die Presse von militärischen Kämpfen in der Region und Verlusten auf beiden Seiten. Seit Frühjahr veröffentlichte die ÖZGÜR POLITIKA mehrere Erklärungen der VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG)²⁰⁵, wonach die türkische Armee mit ihrem Vernichtungsfeldzug gegen den KONGRA GEL einen Krieg heraufbeschwören würde.²⁰⁶

Im Mai erklärte der HPG-Kommandorat schließlich, dass der einseitige Waffenstillstand gegenüber der türkischen Armee zum 1. Juni aufgekündigt würde. Der Kommandorat wies darauf hin, dass die Türkei nunmehr in punkto Investitionen und Tourismus ein Risikoland sei. Ansprechpartner für eine Lösung der Kurdenproblematik sei der „Vorsitzende APO“²⁰⁷. Gleichzeitig veröffentlichte der HPG-Kommandorat folgende seiner Forderungen²⁰⁸:

- Aufhebung der verschärften Isolationspolitik gegen die kurdische Führung,
- Anerkennung dieser als Vertretung des kurdischen Volkes,
- Abzug von Teilen der Armeeeinheiten und Abschaffung des Ausnahmezustandes,
- Beendigung der Operationen gegen HPG-Kräfte.

Die türkische Regierung reagierte auf dieses Ultimatum ebenso wenig wie auf alle vorhergegangenen. Den Medien zufolge wurden die Auseinandersetzungen zwischen der Guerilla des KONGRA GEL und der türkischen Armee unverändert fortgesetzt. Im August detonierten zudem zwei Bomben vor Hotels in der Istanbuler Altstadt. Dabei starben zwei Menschen, weitere wurden verletzt. Kurz darauf explodierte in einer Istanbuler Vorstadt eine Gasabfüllanlage. Hierbei entstand nur Sachschaden. Obwohl sich neben einer kurdischen Gruppe auch die islamistischen ABU-HAFS-AL-MASRI-BRIGADEN zu den Anschlägen bekannten, ging die türkische Polizei davon aus, dass sie von einer Gruppierung aus dem Umfeld des KONGRA GEL durchgeführt wurden. Zwei Tage nach den Anschlägen veröffentlichte die ÖZGÜR POLITIKA die Selbstbezeichnung der FREIHEITSFALKEN KURDISTANS (TAK). Sie bekannten sich zu weiteren Anschlägen in der Türkei im Juni und Juli und kündigten weitere Angriffe auf touristische und ökonomische Ziele der Türkei an. In der Folge wurden im September ein weiterer Bombenanschlag auf eine Konzertveranstaltung und im Oktober Sabotageakte gegen zwei Hotels verübt, zu denen sich ebenfalls die TAK bekannten.

²⁰² APO ist der Name für Abdullah ÖCALAN, mit dem seine Anhänger ihre Zuneigung ausdrücken.

²⁰³ ÖZGÜR POLITIKA vom 26. März 2004, S.7.

²⁰⁴ ÖZGÜR POLITIKA vom 6. April 2004, S.1.

²⁰⁵ Siehe Abschnitt „Struktur“.

²⁰⁶ ÖZGÜR POLITIKA vom 11. März 2004, 21. März 2004, 30. April 2004, jeweils S. 1.

²⁰⁷ ÖCALAN wird hier als Vorsitzender bezeichnet, obwohl offiziell Zübeyir AYDAR seit „Gründung“ des KONGRA GEL zum Vorsitzenden und ÖCALAN zum gleichen Zeitpunkt zum „Kurdischen Volksführer“ ernannt wurde.

²⁰⁸ ÖZGÜR POLITIKA vom 29. Mai 2004, S. 1.

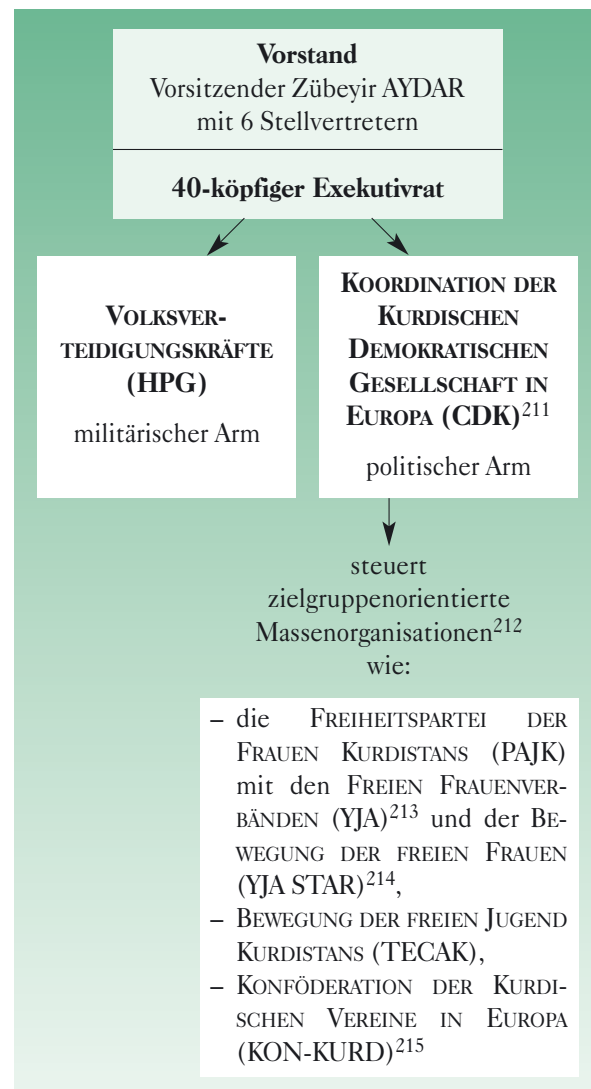
Spaltung in der Führungsebene des KONGRA GEL – Gründung einer neuen Partei

Ende 2003 verschärfen sich innerhalb der Führungsebene des KONGRA GEL kontroverse Auffassungen zu Führungsstil und Strategie der Organisation. Es kam zur Abspaltung einer Gruppe unter der Führung Osman ÖCALANs, des Bruders von Abdullah ÖCALAN. Osman ÖCALAN und seine Anhänger gründeten im Juni zunächst die DEMOKRATISCHE FRIEDENSINITIATIVE. Aus dieser entstand im August schließlich die PATRIOTISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI (PDP²⁰⁹). Nach offiziellen Verlautbarungen richtete sich Osman ÖCALAN damit gegen den bewaffneten Kampf als Mittel zur Lösung der Kurdenfrage in der Türkei. Die kurdische Freiheitsbewegung sei in eine ausweglose Lage geraten, die mit der neuen Partei in Zusammenarbeit mit den USA und den irakischen Kurden überwunden werden soll.

Seit bekannt werden der Neugründung polemisierte die ÖZGÜR POLITIKA gegen die „Verräter“. Es wurden Stellungnahmen Abdullah ÖCALANs und der Führung der HPG veröffentlicht, in denen das kurdische Volk aufgefordert wurde, „diese verräterischen Kollaborateure zu stellen und sie zu bekämpfen“. In einem Gespräch²¹⁰ mit seinen Anwälten erklärt Abdullah ÖCALAN, dass von den „Abtrünnigen“ Gefahr drohe und dass man ihnen schon viel eher „an die Kehle“ hätte gehen sollen.

In Westeuropa spielt die neue Organisation bislang keine Rolle. Ob sie auch hier einen Teil der Anhängerschaft des KONGRA GEL hinter sich vereinigen kann, bleibt abzuwarten.

Struktur



Daneben verfügt der KONGRA GEL über Organisationseinheiten, deren Aktivitäten besonderer Geheimhaltung unterliegen. Dazu gehört das so genannte Heimatbüro²¹⁶, das hauptsächlich für die Schleusung von Funktionären verantwortlich ist.

²⁰⁹ Kurdische Abkürzung: PWD; türkische Abkürzung: YDP.

²¹⁰ Gesprächsprotokoll des Treffens am 25. August 2004 auf der Homepage der TECAK vom 27. August 2004. Übersetzung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz.

²¹¹ Bis Juni 2004: KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION (YDK).

²¹² Die Massenorganisationen sind rechtlich selbständige Gruppierungen, die nicht vom Betätigungsverbot betroffen sind. Sie sind bemüht, die personelle und organisatorische Verflechtung mit dem KONGRA GEL zu tarnen.

²¹³ Politischer Arm, analog CDK (siehe oben).

²¹⁴ Militärischer Arm, analog HPG (siehe oben).

²¹⁵ Dachverband für Föderationen in europäischen Staaten mit Sitz in Brüssel, unter deren Führung die örtlichen, dem KONGRA GEL zuzurechnenden Vereine organisiert sind. In der Bundesrepublik Deutschland ist dies die FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. (YEK-KOM).

²¹⁶ Auch als ÜLKE-Büro bezeichnet.

1999 schlossen sich 29 kurdische Parteien und Organisationen im KURDISCHEN NATIONALKONGRESS (KNK)²¹⁷ zusammen. Zwar versteht er sich als politische Kraft, die die Interessen aller Kurden in der internationalen Politik vertritt. Jedoch nimmt der KONGRA GEL eine dominierende Stellung in dieser Organisation ein.

Die geografische Aufteilung ihres Einflussbereichs scheint die CDK nach der Umbenennung unverändert beibehalten zu haben. Das Territorium der Bundesrepublik Deutschland ist in drei Serits²¹⁸ (auch Saha) eingeteilt. Innerhalb dieser Serits erfolgt eine weitere Unterteilung in Gebiete (Bölge) und je nach zuzuordnender Anhängerzahl in Teilgebiete (Alan), in denen Vereine installiert werden, die die Einflussnahme des KONGRA GEL auf die hier lebenden Kurden ermöglichen sollen.

Der Freistaat Sachsen ist in etwa mit dem KONGRA GEL-Gebiet Sachsen identisch. Hier existieren die Teilgebiete Leipzig, Dresden und Chemnitz. Derzeit sind drei Vereine bekannt, die Bezüge zum KONGRA GEL aufweisen:

- KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V.,
- KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e. V.²¹⁹,
- DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. in Zwickau.

Alle genannten Vereine haben gemeinsam, dass im Falle der Auflösung das Vereinsvermögen laut Satzung an den KURDISCHEN ROTEN HALBMOND (HSK)²²⁰ fällt, der die Mittel ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken zuzuwenden habe.

Der KURDISCHE HAUS LEIPZIG e. V. und der DEUTSCH-KURDISCHE FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. in Dresden sind der YEK-KOM zuzurechnen. Der Vorsitzende des Dresdener Vereins wurde im Rahmen des diesjährigen YEK-KOM-Kongresses zu einem der fünf „Reservisten“ des 15-köpfigen YEK-KOM-Vorstandes gewählt.

Über Veranstaltungen im DEUTSCH-KURDISCHEN FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. in Zwickau, an denen auch Vertreter der CDK bzw. ihrer Vorgängerorganisation

teilgenommen haben sollen, berichtete die ÖZGÜR POLITIKA in der Vergangenheit mehrfach.

Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland

Der KONGRA GEL und dessen Frontorganisation YDK²²¹ bzw. CDK initiierten im gesamten Berichtszeitraum sowohl in der Türkei als auch in Europa fortlaufend Kampagnen, um das Interesse der Öffentlichkeit an der Kurdenproblematik, insbesondere aber am Schicksal Abdullah ÖCALANs wach zu halten.²²² Organisatoren waren die dem KONGRA GEL zuzurechnenden Massenorganisationen – für Westeuropa insbesondere die KON-KURD²²³, aber auch die TECAK und die YJA. Höhepunkte waren dabei wiederum zentrale Großveranstaltungen, zu denen mehrere Tausend Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland und dem benachbarten Ausland anreisten.

Mehrere Ereignisse wurden zum Anlass für Aktionen genommen, die teilweise mit gewalttätigen Ausschreitungen verbunden waren:

55. Geburtstag Abdullah ÖCALANs

Im April wurden in verschiedenen deutschen Städten Feierlichkeiten ausgerichtet.

Aufnahme des KONGRA GEL und des KADEK in die Liste der Terrororganisationen der Europäischen Union (EU)

Während der im April beginnenden Protestaktionen in ganz Europa entzündeten zehn Anhänger des KONGRA GEL in Krefeld Autoreifen und zeigten eine Fahne der PKK. In Bremen kam es im Rahmen einer Demonstration zu Handgreiflichkeiten zwischen Kurden und Türken.

Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Niederlande, die yezidisch-kurdische Politikerin und KNK-Angehörige Nuriye KESBIR an die Türkei auszuliefern

Gegen diese Entscheidung organisierten vor allem die TECAK und die YJA Protestveranstaltungen. In einem

²¹⁷ Siehe Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1999, S. 79.

²¹⁸ Serit Nord, Mitte und Süd. Die Grenzen der territorialen CDK-Einteilungen stimmen nicht exakt mit den politischen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland überein.

²¹⁹ Bis April 2004 DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V., danach bis Oktober 2004 KURDISCHES KULTURZENTRUM e. V. DRESDEN.

²²⁰ Der HSK nutzt den durch das Völkerrecht geschützten Namenstitel des Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) missbräuchlich. Er ist kein Mitglied des IKRK oder der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften. Dies ist auf Grund der allgemeinen Grundsätze nicht möglich. Demnach ist in jedem Land nur eine einzige nationale Organisation (für die Bundesrepublik Deutschland das Deutsche Rote Kreuz, für die Türkei der Türkische Rote Halbmond) zulässig.

²²¹ Siehe Abschnitt „Struktur“ zu CDK.

²²² Siehe Abschnitt „Strategie“.

²²³ Für Deutschland: YEK-KOM.

Brief an den niederländischen Justizminister bezeichnete der KNK das Urteil als ungerecht und forderte die Rücknahme der Entscheidung. Am 30. Oktober fand in Den Haag eine zentrale Großdemonstration zum Abschluss der Kampagne statt.²²⁴

„Isolationshaft“ Abdullah ÖCALANs und Aufnahme des KONGRA GEL in die Liste terroristischer Organisationen

Im Juni blockierten Mitglieder und Anhänger der TECAK mit einem Sitzstreik den Verkehr in Hagen (NRW). In der Hamburger Innenstadt verübten sie einen Anschlag mit einem Molotowcocktail. Diese Aktion sollte außerdem den Beschluss der HPG nach Aufhebung des Waffenstillstandes ab 1. Juni unterstützen.²²⁵

Revisionsverfahren Abdullah ÖCALANs vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)



Demonstration am 9. Juni in Straßburg Foto: picture alliance

FEYKA-KURDISTAN²²⁶ organisierte für den 9. Juni eine Demonstration in Straßburg. Diese fand unter dem Motto „Freiheit für Öcalan und freies Kurdistan“ statt. Daran beteiligten sich etwa 7.500 Kurden, die überwiegend aus Deutschland kamen. In den Ansprachen wurde betont, dass es nicht nur um die Person ÖCALANs ginge, sondern auch um die Freiheit und Identität aller Kurden. Die YJA und die TECAK ließen Grußbotschaften verlesen.

Gedenken an kurdische Märtyrer

Am 10. Juli trafen sich in Dortmund mehrere Tausend Personen zum „Internationalen ZILAN-Frauenfestival“, um der kurdischen Märtyrerin „ZILAN“ (Zeynep KINACI) zu gedenken.²²⁷ Die Veranstaltung unter dem Motto: „Frauen überwinden Grenzen und kommen zusammen!“ hatten das dem KONGRA GEL nahe stehende „Frauenbüro für Frieden – CENI“ und die Fraueninitiative „Freiheit für Leyla ZANA“ organisiert. Das Programm bestand u. a. aus Diskussionsrunden, musikalischen und folkloristischen Darbietungen und politischen Redebeiträgen.

Am 30. und 31. Juli beteiligten sich mehrere Tausend kurdische Jugendliche am „7. Mazlum-Dogan – Jugend-, Kultur- und Sportfestival“²²⁸ in Köln. In Botschaften der KONGRA GEL-Führung, der YJA und der TECAK seien sie aufgerufen worden, den Kampf zu verstärken und Widerstand zu leisten, bis ÖCALAN frei sei²²⁹.

Forderungen nach Freilassung Abdullah ÖCALANs und für kurdische Rechte

Auch in diesem Jahr demonstrierten am 15. Februar²³⁰ mehrere Tausend Anhänger Abdullah ÖCALANs vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Sie forderten „Freiheit für ÖCALAN und Frieden für Kurdistan“. Die Demonstranten trugen Porträts Abdullah ÖCALANs und Fahnen des KONGRA GEL.

Unter dem Motto: „Newroz ist Frieden, Freiheit und Demokratie“ fand am 20. März in Hannover die diesjährige zentrale Feier zum kurdischen Neujahrsfest statt. Es ist davon auszugehen, dass an dieser Veranstaltung auch Kurden aus Sachsen teilnahmen.

²²⁴ Am 8. November 2004 entschied der Oberste Gerichtshof der Niederlande, dass KESBIR vorerst nicht an die Türkei ausgeliefert werden dürfe, weil der niederländische Justizminister in seinem Ausweisungsbescheid die kritischen Berichte zur Menschenrechtssituation in der Türkei nicht berücksichtigt habe.

²²⁵ ÖZGÜR POLITIKA vom 5. Juni 2004, S.11.

²²⁶ Französische, KONGRA GEL-nahe Organisation analog der deutschen YEK-KOM.

²²⁷ ZILAN hatte im Juli 1996 anlässlich einer Militärparade in Tunceli (Ostanatolien/Türkei) ein Selbstmordattentat verübt, bei dem mindestens sechs Soldaten getötet worden sein sollen. Türkische Zeitungen hatten seinerzeit berichtet, dass sich die PKK zu diesem Anschlag bekannt hätte. ZILAN sei Mitglied der PKK gewesen.

²²⁸ Mazlum DOGAN war Funktionär der PKK. Er starb 1982 bei einem Hungerstreik in türkischer Haft und wird seitdem als Märtyrer verehrt.

²²⁹ ÖZGÜR POLITIKA vom 1. August 2004, S. 1.

²³⁰ Am 15. Januar 2004 jährte sich die Festnahme (nach Darstellung der PKK bzw. des KONGRA GEL Verschleppung auf Grund eines internationalen Komplotts) Abdullah ÖCALANs zum fünften Mal.



Newrozfeier am 20. März in Hannover Foto: picture alliance

Der Vorsitzende des KONGRA GEL sprach telefonisch zu den Anwesenden. Er stellte in Aussicht, dass der Kampf für die Freiheit Kurdistans fortgesetzt werde bis „unser Volk und unser Land frei sind. Die Guerilla in den Bergen Kurdistans ist die Garantie für unser Volk.“ Weiterhin wurden Grußbotschaften Abdullah ÖCALANs und verschiedener Organisationen, die der PKK bzw. ihren Nachfolgeorganisationen zugerechnet werden, verlesen. Die Polizei beschlagnahmte Fahnen mit dem Symbol der vom PKK-Betätigungsverbot mit betroffenen NATIONALEN BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK) und nahm acht Personen vorläufig fest. Das 12. Internationale Kurdische Kulturfestival fand am 25. September in Gelsenkirchen unter dem Motto „Kurdische Perspektiven – Wegweiser für Partnerschaft in Europa und im Nahen Osten“²³¹ statt. Die ÖZGÜR POLITIKA²³² berichtete ausführlich über das Ereignis. Demnach umrahmten kulturelle, folkloristische Beiträge politische Reden der Vorsitzenden der YEK-KOM und des KONGRA GEL. Sie hätten die Kurdenpolitik der Türkei sowie die „Komplotte“ gegen den KONGRA GEL und Abdullah ÖCALAN verurteilt. Die YJA, die TECAK, Abdullah ÖCALAN und ehemalige Abgeordnete der „Demokratiepartei“ (DEP)²³³ hätten

Grußbotschaften übermittelt. Während der Veranstaltung seien Fahnen des KONGRA GEL und der PAJK zu sehen gewesen.

Jugendliche Anhänger des KONGRA GEL marschierten ab dem 19. September zu Fuß unter dem Motto „Freiheit für Öcalan“ durch verschiedene deutsche Städte, um am 25. September den Veranstaltungsort in Gelsenkirchen zu erreichen. Infolge verbaler Provokationen kam es am 22. September in Hamm (NRW) zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den Jugendlichen und türkischsprachigen Passanten.

Im August starteten kurdische Jugendliche eine groß angelegte Unterschriftenkampagne. Dabei wurden sie vor allem von der TECAK unterstützt. Die Medien berichteten über die Aktivitäten einer „Freien Bürgerbewegung“ (ÖYH) bzw. einer „Initiative der Freien Bürgerbewegung“. In so genannten Bittbriefen wurden u. a. die Freilassung Abdullah ÖCALANs, die verfassungsmäßige Anerkennung des kurdischen Volkes, eine Entschuldigung für alle Vergehen gegenüber dem kurdischen Volk sowie die Bildung einer neutralen „Kommission für Gerechtigkeit und die Untersuchung der Wahrheit“ gefordert.

Europaweite Kampagne zur Einbeziehung der Kurden in die Entscheidung über die Aufnahme von Gesprächen zwischen der EU und der Türkei bezüglich eines EU-Beitritts

Die europaweite Kampagne startete am 1. November. Die Kurden²³⁴ forderten ihre Einbeziehung in die bevorstehende Beratung innerhalb der Europäischen Union (EU) hinsichtlich der Aufnahme von Gesprächen mit der Türkei bezüglich eines möglichen EU-Beitritts. Höhepunkt der Kampagne war eine Großdemonstration am 11. Dezember in Brüssel. Diese stand unter dem Motto „Die Kurden fordern den Dialog und eine Lösung“. Es nahmen mehrere zehntausend Personen, hauptsächlich aus der Bundesrepublik Deutschland, teil.

Ereignisse in Sachsen

Mitglieder und Anhänger des KONGRA GEL in Sachsen beteiligen sich regelmäßig an den überregionalen KONGRA GEL-initiierten Veranstaltungen. Die Organisation der Anreise erfolgt dabei häufig durch die kurdischen Vereine in Sachsen²³⁵. So nahmen in Sachsen

²³¹ Auf den Eintrittskarten war in kurdischer Sprache ergänzt: „Ein freier A. Öcalan ist ein demokratischer Tag des Nahen Ostens“.

²³² ÖZGÜR POLITIKA vom 26. September 2004, S.1.

²³³ Die DEP ist seit Anfang der 1990er Jahre in der Türkei wegen Unterstützung der PKK verboten. Die genannten Abgeordneten, darunter Leyla ZANA, waren 1994 wegen Verbindungen zur verbotenen PKK zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. Im Juni 2004 wurden sie zunächst vorzeitig aus der Haft entlassen. Seit Oktober 2004 wird der Fall in Ankara neu verhandelt.

²³⁴ Veranstalter war KON-KURD.

²³⁵ Siehe Auflistung im Abschnitt „Struktur“.

ansässige Kurden an der Demonstration am 15. Februar in Straßburg, am Newrozfest am 20. März in Hannover und am Festival am 25. September in Gelsenkirchen teil.

Zusätzlich agieren die Vereine auch in ihrer jeweiligen Region. In den letzten Jahren verliefen diese Veranstaltungen friedlich.

Am 21. Januar demonstrierten etwa 30 Mitglieder und Anhänger des Vereins KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V. unter dem Motto „Gegen Folter und Isolationshaft von politischen Gefangenen in der Türkei“ auf dem Leipziger Augustusplatz. Sie führten Fahnen mit dem Bildnis Abdullah ÖCALANs mit und verstießen dadurch gegen die Auflagen der Ordnungsbehörde. Hierauf machte die Polizei vor Ort aufmerksam, woraufhin der Versammlungsleiter das Einrollen der Fahnen anordnete und die Versammlung auflöste, da ihr Zweck nicht mehr erfüllt werden könne.

Am 7. Februar führten Mitglieder und Anhänger des DEUTSCH-KURDISCHEN FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. in Zwickau eine Kundgebung vor dem dortigen Rathaus durch. Die Demonstranten verteilten Handzettel an Passanten.

Infolge des Rückzugs einiger KONGRA GEL-Funktionäre aus der Organisation²³⁶ initiierte die YDK Volksversammlungen in den YEK-KOM-Vereinen, zu denen sie Funktionäre entsandte. In diesem Zusammenhang sprach im März eine Funktionärin des KONGRA GEL im DEUTSCH-KURDISCHEN FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. in Dresden über die jüngsten Entwicklungen.

Anlässlich des Geburtstags Abdullah ÖCALANs fand am 4. April eine Feier im KURDISCHEN KULTURVEREIN²³⁷ in Leipzig statt. Die ÖZGÜR POLITIKA berichtete²³⁸, dass eine Botschaft des VERBANDES DER STUDENTINNEN AUS KURDISTAN (YXK)²³⁹ verlesen worden sei.

Am 17. April demonstrierte der DEUTSCH-KURDISCHE FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. in Dresden unter dem Motto: „Verurteilung des Verbotes der KONGRA-GEL. Widerstand gegen die Aufnahme der KONGRA-GEL auf die Terrorliste durch die EU.“²⁴⁰ An der Veranstaltung beteiligten sich ca. 150 Personen.

Am 29. Mai demonstrierte der Verein erneut. Thema war diesmal u. a. der Protest gegen die Auslieferung der yezidisch-kurdischen Politikerin und KNK-Angehörigen Nuriye KESBIR aus den Niederlanden an die Türkei. Es beteiligten sich ca. 400 Personen.

Am 8. August veranstalteten das KURDISCHE HAUS LEIPZIG e. V. und der DEUTSCH-KURDISCHE FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. in Zwickau „Volksversammlungen“ zum Thema „Isolationshaft und Freilassung Abdullah ÖCALANs“. In Leipzig nahm ein Vertreter der YEK-KOM und in Zwickau ein Vertreter der CDK teil. Sie berichteten über die jüngsten Gespräche ÖCALANs mit seinen Anwälten.

Am 15. August veranstaltete der Verein KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V. eine Grillparty. Anlass dürfte der Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes der PKK im Jahr 1984 gewesen sein. Nach Berichten der ÖZGÜR POLITIKA²⁴¹ reihte sich die Party in eine Vielzahl dezentraler gleichartiger Veranstaltungen in der Türkei und in ganz Europa ein.

Am ersten Wochenende im Oktober hielt das KURDISCHE KULTURZENTRUM e. V. DRESDEN seinen Jahreskongress mit Vorstandswahl ab. Hier wurde auch die Namensänderung in KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e. V. beschlossen.

Anlässlich der Kampagne im Zusammenhang mit den Gesprächen zum EU-Beitritt der Türkei²⁴² berichtete die ÖZGÜR POLITIKA am 7. Dezember²⁴³ unter der Überschrift „Lasst uns unsere Stimme erheben“ von einer Versammlung in Leipzig. Daran soll „einer der Anwälte des kurdischen Volksführers Abdullah ÖCALAN“ teilgenommen haben.

²³⁶ Siehe Abschnitt „Spaltung in der Führungsebene des KONGRA GEL – Gründung einer neuen Partei“.

²³⁷ Es dürfte das Lokal des Vereins KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V. gemeint sein.

²³⁸ ÖZGÜR POLITIKA vom 5. April 2004, S.1.

²³⁹ Gehört zu den zielgruppenorientierten Massenorganisationen (siehe Abschnitt „Struktur“).

²⁴⁰ Vom Original der Anmeldung übernommen.

²⁴¹ ÖZGÜR POLITIKA vom 17. August 2004, S.11.

²⁴² Siehe Abschnitt „Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland“.

²⁴³ ÖZGÜR POLITIKA vom 7. Dezember 2004, S. 11.

Iranischer Extremismus

VOLKSMODJAHEDIN IRAN - ORGANISATION (MEK)²⁴⁴

Gründung:	1965 (im Iran)
Sitz:	Bagdad
Leitung:	Massoud RADJAVI
Publikationen:	u. a. MODJAHED (Glaubenskämpfer)
Kennzeichen:	



NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN (NWRI)

Gründung:	1981 (in Paris) in Deutschland vertreten seit 1994
Sitz:	Köln
Leitung:	Deutschland- sprecherin: Dr. Masoumeh BOLOURCHI

Mitglieder/Anhänger 2003

bundesweit:	ca. 900
Freistaat Sachsen:	Einzelne

Mitglieder/Anhänger 2004

bundesweit:	ca. 900
Freistaat Sachsen:	Einzelne

Publikationen:	MODJAHED LÖWE UND SONNE
-----------------------	----------------------------

Präsenz im Internet: mit einer eigenen
Homepage vertreten

Kennzeichen:



Die linksextremistische Organisation MEK ist die schlagkräftigste und kämpferischste iranische Oppositionsgruppe. Sie wird seit 2002 von den USA und der Europäischen Union als terroristische Vereinigung eingestuft. Der militärische Arm der MEK, die NATIONALE

BEFREIUNGSMEE (NLA), operierte vom Territorium des Irak aus und wurde vom irakischen Regime unter Saddam HUSSEIN unterstützt. Im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg wurden die Angehörigen der NLA von der amerikanischen Armee entwapfnet und inter- niert. Ihr Schicksal ist bislang ungeklärt.

Politischer Arm der MEK ist der weltweit agierende NWRI. Er organisiert die in der Diaspora lebenden Anhänger der MEK. Von den in Deutschland lebenden mehr als 100.000 iranischen Staatsangehörigen werden weniger als 1 % dem NWRI zugerechnet.

Der NWRI versucht, durch umfangreiche Propagandaaktivitäten den politisch-kulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem Iran zu stören und die iranische Führung im westlichen Ausland zu diskreditieren. Das Mobilisierungspotenzial für NWRI-Großveranstaltungen beträgt ein Vielfaches der Mitglieder- und Anhängerszahlen.

Eine weitere, nicht unbedeutende Aufgabe des NWRI besteht in der Beschaffung finanzieller Mittel für die propagandistische Arbeit und den bewapfneten Kampf in der Heimat. Zu diesem Zweck gründete der NWRI bundesweit oder regional agierende Tarnvereine. Ihr bekanntester war der im Oktober 2003 aufgelöste Verein FLÜCHTLINGSHILFE IRAN e. V. In früheren Jahren waren systematische und professionell organisierte Spendensammlungen dieser Tarnvereine zu beobachten. Auf Grund des erhöhten Verfolgungsdrucks durch deutsche Behörden wurden diese zumindest vorübergehend eingestellt.

Die Mitglieder und Anhänger des NWRI bzw. der MEK beschränken sich in Europa derzeit auf gewaltlose Aktionen. Dem NWRI ist daran gelegen, sich und die MEK als einzige politische Alternative zum derzeitigen iranischen Regime darzustellen und den Makel der Terrororganisation abzulegen.

Die bedeutendste Demonstration der Mitglieder und Anhänger der MEK und des NWRI in Westeuropa fand am 17. Juni statt. In der Pariser Vorstadt Auvers-sur-Oise trafen sich etwa 2.000 Mitglieder und Anhänger der Organisation. Sie erinnerten an die Festnahmen hochrangiger MEK-Funktionäre im Juni 2003.²⁴⁵ Darunter befand sich auch die Ehefrau des MEK-Führers, Maryam RADJAVI²⁴⁶. Das Programm enthielt Redebeiträge, u. a. von Maryam RADJAVI, und Musikdarbietungen. Die Veranstaltung verlief störungsfrei.

Im Freistaat Sachsen ansässige Mitglieder und Anhänger der MEK bzw. des NWRI beteiligen sich vor allem an überregionalen Veranstaltungen ihrer Organisation in anderen Bundesländern. Außerdem wurde in der Vergangenheit in Sachsen mittels Infoständen über die Organisation und die Situation im Iran informiert.

²⁴⁴ In Farsi: MODJAHEDIN-E-KHALGH.

²⁴⁵ Am 17. Juni 2003 führte die französische Polizei in der Pariser Vorstadt Auvers-sur-Oise eine Razzia durch. Dabei wurden 165 Personen, die der Führung der MEK zugerechnet werden, verhaftet. Neben diversen Demonstrationen kam es in London, Rom, Bern und Paris zu versuchten Selbstverbrennungen, an deren Folgen eine Exiliranerin verstarb. Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2003, S. 102.

²⁴⁶ RADJAVI war 1993 vom NWRI zur so genannten „künftigen Präsidentin des Iran“ gewählt worden.

ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN (API)

Gründung:	Herbst 1991
Sitz:	London
Leitung:	Kourush MODARESI
Organisation im Freistaat Sachsen:	Strukturen vorhanden
Mitglieder/Anhänger 2003	
bundesweit:	ca. 300
Freistaat Sachsen:	Einzelne
Mitglieder/Anhänger 2004	
bundesweit:	ca. 250 ²⁴⁷
Freistaat Sachsen:	Einzelne
Publikationen:	u. a. API-BRIEF, INTERNATIONAL
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten

Die API wurde im Herbst 1991 durch die Abspaltung von der KOMMUNISTISCHEN PARTEI IRANS (KPI) gegründet. Ziel der Organisation ist die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft. Die notwendige Umgestaltung soll durch die gesellschaftliche Arbeiterrevolution unter Führung einer arbeiterkommunistischen Partei herbeigeführt werden. Bis zum Erreichen des endgültigen Ziels ist ein Arbeiterstaat zu etablieren, der in der marxistischen Theorie als „Diktatur des Proletariats“ definiert wird. Die Anwendung von Gewalt wird als legitimes Mittel zur Erreichung des Ziels angesehen.

Die Aktivitäten der API in Westeuropa verfolgen vor allem das Ziel, die Islamische Republik Iran zu diskreditieren. Dementsprechend reagiert die API auf Besuche iranischer Repräsentanten mit öffentlichkeitswirksamen Protestdemonstrationen. Bis 2001 kam es dabei auch zu gewalttätigen Ausschreitungen. Im Juli demonstrierten Mitglieder und Anhänger der API vor verschiedenen iranischen diplomatischen Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie erinnerten damit an die Niederschlagung der Studentenproteste im Iran am 9. Juli 1999.

Als politisches Sammelbecken der API in Westeuropa gilt die INTERNATIONALE FÖDERATION IRANISCHER FLÜCHTLINGS- UND IMMIGRANTENRÄTE (IFIR). Laut eigenen Aussagen auf ihrer Homepage verfügt die IFIR über 40 Büros in 15 Ländern. In der Bundesrepublik Deutschland organisieren sich die Mitglieder und Anhänger im Verein INTERNATIONALE FÖDERATION IRANISCHER FLÜCHTLINGS- UND IMMIGRANTENRÄTE – VERBAND DEUTSCHLAND e. V. (IFIR). Außerdem existiert in Deutschland die API-Jugendorganisation ORGANISATION DER JUNGEN KOMMUNISTEN – DEUTSCHLAND²⁴⁸. Die IFIR verfügt in verschiedenen Städten über eingetragene Vereine. Im Freistaat Sachsen befindet sich ein entsprechender Verein in Leipzig. Dessen Mitglieder und Anhänger melden häufig Info-Stände an. In ihrem Gesamtverhalten sind die Standbetreuer jedoch zurückhaltend. Bei der Bevölkerung stoßen diese Aktionen durchweg auf wenig Interesse. Zu Störungen kam es bislang nicht. Für den 20. bis 22. Juni hatte der Leipziger Verein einen „Sitzstreik mit Kundgebung – Protest gegen Abschiebung mit anschließender Demonstration“ angemeldet. Es wurde ein Zelt aufgebaut und Info-Material u. a. zum Zuwanderungsgesetz verteilt. Die Veranstaltung fand nur geringe öffentliche Resonanz. Am 22. Juni fand im Rahmen dieser Aktion ein Aufzug zu den Büros der CDU und SPD statt. Hieran beteiligten sich ca. ein Dutzend Personen.

²⁴⁷ Davon werden etwa 125 Personen einer neuen Abspaltung mit der Bezeichnung ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN-HEKMATIST (HEKMATIST) zugerechnet.

²⁴⁸ In Farsi: JAWANAN.

Publikationen ausländerextremistischer Organisationen

Die Auswahl enthält die aus Sicht des LfV Sachsen für die bundesweite und sächsische Szene bedeutendsten Publikationen.

Publikation (Deutsch)	Herausgeber / Verantwortlicher	erscheint	Auflage
AL AHD (Die Verpflichtung)	HIZB ALLAH	wöchentlich ²⁴⁹	unbekannt
AL-ISLAM mit AL-ISLAM AKTUELL (Der Islam)	MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB)	sechsmal jährlich	unbekannt
AL JIHAD (Der heilige Krieg)	HIZB AL DA'WA AL ISLAMIA (Da'Wa)	wöchentlich	unbekannt
AL-KHILAFÄ (Das Kalifat)	HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMI (HuT)	monatlich	unbekannt
AL-RIBÄT (Das Band / Die Verbindung)	ISLAMISCHE HEILSFRONT (FIS)	wöchentlich	unbekannt
AL-WÄIE (Das Bewusstsein)	HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMI (HuT)	monatlich	unbekannt
API-BRIEF	ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN (API)	wöchentlich	unbekannt
BEKLENEÄ ASR-I SAADET (Das erwartete Jahrhundert der Glückseligkeit)	KALIFATSSTAAT (ICCB)	wöchentlich	unbekannt
DEVÄRIM YOLUNDA ISCI KÖYLÜ (Arbeiter und Bauern auf dem Weg der Revolution)	TÜRKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI / MARXISTEN LENINISTEN (TKP/ML)	alle zwei Monate	unbekannt
DEVÄRIMCI CIZGI (Revolutionäre Linie)	REVOLUTIONÄRE LINIE	unregelmäßig	unbekannt
DEVÄRIMCI DEMOKRASI (Revolutionäre Demokratie)	MAOISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (MKP)	alle zwei Wochen	unbekannt
D.I.A. (Der Islam als Alternative)	KALIFATSSTAAT (ICCB)	unregelmäßig	unbekannt
EKMEK VE ADALET (Brot und Gerechtigkeit)	REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGSPARTEI/-FRONT (DHKP-C)	wöchentlich	unbekannt
EXPLIZIT	HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMI (HuT)	unbekannt	unbekannt
FURKAN (Die Rettung)	FRONT DER ISLAMISCHEN KÄMPFER DES GROßEN OSTENS (IBDA-C)	unregelmäßig	unbekannt
HILAFET (Das Kalifat)	HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMI (HuT)	monatlich	unbekannt
MILLI GÖRÜS & PERSPEKTIVE (Nationale Sicht und Perspektive)	ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS (IGMG)	monatlich	unbekannt
MODJAHED (Glaubenskämpfer)	VOLKSMODJAHEDIN IRAN-ORGANISATION (MEK)	wöchentlich	unbekannt

Publikation (Deutsch)	Herausgeber / Verantwortlicher	erscheint	Auflage
RISALAT UL-IKHWAN (Rundschreiben der Bruderschaft)	MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB)	wöchentlich	unbekannt
SERXWEBUN (Unabhängigkeit)	VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KGK, auch KONGRA GEL abgekürzt)	monatlich	ca. 30.000
TATSACHEN	FÖDERATION DER DEMOKRATISCHEN ARBEITERVEREINE (DIDF)	alle zwei Monate	unbekannt
TÜRK FEDERASYON BÜLTENİ (Bulletin der Türk-Föderation)	FÖDERATION DER TÜRKISCH-DEMO- KRATISCHEN IDEALISTENVEREINE IN EUROPA e. V. (ADÜTDF)	monatlich	unbekannt
VIDUTHALAI PULIGAL (Auf dem Schlachtfeld)	LIBERATION TIGERS OF TAMIL EELAM (LTTE)	alle zwei Wochen	unbekannt
YENIDEN ATILIM (Neuer Vorstoß)	MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (MLKP)	wöchentlich	unbekannt

SCIENTOLOGY-ORGANISATION

SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

Gründung:	1954 in den USA, 1970 erste Niederlassung in Deutschland
Sitz:	Los Angeles/USA (CHURCH OF SCIENTO- LOGY INTERNATIONAL/CSI)
Mitglieder 2003	
bundesweit:	5.000 bis 6.000 ²⁵⁰
Sachsen:	mehrere Dutzend
Mitglieder 2004	
bundesweit:	5.000 bis 6.000 ²⁵¹
Sachsen:	mehrere Dutzend
Publikationen:	FREIHEIT IMPACT SOURCE u. a.
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten (mehrsprachig)

Die SO versteht sich als Glaubensgemeinschaft. Einem Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 23. März 1995²⁵² zufolge handelt es sich bei der SO in Deutschland jedoch nicht um eine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes; ihre religiösen oder weltanschaulichen Lehren dienen vielmehr nur als Vorwand für die Verfolgung wirtschaftlicher Ziele. Im Juni 1997 stellte die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder fest, dass bei der SO tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen. Diese ergeben sich u. a. aus dem Ziel der SO, Einfluss in der bestehenden Gesellschafts- und Rechtsordnung zu gewinnen und diese letztendlich durch eine scientologische Gesellschaftsordnung zu ersetzen. Im Verlauf der Beobachtung der SO durch die Verfassungsschutzbehörden konnten bisher keine Erkenntnisse gewonnen werden, dass die Organisation von den in ihrer Primärliteratur fixierten und dort als Gesetz definierten verfassungsfeindlichen Zielsetzungen abgerückt ist.

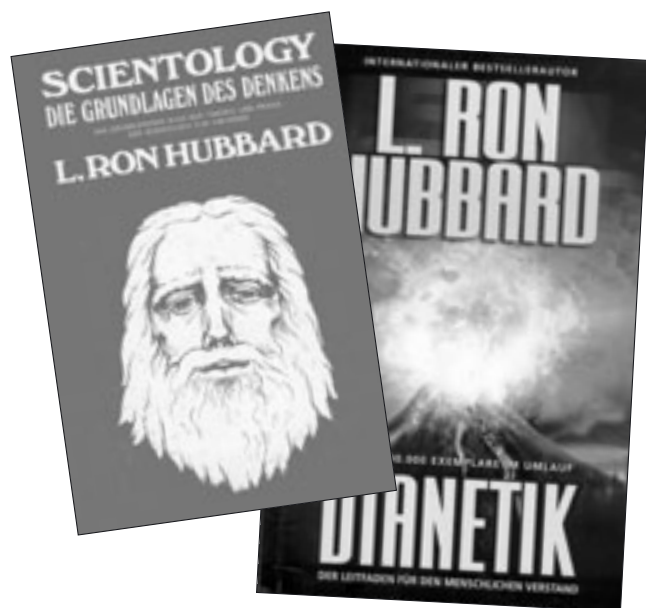
Die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der SO sind vielschichtig und zielen auf nahezu alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche. Ziel ist es dabei, Interessenten die scientologische Lehre zu vermitteln, sie in der Folge als Mitglieder und letztlich zur Realisierung ihrer Zielsetzungen zu gewinnen.

Im Freistaat Sachsen hat die SO nur wenige Dutzend Mitglieder. Organisationsstrukturen²⁵³ sind nicht bekannt.

Die SO wird nach dem Tod ihres Gründers, des US-Amerikaners Lafayette Ron Hubbard (1911 – 1986), von seinem Landsmann David MISCAVIGE geführt.

Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen der SO

Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen finden sich in den Schriften von Hubbard. Sie sind noch heute für die SO und jeden einzelnen Scientologen verbindlich.²⁵⁴



Demnach zielt die SO darauf ab, anstelle unserer demokratischen Ordnung ein scientologisches Gesellschaftssystem zu errichten. In diesem werden Rechte nur den Personen zuerkannt, die durch das „Auditing-Verfahren“ zu „geclearten“, d. h. zu nach der scientologischen Lehre geheilten („geklärten“) Menschen ge-

²⁵⁰ Die SO gibt eine Mitgliederzahl von 30.000 an.

²⁵¹ Die SO gibt eine Mitgliederzahl von 30.000 an.

²⁵² Siehe Neue Juristische Wochenschrift 1996, S. 143 ff.

²⁵³ Als Organisationsstrukturen bzw. Teilorganisationen werden beispielsweise „MISSIONEN“, „Dianetik-Zentren“, „CELEBRITY CENTRES“ und „Kirchen“ bezeichnet.

²⁵⁴ „Was ist Scientology?“, Kopenhagen 1998, S. 405 ff: „Sie (SO-Mitglieder) wissen, dass sie (...) die spirituellen Erlösungsstufen, die sie in Scientology anstreben mit hundertprozentiger Sicherheit erreichen werden, wenn sie die Lehre exakt gemäß den Schriften L. Ron Hubbards ausüben. (...) Um genau das sicherzustellen, existiert das Religious Technology Center (...) in exakter Übereinstimmung mit den Original-Schriften des Gründers“.

worden sind. Nichtscientologen sind rechtlos. Die totalitäre Programmatik der SO missachtet somit die im Grundgesetz konkretisierten Grundrechte²⁵⁵.

Das Verwaltungsgericht Köln hat in seinem Urteil²⁵⁶ hierzu Folgendes entschieden: Es „liegen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass die Kläger (Anm.: SO) ernsthaft Bestrebungen verfolgen, die darauf gerichtet sind, die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in allgemeiner und gleicher Wahl zu wählen, zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen. (...) Es liegen auch tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass in der von den Klägern (Anm.: SO) beabsichtigten scientologischen Gesellschaft bzw. Zivilisation, die mit der Vorstellung eines scientologischen Staates verbunden ist, die verfassungsmäßige Ordnung keinen Bestand haben könnte“.

Aktivitäten der SO im Freistaat Sachsen

Die SO ist im Berichtsjahr im Freistaat Sachsen aktiver geworden. Diese Aktivitäten gingen allerdings fast ausschließlich von auswärtigen Organisationseinheiten aus. So wurden Zeitschriften und Werbematerialien an

Behörden, sonstige öffentliche Einrichtungen und Privatpersonen versandt. Um Aufmerksamkeit zu erregen und neue Mitglieder zu gewinnen, wurde an mehreren Wochenenden an zentralen Plätzen ein Informationszelt der SO aufgestellt. Schwerpunkte waren soziale Themen wie Alkoholmissbrauch, Kriminalität oder auch die angeblich bestehenden Missstände in der Psychiatrie. Eine Gruppe Jugendlicher aus dem Freistaat Sachsen unterstützte diese SO-Werbeaktionen.

Die SO nutzt auch weiterhin das Internet u. a. zur Selbstdarstellung, zur Werbung neuer Mitglieder, zur Präsentation von Veranstaltungen und zur Auseinandersetzung mit Kritikern.

Von der SCIENTOLOGY-ORGANISATION Betroffene, Opfer und Aussteiger können sich an das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen wenden (Tel.: 0351/8 58 50). Die Anrufe werden strikt vertraulich behandelt.

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen
Abteilung 3
Neuländer Straße 60, 01129 Dresden
Telefon: (0351) 85 85 0, Fax: (0351) 85 85 50 0
E-mail: verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de
Internet: www.sachsen.de/verfassungsschutz

Publikationen der SCIENTOLOGY-ORGANISATION

Die Auswahl enthält die aus Sicht des LfV Sachsen für die bundesweite und sächsische Szene bedeutendsten Publikationen. Im Freistaat Sachsen wurden keine Publikationen herausgegeben.

Publikation	Herausgeber/ Verantwortlicher	erscheint	Auflage	abrufbar im Internet
IMPACT	INTERNATIONAL ASSOCIATION OF SCIENTOLOGISTS	unbekannt	unbekannt	nein
THE AUDITOR	CHURCH OF SCIENTOLOGY INTERNATIONAL	monatlich	unbekannt	nein
FREIHEIT	CHURCH OF SCIENTOLOGY INTERNATIONAL	unbekannt	unbekannt	ja
FREEWINDS	FLAG SHIP SERVICE ORG	unbekannt	unbekannt	nein
URSPRUNG	SCIENTOLOGY KIRCHE BAYERN e. V.	unbekannt	unbekannt	nein
ADVANCE	ADVANCED ORGANISATION AND SAINT HILL EUROPE	unbekannt	unbekannt	nein
SOURCE	CHURCH OF SCIENTOLOGY FLAG SERVICE ORG	unbekannt	unbekannt	nein

²⁵⁵ So steht im HCO (Hubbard Communication Office) - Führungsbrief vom 18. März 1965: „Wenn in unseren Gruppen besseres Recht ist (...) und wenn ein hoher Sinn für Befehle da ist, werden sich die Leute unter uns bewegen und eine größere Sicherheit und Gewissheit in uns finden. (...) Alles, was wir tun müssen (...) ist (...) Expansion erreichen und (...) die Obergewalt in der Gesellschaft“.

²⁵⁶ Urteil des Verwaltungsgerichtes Köln vom 11. November 2004, Az.: 20 K 1882/03, Verwaltungsstreitsache „Scientology-Kirche Deutschland e. V.“ und „Scientology-Kirche Berlin e. V. / Bundesamt für Verfassungsschutz.

Spionageabwehr im Freistaat Sachsen

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen ist gesetzlich mit Spionageabwehr²⁵⁷, d. h. mit der Sammlung und Auswertung von Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht, betraut.

Der Freistaat Sachsen als traditioneller und an Bedeutung gewinnender Wirtschafts-, Wissenschafts- und Messestandort gehört in der Bundesrepublik Deutschland zu den Bundesländern, die im Focus fremder Nachrichtendienste stehen. Dies liegt u. a. an der geographischen Lage, der politischen und wirtschaftlichen Brückenfunktion zwischen West- und Osteuropa sowie der wieder gewonnenen wirtschaftlichen Leistungskraft und den hohen wissenschaftlich-technischen Ressourcen. Das Interesse der Nachrichtendienste richtet sich dabei insbesondere auf Forschungseinrichtungen, innovative mittelständische Unternehmen und Behörden.

Selbst freundschaftliche zwischenstaatliche Beziehungen hindern fremde Nachrichtendienste nicht an der Spionage. Zudem geht im Zeitalter der immer umfassenderen internationalen Kooperation die Sensibilität für Spionage in erschreckendem Maße zurück.

Aufgabe der Spionageabwehr ist deshalb neben der Aufklärung von Strukturen, Arbeitsmethoden und Zielsetzungen fremder Nachrichtendienste auch die Sensibilisierung deren potenzieller Zielpersonen. Der Auftrag umfasst zudem die Verhinderung der nachrichtendienstlich gesteuerten bzw. betriebenen illegalen Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen (Proliferation). Auch die Abwehr von Ausspähungsversuchen und der Verfolgung von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Regimegegnern durch Nachrichtendienste aus Krisen- und Schwellenländern gehört zum gesetzlichen Beobachtungsauftrag der Spionageabwehr. Kennzeichnend für Krisenländer, wie Iran, Libyen, Nord-Korea, Pakistan und Syrien, sowie

Schwellenländer, wie China und Indien, ist der Einsatz bzw. das Androhen des Einsatzes von Massenvernichtungs- oder sonstigen Kriegswaffen als politisches Druckmittel in Konfliktsituationen. Krisenländer des Nahen und Mittleren Ostens, darunter der Iran, inszenieren bzw. unterstützen zur Durchsetzung politischer Ziele auch Terrorakte in Form des Staatsterrorismus.

Proliferation und Wissenstransfer

Nachrichtendienste aus den Krisen- und Schwellenländern versuchen auch im Freistaat Sachsen, Produkte, Materialien, Technologien sowie das Know-how für Massenvernichtungs- und andere Kriegswaffen und die dafür notwendigen Trägersysteme, wie z. B. Raketen, Flug- und Fahrzeuge, zu beschaffen. Verschleiert werden diese illegalen Exporte z. B. durch Tarnfirmen, die nach außen hin privatwirtschaftlich tätig werden. Auch mit Exporten über Drittländer bzw. -firmen sowie durch falsche Angaben zur Verwendung – z. B. bei Gütern, die sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind – wird versucht, den tatsächlichen Zweck zu verschleiern. Um diesen Sicherheitsrisiken entgegenzuwirken, gehört die Bundesrepublik zu den Unterzeichnern zahlreicher Abkommen und Verträge zur Nichtverbreitung sowie dem Verbot von Massenvernichtungswaffen und ist Mitglied der wichtigsten internationalen Exportkontrollregime. Zuständig für die Exportkontrolle genehmigungspflichtiger Güter sind u. a. das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)²⁵⁸ und das Zollkriminalamt (ZKA)²⁵⁹.

Doch nicht nur Exporte, sondern auch der Know-how- und Wissenstransfer unterliegen unter bestimmten Voraussetzungen einer Genehmigungspflicht²⁶⁰. Insbesondere durch den Einsatz von Gastwissenschaftlern, Studenten, Doktoranden und Praktikanten in Unternehmen, Forschungseinrichtungen sowie an Universitäten bestehen im Rahmen der internationalen Kooperation und modernster Kommunikationsmöglichkeiten vielfältige Sicherheitsrisiken. Diese werden durch ein mangelndes Sicherheitsbewusstsein vieler Lehr- und Forschungseinrichtungen sowie das Anliegen der Verbreitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen verstärkt. Hier besteht die Gefahr, dass fremde Nachrichtendienste direkt Wissenschaftler als Agenten benutzen oder nach der Rückkehr ins Heimatland deren Wissen abschöpfen.



Zeitungsmeldungen

²⁵⁷ Vgl. § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Sächsisches Verfassungsschutzgesetz (siehe Anhang).

²⁵⁸ Siehe BAFA-Merkblatt über die Genehmigungspflicht beim Wissenstransfer unter www.bafa.de.

²⁵⁹ Siehe www.zka.de.

²⁶⁰ Siehe BAFA-Merkblatt über eine Genehmigungspflicht beim Wissenstransfer unter www.bafa.de.

Wirtschaftsspionage

Als Wirtschaftsspionage wird die staatlich gelenkte oder unterstützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende oder mit nachrichtendienstlichen Mitteln betriebene, langfristige Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen bezeichnet. Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation haben z. B. einen gesetzlichen Auftrag zur Wirtschaftsspionage²⁶¹.

Im Unterschied dazu fällt die oft kaum davon zu unterscheidende Konkurrenz-, Industrie-, Betriebs-, Werks- bzw. Wettbewerbsspionage, die Unternehmen gegeneinander betreiben, nicht in den Zuständigkeitsbereich des Verfassungsschutzes.



Zeitungsmeldungen

Die öffentlich bekannt gewordenen Spionagevorfälle, die Sensibilisierung durch die Sicherheitsbehörden und -verbände sowie die mehrfachen Hinweise auf die erheblichen wirtschaftlichen Schäden, die jährlich durch Wirtschaftsspionage entstehen, entfalten nur eine begrenzte Wirkung. Häufig sind die betroffenen Unternehmen bei Spionagevorfällen um eine diskrete interne Klärung bemüht, und auf Grund der schlechten Auftragslage und dem starken Konkurrenzdruck sowie hoher Patentierungskosten bzw. nicht mehr finanzierbarer Sicherheitseinrichtungen oftmals gezwungen, die Handelsbeziehungen aufrecht zu erhalten. Dies kann dazu führen, dass Unternehmen im Freistaat Sachsen ungewollt die Neuanschaffung und Modernisierung technischer Ausrüstungen sowie die entsprechende Ausbildung und Schulung des Personals fremder Nachrichtendienste vornehmen oder dabei behilflich sind.

Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation, und zwar der Föderale Schutzdienst (FSB), der zivile

Auslandsaufklärungsdienst (SWR), der militärische Nachrichtendienst (GRU) sowie der Schutzdienst des Präsidenten (FSO), gehören neben den Nachrichtendiensten anderer Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu den aktivsten der zahlreichen fremden Nachrichtendienste, die in der Bundesrepublik Deutschland und im Freistaat Sachsen operieren. Trotz staatlicher Trennung arbeiten die Nachrichtendienste der GUS weiterhin auf der Basis von zahlreichen Abkommen sehr eng zusammen.

Die Struktur der russischen Nachrichtendienste, die aus den sowjetischen Nachrichtendiensten KGB und GRU hervorgegangen sind, wurde entsprechend eines Präsidialdekretes vom 11. März 2003²⁶² wieder zentralisiert. Der FSB nimmt seitdem fast das gesamte Aufgabenspektrum des einstigen KGB wahr²⁶³. Der Direktor des FSB bekam im Zuge der Reorganisation per Präsidialerlass vom 11. Juli²⁶⁴ den Status eines Ministers mit Kabinettsrang.

Aus Sicht dieser Nachrichtendienste sind Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge von besonderem Erkenntnisinteresse. Dieser Personenkreis ist oft gut ausgebildet und kann sich dementsprechend beruflich in der Bundesrepublik Deutschland etablieren. Zudem sind diese Personen z. B. bei Besuchsreisen zu den Verwandten in der GUS erpressbar und kommen somit perspektivisch für Spionagezwecke in Frage.

Aktivitäten anderer Nachrichtendienste

Auch weitere Nachrichtendienste, u. a. aus den Vereinigten Staaten von Amerika (USA), Kanada, Großbritannien und Frankreich, sollen mit Wirtschaftsspionage betraut worden sein. Im Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen in Baden-Württemberg droht dem Know-how hiesiger Unternehmen Gefahr nicht nur aus fernöstlichen Ländern, sondern auch aus dem europäischen Ausland und aus Nordamerika²⁶⁵.

Im Zusammenhang mit Wirtschaftsspionage durch befreundete Staaten wird oft das weltumspannende Abhörsystem ECHELON genannt. Dieses wird nach Erkenntnissen des Europäischen Parlamentes von den so genannten UKUSA-Staaten (Vereinigtes Königreich [United Kingdom] Großbritannien und USA) betrie-

²⁶¹ Vgl. Bundesgesetzblatt Nr. 5 der Russischen Föderation „Über die Auslandsaufklärung“; veröffentlicht in der Moskauer „Rossiskaja Gazeta“ vom 17. Januar 1996.

²⁶² Siehe u. a. Veröffentlichung in der Moskauer „Rossiskaja Gazeta“ vom 25. März 2003.

²⁶³ Siehe u. a. Veröffentlichungen unter: www.nachrichten.at vom 15. Juli 2004 und www.diepresse.com vom 19. Juli 2004.

²⁶⁴ Siehe u. a. Veröffentlichungen unter: www.russland-aktuell.ru und www.fsb.ru vom 14. Juli 2004.

²⁶⁵ Siehe Veröffentlichungen unter: www.sicherheitsforum-bw.de.

ben²⁶⁶. Im Zuge der Terrorabwehr nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurde von den USA noch bis September 2004 eine Station im oberbayerischen Kurort Bad Aibling, die zu diesem System gehört haben soll, auf der Grundlage des NATO-Truppenstatutes genutzt²⁶⁷. Die USA versicherten jedoch mehrfach, dass von dieser Station keine Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland ausgehen würden. Gegenteilige Erkenntnisse wurden im Freistaat Sachsen bisher nicht bekannt.

Fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten sowie Reaktivierung nachrichtendienstlicher Verbindungen der Aufklärungs- und Abwehrdienste der Deutschen Demokratischen Republik

Auch die Beobachtung fortwirkender Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), insbesondere des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), sowie die mögliche Reaktivierung nachrichtendienstlicher Verbindungen zu fremden Nachrichtendiensten durch deren ehemalige Mitarbeiter und Helfer ist Bestandteil der Spionageabwehr.

Anhaltspunkte für die tatsächliche Existenz fortwirkender Strukturen im Freistaat Sachsen gibt es bisher nicht.

Mittel und Methoden fremder Nachrichtendienste

Klassische Spionageaktivitäten umfassen in der Regel die Beschaffung, Auswertung und Analyse von allgemein zugänglichen Informationen. Dies können Berichte in den Medien oder Publikationen sein, aber auch Angebote, die bei Messen, öffentlichen Ausstellungen und sonstigen Informationsveranstaltungen erhältlich sind. Die häufig anzutreffende mangelnde Sensibilität der Gesprächspartner wird durch eine gezielte methodische Gesprächsführung ausgenutzt. So wird z. B. mit der Vorspiegung von fachlichem Interesse bzw. möglichen Geschäftsbeziehungen Wissen abgefragt und Informationsmaterial erlangt. Dies kann sogar bis hin zu privaten Treffen gehen.

Diese Vorgehensweise ist – je nach Zugängen der Zielperson – bis zur Anwerbung als Agent fortführbar. Als Gegenleistung werden einerseits Geld- und Sachwerte angeboten. Andererseits kann auch versucht werden,

die Zielperson in kompromittierende Situationen zu bringen, um sie erpressbar zu machen.

Geführt werden Agenten durch die Zentralen der fremden Nachrichtendienste oder deren getarnte Stützpunkte. Die Führung erfolgt traditionell durch persönliche Treffen, die Übergabe von Nachrichten in getarnten Verstecken – so genannten „Tote Briefkästen“ – sowie durch verschlüsselte Funksprüche. Aber auch moderne weltumspannende Kommunikationssysteme, wie das Internet, kommen dafür in Frage.

Getarnte Stützpunkte fremder Nachrichtendienste befinden sich direkt im Operationsgebiet des zu betreuenden Agenten oder in dessen Nähe. Sie werden vor allem an Botschaften, Generalkonsulaten und Handelsvertretungen eingerichtet, da diese unantastbar sind und die dort tätigen Personen erfahrungsgemäß unter diplomatischer Abdeckung arbeiten. Sie sind für die Tarnung nachrichtendienstlicher Mitarbeiter ideal geeignet, da sie als öffentliche Einrichtungen Einladungen zu zahlreichen Veranstaltungen erhalten, wirtschaftliche Kontakte vermitteln und für die Erteilung von VISA zuständig sind (Konsularabteilungen). Aber auch die stetig zunehmenden Niederlassungen von ausländischen Unternehmen bieten unter dem Deckmantel von Geschäftsabwicklungen sehr gute Voraussetzungen für Spionage.

Zwar hat die fortschreitende technische Entwicklung auf den Gebieten der Abhör-, Überwachungs-, Entschlüsselungs- sowie Auswertungstechnik bzw. des Eindringens und Manipulierens von Computernetzwerken den Menschen als Informationsquelle bisher nicht verdrängt. Trotzdem stellen solche Angriffe die Betroffenen vor eine immer größer werdende Herausforderung hinsichtlich technischer Abwehrlösungen. Die Gefahr von Agenten im eigenen Unternehmen lässt sich hingegen bereits durch eine zufriedene, loyale und unternehmensorientierte Mitarbeiterschaft minimieren. Denn unzufriedene Mitarbeiter sind das größte Risikopotenzial im Bereich der nichttechnischen Wirtschafts- bzw. Konkurrenzspionage.

Schutz vor Spionage

Unternehmen mit geheimhaltungsbedürftigen staatlichen Aufträgen werden vom LfV Sachsen unter Mitwirkung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) und des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit (SMWA) betreut. Diese Betreuung umfasst z. B. den Kontakt zu den Geheimschutzbeauftragten der Firmen, die Durchführung von

²⁶⁶ Siehe u. a. lfd. Veröffentlichungen unter: www.europarl.eu.int/stoa/ und www.heise.de.

²⁶⁷ Siehe Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut (ZA-NTS) vom 3. August 1959 und 28. März 1993 sowie Presseveröffentlichungen, u. a. Berliner Zeitung vom 23. Januar 2002.

Sicherheitsüberprüfungen und die Beratung beim Schutz von Verschlusssachen. Anderen Einrichtungen und Unternehmen sowie Universitäten bzw. Forschungseinrichtungen, die grundsätzlich selbst für ihre Sicherheit verantwortlich sind, werden im Rahmen von Sicherheitspartnerschaften Gespräche bzw. Vorträge und Publikationen angeboten.

Zudem existieren Empfehlungen zum Schutz der Wirtschaft, die als Broschüren erhältlich oder online abrufbar sind.²⁶⁸ Diese von Arbeitsgruppen und Sicherheitsforen herausgegebenen Publikationen sind Ergebnis aktueller wissenschaftlicher Untersuchungen, die den großen Schaden durch ungewollten Know-how-Abfluss sowie den ungenügenden Schutz vor allem in der mittelständischen Wirtschaft belegen.



Außerdem gibt u. a. das BMWA über die nationalen Wirtschaftsorganisationen und Sicherheitsverbände

wie auch über das BAFA Informationen für die Exportwirtschaft in Form von Frühwarnschreiben und Merkblättern heraus²⁶⁹. Im Hinblick auf die Sicherheit der Kommunikationsmittel informiert zudem das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)²⁷⁰.

Kontaktaufnahme zur Spionageabwehr

Das LfV Sachsen kann als Frühwarnsystem nur effektiv tätig werden, wenn es Hinweise von Betroffenen oder Zeugen erhält, die sich auf das Tätigwerden fremder Nachrichtendienste oder fortwirkender Strukturen beziehen. Auch ohne eigenes Zutun kann jeder in das Blickfeld fremder Nachrichtendienste geraten. Bevor sich Betroffene in die Gefahr begeben, sich strafbar zu machen, sollte das Gespräch mit der Spionageabwehr des LfV Sachsen gesucht werden. Alle Informationen werden auf Wunsch vertraulich behandelt. Für eine Offenbarung ist es niemals zu spät.

Die Spionageabwehr des LfV Sachsen ist wie folgt erreichbar:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen
Abteilung 3
Neuländer Straße 60
01129 Dresden
Telefon: (0351) 85 85 0
Fax: (0351) 85 85 50 0
E-mail: verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de
Internet: www.sachsen.de/verfassungsschutz

²⁶⁸ Siehe u. a. www.verfassungsschutz.de, www.sicherheitsforum-bw.de und www.im.nrw.de.

²⁶⁹ Siehe www.bafa.de und www.asw-online.de.

²⁷⁰ Siehe www.bsi.bund.de und www.sicherheit-im-internet.de.

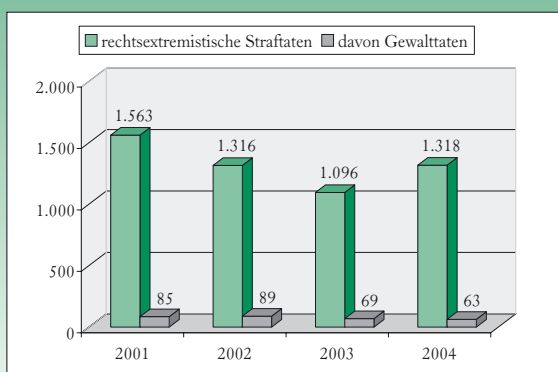
Politisch motivierte Kriminalität und Straftaten mit extremistischem Hintergrund

Politisch motivierte Kriminalität rechts; Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Im Berichtsjahr wurden im Freistaat Sachsen im Bereich der politisch motivierten Kriminalität rechts (PMK rechts) 1.334 (2003: 1.191) Straftaten registriert, darunter 63 (2003: 77) Gewaltdelikte. Von diesen Straftaten wurden 1.318 (2003: 1.096) als rechtsextremistisch bewertet, darunter die 63 (2003: 69) Gewalttaten.

Damit stieg die Anzahl der bekannt gewordenen Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund gegenüber dem Vorjahr um ca. 20 % an. Die Anzahl der Gewaltdelikte mit rechtsextremistischem Hintergrund sank hingegen um ca. 9 %.

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Mit 1.097 (2003: 906) Fällen bilden die Propagandadelikte den Hauptteil (ca. 83 %) der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund.

Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund sank im Berichtsjahr auf ca. 5 % (2003: ca. 6 %).

Von den 63 Gewaltdelikten sind 53 (2003: 57) Körperverletzungen. 17 (2003: 38) der Gewalttaten wurden aus fremdenfeindlicher Motivation begangen, darunter zwölf Körperverletzungen (2003: 30).

Es wurden 118 (2003: 92) Straftaten mit volksverhetzendem Hintergrund registriert. 97 (2003: 110) Straftaten hatten einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Die Schwerpunkte liegen hierbei mit 55 Fällen (2003: 48) auf volksverhetzenden Straftaten sowie mit 10 Fällen (2003: 13) auf Propagandadelikten.

Weitere 53 (2003: 46) Delikte trugen antisemitischen Charakter. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Straftaten mit volksverhetzendem Hintergrund. Jedoch kam es auch zu zwei antisemitisch motivierten Körperverletzungen.

Im Zusammenhang mit Demonstrationen wurden 61 (2003: 32) Straftaten verübt, davon 45 (2003: 25) Propagandadelikte.

Regionale Schwerpunkte der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund sind – wie bereits im Vorjahr – die Regierungsbezirke Chemnitz und Dresden. Schwerpunkte der Gewaltdelikte mit rechtsextremistischem Hintergrund sind der Landkreis Sächsische Schweiz sowie die Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig.

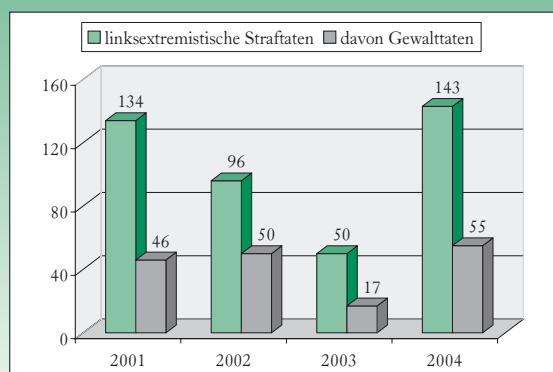
Politisch motivierte Kriminalität links; Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Im Berichtsjahr wurden im Freistaat Sachsen im Bereich der politisch motivierten Kriminalität links (PMK links) 253 (2003: 139) Straftaten registriert, darunter 56 (2003: 22) Gewaltdelikte. Von diesen Straftaten wurden 143 (2003: 50) als linksextremistisch bewertet, darunter 55 (2003: 17) Gewalttaten.

Damit stieg die Anzahl der bekannt gewordenen Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund auf fast das Dreifache (auf 286 %). Die Anzahl der Gewaltdelikte mit linksextremistischem Hintergrund erhöhte sich noch stärker (auf ca. 324 %).

Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl der Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund erhöhte sich im Berichtsjahr leicht auf ca. 38 % (2003: 34%).

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



Den größten Teil der Straf- und Gewalttaten im Phänomenbereich PMK links verübten Autonome. Dabei richteten sich die Taten primär gegen den politischen Gegner und staatliche Institutionen.

Im Berichtsjahr veranlassten die Kandidatur des rechtsextremistischen NATIONALEN BÜNDNISSES DRESDEN e. V. bei den Kommunalwahlen und der Einzug der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) in den sächsischen Landtag die autonome Szene zu strafbaren Aktionen.

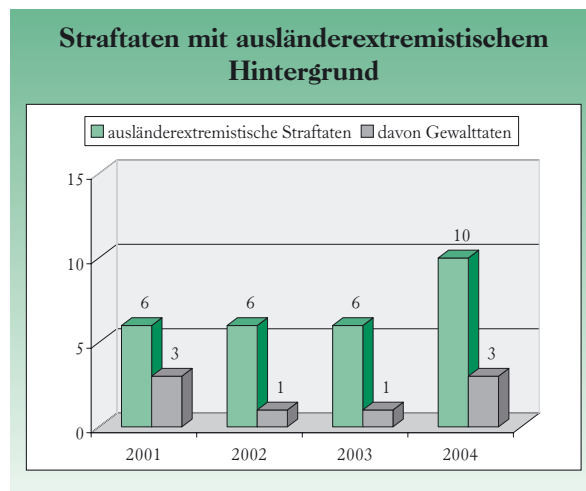
Ein Großteil der Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund standen aber auch im Zusammenhang mit Aktivitäten gegen rechtsextremistische Demonstrationen. In Leipzig trifft dies für 59 von insgesamt 70 registrierten Straftaten zu. Hervorzuheben sind dabei die Aktivitäten gegen die vom Hamburger Neonationalsozialisten Christian WORCH angemeldete Demonstration am 3. Oktober. In diesem Zusammenhang wurden allein 47 Straftaten verübt.

Schwerpunkte der Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund sind die Regierungsbezirke Leipzig und Dresden. Schwerpunkte der Gewaltdelikte mit linksextremistischem Hintergrund sind die Städte Leipzig und Dresden.

Politisch motivierte Kriminalität Ausländer; Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

Im Berichtsjahr wurden im Freistaat Sachsen im Bereich der politisch motivierten Kriminalität Ausländer (PMK Ausländer) elf Straftaten registriert (2003: 17),

davon drei Gewaltdelikte (2003: neun). Von diesen Straftaten wurden zehn (2003: sechs) als extremistisch bewertet, darunter die drei (2003: eine) Gewalttaten. Die Zahlen liegen damit weiterhin auf niedrigem Niveau.



Zwei der drei Gewaltdelikte stehen im Zusammenhang mit der Beschaffung finanzieller Mittel für den VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA GEL). Auch zwei Verstöße gegen das Vereinsgesetz verübten Mitglieder bzw. Anhänger des KONGRA GEL. Drei weitere Verstöße gegen das Vereinsgesetz sind der linksextremistischen türkischen REVOLUTIONÄREN VOLKSBEFREIUNGSPARTEI /-FRONT (DHKP-C)²⁷¹ zuzuordnen.

²⁷¹ Die DHKP-C ist seit 1998 in der Bundesrepublik Deutschland verboten.

Hintergrund

Beteiligung von Extremisten an Wahlen im Freistaat Sachsen im Jahr 2004

Am 13. Juni 2004 fanden im Freistaat Sachsen die Europa- und Kommunalwahlen sowie am 19. September 2004 die Landtagswahl statt.

Während sich linksextremistische Parteien lediglich an der Europawahl beteiligten, hatten rechtsextremistische Parteien und Organisationen für alle Wahlen Kandidaten bzw. Listen aufgestellt.

Dabei gelang es der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) und der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD), die bereits in einige Kommunalvertretungen gewählt worden waren, die Anzahl ihrer Mandate bei den Kommunalwahlen erheblich zu erhöhen. Bei der Europawahl erzielten beide Parteien im Freistaat Sachsen die bundesweit höchsten Stimmenanteile.

Nach der Landtagswahl zog erstmals seit der Wiedergründung des Freistaates Sachsen im Jahr 1990 eine rechtsextremistische Partei in das Landesparlament ein. Die NPD errang 9,2 % der Zweitstimmen und stellt nun zwölf Landtagsabgeordnete.

Wahlabsprachen und Wahlkampf bei Kommunal- und Europawahl

Während der Versuch der NPD, andere rechtsextremistische Parteien zum gemeinsamen Wahlantritt zu bewegen, bei der Europawahl scheiterte, zeigten sich die sächsischen Rechtsextremisten bei den Kommunalwahlen geschlossen.

Waren die Wahlvorbereitungen in der Vergangenheit eher von Konkurrenzdenken geprägt, so wurden für die Kommunalwahlen erstmals Wahlabsprachen getroffen. Gemeinsame Wahlbündnisse traten in mehreren Orten an.

Eine Vorreiterrolle spielte hierbei das Dresdner Wahlbündnis NATIONALES BÜNDNIS DRESDEN e. V. (NB). In ihm hatten sich bereits im Jahr 2003 Mitglieder der NPD, der REP, der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU), der DEUTSCHEN PARTEI (DP), der JUNGEN LANDMANNSCHAFT OSTPREUBEN e. V. (JLO) sowie Angehörige der Kameradschaftsszene aus dem Raum Dresden zusammengeschlossen. Ziel war der gemeinsame Antritt zur Kommunalwahl 2004 in der sächsischen Landeshauptstadt. Durch eine „Einheit nationaler Kräfte“ rechneten sich die Beteiligten Erfolgchancen aus.

Trotz einer deutlichen Dominanz der NPD innerhalb dieses Bündnisses entwickelte es sich zu einer Besonderheit in der rechtsextremistischen Parteienland-

schaft. Das NB stand offensichtlich für die seit langem von der jeweils eigenen Parteienbasis aufgestellte Forderung nach einem geschlossenen Auftreten bei Wahlen.

In Folge zahlreicher Veranstaltungen, an denen führende Vertreter rechtsextremistischer Parteien und Organisationen teilnahmen oder als Gastredner auftraten, stiegen sowohl der öffentliche Bekanntheitsgrad als auch die Bedeutung des NB für rechtsextremistische Wahlaktivitäten.

Für die Teilnahme an der Kommunalwahl in Dresden hatte das Bündnis insgesamt 36 Kandidaten aufgestellt. Dies waren, NB-Angaben zufolge, acht Mitglieder der NPD, jeweils drei Mitglieder der JLO, der REP, der DVU und der DP sowie 16 partei- und organisationsunabhängige Dresdner Bürger.

Neben dem NB in Dresden schlossen sich Mitglieder rechtsextremistischer Parteien auch in Chemnitz und Plauen zu Wahlbündnissen zusammen.

Das Chemnitzer Wahlbündnis, für das auch ein Aktivist der NPD kandidierte, trat unter dem Namen der REP zur Kommunalwahl an. Die REP waren bereits seit 1999 im Chemnitzer Stadtrat vertreten und benötigten deshalb für einen Wahlantritt in Chemnitz keine Unterstützungsunterschriften. In der Öffentlichkeit präsentierte sich das Chemnitzer Bündnis als eine Allianz der REP mit der DP und der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU)²⁷², aus deren Parteien ebenfalls Einzelpersonen auf der gemeinsamen Kommunalwahlliste antraten. Die Beteiligung der NPD wurde dagegen offiziell nicht erwähnt.

Auch in Plauen hatten sich Mitglieder von NPD, REP und DP zusammengeschlossen. Dieses Bündnis trat unter dem Namen der DP zur Kommunalwahl an.

Darüber hinaus beteiligte sich die NPD in sechs Landkreisen mit insgesamt 68 Kandidaten an den Kreistagswahlen sowie mit insgesamt 72 Kandidaten an 17 Stadt-, Gemeinderats- oder Ortschaftsratswahlen.

Die REP hatten insgesamt 30 Kandidaten für die Kommunalwahlen aufgestellt. Neben Chemnitz trat die Partei auch erneut in Freital (Weißeritzkreis) sowie in Burkhardtsdorf (Landkreis Stollberg) an.

Zur Wahlkampfunterstützung hatte der NPD-Landesverband Sachsen einen ehemaligen Funktionär der NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) aus Rheinland-Pfalz eingesetzt. Ihm gelang es, verschiedene Kreisverbände durch die Organisation von Veranstaltungen zu reaktivieren, so dass sie eigene Kandidaten zur Wahl nominierten. Auch der Bundesvorsitzende Udo VOIGT unterstützte den Wahlkampf in Sachsen und trat bei mehreren NPD-Veranstaltungen sowie bei einer Demonstration des NB auf.

Die NPD versuchte, insbesondere Protestwähler zu er-

²⁷² Die DSU ist kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

reichen. Ihre Schwerpunktthemen im Europa- und Kommunalwahlkampf waren die Gesundheits- und Rentenreform sowie die mögliche Aufnahme der Türkei in die EU. Diese Themen wurden auch in einer Sonderausgabe der SACHSEN STIMME aufgegriffen. In zahlreichen Orten Sachsens war plakatiert worden.

Ähnlich der NPD führte das NB einen offensiven Wahlkampf. Die Vielzahl der Wahlkampfaktivitäten, die vergleichsweise hohe Medienpräsenz des NB wie auch das gemeinsame Auftreten der am Wahlbündnis beteiligten Parteimitglieder zeigten Wirkung. Thematisch bemühte sich das NB ganz bewusst, eindeutig extremistische Losungen und Themen zu vermeiden. Stattdessen wurden angebliche „Tabuthemen“ angesprochen. Mit Losungen wie „Rote Karte für die Etablierten!“, „Wahltag ist Zahntag!“ oder „Soziale Kahlschlagpolitik stoppen!“ wandte man sich gezielt an Nicht- und Protestwähler.

Von dem sich in Sachsen in Auflösung befindenden REP-Landesverband waren kaum Wahlkampfaktivitäten ausgegangen. Ausnahmen waren einzelne Schwerpunktregionen, in denen die Partei auch gleichzeitig zu den Kommunalwahlen kandidierte (z. B. in Chemnitz). Die vereinzelt festzustellende Plakatierung der REP im Freistaat Sachsen erfolgte überwiegend unter der Verantwortung des REP-Bundesvorstandes. Die sächsischen REP zeigten sich selbst erstaunt über diese Plakatierungsaktion, die scheinbar ohne ihre Kenntnis durchgeführt wurde. Eine am 28. Mai 2004 in Chemnitz von den REP veranstaltete öffentliche Wahlkundgebung mit der stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Uschi WINKELSETT fand nur wenig Beachtung.

Wahlergebnisse bei den Europa- und Kommunalwahlen

Bei den Europa- und Kommunalwahlen erzielten die rechtsextremistischen Parteien deutliche Stimmenzuwächse teilweise verbunden mit Mandatsgewinnen.

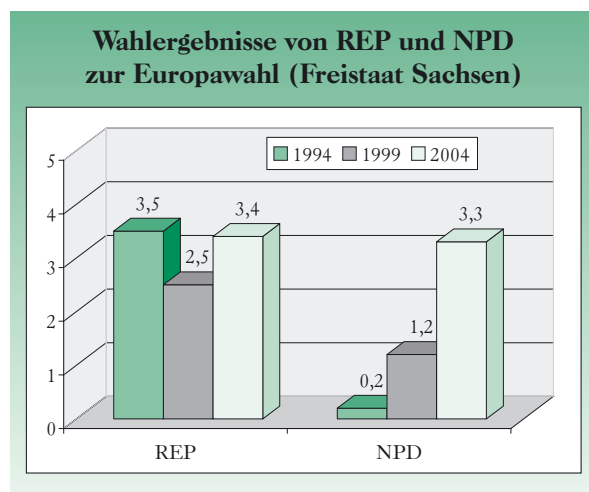
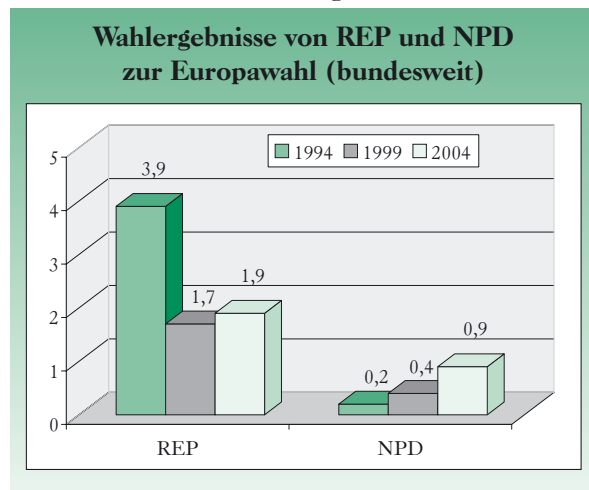
Europawahl

Zur Europawahl konnten sowohl die REP mit bundesweit 1,9 % der Stimmen (1999: 1,7 %) als auch die NPD mit bundesweit 0,9 % der Stimmen (1999: 0,4 %) ihre Vorwahlergebnisse verbessern. REP und NPD überschritten die 0,5-%-Grenze und hatten damit ihr Minimalziel – die Beteiligung an der Wahlkampfkostenerstattung – erreicht.

Im Freistaat Sachsen erzielten die rechtsextremisti-

schen Parteien im Bundesvergleich mit zusammen 6,7 % der Stimmen die höchsten Stimmenanteile. Davon entfielen auf die NPD 3,3 % der Stimmen (1999: 1,2 %) und auf die REP 3,4 % der Stimmen (1999: 2,5 %).

Beide Parteien konnten in einigen Orten des Freistaates



Sachsen sogar zweistellige Wahlergebnisse erreichen. Die NPD hatte Spitzenergebnisse in folgenden Gemeinden:

- Reinhardtsdorf-Schöna 17,8 %, (Landkreis Sächsische Schweiz)
- Nauwalde 16,0 %, (Landkreis Riesa-Großenhain)
- Gohrisch 13,6 %, (Landkreis Sächsische Schweiz)
- Großröckerswalde 12,3 %, (Mittlerer Erzgebirgskreis)
- Rathen, Kurort 12,1 %, (Landkreis Sächsische Schweiz)
- Königstein 12,0 %, (Landkreis Sächsische Schweiz)

Die REP erreichten folgende Spitzenergebnisse:
 Burkhardtsdorf (Landkreis Stollberg) 12,9 %,
 Gornsdorf (Landkreis Stollberg) 11,8 %,
 Chemnitz 9,1 %,
 Heuersdorf (Landkreis Leipziger Land) 9,0 %,
 Leubsdorf (Landkreis Freiberg) 8,3 %,
 Wiednitz (Landkreis Kamenz) 7,5 %.

26,0 % der Stimmen in Reinhardtsdorf-Schöna bei der Kreistagswahl im Landkreis Sächsische Schweiz.

Die REP hatten ihren größten Kommunalwählerfolg in Chemnitz. Hier gelang es der Partei, die gemeinsam mit Mitgliedern der NPD, der DP und der DSU²⁷⁴ zur Stadtratswahl angetreten war, 10,3 % der Stimmen und damit fünf Mandate zu erzielen.

Kommunalwahlen

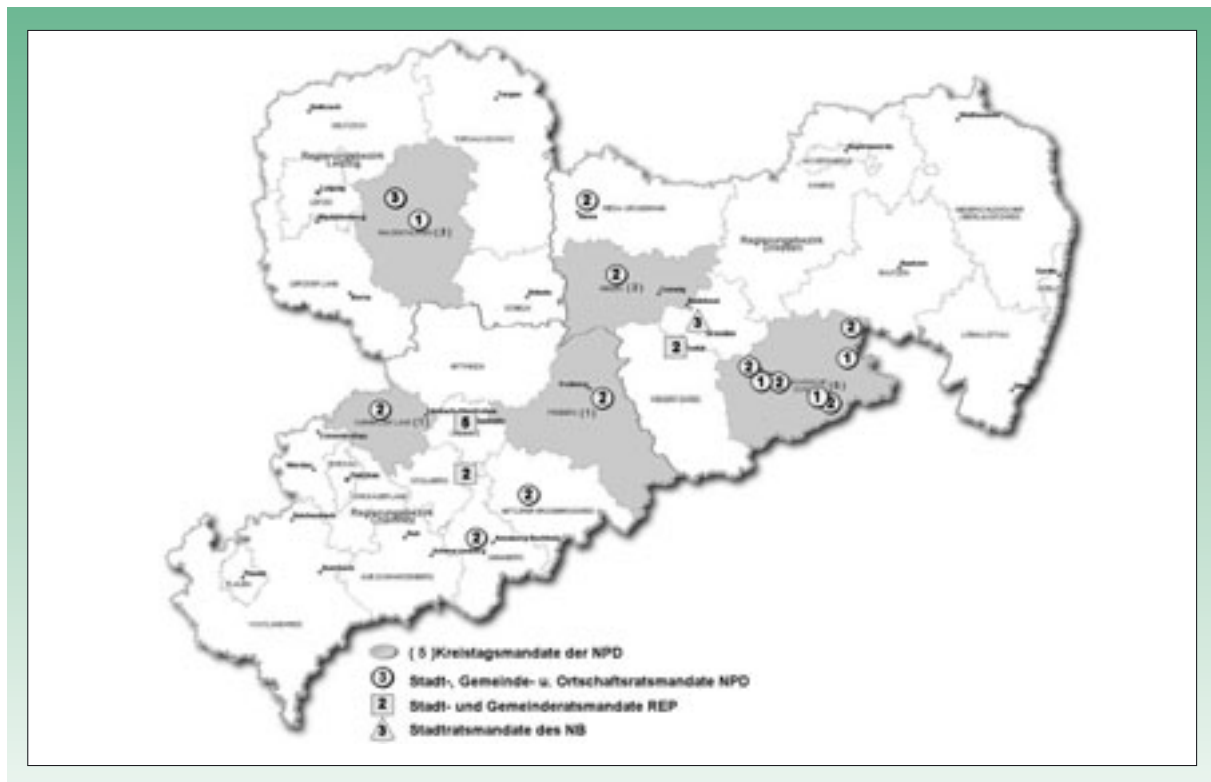
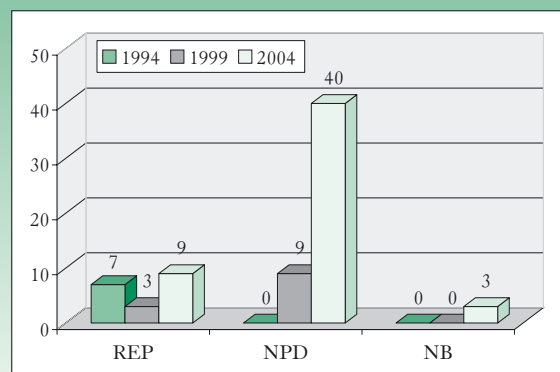
Noch erfolgreicher waren sächsische Rechtsextremisten bei den Kommunalwahlen. NPD, REP und das Dresdener NB erreichten insgesamt 52 Mandate²⁷³ (1999: 12 Mandate).

Erstmals gelang es sächsischen Rechtsextremisten, in den Stadtrat der sächsischen Landeshauptstadt einzuziehen. Das NB erhielt zur Stadtratswahl in Dresden insgesamt 4,0 % der Stimmen und stellt drei Vertreter im Stadtrat.

Die Mehrzahl der Kommunal-Mandate innerhalb des rechtsextremistischen Parteienspektrums erzielte die NPD. Diese Partei ist nunmehr in fünf Landkreisen sowie in 14 Stadt- und Gemeinderäten und in einem Ortschaftsrat vertreten. In mehreren Gemeinden erzielte die Partei Wahlergebnisse von über 10 % der Stimmen. Ihr Spitzenergebnis errang die NPD mit

Damit konnten die rechtsextremistischen Parteien ihre Präsenz in den sächsischen Kommunalvertretungen deutlich ausbauen.

Anzahl der von rechtsextremistischen Parteien und Organisationen bei Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen erzielten Mandate



²⁷³ In zwei Gemeinden im Landkreis Sächsische Schweiz (Königstein und Reinhardtsdorf-Schöna) hätte die NPD auf Grund ihres Wahlergebnisses sogar jeweils ein Mandat mehr erhalten können. Da die Partei jedoch nicht die notwendige Anzahl an Kandidaten nominiert hatte, blieben diese Mandate unberücksichtigt.

²⁷⁴ Die DSU ist kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

Es ist davon auszugehen, dass die Stimmenzuwächse der rechtsextremistischen Parteien bei den Europa- und Kommunalwahlen in erheblichem Maße auf Protestwählerstimmen zurückzuführen sind. REP und NPD hatten ihren Wahlkampf speziell auf Protestwähler ausgerichtet und waren zum Beispiel mit Slogans wie „Lasst euch von denen nicht verarschen!“ oder „Protest jetzt“ zur Wahl angetreten.

Der hohe Protestwähleranteil zeigte sich vor allem bei den REP. Obwohl die Partei im Freistaat Sachsen in den letzten Jahren kontinuierlich an Bedeutung verloren hat und zur letzten bundesweiten Wahl – der Bundestagswahl 2002 – hier nur 1,0 % der Stimmen erreichte, erzielte sie mit vergleichsweise geringen Wahlkampfaktivitäten – die Ausnahme bildeten einzelne Schwerpunktregionen wie zum Beispiel die Stadt Chemnitz – und geringer optischer Wahrnehmbarkeit bei der Europawahl mit 3,4 % der Stimmen in Sachsen ihr bundesweit höchstes Wahlergebnis.

Die NPD konnte neben den Protestwählerstimmen auch von ihrem Stammwählerpotenzial, wie zum Beispiel dem in der Sächsischen Schweiz, profitieren. Ihre zahlreichen Wahlkampfaktivitäten führten zudem dazu, dass sie in der Bevölkerung wahrgenommen wurde.

Wahlabsprachen und Landtagswahlkampf der NPD

Die überdurchschnittlichen Wahlergebnisse der sächsischen NPD bei den Europa- und Kommunalwahlen brachten der Partei nicht nur eine bisher ungekannte Medienaufmerksamkeit, sondern sorgten vor allem für eine Aufbruchstimmung bei ihren Mitgliedern und Sympathisanten. Gleichzeitig signalisierten die Ergebnisse erstmals eine realistische Perspektive für einen Parlamentseinzug.

Bereits unmittelbar nach der Europawahl am 13. Juni 2004 waren die Parteivorsitzenden von NPD und DVU übereingekommen, sich bei den am 19. September 2004 stattfindenden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen nicht durch gleichzeitige Kandidaturen zu behindern.

Nachdem im Juli die sächsischen REP – ohne Absprache mit der Bundesführung – ihre bereits eingereichte Landesliste für die Landtagswahl zugunsten der NPD zurückgezogen hatten, rief auch der sächsische Landesverband der DP dazu auf, bei der Landtagswahl am 19. September 2004 die NPD zu wählen.

Damit war der Weg für einen – im rechtsextremistischen Lager – konkurrenzlosen Antritt der NPD frei.

Den Auftakt des Landtagswahlkampfes der NPD bildete das Pressefest des DEUTSCHE STIMME-Verlages am 7. August in Mücka. Zu diesem reisten rund 7.000 Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet an. Das Fest stand unter dem Motto „Damit Sachsen eine Zukunft hat – NPD in den Landtag“.

Die NPD gab sich im Landtagswahlkampf betont bürgernah und versuchte insbesondere, Protestwähler zu mobilisieren. Zu einem „Zündfunken“ entwickelten sich dabei sozialpolitische Themen, vor allem das Thema „Hartz IV“. Die NPD nutzte die aktuellen politischen Kontroversen gezielt aus, um durch vereinfachend-populistische und vordergründig schlüssige Lösungsansätze die Aufmerksamkeit des Wählers auf sich zu ziehen und gleichzeitig fremdenfeindliche Thesen zu verbreiten. Nach Auffassung der NPD müssten die hier lebenden Ausländer in ihre Heimat zurückgeführt werden, denn: „Jeder beschäftigte Ausländer, der in die Heimat zurückgeht, macht einen Arbeitsplatz für Deutsche frei. Jeder ausländische Sozialhilfeempfänger, der nach Hause geht, liegt unserem Sozialversicherungssystem nicht länger auf der Tasche.“²⁷⁵

Verstärkt beteiligte sich die NPD an Demonstrationen gegen die Sozialreformen, führte aber auch eigene diesbezügliche Veranstaltungen durch.

Ihre Wahlaussagen konzentrierten sich vor allem auf Parolen wie „Quittung für Hartz IV: Jetzt NPD!“ oder „Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag“, die sie in einem bislang nicht gekannten Umfang veröffentlichte. Neben einer Sonderausgabe der SACHSEN STIMME in einer Auflage von 2,5 Millionen Exemplaren hatte sie – nach eigenen Angaben – zwei Millionen Flugblätter und 300.000 Landtagswahlprogramme durch zahlreiche Wahlkampfhelfer – auch aus anderen Bundesländern – bzw. durch Firmen verteilen lassen. Sachsenweit sollen fast flächendeckend rund 40.000 Plakatafeln aufgehängt worden sein.²⁷⁶

Aber auch eine Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen wie Kundgebungen, Infostände, Saalveranstaltungen, Auftritte des rechtsextremistischen Liedermachers Frank RENNICKE, Wahlanzeigen in Tageszeitungen sowie im regionalen Fernsehen und sogar Flugzeugwerbung gehörten zum Wahlkampfpertoire der NPD.

Beim „Tag der Sachsen“ Anfang September in Döbeln startete die NPD mit einer so genannten „Jungwähleroffensive“. Hier verteilte sie kostenlos eine eigens zur Landtagswahl herausgegebene „Schulhof-CD“, die Stücke szenebekannter Skinheadbands und Liedermacher enthielt. Nach eigenen Angaben wurde diese in einer Auflage von 25.000 Stück produziert.

Von ihr war ein Teil auf Beschluss des Amtsgerichtes Riesa vom 7. September wegen des Verdachts einer

²⁷⁵ Meldungen auf der Homepage der NPD vom 9. und 16. August 2004.

²⁷⁶ Zur Landtagswahl 1999 will die NPD eigenen Angaben zufolge rund 30.000 Plakate in Sachsen aufgehängt haben.

Straftat nach § 86 a Strafgesetzbuch („Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“) durch die Polizei beschlagnahmt worden. Die begleitende Medienberichterstattung zur Aufhebung dieses Beschlusses durch das Landgericht Dresden am 15. September verlieh den Wahlkampfaktivitäten der NPD einen zusätzlichen Aufmerksamkeitsschub.

Die Wahlkampfaktivitäten der NPD belegten sowohl die überdurchschnittliche Motivation als auch die Erwartungshaltung weiter Teile des rechtsextremistischen Spektrums, die eine umfangreiche Unterstützung sowohl durch sächsische als auch durch auswärtige Wahlkampfhelfer zur Folge hatte. In einem im Internet verbreitetem Aufruf wandte sich der Neonationalsozialist Thomas WULFF – einer der führenden Protagonisten dieser Szene – „an alle freien Nationalisten“ und rief zur Unterstützung der sächsischen NPD auf. Er selbst trat ebenso wie die bekannten Neonationalsozialisten Thorsten HEISE und Ralph TEGETHOFF noch kurz vor der Landtagswahl in die NPD ein.

Landtagswahl – Gründe für das Wahlergebnis

Bei der Landtagswahl erzielte die NPD 9,2 % der Zweitstimmen (absolut: 190.909 Stimmen) und zog mit zwölf Mandaten in das sächsische Landesparlament ein. Mit diesem Wahlergebnis konnte sie das der Europawahl vom 13. Juni 2004 (3,3 %) fast verdreifachen. Gleichzeitig erreichte sie mehr Stimmen als

NPD und REP (3,4 %) bei der Europawahl zusammen (6,7 %). Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die NPD auch einen erheblichen Anteil der ehemaligen REP-Wähler für sich mobilisieren konnte.

Ihr Wahlergebnis zur vorangegangenen Landtagswahl 1999 (1,4 % der Zweitstimmen; absolut: 29.593) steigerte die NPD um ein Vielfaches²⁷⁷.

Es liegt nahe, dass die NPD vor allem von einer breiten Proteststimmung im Zusammenhang mit den geplanten Sozialreformen um „Hartz IV“ profitierte.

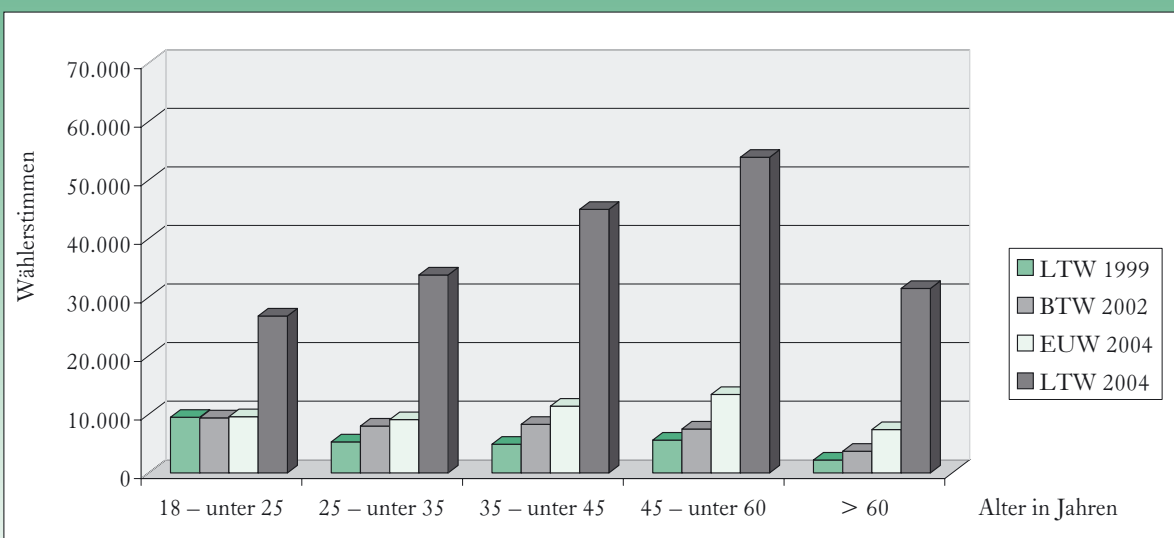
Gezielt nutzte die Partei sowohl Ängste des Bürgers vor persönlichen Nachteilen aus, die die Sozialreformen für ihn haben könnten, als auch die weit verbreitete Unkenntnis über die Inhalte der Gesetze. Mit demagogischen Slogans besetzte die NPD so ein Themenfeld, bei dem sie sicher sein konnte, dass es die Bevölkerung interessiert und bewegt.

Die NPD präsentierte sich dabei insbesondere dort, wo sie annehmen konnte, auf potenzielle Wähler zu stoßen. So versuchte sie z. B. bei den Demonstrationen gegen den Sozialabbau und vor Arbeitsämtern Protestwähler zu mobilisieren.

Aber auch bei größeren öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie dem „Tag der Sachsen“ beteiligte sich die Partei und warb um Wählerstimmen. Die NPD versuchte, sich als eigentlicher Interessenvertreter der Bevölkerung darzustellen und als Alternative zu den demokratischen Parteien anzubieten.

Gleichzeitig wurden die Wahlkampfaktivitäten der NPD von einer bislang nicht gekannten Medienaufmerksamkeit begleitet. Die hierbei zum Teil festzustellende Ausgrenzung der NPD dürfte bei vielen po-

Entwicklung der Wählerstimmen der NPD nach Altersgruppen²⁷⁸



²⁷⁷ Zur Landtagswahl 1994 war die NPD wegen fehlender Unterstützungsunterschriften nicht angetreten.

²⁷⁸ Das Datenmaterial basiert auf den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik der jeweiligen Wahl (erstellt durch das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen).

tenziellen Wählern zu einer Stimmabgabe für die NPD geführt haben, um dieser und damit letztlich auch sich selbst Gehör zu verschaffen.

Im Ergebnis dürfte die NPD gerade bei denjenigen Wählern erfolgreich gewesen sein, die Zweifel an der Richtigkeit der geplanten Reformen hatten oder aber ihre Politikverdrossenheit in einer Protestwahl zum Ausdruck bringen wollten.

So zeigt sich in den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik zur Landtagswahl 2004, dass die NPD in allen Altersgruppen deutlich an Stimmen hinzugewinnen konnte. Die größten Zuwächse erzielte die Partei allerdings unter den Wählern der Altersgruppe von 45 bis unter 60 Jahren.

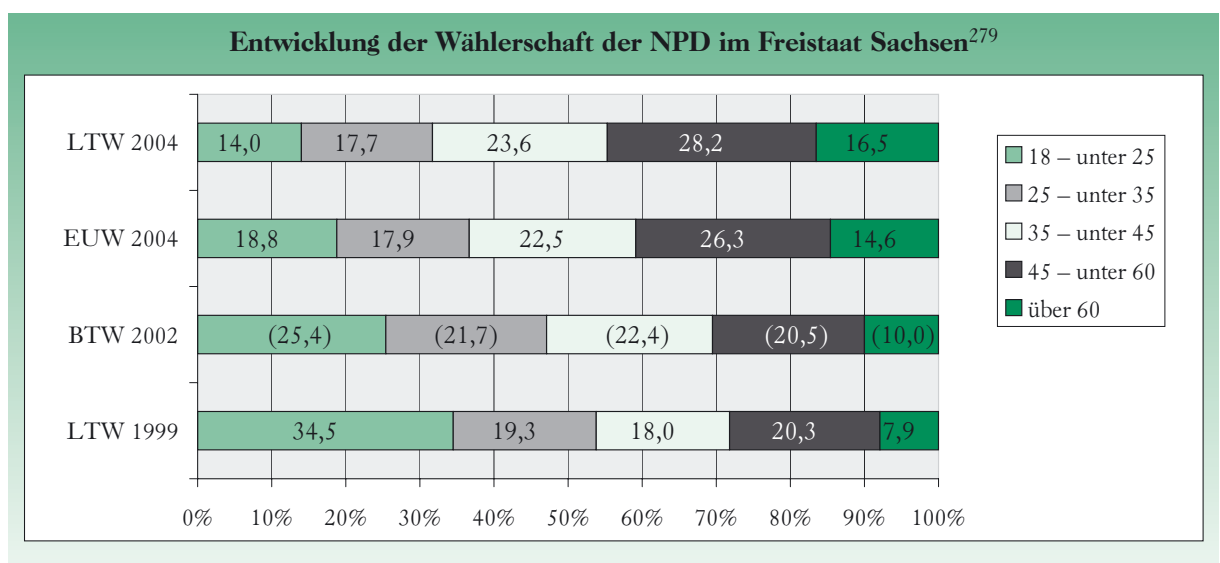
Zwar entschieden sich bei den Jung- und Erstwählern insgesamt 16 % für die NPD, dennoch war der Stimmenzuwachs in dieser Altersgruppe am geringsten. Dementsprechend zeigen sich bei der Zusammensetzung der Wählerschaft der NPD deutliche Veränderungen. Ein Vergleich der Wählerschaft bei den Wahlen seit der Landtagswahl 1999 verdeutlicht, dass die NPD das Image einer scheinbaren Jungwählerpartei zunehmend abgelegt hat. Während 1999 noch fast 35 % aller NPD-Wähler zwischen 18 bis unter 25 Jahre alt waren, lag der Anteil dieser Altersgruppe zur Landtagswahl 2004 mit gerade 14 % deutlich darunter. Kontinuierlich angewachsen ist dagegen die Wählerschaft in den Altersgruppen ab 35 Jahren. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass es der NPD offensichtlich zunehmend gelingt, auch in diesen Altersgruppen Akzeptanz zu finden.

Bemerkenswert ist, dass es der NPD gelang, ihre Wahlergebnisse im Vergleich zur Landtagswahl von 1999 in allen Städten und Gemeinden des Freistaates Sachsen zu steigern. Dabei liegen die Zugewinne zwischen 17,2 Prozentpunkten in Tannenberg (Landkreis Annaberg) und 0,3 Prozentpunkten im Kurort Rathen (Landkreis Sächsische Schweiz). Zudem erzielte die Partei in zahlreichen Orten des Freistaates Sachsen erneut zweistellige Wahlergebnisse.

Auffällig ist außerdem, dass sie nicht mehr nur in ihren Schwerpunktregionen überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielte, sondern auch in Regionen, in denen sie bislang kaum strukturiert oder kaum mit nennenswerten Aktivitäten in Erscheinung getreten war. Hier treten insbesondere die ländlichen Regionen Sachsens hervor. Der NPD gelang es offensichtlich, mit einer großen öffentlichen Präsenz, einer Vielzahl von Wahlkampfaktivitäten und hohem Aufwand an Wahlkampfmaterial großflächig Wähler zu erreichen.

Aber auch in all denjenigen Landkreisen (fünf) bzw. fast allen Gemeinden (16), in denen die NPD oder die REP seit dem 13. Juni 2004 mit Mandatsträgern vertreten sind, erzielte die NPD zur Landtagswahl überdurchschnittliche Wahlergebnisse – ein Anzeichen der wachsenden kommunalen Verankerung der Partei.

- Ihre Spitzenergebnisse erzielte die NPD in:
- Reinhardtsdorf-Schöna 23,1 %, (Landkreis Sächsische Schweiz)
 - Weißig a. Raschütz 20,2 %, (Landkreis Riesa-Großenhain)
 - Jöhstadt (Landkreis Annaberg) 19,8 %,
 - Großrückerswalde 19,3 %, (Mittlerer Erzgebirgskreis)



²⁷⁹ Das Datenmaterial basiert auf den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik der jeweiligen Wahl (erstellt durch das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen).

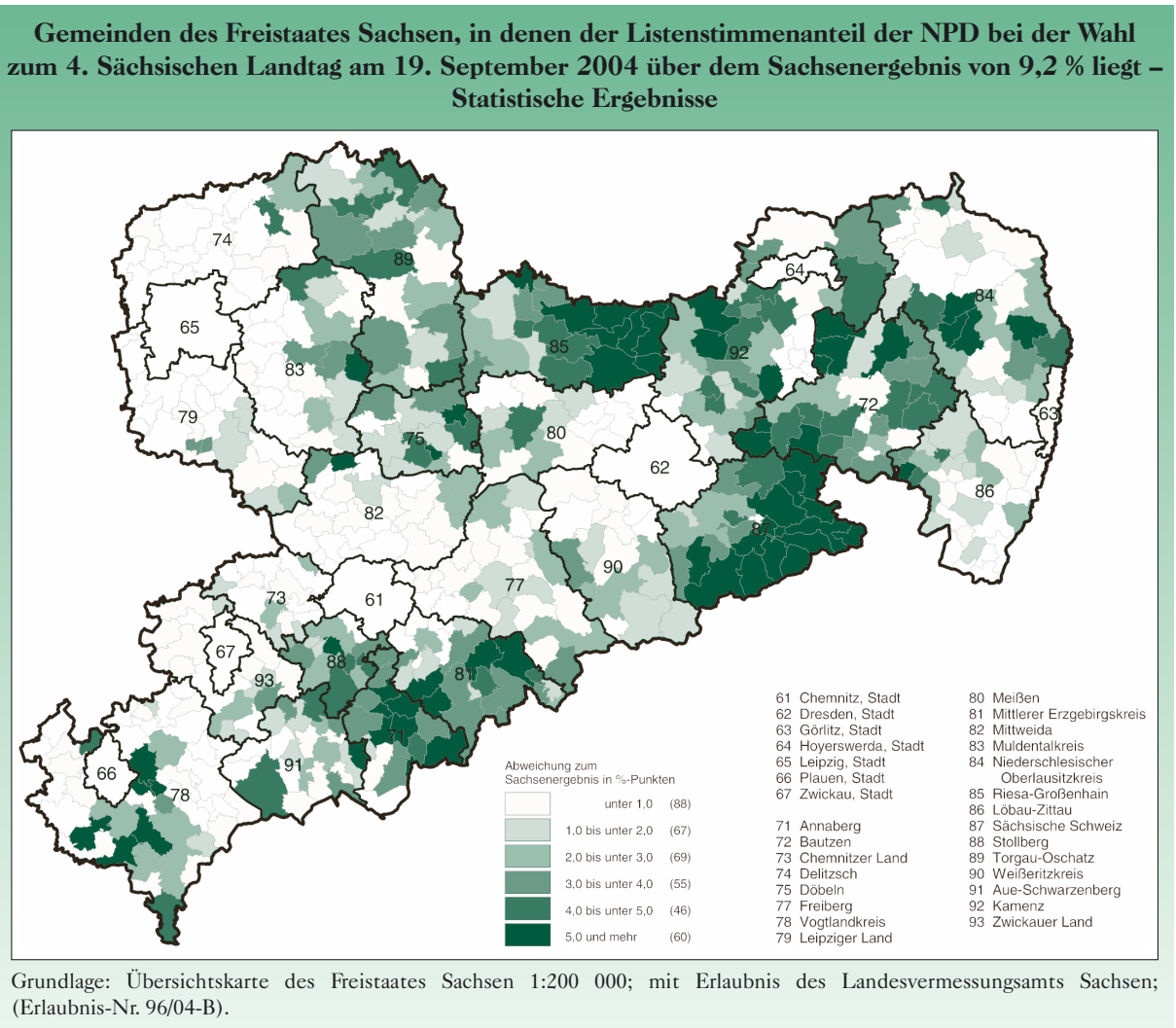
Der Aussagewert der Daten zur Bundestagswahl (BTW) 2002 ist eingeschränkt. Die Genauigkeit der Ergebnisse hängt vor allem von der Anzahl der ausgewählten Wahlbezirke sowie der Anzahl der in der Stichprobe erfassten Wahlberechtigten und Wähler ab. Der mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit auftretende Zufallsfehler wird umso größer, je kleiner die Anzahl der in der Stichprobe erfassten Wahlberechtigten, Wähler bzw. Stimmen ist.

Tannenberg (Landkreis Annaberg) 18,9 %,
 Nauwalde 18,9 %.
 (Landkreis Riesa-Großenhain)

kreis 50 (Sächsische Schweiz 2) und Klaus BAIER mit
 13,7 % der Stimmen im Wahlkreis 17 (Annaberg) Spit-
 zenergebnisse für die Partei.

Neben ihrer 15 Kandidaten umfassenden Landesliste
 war die NPD auch in 32 der insgesamt 60 Wahlkreise
 mit Direktkandidaten zur Landtagswahl angetreten.
 Diese blieben zwar erfolglos, dennoch erzielten Dr. Jo-
 hannes MÜLLER mit 16,2 % der Stimmen im Wahl-

Im Regierungsbezirk Chemnitz waren neben der NPD
 auch die REP in drei Wahlkreisen mit Direktkandidaten
 angetreten. Sie blieben ebenfalls erfolglos. Das beste
 Kreiswahlergebnis der REP erzielte Roland NAUMANN
 mit 7,0 % der Stimmen im Wahlkreis 13 (Chemnitz 2).



Beteiligung von Linksextremisten an Europa- und Kommunalwahlen

An der Europawahl 2004 beteiligten sich die DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) und die in Sachsen kaum aktive PARTEI FÜR SOZIALE GLEICHHEIT; SEKTION DER VIERTEN INTERNATIONALE (PSG). Beide erreichten mit jeweils 0,2 % in Sachsen nicht die notwendige Anzahl an Stimmen, um Abgeordnete ins Europäische Parlament zu entsenden. Die DKP erhielt 3.263 und die PSG 3.470 Stimmen.

An den Kommunalwahlen und an der Landtagswahl nahmen keine linksextremistischen Parteien teil. In Dresden strebten jedoch einzelne Linksextremisten über das Personenwahlbündnis „Alternativ Unabhängig Fortschrittlich“ (AUF) Dresden²⁸⁰ den Einzug in den Stadtrat an. Ein Erfolg blieb ihnen allerdings versagt.

²⁸⁰ AUF Dresden ist kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen

(Sächsisches Verfassungsschutzgesetz – SächsVSG)

Vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 459),
zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Ände-
rung des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes vom
20.04.2004 (SächsGVBl. S. 134)

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt:

Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

- § 1 Organisation, Zuständigkeit
- § 2 Aufgaben
- § 3 Begriffsbestimmungen
- § 4 Allgemeine Bestimmungen
- § 5 Besondere Befugnisse und Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

Zweiter Abschnitt:

Datenschutzrechtliche Bestimmungen

- § 6 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
- § 7 Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten
- § 8 Errichtungsanordnung
- § 9 Auskunft an Betroffene

Dritter Abschnitt:

Übermittlungsvorschriften

- § 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen
- § 11 Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 11a Informationsübermittlung durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 12 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz
- § 13 Übermittlungsverbote
- § 14 Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz
- § 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Vierter Abschnitt:

Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

- § 16 Parlamentarische Kontrollkommission
- § 17 Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission
- § 18 Einschränkung von Grundrechten

Fünfter Abschnitt: Schlussbestimmung

- § 19 Inkrafttreten

Erster Abschnitt

Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

§ 1

Organisation, Zuständigkeit

(1) Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder wird ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es dient auch dem Schutz vor Organisierter Kriminalität. Das Landesamt für Verfassungsschutz untersteht als obere Landesbehörde unmittelbar dem Staatsministerium des Innern.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist zuständig für

1. die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 und
2. die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund in Angelegenheiten der Nummer 1.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Freistaat Sachsen nur im Einvernehmen, das Bundesamt für Verfassungsschutz nur im Benehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz und Polizeibehörden oder Polizeidienststellen dürfen einander nicht angegliedert werden.

§ 2

Aufgaben

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- 3a. Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grund-

gesetzes), insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind,

4. fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Geltungsbereich dieses Gesetzes sowie
5. Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität.

Sammlung und Auswertung von Informationen nach Satz 1 setzen im Einzelfall voraus, dass für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Satz 1 Nr. 1 bis 5 tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte,
4. auf Ersuchen der Einstellungsbehörden bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wenn der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
5. auf Ersuchen der für Einbürgerung zuständigen Behörden bei der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern sowie
6. bei Überprüfungen, soweit dies gesetzlich vorgesehen ist.

Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Satz 1 erfolgt in der Weise, dass es eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen der für die Überprüfung zuständigen Behörde oder sonstiger öffentlicher Stellen auswertet. Die Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz bei der Mitwirkung nach den Nummern 1 und 2 sind im Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SächsSÜG) vom 19. Februar 2004 (SächsGVBl. S. 44), in der jeweils geltenden Fassung, geregelt.

(3) Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Absatz 2 setzt voraus, dass Betroffene und andere in die Überprüfung einbezogene Personen über Zweck und Verfahren der Überprüfung einschließlich der Verarbeitung der erhobenen Daten durch die beteiligten Dienststellen unterrichtet werden. Darüber hinaus ist im Falle der Einbeziehung anderer Personen in die Überprüfung deren Einwilligung und im Falle weitergehender Ermittlungen die Einwilligung von Betroffenen erforderlich. Die Sätze 1 und 2 gelten nur, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet das Staatsministerium des Innern über seine Tätigkeit.

§ 3

Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes sind

1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen aktiv sowie ziel- und zweckgerichtet unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe

- der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretungen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
 3. das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
 4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
 5. die Unabhängigkeit der Gerichte;
 6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
 7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

(3) Organisierte Kriminalität im Sinne dieses Gesetzes ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden

1. unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
2. unter Drohung mit oder Anwendung von Gewalt oder
3. unter Einflussnahme auf Politik, öffentliche Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

§ 4

Allgemeine Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten verarbeiten. Die Verarbeitung personenbezogener Daten richtet sich nach den Vorschriften dieses Gesetzes und, soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind, nach den Vorschriften des Gesetzes zum Schutze der informationellen Selbstbestimmung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Datenschutzgesetz - SächsDSG) vom 25. August 2003 (SächsGVBl. S. 330).

(2) Werden personenbezogene Daten bei Betroffenen mit ihrer Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Betroffene sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 2 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 4 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse gegenüber anderen Behörden und Dienststellen stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(4) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die Betroffene voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 5

Besondere Befugnisse und Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, insbesondere unter Beachtung des § 4 Abs. 4, Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen (nachrichtendienstliche Mittel) anwenden. Diese sind in einer Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern und der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten und sonstige Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, dass

1. auf diese Weise Erkenntnisse über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 oder die zur Erforschung solcher Erkenntnisse erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
2. dies zum Schutz oder zur Abschirmung von Mitarbeitern, Einrichtungen, Gegenständen und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

Die Erhebung nach Satz 1 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist. Eine geringere Beeinträchtigung ist insbesondere dann anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch Auskünfte nach §§ 11 oder 11a gewonnen werden kann. Die Anwendung eines nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn der Zweck erreicht ist oder

sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(3) Wird der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen oder -aufzeichnungen oder zum Abhören oder Aufzeichnen des gesprochenen Wortes oder der Einsatz eines Verfassungsschutzbediensteten, der unter einer ihm verliehenen, auf Dauer angelegten, veränderten Identität ermittelt, zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 länger als 72 Stunden dauern, ist dies unverzüglich der Parlamentarischen Kontrollkommission anzuzeigen.

(4) Der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Artikels 13 des Grundgesetzes und des Artikels 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen ist nur zulässig, wenn

1. die materiellen Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz - G 10) vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. August 2002 (BGBl. I S. 3390, 3391), in der jeweils geltenden Fassung, vorliegen oder
2. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, dass jemand Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach § 100c der Strafprozessordnung (StPO) oder nach §§ 331 bis 334 des Strafgesetzbuches (StGB) verfolgt und der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Abwehr von dringenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende fremde Sach- oder Vermögenswerte erforderlich ist

und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

(5) Maßnahmen nach Absatz 4 dürfen sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen aufgrund von Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass der Verdächtige sich in ihrer Wohnung aufhält. Die Abwägung der widerstreitenden Rechtsgüter hat unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu erfolgen. Diese Maßnahmen dürfen sich gegen eine Person, die ein Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen nach § 53 StPO hat, nur richten, wenn diese selbst Verdächtige ist.

(6) Die Anordnung des Einsatzes technischer Mittel nach Absatz 4 trifft der Richter. Bei Gefahr im Verzug kann der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, im Falle seiner Verhinderung der hierfür bestimmte Vertreter, den Einsatz anordnen. Eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. § 10 Abs. 5 und § 11 Abs. 2 Satz 1 G 10 gelten entsprechend.

(7) Erkenntnisse und Unterlagen, die durch Maßnahmen nach Absatz 4 gewonnen wurden, dürfen zur Verfolgung und Erforschung der dort genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten sowie nach Maßgabe des § 4 Abs. 2 G 10 verwendet werden.

(8) Den verdeckten Einsatz technischer Mittel nach Absatz 4 ausschließlich zum Schutz der für den Verfassungsschutz tätigen Personen ordnet das Landesamt für Verfassungsschutz an. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zweck der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur dann zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(9) Für die nachträgliche Mitteilung an die von Maßnahmen nach Absatz 4 Betroffenen gelten § 12 sowie § 13 G 10 entsprechend. Im Fall des Absatzes 8 erfolgt eine nachträgliche Mitteilung an Betroffene in den Fällen, die richterlich überprüfungsbedürftig waren, wenn eine Gefährdung

1. des Zwecks der Maßnahme, in deren Rahmen die Schutzmaßnahme für die beim Verfassungsschutz tätige Person durchgeführt wurde, und
2. von Leib oder Leben der für den Verfassungsschutz tätigen Person sowie ihrer weiteren Verwendung

ausgeschlossen werden kann.

(10) Zuständiges Gericht zur Entscheidung nach den Absätzen 4 und 8 ist das Amtsgericht am Sitz des Landesamtes für Verfassungsschutz. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend. Die Entscheidung des Gerichts ergeht ohne vorherige Anhörung des Betroffenen und bedarf zu ihrer Wirksamkeit nicht der Bekanntmachung an ihn. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft.

(11) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Artikel 10-Gesetz bleibt unberührt.

(12) Nachrichtendienstliche Mittel, die sich gezielt gegen einen Abgeordneten des Sächsischen Landtages richten, dürfen nur angewandt werden, wenn sie zuvor vom Präsidenten des Landtages genehmigt worden sind.

Zweiter Abschnitt

Datenschutzrechtliche Bestimmungen

§ 6

Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 vorliegen,
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 2 tätig werden wird.

(2) Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 dürfen vorbehaltlich des Satzes 2 in automatisierten Dateien nur Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden. Zur Erledigung von Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 und 5 dürfen in automatisierten Dateien nur Daten solcher Personen erfasst werden, über die bereits Erkenntnisse nach § 2 Abs. 1 vorliegen. Bei der Speicherung in Dateien muss erkennbar sein, welcher der in § 2 Abs. 1 und 2 genannten Personengruppe Betroffene zuzuordnen sind.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

(4) Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nicht gespeichert werden. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 14. und vor Vollendung des 16. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 angefallen sind. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung in Dateien zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit angefallen sind.

§ 7

Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten oder Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten

ist dies zu vermerken. Wird die Richtigkeit der Daten von Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken oder auf sonstige Weise festzuhalten.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Belange der Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Fall sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der Betroffenen übermittelt werden.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu löschen sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 sind spätestens 10 Jahre, über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 und 3a spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn, der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz oder sein Vertreter stellt fest, dass die weitere Speicherung zur Aufgabenerfüllung oder aus den in Absatz 2 Satz 2 genannten Gründen erforderlich ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten gespeicherten personenbezogenen Daten zu sperren, wenn es im Einzelfall feststellt, dass ohne die Sperrung schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden und die Daten für seine künftige Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen; sie dürfen nicht mehr genutzt oder übermittelt werden. Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen. Akten, in denen personenbezogene Daten gespeichert sind, sind zu vernichten, wenn die gesamte Akte zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt wird.

(5) Für die Archivierung gelten die Vorschriften des Archivgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 17. Mai 1993 (SächsGVBl. S. 449), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 398), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 8

Errichtungsanordnung

(1) Für jede beim Landesamt für Verfassungsschutz zur Erfüllung seiner in § 2 genannten Aufgaben einzurichtende automatisierte Datei, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, sind in einer Errichtungsanordnung festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,

2. Zweck der Datei,
3. Voraussetzungen der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Art der Daten),
4. Anlieferung oder Eingabe,
5. Zugangsberechtigung,
6. Überprüfungsfristen, Speicherdauer und
7. Protokollierung.

Die Zugangsberechtigung nach Satz 1 Nr. 5 ist auf Personen zu beschränken, die die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz benötigen. Die Errichtungsanordnung bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern.

(2) Vor Erlass und vor wesentlichen Änderungen der Errichtungsanordnung ist der Sächsische Datenschutzbeauftragte zu hören.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Erforderlichkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

§ 9

Auskunft an Betroffene

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz erteilt Betroffenen über die zu ihrer Person gespeicherten Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft. Die Auskunftspflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(1a) Auskunft aus Akten, die nicht zur Person des Betroffenen geführt werden, wird erteilt, soweit der Betroffene Angaben macht, die das Auffinden der Akten ermöglichen und der für die Erteilung der Auskunft erforderliche Aufwand nicht außer Verhältnis zu dem vom Betroffenen geltend gemachten Informationsinteresse steht. Satz 1 findet auf personenbezogene Daten in nicht-automatisierten Dateien, die nicht zur Übermittlung an Dritte bestimmt sind, entsprechende Anwendung.

(2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, ins-

besondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen.

(3) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe für die Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, sind Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass sie sich an den Sächsischen Datenschutzbeauftragten wenden können. Dem Datenschutzbeauftragten ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, dass dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. Mitteilungen des Sächsischen Datenschutzbeauftragten an Betroffene dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

Dritter Abschnitt

Übermittlungsvorschriften

§ 10

Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

(1) Die Behörden und Gerichte des Freistaates Sachsen, die Gemeinden, Landkreise und sonstigen der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts übermitteln von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Informationen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 oder zur Beobachtung von Bestrebungen erforderlich sind, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 2 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 3a genannten Schutzgüter gerichtet sind.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeidienststellen übermitteln darüber hinaus von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz auch alle anderen ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist.

§ 11

Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Die in § 10 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 oder Abs. 2 erforderlich ist. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtliche Register unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 und vorbehaltlich der in § 13 getroffenen Regelung einsehen, soweit dies zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 und 2 oder zum Schutz von Mitarbeitern und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen Gefahren für Leib und Leben erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Registern den Zweck der Maßnahmen gefährden oder das Persönlichkeitsrecht von Betroffenen unverhältnismäßig beeinträchtigen würde. Über die Einsichtnahme nach Satz 1 hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die Veranlassung, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen.

Die Nachweise sind fünf Jahre gesondert aufzubewahren und gegen ungerechtfertigten Zugriff zu sichern und anschließend zu vernichten.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten und sonstige Informationen, die aufgrund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozessordnung bekannt geworden sind, ist nur zulässig, wenn tatsächlich Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 G 10 genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Satz 1 übermittelten Unterlagen findet § 4 Abs. 1 und 2 Satz 3 G 10 entsprechende Anwendung.

§ 11a

Informationsübermittlung durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Ein Ersuchen des Landesamtes für Verfassungsschutz um Übermittlung personenbezogener Daten darf nur diejenigen personenbezogenen Daten enthalten, die für die Erteilung der Auskunft unerlässlich sind. Schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen nur in unvermeidbarem Umfang beeinträchtigt werden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen, sowie bei denjenigen, die an der Erbringung dieser Dienstleistungen mitwirken, unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften, Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs einholen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Luftfahrtunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten einholen. Die Auskunft kann auch in Bezug auf zukünftige Telekommunikation und zukünftige Nutzung von Telediensten verlangt werden. Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten sind:

1. Berechtigungskennungen, Kartennummern, Standortkennung sowie Rufnummern oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,
3. Angaben über die Art der vom Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienst-Dienste,
4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.

(6) Auskünfte nach den Absätzen 2 bis 5 dürfen nur auf Antrag eingeholt werden. Der Antrag ist durch den Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz, im Falle seiner Verhinderung durch seinen Vertreter, schriftlich zu stellen und zu begründen. Über den Antrag entscheidet der Staatsminister des Innern, im Falle seiner Verhinderung sein Vertreter.

(7) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Kommission nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes im Freistaat Sachsen (SächsAG G 10) vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 464), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. August 2003 (SächsGVBl. S. 313, 317), über die gemäß Absatz 6 beschiedenen Anträge vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug darf das Staatsministerium des Innern den Vollzug der Entscheidung bereits vor Unterrichtung der Kommission anordnen. In diesen Fällen ist die Unterrichtung innerhalb von zehn Tagen nachzuholen. Die Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit der Einholung von Auskünften. Entscheidungen über Auskünfte, die die Kommission für unzulässig oder für nicht notwendig erklärt, hat das Staatsministerium des Innern unverzüglich aufzuheben.

(8) § 2 Abs. 2 SächsAG G 10 ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Kontrollbefugnis der Kommission sich auf die gesamte Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten erstreckt.

(9) Für die Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten ist § 4 G 10 entsprechend anzuwenden. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen dem Betroffenen oder Dritten vom Auskunftgeber nicht mitgeteilt werden. Für die Mitteilungen an Betroffene findet § 12 Abs. 1 und 3 G 10 entsprechende Anwendung.

(10) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission (§ 16) und das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes in Abständen von höchstens sechs Monaten über die nach den Absätzen 2 bis 5 durchgeführten Maßnahmen; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben.

§ 12

Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Behörden sowie andere öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen

Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigen. Empfänger dürfen die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat der Staatsanwaltschaft und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienststellen die ihm bekannt gewordenen personenbezogenen Daten zu übermitteln, wenn im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung nach § 2 zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass dies zur Verhinderung oder Verfolgung folgender Straftaten erforderlich ist:

1. von Staatsschutzdelikten nach §§ 74a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes sowie von Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielsetzung, der Motive der Täter oder deren Verbindungen zu einer Organisation zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind, und
2. von Straftaten, die gegen das Leben oder in erheblichem Maße gegen die körperliche Unversehrtheit oder gegen Sach- und Vermögenswerte von erheblicher Bedeutung gerichtet sind.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an andere als öffentliche Stellen nicht übermitteln, es sei denn, dass dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes, zur Abwehr sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeit für eine fremde Macht oder zur Gewährleistung der Sicherheit einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung nach § 1 Abs. 4 des Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes (Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SÜG) vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322, 3329), in der jeweils geltenden Fassung, oder nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 SächsSÜG in der jeweils geltenden Fassung erforderlich ist und der Staatsminister des Innern oder sein Vertreter zugestimmt hat. Die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl gleichartiger, sachlich zusammenhängender Fälle vorweg erteilt werden. Sie ist nicht erforderlich für den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden. Er ist verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz auf Verlangen Auskunft über die vorgenommene Verwendung zu geben. Der Empfänger ist

auf die Verpflichtungen nach den Sätzen 5 und 6 hinzuweisen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland, Belange der Länder oder überwiegende schutzwürdige Interessen von Betroffenen entgegenstehen. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Empfänger sind darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie übermittelt wurden, und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

(5) Der Empfänger prüft, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat er die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 13 Übermittlungsverbote

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den §§ 10, 11 und 12 unterbleibt, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Information und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen oder überwiegende Belange der Strafverfolgung dies erfordern oder
3. besondere gesetzliche Übermittlungsregelungen entgegenstehen.

Die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.

(2) Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

§ 14 Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft unverzüglich, ob die ihm nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat es die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist. In diesem Fall sind die Daten zu sperren.

(2) Erweisen sich personenbezogene Daten, nachdem sie durch das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt worden sind, als unrichtig oder unvollständig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen oder zu ergänzen, es sei denn, dass dies für die Beurteilung eines Sachverhalts ohne Bedeutung ist.

§ 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1. Dabei dürfen personenbezogene Daten bekannt gegeben werden, wenn dies für die Unterrichtung erforderlich ist und die Informationsinteressen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse des Betroffenen überwiegen.

Vierter Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung
von Grundrechten

§ 16 Parlamentarische Kontrollkommission

(1) Die Sächsische Staatsregierung unterliegt hinsichtlich der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern über das Landesamt für Verfassungsschutz und hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages. Die Rechte des Landtages und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte einzeln mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Zwei Mitglieder müssen der parlamentarischen Opposition angehören.

ren. Die Parlamentarische Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission kann von mindestens zwei Mitgliedern verlangt werden.

(3) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden. Der Sächsische Datenschutzbeauftragte kann, soweit personenbezogene Daten Gegenstand der Beratung sind, beteiligt werden; die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Satz 1 gilt nicht für die Bewertung aktueller Vorgänge, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission ihre vorherige Zustimmung erteilt hat.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus oder wird es Mitglied der Staatsregierung, endet auch seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für ein ausgeschiedenes Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen.

(5) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch nach Ablauf der Wahlperiode des Landtages so lange aus, bis der nachfolgende Landtag eine neue Parlamentarische Kontrollkommission gewählt hat.

§ 17

Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission

(1) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über die Vorgänge von besonderer Bedeutung. Hierzu gehört auch die Unterrichtung über die nach § 5 Abs. 3, 4 und 8 angeordneten Maßnahmen und die nach § 5 Abs. 9 getroffenen Entscheidungen. Ebenso umfasst die Unterrichtung auch das Tätigwerden von Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer sowie das Herstellen des Benehmens für das Tätigwerden des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz –

BVerfSchG) vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3202, 3217), in der jeweils geltenden Fassung. Auf Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission berichtet das Staatsministerium des Innern zu konkreten Themen aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission hat das Recht auf Erteilung von Auskünften. Der Staatsminister des Innern kann einem Kontrollbegehren widersprechen, wenn es im Einzelfall die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz oder den notwendigen Schutz des Nachrichtenzugangs gefährden würde; er hat dies zu begründen. Entfallen die Gründe für Satz 2, so ist die Auskunftserteilung unverzüglich nachzuholen.

(3) Die Unterrichtung umfasst nicht Angelegenheiten, über die das Staatsministerium des Innern die Kommission nach Artikel 10 des Grundgesetzes zu unterrichten hat.

§ 18

Einschränkung von Grundrechten

Durch dieses Gesetz können im Rahmen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Sachsen das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes, Artikel 27 der Verfassung des Freistaates Sachsen), das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes, Artikel 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen) und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen) eingeschränkt werden.

Fünfter Abschnitt

Schlussbestimmung

§ 19

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(Die Änderungen traten am 01.07.2004 in Kraft)

Stichwortverzeichnis

14 – S. 23

14 words – S. 23

88 – S. 23, 25

A

ABU-HAFS-AL-MASRI-BRIGADEN – S. 83

ADVANCE – S. 97

ADVANCED ORGANISATION AND SAINT HILL EUROPE – S. 97

AFA13-Webgroup – S. 68

AKTION ODER-NEIBE – S. 46

AL AHD – S. 94

a.l.i.a.s. – S. 69

AL-ISLAM – S. 94

AL JIHAD – S. 94

AL-KHILAFÄ – S. 94

AL-MASRI, Abu Hafs – S. 83

AL-RIBAT – S. 94

Alternativ Unabhängig Fortschrittlich Dresden – S. 111

Alternatives Jugend Zentrum Chemnitz – S. 67

ALTERNATIVES ZENTRUM CONNI – S. 70

AL-QAIDA – S. 82, 83, 84

AL-WAIE – S. 94

AL-ZAWAHIRI, Aiman – S. 83

ANTIDEUTSCH-KOMMUNISTISCHE GRUPPE – S. 71

ANTIFA-DRESDEN – S. 69, 70

ANTIFA INITIATIVE DRESDEN – S. 70

ANTIFARECHERCHETEAM DRESDEN – S. 69

ANTIFASCHISTISCHE AKTION / BUNDESWEITE ORGANISATION – S. 63

ANTIFASCHISTISCHE GRUPPE XYZ – S. 66, 71

ANTIFASCHISTISCHER FRAUENBLOCK LEIPZIG – S. 65

APFEL, Holger – S. 12, 13, 39, 42, 44, 53

API-BRIEF – S. 93, 94

Arabische Mudjahidin – S. 82

ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN – S. 81, 93, 94

ARBEITERPARTEI KURDISTANS – S. 85

ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS – S. 59, 75

ARNDT-BUCHDIENST – S. 54

ARNDT-VERLAG – S. 54

ASATRU – S. 25

Autonome – S. 1, 57, 58, 59, 60, 61, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 103

AYDAR, Zübeyir – S. 86, 87

B

BAAR, Harry – S. 52

BAIER, Klaus – S. 110

BEKLENNEN ASR-I SAADET – S. 94

BEWEGUNG DER FREIEN JUGEND KURDISTANS – S. 87

BILDUNG PLUS KULTUR e.V. i.G. – S. 79

BIN LADIN, Usama – S. 83, 84

Black Metal – S. 25

BLITZKRIEG – S. 25

BLOOD & HONOUR-Division Deutschland – S. 23

BOLOURCHI, Dr. Masoumeh – S. 92

BONUS-VERLAG – S. 54

BROMBACHER, Ellen – S. 77
Bronstein, Leo Davidowitsch; siehe Trotzki, Leo
BÜNDNIS GEGEN REALITÄT – S. 65
BUNKE, Tamara – S. 62

C

CEE IEH – DER CONNE ISLAND NEWSFLYER – S. 78
CHURCH OF SCIENTOLOGY FLAG SERVICE ORG – S. 97
CHURCH OF SCIENTOLOGY INTERNATIONAL – S. 96, 97
Conne Island – S. 72, 78

D

DAS FREIE FORUM – S. 55
DAS PATRIOTISCHE MAGAZIN – S. 55
DELLE, Alexander – S. 42
Demokratiepartei – S. 90
DEMOKRATISCHE FRIEDENSINITIATIVE – S. 87
DENK MIT!-VERLAG – S. 54
DER PANZERBÄR – S. 27, 55
DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. – S. 88, 91
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI – S. 59, 60, 62, 74
DEUTSCHE PARTEI – S. 18, 49, 51, 104
DEUTSCHE REICHPARTEI – S. 36
Deutsche Soziale Union – S. 51, 104
DEUTSCHE STIMME – S. 12, 13, 35, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 44, 45, 55, 107
DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH – S. 35, 37, 54
DEUTSCHE VOLKSUNION – S. 13, 15, 16, 17, 36, 46, 51, 53, 56, 104
DEVIRIM YOLUNDA ISCI KÖYLÜ – S. 94
DEVIRIMCI CIZGI – S. 94
DEVIRIMCI DEMOKRASI – S. 94
D.I.A. (Der Islam als Alternative) – S. 94
DIE REPUBLIKANER – S. 15, 16, 17, 36, 48, 49, 53, 56, 67, 104
DIE ROTE FAHNE – S. 73, 78, 79
DIE ROTE HILFE – S. 59, 60, 62, 78
DIREKTE AKTION – S. 78
DOGAN, Mazlum – S. 89
DÖNITZ, Karl – S. 38
DONALDSON, Ian Stuart – S. 23
DSZ-DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGS-VERLAG GmbH – S. 46, 54

E

ECHELON – S. 99
EHRENBUND RUDEL – S. 46
EINE ANDERE JUGEND – S. 45
EISENHERZ – S. 25
EKMEK VE ADALET – S. 94
Engels, Friedrich – S. 73, 74, 77
EUROPA VORN VERTRIEB – S. 54, 55
EXPLIZIT – S. 94

F

FAHNENTRÄGER – S. 32, 33, 55
FEYKA-KURDISTAN – S. 89
FLAG SHIP SERVICE ORG – S. 97

FLÜCHTLINGSHILFE IRAN e. V. – S. 92
 Föderaler Schutzdienst – S. 99
 FÖDERATION DER DEMOKRATISCHEN ARBEITERVEREINE – S. 95
 FÖDERATION DER TÜRKISCH-DEMOKRATISCHEN IDEALISTENVEREINE IN EUROPA e. V. – S. 95
 FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. – S. 87
 FOIER FREI! – S. 27, 55
 FREEWINDS – S. 97
 FREIE AKTIVISTEN HOYERSWERDA – S. 20
 FREIE ARBEITERINNEN UND ARBEITER UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION – S. 78
 Freie Bürgerbewegung – S. 90
 FREIE FRAUENVERBÄNDE – S. 87
 FREIE KRÄFTE DRESDEN – S. 19, 20, 30, 31
 Freier Jugendklub Grünau – S. 20
 FREIER RUNDBRIEF DRESDEN – S. 19, 30, 33, 55
 FREIHEIT – S. 96, 97
 FREIHEITLICHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI – S. 44
 FREIHEITSFALKEN KURDISTANS – S. 86
 FREIHEITSPARTEI DER FRAUEN KURDISTANS – S. 87
 FREIHEITS- UND DEMOKRATIEKONGRESS KURDISTANS – S. 85
 FREUNDKREIS UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN – S. 56
 FREY, Dr. Gerhard – S. 44, 46, 47, 48
 FRITZ – S. 52, 55
 FRONT DER ISLAMISCHEN KÄMPFER DES GROBEN OSTENS – S. 94
 FUCHS, Eberhardt – S. 48
 FURKAN – S. 94
 FZ-FREIHEITLICHE BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG GmbH – S. 46

G

GANSEL, Jürgen – S. 12, 39
 GARNAOUI, Ihsan – S. 83
 GEGENSTANDPUNKT – S. 78
 GEGENSTANDPUNKT VERLAGS GmbH – S. 78
 GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V. – S. 55
 GRABERT-VERLAG – S. 54
 GRASWURZELREVOLUTION e. V. – S. 78
 GRASWURZELREVOLUTION – FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT –
 S. 78
 GUEVARA, Che – S. 62

H

H8 MACHINE – S. 24
 HÄHNEL, Jörg – S. 42
 HAGEN, Andrea – S. 52
 HAGER, Nina – S. 74
 HAMMERSKINS – S. 21, 22, 23, 24
 Hatecore – S. 24
 Heimatbüro, siehe ÜLKE-Büro
 HEIMATSCHUTZNETZWERK SACHSEN – S. 34, 41
 HEISE, Thorsten – S. 40, 44, 108
 Heß, Rudolf – S. 12, 40, 41, 61
 HILAFET – S. 94
 HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. – S. 16, 55
 Hitler, Adolf – S. 12, 14, 37, 38, 39, 41, 61
 HIZB AL DA'WA AL ISLAMIA – S. 94

HIZB ALLAH – S. 94
HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMI – S. 94
HOHENRAIN-VERLAG – S. 54
Hubbard, Lafayette Ron – S. 96, 97
HUSSEIN, Saddam – S. 92

I

IMPACT – S. 96, 97
INCIPITO – S. 61, 63, 64, 72, 78
INDYMEDIA – S. 63, 66, 67, 71
INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG – S. 46
INTERIM – S. 78
INTERNATIONAL – S. 93
INTERNATIONAL ASSOCIATION OF SCIENTOLOGISTS – S. 97
INTERNATIONAL SOCIALISTS – S. 77
INTERNATIONALE FÖDERATION IRANISCHER FLÜCHTLINGS- UND IMMIGRANTENRÄTE – S. 93
INTERNATIONALE FÖDERATION IRANISCHER FLÜCHTLINGS- UND IMMIGRANTENRÄTE – VERBAND DEUTSCHLAND e. V.
– S. 93
ISLAMBULI-BRIGADEN – S. 83
ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS – S. 94
ISLAMISCHE HEILSFRONT – S. 94

J

JAMAAT AL-TAWHID AL-ISLAMIYA / SHAHID UMAR AL-MUKHTAR – S. 83
JUGENDANTIFA TOMORROW – S. 72
Junge Freiheit – S. 37
JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN - Landesverband Sachsen/ Niederschlesien – S. 16, 18, 49, 52, 55, 67, 104
JUNGE NATIONALDEMOKRATEN – S. 18, 26, 35, 36, 45, 104
JUNGE WELT – S. 78
JUNGLE WORLD – S. 64, 71

K

KALIFATSSTAAT – S. 84, 94
KAMKIN, Alexander – S. 41
KAPLAN, Metin – S. 84
KESBIR, Nuriye – S. 88, 89, 91
KINACI, Zeynep, auch: ZILAN – S. 89
KLAROFIX – S. 72
KLARTEXT DEUTSCHE STIMME FÜR KÖNIGSTEIN – S. 45, 55
KLEBER, Alexander – S. 53
KOHLMANN, Martin – S. 50, 51, 52
KOMITEE ZUM NEUAUFBAU DER PKK – S. 86
KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG e. V. – S. 35
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS – S. 59, 60, 62, 73, 78
KOMMUNISTISCHE PARTEI IRANS – S. 93
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS – S. 59, 60, 62, 75, 76, 77, 78
KOMMUNISTISCHER JUGENDVERBAND DEUTSCHLANDS – S. 73
KOMMUNISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN – S. 62, 75
KONFÖDERATION DER KURDISCHEN VEREINE IN EUROPA – S. 87
KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA – S. 87
KRAFTSCHLAG – S. 41
KREBS, Dr. Pierre – S. 42
KURDISCHER KULTURVEREIN – S. 91
KURDISCHER NATIONALKONGRESS – S. 88

KURDISCHER ROTER HALBMOND – S. 88
KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V. – S. 88, 91
KURDISCHES KULTURZENTRUM e. V. DRESDEN – S. 91
KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e. V. – S. 88, 91

L

LANDSER – S. 26
Landsmannschaft Ostpreußen – S. 52
LANE, David – S. 23
LEFT-ACTION – S. 65, 72
LEICHSENRING, Uwe – S. 42
Lenin – S. 74, 77
LIBERATION TIGERS OF TAMIL EELAM – S. 95
Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgesellschaft JUNGE WELT e. G. – S. 78
LINKSRUCK-NETZWERK – S. 59, 60, 77
LINKSRUCK – SOZIALISTISCHE ZEITUNG – S. 77, 78
LÖWE UND SONNE – S. 92
LORENZ, Kerstin – S. 51, 52

M

MANNEN-RING-LEIPZIG – S. 55
MAOISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI – S. 94
Marx, Karl – S. 73, 74, 77
MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI – S. 95
MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS – S. 59, 60, 62, 79
MARXISTISCHE BLÄTTER – S. 74
MENZEL, Klaus – S. 53
militärischer Nachrichtendienst – S. 99
MILLI GÖRÜS & PERSPEKTIVE – S. 94
Ministerium für Staatssicherheit – S. 100
MISCAVIGE, David – S. 96
MITTELDEUTSCHE JUGENDZEITUNG – S. 55
MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN – S. 36
MODARESI, Kourush – S. 93
MODJAHED – S. 92, 94
MOSH PIT – S. 25
MÜLLER, Dr. Johannes – S. 110
MÜLLER, Michael – S. 42
MUSLIMBRUDERSCHAFT – S. 94, 95

N

NACHRICHTEN DER HNG – S. 55
NADIR – S. 63
NATION EUROPA-VERLAG GmbH – S. 54
NATION & EUROPA – DEUTSCHE MONATS-HEFTE – S. 55
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS – S. 12, 15, 16, 17, 22, 35, 46, 49, 53, 55, 66, 103, 104
NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND – S. 35
NATIONAL-PATRIOTISCHE FRONT – S. 41
NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI – S. 14, 56
NATIONALE BEFREIUNGSARMEE – S. 92
NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS – S. 90
NATIONALER BEOBACHTER FÜR CHEMNITZ UND UMGEBUNG – S. 56
NATIONALER BEOBACHTER LEIPZIG – S. 56
NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. – S. 20, 28

NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN – S. 81, 92
NATIONALES BÜNDNIS DRESDEN e. V. – S. 16, 18, 49, 51, 53, 66, 103, 104
NATIONALES FORUM – S. 35
NATIONALES UND SOZIALES AKTIONSBÜNDNIS MITTELDEUTSCHLAND – S. 20, 31
NATIONAL-ZEITUNG/DEUTSCHE WOCHENZEITUNG – S. 12, 46, 56
NAUMANN, Peter – S. 41
NAUMANN, Roland – S. 110
Non-aligned Mudjahidin – S. 82
NORDBRUCH, Dr. Claus – S. 42
NS KAMPFRUF – S. 56

O

ÖCALAN, Abdullah – S. 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91
ÖCALAN, Osman – S. 87
ÖZGÜR POLITIKA – S. 86, 87, 88, 89, 90, 91
ODESSA – S. 25
OFFENER ANTIFA-TREFF – S. 69
Oil-Skins – S. 23
Oil-Musik – S. 24
ORGANISATION DER JUNGEN KOMMUNISTEN – DEUTSCHLAND – S. 93
Organisierte Kriminalität – S. 1, 6, 7, 8, 9, 112, 113, 114

P

Partei des Demokratischen Sozialismus – S. 59, 60, 75
PARTEI FÜR SOZIALE GLEICHHEIT; SEKTION DER VIERTEN INTERNATIONALE – S. 77, 111
PATRIOTISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI – S. 87
PHASE 2 – S. 79
POUR LE MÉRITE-VERLAG – S. 54
PROFIL, NATIONALDEMOKRATISCHE SCHRIFTENREIHE – S. 39
Projekt Schulhof – S. 21, 24, 27

R

R.A.C.-Musik – S. 24
RACIAL PURITY – S. 25
RADIKAL – S. 41
RADJAVI, Maryam – S. 92
RADJAVI, Massoud – S. 92
REBELL – JUGENDMAGAZIN DES JUGENDVERBANDES REBELL – S. 79
RED-SKINS – S. 23
REGENER, Michael – S. 26
RENNICKE, Frank – S. 43, 51, 53, 107
REPUBLIKANER (REP), siehe DIE REPUBLIKANER
REPUBLIKANISCHE JUGEND – S. 49, 50
REPUBLIKANISCHER BUND DER FRAUEN – S. 49, 50
REPUBLIKANISCHER BUND DER ÖFFENTLICH BEDIENTETEN – S. 49, 50
REPUBLIKANISCHER HOCHSCHULVERBAND – S. 49, 50
REVOLUTIONÄRE LINIE – S. 94
REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGS-PARTEI/-FRONT – S. 94, 103
RIEGER, Jürgen – S. 53
RIESAEER ZÜNDBLÄDD´L – S. 28
RISALAT UL-IKHWAN – S. 95
ROCHOW, Stefan – S. 43, 45
ROTE FAHNE – S. 73, 78, 79
ROTE HILFE e. V. – S. 59, 60, 62, 78

ROTFUCHS – S. 79
ROTFUCHS-Förderverein e. V. – S. 79
RUFEN INS REICH – S. 24, 27, 31, 32, 56

S

SACHSEN STIMME – S. 42, 43, 45, 52, 105, 107
SACHSONIA – S. 25
SCHLIERER, Dr. Rolf – S. 50, 51
SCHÖN, Jürgen – S. 36
SCHÖNHUBER, Franz – S. 50
Schutzdienst des Präsidenten – S. 99
SCHUTZSTAFFEL – S. 25
SCHWAB, Jürgen – S. 38
SCHWEIGER, Herbert – S. 41, 42
SCIENTOLOGY KIRCHE BAYERN e. V. – S. 97
SCIENTOLOGY-KIRCHE BERLIN e. V. – S. 97
SCIENTOLOGY-KIRCHE DEUTSCHLAND e. V. – S. 97
SCIENTOLOGY-ORGANISATION – S. 96, 97
SELBSTSTELLER – S. 25
SERXWEBUN – S. 85, 95
S.H.A.R.P.-SKINS – S. 23
SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ – S. 20, 34
SOLIDARITÄT – SOZIALISTISCHE ZEITUNG – S. 79
SOURCE – S. 96, 97
SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN – S. 79
SOZIALISTISCHE ARBEITERGRUPPE – S. 77, 78
SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND – S. 74
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – S. 73
STEHR, Heinz – S. 74
STÖRTEBEKER-NETZ – S. 31
SYMANEK, Werner – S. 54

T

TAMARA BUNKE-VEREIN e. V. – S. 62
TATSACHEN – S. 95
TEGETHOFF, Ralph – S. 108
THÄLMANN, Ernst – S. 73
THE AUDITOR – S. 97
THE ORDER – S. 23
Thor – S. 13, 20, 35
THULE – S. 25
THULE-SEMINAR – S. 42
TOMORROW, siehe JUGENDANTIFA TOMORROW
Trotzki, Leo – S. 77
TÜRK FEDERASYON BÜLTENİ – S. 95
TÜRKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI / MARXISTEN LENINISTEN – S. 94

U

ÜLKE Büro, auch: Heimatbüro – S. 85, 87
ÜMMET-I MUHAMMED – S. 84
UKUSA-Staaten – S. 99
UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN – S. 56
UNSERE ZEIT – S. 74, 79
UNTERGRUND – S. 62
URSPRUNG – S. 97

V

VENCEREMOS – S. 66, 69, 70, 71
VERBAND DER STUDENTINNEN AUS KURDISTAN – S. 91
VERBEKE, Siegfried – S. 13
VERLAG UND AGENTUR WERNER SYMANEK – S. 54
VIDUTHALAI PULIGAL – S. 95
VIOLENCE – S. 27
VOIGT, Udo – S. 41, 42, 43, 44, 53, 104
VOLKSBEFREIUNGSMEE KURDISTANS – S. 85
VOLKSKONGRESS KURDISTANS – S. 81, 85, 95, 103
VOLKSMODJAHEDIN IRAN – ORGANISATION – S. 92, 94
VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE – S. 86, 87
VRIJ HISTORISH ONDERZOEK – S. 13

W

WAGENKNECHT, Sahra – S. 76
Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit – S. 77
WALENDY, Udo – S. 42
WEG UND ZIEL – S. 12, 38, 39
WHITE DESTINY – S. 25
White Power – S. 23, 27
WHITE RESISTANCE – S. 25
WHITE YOUTH – S. 23
WHITE VICTORY – S. 27, 56
WHITE WENNDY – S. 34
WIESE, Martin – S. 35
WINKELSETT, Uschi – S. 51, 105
Wodan – S. 20, 26
WORCH, Christian – S. 21, 32, 53, 66, 71, 103
WULFF, Thomas – S. 40, 43, 108

Y

YENIDEN ATILIM – S. 95
YOUNGLAND – S. 41

Z

ZANA, Leyla – S. 89, 90
ZEIT FÜR PROTEST – S. 49, 56
ZILAN, siehe: KINACI, Zeynep
ziviler Auslandsaufklärungsdienst – S. 99

Abkürzungsverzeichnis

A

AA/BO	ANTIFASCHISTISCHE AKTION / BUNDESWEITE ORGANISATION
ADÜTDF	FÖDERATION DER TÜRKISCH-DEMOKRATISCHEN IDEALISTENVEREINE IN EUROPA e. V.
AFBL	ANTIFASCHISTISCHER FRAUENBLOCK LEIPZIG (AFBL)
AGJG	ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS
AID	ANTIFA INITIATIVE DRESDEN
AJZ Chemnitz	Alternatives Jugend Zentrum Chemnitz
AKG	ANTIDEUTSCH-KOMMUNISTISCHE GRUPPE
AKON	AKTION ODER-NEIBE
API	ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN
ARGK	VOLKSBEFREIUNGSMILITÄR KURDISTANS
ART DRESDEN	ANTIFARECHERCHE TEAM DRESDEN
AUF Dresden	Alternativ Unabhängig Fortschrittlich Dresden
AZ Conni	ALTERNATIVES ZENTRUM CONNI

B

B & H	BLOOD & HONOUR
BgR	BÜNDNIS GEGEN REALITÄT

C

CDK	KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA
CSI	CHURCH OF SCIENTOLOGY INTERNATIONAL

D

Da'Wa	HIZB AL DA'WA AL ISLAMIA
DEP	Demokratiepartei
DHKP-C	REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGSPARTEI/-FRONT
DIDF	FÖDERATION DER DEMOKRATISCHEN ARBEITERVEREINE
DKP	DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
DP	DEUTSCHER PARTEI
DS	DEUTSCHE STIMME
DSU	Deutsche Soziale Union
DS-Verlag	DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH
DSZ-Verlag	DSZ-DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGS-VERLAG GmbH
DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION

E

ERNK	NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS
------	--------------------------------------

F

FAH	FREIE AKTIVISTEN HOYERSWERDA
FAP	FREIHEITLICHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI
FAU/IAA	FREIE ARBEITERINNEN UND ARBEITER UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION
FIS	ISLAMISCHE HEILSFRONT
FSB	Föderaler Schutzdienst
FSO	Schutzdienst des Präsidenten
FZ-Verlag	FZ-FREIHEITLICHE BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG GmbH

G

GFP	GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V.
GRU	militärischer Nachrichtendienst

H

HNG	HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V.
HPG	VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE
HSK	KURDISCHER ROTER HALBMOND
HuT	HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMI

I

IBDA-C	FRONT DER ISLAMISCHEN KÄMPFER DES GROßEN OSTENS
I.f.A.	INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG
ICCB	KALIFATSSTAAT
IFIR	INTERNATIONALE FÖDERATION IRANISCHER FLÜCHTLINGS- UND IMMIGRANTENRÄTE
IGMG	ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS
IS	INTERNATIONAL SOCIALISTS

J

JLO	JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUBEN - Landesverband Sachsen/ Niederschlesien
JN	JUNGE NATIONALDEMOKRATEN

K

KAD	KOMMUNISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN
KADEK	FREIHEITS- UND DEMOKRATIEKONGRESS KURDISTANS
KJVD	KOMMUNISTISCHER JUGENDVERBAND DEUTSCHLANDS
KNK	KURDISCHER NATIONALKONGRESS
KONGRA-GEL	VOLKSKONGRESS KURDISTANS
KON-KURD	KONFÖDERATION DER KURDISCHEN VEREINE IN EUROPA
KPD-Ost	KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
KPF DER PDS	KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS
KPI	KOMMUNISTISCHE PARTEI IRANS
KPV	KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG e. V.

L

LTTE	LIBERATION TIGERS OF TAMIL EELAM
------	----------------------------------

M

MB	MUSLIMBRUDERSCHAFT
MEK	VOLKSMODJAHEDIN IRAN - ORGANISATION
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MJZ	MITTELDEUTSCHE JUGENDZEITUNG
MKP	MAOISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
MLKP	MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
MLPD	MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
MND	MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN

N

NB	NATIONALES BÜNDNIS DRESDEN e. V.
NHB	NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND
NJB	NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU e. V.
NLA	NATIONALE BEFREIUNGSMILITÄR
NPD	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
NSAM	NATIONALES UND SOZIALES AKTIONSBÜNDNIS MITTELDEUTSCHLAND
NSDAP	NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI
NWRI	NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN
NZ	NATIONAL-ZEITUNG/DEUTSCHE WOCHENZEITUNG

O

OAT OFFENER ANTIFA-TREFF
ÖYH Freie Bürgerbewegung
OK Organisierte Kriminalität

P

PAJK FREIHEITSPARTEI DER FRAUEN KURDISTANS
PAMJAT NATIONAL-PATRIOTISCHE FRONT
PDP PATRIOTISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI
PDS Partei des Demokratischen Sozialismus
PKK ARBEITERPARTEI KURDISTANS
PSG PARTEI FÜR SOZIALE GLEICHHEIT; SEKTION DER VIERTEN INTERNATIONALE

R

RBF REPUBLIKANISCHER BUND DER FRAUEN
REP DIE REPUBLIKANER
RepBB REPUBLIKANISCHER BUND DER ÖFFENTLICH BEDIENSTETEN
RH ROTE HILFE e. V.
RHV REPUBLIKANISCHER HOCHSCHULVERBAND
RJ REPUBLIKANISCHE JUGEND

S

SAG SOZIALISTISCHE ARBEITERGRUPPE
SAV SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN
SDAJ SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND
SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SO SCIENTOLOGY-ORGANISATION
SSS SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ
SWR ziviler Auslandsaufklärungsdienst

T

TAK FREIHEITSFALKEN KURDISTANS
TECAK BEWEGUNG DER FREIEN JUGEND KURDISTANS
TKP/ML TÜRKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI /MARXISTEN LENINISTEN

U

UZ UNSERE ZEIT

V

VAWS VERLAG UND AGENTUR WERNER SYMANEK
VHO VRIJ HISTORISH ONDERZOEK

W

WASG Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Y

YEK-KOM FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V.
YJA FREIE FRAUENVERBÄNDE
YJA STAR BEWEGUNG DER FREIEN FRAUEN
YXK VERBAND DER STUDENTINNEN AUS KURDISTAN

Ortsverzeichnis

A

Ankara – S. 84, 90
Annaberg-Buchholz – S. 36, 45
Auvers-sur-Oise (Frankreich) – S. 92

B

Bad Aibling (Bayern) – S. 100
Bad Dürkheim (Rheinland-Pfalz) – S. 50
Bad Kösen (Sachsen-Anhalt) – S. 48
Bautzen – S. 25
Berlin – S. 26, 35, 39, 40, 49, 51, 73, 74, 76, 78, 79, 83, 84, 97
Beslan (russischen Teilrepublik Nordossetien) – S. 82
Bielefeld (Nordrhein-Westfalen) – S. 52
Bremen – S. 17, 88
Brüssel (Belgien) – S. 87, 90
Buckow (Brandenburg) – S. 76
Burkhardtsdorf (Landkreis Stollberg) – S. 51, 104, 106

C

Chemnitz – S. 18, 21, 22, 25, 27, 36, 45, 46, 50, 51, 52, 55, 56, 67, 68, 69, 76, 77, 88, 102, 104, 105, 106, 107, 110
Coburg (Bayern) – S. 54

D

Den Haag (Niederlande) – S. 89
Döbeln – S. 43, 74, 107
Dohna (Landkreis Sächsische Schweiz) – S. 34
Dortmund – S. 89
Dresden – S. 12, 19, 20, 21, 22, 23, 25, 27, 34, 35, 46, 49, 51, 52, 53, 54, 55, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 69, 70, 71, 74, 75, 76, 88, 91, 97, 101, 102, 103, 104, 106, 108, 111
Duisburg (Nordrhein-Westfalen) – S. 54

E

Erfurt – S. 36, 65, 71

F

Finsterwalde (Brandenburg) – S. 70
Freiberg – S. 18, 45, 54, 106
Freital – S. 51, 104

G

Gelenau (Landkreis Annaberg) – S. 20
Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) – S. 84, 90, 91
Gohrlich (Landkreis Sächsische Schweiz) – S. 105
Gornsdorf (Landkreis Stollberg) – S. 106
Großrückerswalde (Mittlerer Erzgebirgskreis) – S. 105, 109

H

Hagen (Nordrhein-Westfalen) – S. 89
Halbe (Brandenburg) – S. 61
Hamburg – S. 21, 32, 40, 43, 53, 71, 89, 103
Hannover – S. 89, 90, 91
Heuersdorf (Landkreis Leipziger Land) – S. 106
Hoyerswerda – S. 20, 21, 32, 35, 64, 74

I

Istanbul – S. 83, 84, 86

J

Jöhstadt (Landkreis Annaberg) – S. 109

K

Köln – S. 54, 84, 89, 92, 97

Königstein (Landkreis Sächsische Schweiz) – S. 45, 56, 105, 106

Krefeld (Nordrhein-Westfalen) – S. 88

L

Leinefelde (Thüringen) – S. 44, 48

Leipzig – S. 12, 20, 25, 30, 32, 35, 36, 42, 46, 49, 55, 56, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 78, 88, 91, 93, 102, 103, 106

Leubsdorf (Landkreis Freiberg) – S. 106

Lichtenstein (Landkreis Chemnitzer Land) – S. 45

Limbach-Oberfrohna (Landkreis Chemnitzer Land) – S. 45

M

Madrid – S. 1, 82, 83

Martensrade (Schleswig-Holstein) – S. 54

Mehltheuer (Landkreis Riesa-Großenhain) – S. 42

Meißen – S. 36, 45, 54

Mosbach (Thüringen) – S. 45

Mücka (Niederschlesischer Oberlausitzkreis) – S. 20, 26, 37, 41, 45, 53, 69, 107

München – S. 35, 46, 48, 49, 50, 54, 78

Muldentalkreis – S. 45

N

Nauwalde (Landkreis Riesa-Großenhain) – S. 105, 110

Nürnberg – S. 37, 53, 54

P

Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz) – S. 21, 25, 27, 34, 54, 56, 67, 68, 69

Plauen – S. 62, 63, 104

Potsdam – S. 77

R

Rathen, Kurort (Landkreis Sächsische Schweiz) – S. 105, 109

Reinhardtsdorf-Schöna (Landkreis Sächsische Schweiz) – S. 105, 106, 109

Riesa – S. 25, 28, 35, 37, 42, 45, 54, 105, 107, 109, 110

Rostock – S. 64

Ruhstorf (Bayern) – S. 51

S

Sächsische Schweiz – S. 19, 22, 33, 36, 42, 45, 54, 102, 105, 106, 107, 109, 110

Schmölln – S. 64

Schneeberg – S. 25

Sinning (Bayern) – S. 37

Straßburg (Frankreich) – S. 89, 91

T

- Tannenberg (Landkreis Annaberg) – S. 109, 110
- Tübingen (Baden-Württemberg) – S. 54
- Tunceli (Ostanatolien/Türkei) – S. 89

W

- Weißig a. Raschütz (Landkreis Riesa-Großenhain) – S. 109
- Wiedemar (Landkreis Delitzsch) – S. 42
- Wiednitz (Landkreis Kamenz) – S. 106
- Wunsiedel (Bayern) – S. 41, 61
- Wuppertal (Nordrhein-Westfalen) – S. 63
- Wurzen – S. 25, 45, 67

Z

- Zittau – S. 20, 28
- Zwickau – S. 45, 74, 88, 91

Impressum: Herausgegeben vom Sächsischen Staatsministerium des Innern (SMI), Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden und dem Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Neuländer Straße 60, 01129 Dresden.
Redaktionsschluss: 31.12.2004.

Fotos Titelseite: picture alliance.

Hinweis: Der Verfassungsschutzbericht 2004 ist auch über das Internet abrufbar: <http://www.sachsen.de/verfassungsschutz/>.

Gestaltung, Satz, Druck und Weiterverarbeitung:

Druckerei Olbernhau GmbH, Albertstraße 11, 09526 Olbernhau, Tel. (03 73 60) 7 22 48, Fax (03 73 60) 7 48 78.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier, Auflage: 9.000 Exemplare.

Bezug: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, PF 100242, 01072 Dresden, Telefon (03 51) 8 58 50.

